21. Jahrgang 1973 / 1. Heft / Januar

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

HEINRICH MUTH
Bauern- und Landarbeiterräte 1918

MIKLÓS LACKÓ
Ostmitteleuropäischer Faschismus

WALTER LIPGENS
Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946

DOKUMENTATION
Das „Programm Volkspolens" von 1941

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conce, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Herman Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Tel. 0811/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Heinrich Muth . . . . Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte 1

Miklós Lackó . . . . Ostmitteleuropäischer Faschismus 39

Walter Lipgens . . . . Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946 52

DOKUMENTATION

Das „Programm Volkspolens" von 1941 103
(Christoph Kleßmann)

NOTIZEN 115

BIBLIOGRAPHIE *1*

Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 19–20 (1971–1972) . . . Beilage

Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 19–20 (1971–1972) . . . Beilage

Inhaltsverzeichnis 20. Jahrgang 1972 . . . . . Beilage

Diesem Heft liegt je ein Prospekt des Limes-Verlags, Wiesbaden, der Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, und des Informations-Zentrums Buch, Stuttgart, bei.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 299861. Preis des Einzelheftes DM 12.– = sfr. 14.60; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 36.– = sfr. 43.75, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 28.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14.6.1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
21. Jahrgang 1973 1. Heft / Januar

HEINRICH MUTH

DIE ENTSTEHUNG DER BAUERN- UND LANDARBEITERRÄTE IM NOVEMBER 1918 UND DIE POLITIK DES BUNDES DER LANDWIRTE

I

Wenn man von der Novemberrevolution und den „Räten" spricht, so sind die Arbeiterräte gemeint[1], fast niemals die Bauernräte, obwohl sie nach den Vorstellungen, die der Rat der Volksbeauftragten zumindest in den ersten Tagen nach der Revolution gehabt hat, in agrarisch strukturierten Bezirken in etwa den Arbeiterräten entsprechen sollten. Da es ihnen aber offensichtlich nicht gelang, sich politisch so zu profilieren wie die Arbeiterräte, wurden sie schnell für die meisten Betrachter der revolutionären Ereignisse zu einer ephemeren Erscheinung. Nur gelegentlich und meist beiläufig werden sie erwähnt, durchweg eigentlich nur als Hinweis, daß es sie auch gegeben hat. Schon in den zwanziger Jahren war keine rechte Klarheit über sie zu gewinnen. Die Urteile reichen von einer ausdrücklichen Betonung ihres revolutionären Charakters[2] bis zu der Feststellung, daß sie „außerhalb Bayerns keine Bedeutung" gehabt hätten[3]. Auch die

[1] Aus der neueren Literatur vor allem: Walter Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Revolution, Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; Eberhard Kolb, Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963; dazu die ergänzenden Aufsätze: Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 231 ff.; Eberhard Kolb, Rätewirklichkeit und Räteideologie, in: Hans Neubauer (Hrsg.), Deutschland und die russische Revolution, Stuttgart 1968, S. 84 ff.; Übersicht über Problemlage und Diskussion bei Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968; vgl. auch den Beitrag von Peter Lösche, Rätesysteme im historischen Vergleich, zu der im ganzen vorwiegend politologisch-theoretischen Rätediskussion der Tagung der Dt. Vereinigung für Politische Wissenschaft in Berlin 1969, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2 (Probleme der Demokratie heute), Opladen 1971.

[2] August Skalweit, Agrarpolitik, 2. Ausg. Berlin 1924, S. 486.

[3] Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Neuausgabe, Frankfurt 1955, S. 288.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neuere Literatur hat keine Klärung gebracht; sie hat sie bisher auch kaum versucht, was sicher mit darauf zurückzuführen ist, daß allem Anschein nach diese Bauernräte nicht so recht in die Vorstellungen zu passen scheinen, die man im allgemeinen von der Rätebewegung hat. Vor allem sucht man bei ihnen vergebens nach einer Bedeutung für die sozialistische Bewegung dieser Zeit, die das eigentliche Interesse an den Arbeiterräten hervorgerufen hat. So sind die Bauernräte bisher meist in einem diffusen Zwielicht mangelnder Kenntnisse und betonter Interesselosigkeit geblieben.

Nur Bayern macht eine Ausnahme. Denn hier sind die Vorgänge, die zu einer bemerkenswerten Rolle der Bauernräte in der Revolution geführt haben, weitgehend erforscht und geklärt. In Bayern findet sich auch die anderwärts nicht klar erkennbare Verbindung der Bauernräte zur sozialistischen Bewegung. Denn hier haben die Verbindungen, die der radikale Flügel des Bayerischen Bauernbundes, der kleineren der beiden ausgesprochen bäuerlichen Organisationen in Bayern – die andere war der Bayerische Christliche Bauernverein – im letzten Kriegsjahr zu Kurt Eisner und zur USPD geknüpft hat, einen Teil der Bauernschaft unmittelbar in die revolutionären Ereignisse hineingeführt. Die Führer dieser verhältnismäßig kleinen Gruppe, die zum niederbayerischen Großbauerntum gehörenden Brüder Gandorfer, unterhielten schon seit längerer Zeit persönliche freundschaftliche Beziehungen zu Eisner[4]. Sie machten ihre führende Beteiligung an den entscheidenden Massenversammlungen und Demonstrationen in München fast selbstverständlich, wie umgekehrt auch die Teilnahme gerade einer bäuerlichen Gruppe psychologisch zum Gelingen der Münchner Revolution beigetragen hat[5]. Die sofort auf Wunsch von Eisner gebildeten Bauernräte haben daher von Anfang an Anteil an der politischen Entwicklung in Bayern gehabt. Daraus erklärt sich auch die Aufmerksamkeit, die sie gefunden haben. Sie hat schon früh zu der noch von Max Weber angeregten kritischen Studie von Mattes geführt, die bis heute grundlegend geblieben ist[6]. Die stärkere Ausschöpfung der Quellen, die Mitchell in den letzten Jahren vorgenommen hat, konnte das Bild dieser Bauernräte nur in Details ergänzen und in Nuancen verändern[7]. Daher

[4] Die hierüber vorliegenden widersprüchlichen Nachrichten hat Franz Schade kritisch untersucht: Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961, S. 126, Anm. 28–31.

[5] „München hat rein agrarisches Hinterland. Sollte eine revolutionäre Erhebung, für die die lange Kriegsdauer und der militärische Zusammenbruch die psychologischen Bedingungen geschaffen hatten, nicht von den Bauern erstickt werden, dann konnte sie nicht gegen die Bauern, sondern mußte mit ihnen durchgeführt werden", Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner, Berlin 1929, S. 33.

[6] Wilhelm Mattes, Die bayerischen Bauernräte, Eine soziologisch-historische Untersuchung über bäuerliche Politik, Stuttgart 1921.

[7] Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19, Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967, S. 135ff. Über die Gründung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums durch die Initiative der Bauernräte und den ersten aus dem Bauernbund stammenden Landwirtschaftsminister Martin Steiner jetzt Heinz Haushofer, Ein halbes Jahrhundert im Dienste der bayerischen Landwirtschaft, Zur Geschichte des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München o.J. (1969), S. 12ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommt es auch, daß man bisher gern die bayerischen Bauernräte als eine Art Modell für die Bauernräte überhaupt betrachtet hat[8], obwohl sie einen Sonderfall darstellen.

Die allgemeinen Vorstellungen über die Bauernräte beschränken sich im wesentlichen darauf, daß sie, vom bayerischen Sonderfall abgesehen, nicht revolutionär entstanden sind, sondern „fast überall erst dekretiert werden mußten"[9], und daß sie durchweg auf wirtschaftliche Aufgaben beschränkt geblieben sind. Beides trifft weitgehend zu, wenn auch die vorgesehene Beschränkung auf die Erfassung der knappen Lebensmittel und die Bekämpfung des Schleichhandels sich nicht überall hat durchsetzen lassen. Vor allem fehlt die spontane Entstehung, die mit dem Erscheinungsbild der Arbeiterräte untrennbar verbunden ist[10], bei den Bauernräten durchweg, wiederum von Bayern abgesehen[11]. Auffallend ist lediglich eine Spontangründung bereits vor der Revolution in Mönchengladbach im September 1918. In einer Bauernversammlung, die der zuständige Winterschuldirektor einberufen hatte, kam es zu überraschenden Beschlüssen, die eine spätere Räteorganisation vorwegnahmen. Direktor Ritgen hatte die Versammlung einberufen, weil er den Bauern Gelegenheit geben wollte, sich in Abwesenheit der Behörden „frei und unbeirrt zu den ergangenen Kriegsverordnungen und deren Handhabung" zu äußern, um auf diese Weise der „immer zunehmenden Verbitterung" ein Ventil zu schaffen. In dieser Versammlung kam es ganz unerwartet zur Gründung eines „Vertrauensausschusses Gladbacher Landwirte". Man beschloß, für jede Bürgermeisterei einen Obmann zu wählen. Zusammen mit Ritgen, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, sollten diese Obmänner den „Vertrauensausschuß" bilden. Auch die Aufgabe des Ausschusses, „die Behörden auf Mißstände und Mißgriffe aufmerksam zu machen und auf schleunige Abhilfe zu dringen", erinnert an die später von den Räten beanspruchte Kontrolle der Verwaltung[12]. Am meisten räteähnlich ist allerdings der in diesem Beschluß und in dieser Wahl ausgesprochene Wille, die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich durch einen gewählten Ausschuß gegenüber der bisher unzugänglichen Verwaltung durchzusetzen.

[8] So z.B. Heinz Haushofer, Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963, S. 230ff.

[9] So Friedrich Facius, Staat und Landwirtschaft in Württemberg 1780–1920, Zur Entstehung und Entwicklung der agrarischen Interessenvertretung, Berufsorganisation und Selbstverwaltung, Wege und Forschungen der Agrargeschichte, Festschrift für Günther Franz, Frankfurt 1968, S. 310f.

[10] Hierzu Kolb, Arbeiterräte, a.a.O., S. 51ff., 83ff., Tormin, a.a.O., S. 55ff., Anhang. Zu spontanen Bauernratsgründungen scheint es in Oberschlesien gekommen zu sein bei einer starken Vermischung von radikal-sozialistischen und nationalpolnischen Interessen; vgl. Wolfgang Schumann, Die Novemberrevolution in Oberschlesien, Der Kampf des deutschen und polnischen Proletariats gegen den deutschen Imperialismus und für soziale und nationale Befreiung, Phil. Diss. (Masch.) Jena 1957, S. 24ff.

[11] Mattes, a.a.O., S. 69.

[12] Winterschuldirektor Ritgen an Landwirtschaftskammer Bonn, undatiert (Eingangsstempel 23. 9. 1918), Landwirtschaftskammer Bonn, Bauernräte, Rheinischer Bauernrat.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser bemerkenswerte Einzelfall, für den bisher weder für das Rheinland noch für andere Teile des Reiches entsprechende Erscheinungen aufzufinden waren, läßt nicht mehr zu als die Vermutung, daß auch in der Bauernschaft Kräfte vorhanden gewesen sein müssen, die, ähnlich wie in der Arbeiterschaft, einer spontanen Selbstorganisation fähig waren. Andererseits steht aber auch fest, daß dies nicht der gewöhnliche Weg zur Bildung von Bauernräten gewesen ist. Sie entstanden vielmehr durch einen Aufruf des Rates der Volksbeauftragten, dem die organisatorische Situation im agrarischen Bereich zu diesem Zeitpunkt freilich auch nicht ganz gegenwärtig gewesen sein kann.

Es trifft auch zu, daß sich über die Bauernräte im Lauf des Jahres 1919 ein festgefügtes landwirtschaftliches Organisationswesen entwickelte, das im wesentlichen konservativ, antirepublikanisch und antiparlamentarisch war[13]. Die Ursachen dafür sind in der Struktur der Bauernräte zu suchen. Allerdings wird man sich fragen müssen, ob die Bauernräte wirklich „keine Bedeutung" besaßen, wie Rosenberg meint. Freilich wird man die etwas wertbezogene Frage nach der „Bedeutung" durch die Frage nach der „Rolle" ersetzen müssen, die diesen Bauernräten im Ablauf der Ereignisse zukam. Vor allem gilt es zu prüfen, ob sie tatsächlich so ganz außerhalb des politischen Kräftespiels dieser ersten Monate nach dem 9. November gestanden haben, wie ihre amtliche Beschränkung auf Sicherstellung der Ernährung und Bekämpfung des Schleichhandels auf den ersten Blick vermuten läßt. Die Frage nach Struktur und Sinngehalt, die von Oertzen für die Betriebsräte und die wirtschaftlichen Arbeiterräte aufgeworfen hat, ist in gleicher Weise auch für die Bauernräte zu stellen, wobei die Besonderheiten der agrarischen Struktur zu berücksichtigen sind. Einer solchen Erforschung der Bauernräte stehen allerdings erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Quellen sind spärlicher und verstreuter als für die Arbeiterräte. Sie lassen nur Umrisse erkennen, die zur Zeit wenigstens für Preußen eine Art Phänomenologie ermöglichen[14].

---

[13] Die Bauernräte hätten sich „nur zu rechtsorientierten Sammelstellen" entwickelt, bemerkt Facius, a.a.O., S. 311, für Württemberg.

[14] Quellen von unterschiedlicher Ergiebigkeit sind in vielen öffentlichen Archiven verstreut. Wertvolle Ergänzungen bieten die Restbestände der politischen Akten der Landwirtschaftskammer Rheinland in Bonn und das Schorlemer-Archiv, das sich im Besitz des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes in Münster befindet. Bei den Akten der Landwirtschaftskammer handelt es sich um lückenhafte, ungeordnete Bestände, die sich aus Handakten des Vorsitzenden und aus den Akten des Büros des Generalsekretärs zusammensetzen (im folgenden zitiert: LKB). Das Schorlemer-Archiv ist grob geordnet und enthält in Abt. I Akten und Sammlungen von Zeitungsausschnitten aus dem Besitz der „Vereinigung der deutschen Bauernvereine", die 1934 sichergestellt und auf Schloß Lieser an der Mosel untergebracht wurden. Von dort sind sie nach 1945 zusammen mit einem die Jahre 1917–1922 umfassenden Teil des politischen Nachlasses des preußischen Landwirtschaftsministers Clemens von Schorlemer-Lieser, der jetzt die Abt. II bildet, nach Münster gelangt (im folgenden zitiert: SchAM). Die Einsicht in die Akten verdanke ich dem freundlichen Entgegenkommen von Herrn Kammerdirektor Dr. Kuss, Bonn, und Herrn Präsidenten Frhr. Heereman von Zuydtwyck, Münster.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II

Sieht man von München ab, wo Ludwig Gandorfer zusammen mit Eisner, Fechenbach und Unterleitner am Abend des 7. November in der ersten Reihe des Demonstrationszuges ging, der die Revolution auslöste, so erscheinen die Bauernräte zunächst mehr als eine Art Verlegenheitsprodukt der Revolution, dessen versehentlicher Initiator der „Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft" gewesen ist. Dieser Kriegsausschuß war 1917 entstanden und beruhte „auf einem freien Übereinkommen zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und zentralen, über das ganze Reich ausgebreiteten landwirtschaftlichen Körperschaften"[15]. Organisatorisch war er mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat und dem Preußischen Landesökonomiekollegium, den beiden landwirtschaftlichen Spitzenkörperschaften des Reiches und Preußens, eng verbunden. So hatte Professor Dade, der Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates, auch die Geschäftsführung des Kriegsausschusses übernommen. Auch die Geschäftsführer in den Sachabteilungen des Kriegsausschusses hatten ähnliche Referate in den Spitzenkörperschaften inne. Für die Geschichte der landwirtschaftlichen Organisationen bedeutete die Gründung des Kriegsausschusses insofern einen wichtigen Einschnitt, als die Landwirtschaftskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts sich zum ersten Mal zu engerem Kontakt und zur Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Interessenvertretungen bereitfanden.

Neben manchen anderen Gründen hatte der sofort nach seiner Gründung radikal und rücksichtslos auftretende Bund der Landwirte erheblich auf den Entschluß der preußischen Regierung eingewirkt, dem Landtag den Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes vorzulegen. Da die Regierung befürchtete, daß ihr dieser Bund über den Kopf wachsen könnte, hielt sie es für notwendig, „als beratendes, unter Umständen auch ausführendes Organ eine Körperschaft an der Hand zu haben, die zweifellos als die legitime Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen gelten konnte"[16]. In der Tat enthält auch die im Gesetz und vor allem in seiner Begründung sehr deutlich hervortretende Tendenz, den Kammern die Vertretung aller landwirtschaftlichen Interessen in ihrem Bezirk zu übertragen, eine merkliche Spitze gegen den Bund, der seinerseits die Vertretung aller landwirtschaftlichen Interessen in den Parlamenten und gegenüber den Regierungen im ganzen Reich beanspruchte. Noch klarer zielt eine vorsichtige Andeutung in diese Richtung, nach der es der „Zukunft" überlassen bleiben sollte, ob es den Kammern gelingen werde, die landwirtschaftlichen Interessenverbände „aufzufangen"[17]. Da

---

[15] § 1 der Satzung; vgl. Satzungen, Geschäftsordnung und Mitglieder des Kriegsausschusses Berlin 1917 LKB, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Bd. I.

[16] Skalweit, a.a.O., S. 449f.

[17] Entwurf und Begründung: Drucksachen des Abg.-Hauses 1894, Bd. II, Nr. 9. Nach dem 9. November 1918 gab dann allerdings das gesetzlich verbriefte Recht zur Vertretung aller landwirtschaftlichen Interessen den Kammern die äußere Legitimation für eine ausgedehnte politische Betätigung, die sich keineswegs auf die Agrarpolitik beschränkte.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach den damals herrschenden verwaltungsrechtlichen Vorstellungen die Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts wegen der Möglichkeit, hoheitliche Aufgaben des Staates zu übernehmen, gegenüber den „nur" als Vereine des Privatrechts konstituierten Interessenverbänden einen höheren Rang beanspruchen durften, konnte die Regierung hoffen, mit Hilfe der Kammern den Interessenverbänden und ganz besonders dem Bund der Landwirte wirksam entgegenzutreten. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt – im Gegenteil, die Kammern wurden im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens systematisch unterwandert und gerieten unter den Einfluß des Bundes. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Mehrzahl der gewählten ehrenamtlichen Vorsitzenden und der meist viel einflußreicheren beamteten Generalsekretäre der Kammern Mitglieder des Bundes waren oder doch ihm nahestanden[18].

So war auch der Bund im Kriegsausschuß doppelt repräsentiert, einmal direkt als eine der „über das ganze Reich ausgebreiteten" landwirtschaftlichen Organisationen, sodann indirekt über die vom Landwirtschaftsrat ernannten acht Kammervertreter. Von den ursprünglichen 21 Mitgliedern des Ausschusses waren zehn sicher und zwei wahrscheinlich Mitglieder des Bundes, darunter die beiden Bundesvorsitzenden, von Wangenheim und Roesicke, und der sehr einflußreiche Vorsitzende des Landwirtschaftsrates, Graf Schwerin-Löwitz, der auch über maßgebenden Einfluß im Bund verfügte. Vorsitzender des Kriegsausschusses war ein anderes führendes Bundesmitglied, der Wirkliche Geheime Rat Carl Mehnert, konservativer Parteiführer und eine Art grauer Eminenz der sächsischen Innenpolitik[19]. Nach 1918 mag sich durch Beitritt weiterer Organisationen das Stimmenverhältnis etwas zuungunsten des Bundes verschoben haben, seine dominierende Stellung blieb zunächst auch über die Revolution hinaus unangefochten.

Aus dieser Zusammensetzung erklärt sich auch der zwielichtige Charakter dieses Ausschusses, der Elemente eines Sachverständigengremiums mit denen einer reinen Interessenvertretung so zu verbinden verstand, daß nach außen je nach Bedarf die Interessenvertretung oder der Sachverständigencharakter stärker hervorgekehrt werden konnte. § 2 der Satzung weist dem Ausschuß die Aufgabe zu, „in Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, welche die gesamte deutsche Landwirtschaft betreffen, insbesondere auf dem Gebiet der Übergangswirtschaft und Handelspolitik, ein gemeinsames Vorgehen der landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands herbeizuführen, um dadurch ihren Anträgen mehr Gewicht und Berücksichtigung bei den Ministerien, den Reichsbehörden sowie im Bundesrat und im Reichstag zu verschaffen". Als Sicherung gegen ein allzu großes Übergewicht des

[18] Über den Einfluß des Bundes auf die Landwirtschaftskammern jetzt die kursorischen und ergänzungsbedürftigen Bemerkungen bei Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservativismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der deutsch-konservativen Partei, Hannover 1966, S. 147 ff.

[19] Über Mehnert eine kurze biographische Skizze bei Rudolf Martin, Deutsche Machthaber, Berlin 1910, S. 517 ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundes war jedoch festgelegt, daß die Mitglieder nur an einstimmig gefaßte Beschlüsse gebunden sein sollten[20]. Der Charakter der sachverständigen fachlichen Äußerung, der mit den Landwirtschaftskammern verbunden war, ist also sehr stark durch Elemente der Interessenvertretung und des Kartellwesens verwässert. Demgemäß zeichnen sich die großen gutachtlichen Stellungnahmen des Ausschusses[21] einerseits durch eine nüchterne und fachliche Durchleuchtung der Situationen und Probleme aus, verbinden damit andererseits auch gern recht vordergründig und massiv verfochtene Interessen, oft in dem scharfen und drohenden Ton, dessen sich ausgesprochene pressure-groups zu bedienen pflegen und der aus der bisherigen politischen Praxis des Bundes der Landwirte hinreichend bekannt war.

In der Denkschrift über den Ausbau der Kriegsmaßnahmen wird im September 1917 zum ersten Mal die Bildung von Ausschüssen vorgeschlagen zur Sicherstellung der Ablieferung und vor allem zur sachgemäßen Handhabung der zwangsweisen Erfassung der Lebensmittel, die auch vom Kriegsausschuß für dringend notwendig gehalten wurde. Man könne nur durch „die praktische Erfahrung die letzte Zweckmäßigkeit für unsere Kriegsbewirtschaftung herausholen"; aus diesem Grund könne man auch auf einen „auf der praktischen Erfahrung beruhenden Rat mitarbeitender Berufsstände auf die Dauer" nicht verzichten. Vor allem hoffte man, daß von solchen Ausschüssen eine allgemeine Beruhigung ausgehen könne. „Mehr wie alles andere wird mit den Härten der Kriegsgesetzgebung bis zu einem gewissen Grad versöhnen können, wenn die weitesten Kreise zur Mitarbeit bei der Durchführung der bedeutsamsten Maßnahmen herangezogen werden." Auf jeden Fall müsse aber dafür gesorgt werden, daß jeder, „in dessen Besitzverhältnisse und Besitzempfinden gewalttätig eingegriffen werden muß, nicht nur ein willenloses Objekt der Gesetzgebung zu sein hat, das nicht einmal in die Lage versetzt wird, die Gründe der einschneidenden Maßnahmen zu erkennen". Diese Mischung von praktischen und psychologischen Funktionen veranlaßt den Kriegsausschuß auch zu dem Vorschlag, sich nicht auf ein beratendes und mitwirkendes Gremium in der Regierungszentrale zu beschränken. Er fordert vielmehr ein System von Ausschüssen „weit hinunter bis zu den letzten Verästelungen der staatlichen Verwaltungsorganisation"[22]. Diese als „Eingabe" entworfene Denkschrift, die viele ausgezeichnete Beobachtungen über den kriegswirt-

[20] „Es steht denselben nach wie vor frei, auch selbständig Beschlüsse zu fassen und Eingaben an die Behörden zu richten, insoweit dieselben den einstimmig gefaßten Beschlüssen nicht zuwider laufen. Doch soll versucht werden, durch gemeinsame Beratung der Körperschaften in allen Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft eine möglichste Einheitlichkeit ihrer Stellungnahme zu erzielen."

[21] Z.B. Denkschrift über das Getreidemonopol, Sommer 1917, Vorschläge zum Ausbau kriegswirtschaftlicher Maßnahmen, September 1917, Denkschrift über den Um- und Ausbau der Erfassungsstellen gegen Ende 1917, Denkschrift über die Finanzen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten, undat. – wahrscheinlich Anfang 1918; alle LKB, Reichsausschuß a.a.O.

[22] Denkschrift, a.a.O., S. 15.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlichen Bürokratismus enthält, verband man allerdings mit einem scharfen Beschluß, der „dringend die Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft bei wirtschaftlichen Maßnahmen" verlangte und bei „Nichtbefolgung der von der Landwirtschaft gegebenen Ratschläge die Verantwortung für die Folgen" ablehnte. Damit kein Zweifel aufkommen konnte, wer in Wahrheit hinter Eingabe und Beschluß stand, bestimmte man den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherrn von Wangenheim, dazu, sie dem Reichskanzler zu überreichen. Er sollte „nochmals mündlich" darauf hinweisen, „daß die Dinge nicht in der bisherigen Weise weitergehen können"[23]. Auf der anderen Seite hat Wangenheim im Februar 1918 in der Generalversammlung des Bundes nicht nur „die Kontrolle über die Leistungen für die Landwirte verlangt", sondern auch betont für die Einschaltung des „jetzt ausgeschalteten soliden Handels" gesprochen[24]. So schwankte man unentschlossen zwischen einer „Mitwirkung auf breitester Grundlage" und einer reinen landwirtschaftlichen Interessenvertretung hin und her. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß diese Anträge keinen Erfolg hatten.

Erst Anfang November 1918, als der Zusammenbruch unmittelbar bevorstand und für jeden erkennbar war, übernahm der Kriegsausschuß ohne Zustimmung der Regierung die Initiative und erließ einen Aufruf „zur Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen". Im Vordergrund stand jetzt die Sorge für die Sicherung der Ernährung und für den Schutz der Betriebe bei Unruhen, die man gerade auch für das Land befürchtete. „Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muß mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft lieferungsfähig bleiben, so muß die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden." Das sei natürlich in erster Linie eine Aufgabe für die Behörden. „Sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und die geregelte Lieferung" sorgt. Diese Ausschüsse sollen sowohl für eine „tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe" zuständig sein als auch „für die Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel". Außerdem sollen sie noch „bei der nachdrücklichen Bekämpfung des unheilvollen Schleichhandels" mitwirken. In dem Zusatz: „Auch die Zuziehung von Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht", kommt die ursprüngliche Konzeption der Denkschrift vom September 1917 – Mitarbeit „weitester Kreise" – wieder zum Zuge[25].

Außerdem versuchte man aber auch mit Hilfe dieses Aufrufs einen Plan zu verwirklichen, den der Bund der Landwirte schon seit 1908 mit mäßigem Erfolg be-

[23] Beschluß des Kriegsausschusses, undatiert, Abschr. LKB, Reichsausschuß, a.a.O., in den Akten mit der Denkschrift zusammengeheftet.

[24] Paul Bötticher, Der Bund der Landwirte 1918–1920, Ein Schlußkapitel, Berlin 1925, S. 17.

[25] Aufruf der landwirtschaftlichen Körperschaften zur Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen 9. 11. 1918, in vielen Akten, hier zit. nach Staatsarchiv Münster (StAM), Kreis Steinfurt, Landratsamt / 626.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trieb, obwohl er ihn immer wieder mit Hartnäckigkeit aufgegriffen hatte. Es ging ihm darum, gewerkschaftliche Organisationen der Landarbeiter zu verhindern, indem er einen gemeinsamen Ausschuß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur ausgleichenden Behandlung ihrer Konflikte und Interessengegensätze empfahl[26]. Da der ständig in akute politische Auseinandersetzungen verwickelte Bund selbst einen solchen Ausgleich nicht schaffen konnte, verfiel man auf die Landwirtschaftskammern und erreichte 1911 einen Beschluß des Landesökonomiekollegiums, der Landarbeitergewerkschaften nicht anerkannte, die Bildung von landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden ablehnte und dafür die Errichtung von Landarbeiterausschüssen bei den Kammern empfahl, in die Vertreter der Landarbeiter kooptiert werden sollten. Nachdem dieser Vorstoß ohne Folgen geblieben war, ergriff der Bund während des Krieges erneut die Initiative und schlug jetzt vor, Landarbeiter als Vollmitglieder in die Kammern aufzunehmen. Diesmal hatte er größeren Erfolg, weil der preußische Landwirtschaftsminister sich 1918 mit einer Reform des Wahlrechts zu den Kammern befaßte, die Kammern zur Stellungnahme aufforderte und ihnen damit die Gelegenheit gab, sich die Pläne und Absichten des Bundes zu eigen zu machen[27]. Da aber jetzt auch dieser Versuch des Bundes durch die sich überstürzenden Ereignisse überrollt zu werden drohte, griff man zur Selbsthilfe und erledigte die Frage nach den lange gehegten Wünschen über die geplanten Orts- und Gemeindeausschüsse. Auf diese Weise erhielten die Ausschüsse zusätzliche sozialpolitische Aufgaben zugewiesen, die mit ihrem sonstigen Aufgabenbereich nicht zu vereinbaren waren und überdies ein weiteres Organisationsprinzip postulierten, das ebenfalls im Widerspruch zur sonstigen Konzeption stand. Nachdem man zunächst ausdrücklich auf die Zuziehung von Nichtlandwirten zur besseren Erfüllung der Abwehr- und Überwachungsaufgaben hingewiesen hatte, hieß es plötzlich, daß sich die Ausschüsse aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzen sollten, wobei die Arbeitgebervertreter aus den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen genommen werden sollten, während man den Arbeitnehmern die Bestellung ihrer Vertreter „am besten selbst" überlassen wollte, „um auch den Anschein zu vermeiden, als ob von seiten der Arbeitgeber ein unzulässiger Einfluß hierbei ausgeübt werden könnte". In dieser Zusammensetzung sollten die Ausschüsse „nach der Rückkehr der Truppen bei Lohnstreitigkeiten und in Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, eine ausgleichende Tätigkeit entfalten" – womit sie zweifellos überfordert

[26] Über diese Versuche des Bundes mit vielen Quellennachweisen Puhle, a.a.O., S. 250f.

[27] So z.B. die Landwirtschaftskammer Rheinland, die in ihrer Stellungnahme darauf verwies, daß es unbedingt erforderlich sei, die „bisherige Geschlossenheit des landwirtschaftlichen Berufsstandes, zu dem auch die Landarbeiter gehören", aufrechtzuerhalten. „Die Landarbeiter sind als vollberechtigte Mitglieder in die Landwirtschaftskammern aufzunehmen. Die Landwirtschaftskammern sind daher als gesetzliche Vertretungskörperschaften des ganzen landwirtschaftlichen Berufsstandes derart auszubauen, daß alle Berufsangehörigen ein Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer erhalten." Geschäftsbericht für das Jahr 1918, S. 5f. LKB, Hauptversammlungen, Bd. 17.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren. Da man aber für die Zukunft nicht zu Unrecht einen stärkeren Einfluß der Gewerkschaften fürchtete, den man unter allen Umständen zurückdrängen oder womöglich ganz ausschalten wollte, benutzte man die letzte Gelegenheit zu Gegenmaßnahmen. Damit wurde der Aufruf zu einem charakteristischen Dokument der Taktik des Bundes der Landwirte[28].

Als er am 9. November veröffentlicht wurde, war er bereits überholt. Daher traf sich der in Berlin verfügbare Teil des Ausschusses zwei Tage später, um die nächsten Schritte zu beraten, vor allem um zu überlegen, wie der eigenmächtige Aufruf zu legalisieren sei[29]. In der Erwartung, daß die Regierung Max von Baden im Amt bleiben würde, hatte man am Schluß des Aufrufs die noch ausstehende Zustimmung der Regierung durch eine vorsichtige Erwartung ersetzt. Es dürfe „angenommen werden" so heißt es, „daß das Kriegsernährungsamt die Errichtung derartiger Orts- und Gemeindeausschüsse für durchaus zweckdienlich und notwendig" halten und sich daher „der Mitarbeit dieser Ausschüsse bedienen" werde. Diese Voraussetzung war jetzt entfallen. An die Stelle der erwarteten stillschweigenden Duldung war die Notwendigkeit einer positiven Zustimmung getreten. Man beschloß daher, mit dem Rat der Volksbeauftragten Fühlung zu nehmen und das Gespräch möglichst mit dem „Herrn Reichskanzler Ebert" zu führen. Während man sich um einen Empfang bei Ebert bemühte, verhandelte man „im engeren Kreise" weiter. Wer die Teilnehmer an dieser zweiten entscheidenden Besprechung gewesen sind, ist nicht festzustellen.

In ihr und nicht in der offiziellen Sitzung kamen erst die politische Lage und ihre Unsicherheiten zur Sprache, nachdem ein Teilnehmer den Vorschlag gemacht hatte, man möge doch Ebert nahelegen, „nach dem Vorbilde in Bayern die Errichtung eines Bauernrates innerhalb der jetzigen Regierung" anzuordnen. Dieser Vorschlag wurde aber „mit Rücksicht auf die politischen Konsequenzen" abgelehnt: nachdem die beiden sozialdemokratischen Parteien sich geeinigt hätten, sei für eine „bürgerliche Vertretung als Bauernrat" innerhalb dieser Regierung kein Platz, „es sei denn, daß dieser Bauernrat sich selbst zur demokratischen[30] Partei bekenne". Aber selbst wenn die Regierung bereit wäre, einen „gleichberechtigten Bauernrat" neben dem Arbeiter- und Soldatenrat einzurichten, bestehe die Gefahr, daß dieser Bauernrat „als Deckmantel für ihre revolutionären Bestrebungen gegenüber dem gesamten Land" benutzt werde. Außerdem müsse damit gerechnet werden, daß die USPD die Regierung weiter nach links dränge. Die von einem

[28] Den bisher wohl einzigen Hinweis auf diesen Aufruf enthält ein vom Institut für Marxismus-Leninismus in Ost-Berlin herausgegebener Dokumentenband: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, 2. Berlin-Ost 1957, S. 358, Anm. 1, mit der durchaus zutreffenden Kennzeichnung, daß er „der Aufrechterhaltung der Macht der Großgrundbesitzer" dienen sollte.

[29] Das folgende aus dem vertraulichen Bericht: Empfang der Vertretung des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft bei der Reichsregierung am 11. November 1918. SchAM Abt. II F, auch in den Akten des Oberpräsidiums Königsberg, Staatliches Archivlager Göttingen (StALG), Rep. 2b/2979.

[30] So! Wahrscheinlich Schreibfehler statt „sozialdemokratischen".

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesprächspartner geäußerte Ansicht, ein Bauernrat könne möglicherweise diese Entwicklung verhindern, wurde „als Illusion bezeichnet". So kam man zu dem Entschluß, daß es sich in der gegenwärtigen Situation „nur" darum handeln könne, „der jetzigen Regierung mit Rücksicht auf die Not des Vaterlandes die technische Unterstützung der landwirtschaftlichen Organisationen anzubieten". Damit war der Inhalt der Unterredung festgelegt, soweit es den Kriegsausschuß betraf. Nachdem man die Zusage Eberts zu einem Empfang am Abend erhalten hatte, stellte man die Delegation zusammen. Wohl um einen beamteten Sprecher zu haben, übertrug man Dade die Leitung, obwohl ihr auch Roesicke angehörte[31].

Als die Delegation zur vereinbarten Zeit in der Reichskanzlei eintraf, stellte sich heraus, daß Ebert sie trotz seiner Zusage nicht empfangen konnte. Mit einiger Verspätung kam das Gespräch dann doch noch mit Scheidemann und Dittmann zustande, die den Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Robert Schmidt hinzuzogen. Die Unterredung, die etwa dreiviertel Stunden dauerte, beschäftigte sich längere Zeit mit akuten Fragen der Versorgung und mit Transportproblemen. In der Hauptsache hielt sich Dade genau an die Festlegungen, die vorher getroffen waren. Demgemäß erklärte er für den Kriegsausschuß, „daß die ihm angeschlossenen großen zentralen landwirtschaftlichen Körperschaften im Hinblick auf die Not des Vaterlandes ohne Vorbehalt nach wie vor bereit seien, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes in der jetzigen schweren Zeit keine Störung erleide". Er übergab Scheidemann ein Exemplar des Aufrufs und erläuterte ihn, wobei er den Schutz der Betriebe als besonders notwendig hervorhob. „In landwirtschaftlichen Kreisen sei die größte Besorgnis, daß die politischen Unruhen auch auf das platte Land übergreifen und dort zu unheilvollen Störungen führen würden. Dies würde für die Lebensmittelversorgung der großen Städte eine Katastrophe bedeuten." Von hier aus leitete er sehr geschickt auf die beabsichtigte Gründung der Ausschüsse über und bat die Regierung, „die Bildung dieser Orts- und Gemeindeausschüsse nach Kräften zu unterstützen" und um eine „für die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung beruhigende und zusichernde Erklärung".

Scheidemann äußerte sich sofort zustimmend, wies aber auf die Versammlung im Zirkus Busch vom Tage zuvor hin, die sich bereits für die Bildung von Bauernräten ausgesprochen habe[32], „die wohl in der Hauptsache auf dasselbe hinausgehen,

[31] Außer Roesicke und Dade gehörten der Delegation noch ein Vertreter des Bundes der Landwirte, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Raiffeisengenossenschaften an. Man hatte sich vergebens um noch weitere Teilnehmer bemüht. Teils waren sie nicht zu erreichen, teils lehnten sie ab, wie der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, „da er hierzu von seiner Körperschaft nicht ermächtigt sei".

[32] In dieser wohl von Haase entworfenen Entschließung ist im Zusammenhang mit der Feststellung, daß die Träger der politischen Macht jetzt die Arbeiter- und Soldatenräte seien, nur der lapidare Satz enthalten: „Auch auf dem flachen Lande werden sich Bauernräte zu demselben Zwecke bilden." Text jetzt bei Susanne Miller, Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Düsseldorf 1969, T. I, S. 51ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie die vom Kriegsausschuß angeregte Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen". Die Regierung werde den Aufruf des Kriegsausschusses benutzen, um das Entsprechende zu veranlassen. Dittmann stimmte dem zu. Das Ergebnis war der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten zur Bildung von Bauernräten vom 12. November.

Man hat bisher übereinstimmend angenommen, daß dieser Aufruf der Initiative des Rates der Volksbeauftragten und der Reichsregierung entstammt und ganz ihrer Politik entspricht, was gelegentlich auch zu entsprechenden kritischen Betrachtungen über diese Politik geführt hat[33]. In Wahrheit beruht der Aufruf auf einem Zusammenspiel von wohldurchdachter Taktik der alten Führungsschicht mit einer unreflektierten Räteeuphorie der ersten Revolutionstage. Nur so läßt es sich erklären, daß er sich so weitgehend der Argumentationsweise des Kriegsausschusses bedient, aber alles herausläßt, was über Aufbau und Aufgaben der Ausschüsse gesagt worden war. Damit wird er im wesentlichen zu einem Appell für die Sicherung der Ernährung, der im Grunde nicht mehr über die geplanten Bauernräte enthält als den vagen Hinweis, daß „die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen" müsse, und abschließend den Satz: „Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande: bildet unverzüglich Bauernräte!" Außerdem weist der Aufruf darauf hin, daß die „berufenen Organisationen der Landwirtschaft sich bereits mit einem *solchen* Vorschlag an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands" gewandt und „sich mit der Reichsregierung *darüber* verständigt" hätten[34]. Allem Anschein nach hat man sich auch weder über die Formulierung noch über die möglichen politischen Folgen des Aufrufs nähere Gedanken gemacht. Aus den von Susanne Miller veröffentlichten Protokollen der Sitzungen des Rates der Volksbeauftragten ergibt sich, daß er dort überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist; auch Marion Einhorn, die die Akten der Reichskanzlei im Zentralarchiv in Potsdam benutzt hat, weiß nichts von solchen Überlegungen in der Reichskanzlei zu berichten.

So beruht dieser Aufruf zur Bildung der Bauernräte im Grunde auf einem grotesken Mißverständnis. Denn selbstverständlich konnten diese Bauernräte nicht, wie Scheidemann glaubte, „ungefähr dasselbe" sein wie die Ausschüsse, die der Kriegsausschuß gemeint hatte. Außerdem war es recht voreilig und leichtfertig von der Regierung, so pauschal auf „die landwirtschaftlichen Körperschaften" Bezug zu nehmen, ohne sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche politischen Kräfte eigentlich durch sie repräsentiert wurden. Für den Kriegsausschuß und

[33] So sieht z.B. Marion Einhorn, die im übrigen der sicher irrigen Ansicht ist, daß nach dem 9. November ähnlich wie in Rußland eine „Doppelherrschaft" anzunehmen sei, in diesem Aufruf „ein Beispiel für die Sprengung der Räte von innen". Marion Einhorn, Die Rolle der Räte im November und Dezember 1918, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 4 (1956), S. 554.

[34] Hervorhebung vom Verfasser; Text des Aufrufs: Dokumente und Materialien, a.a.O., S. 557, Nr. 153.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den hinter ihm stehenden Bund der Landwirte war der Aufruf allerdings eine Niederlage. Der Bund hatte mit diesen Ausschüssen ein Instrument schaffen wollen, das fest in der Hand der Verbände lag und ihnen endlich den so lange vergeblich geforderten Einfluß auf die lokale Ernährungsverwaltung verschaffen sollte. Für weite Gebiete Deutschlands wäre dieser Einfluß dem Bund der Landwirte allein zugefallen. Die Umwandlung der Ausschüsse in Bauernräte, in denen man nach den frischen Erfahrungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten nur eine Selbstorganisation „unerwünschter" Elemente sehen konnte, mußte diese Absichten vereiteln. Der Bund der Landwirte entschloß sich daher zu einem Gegenzug, zu dem er wiederum den Kriegsausschuß benutzte – allerdings nicht das Plenum, das unter den revolutionären Umständen dieser Tage ohnehin nicht einberufen werden konnte, sondern seine sozialpolitische Abteilung, deren Geschäftsführer, Ökonomierat Keiser, in den Revolutionstagen stark in den Vordergrund trat. Er war Mitglied des Bundes der Landwirte und ein eifriger und recht geschickter Verfechter seiner Vorstellungen.

Keiser leitete nur wenige Tage nach dem Aufruf der Volksbeauftragten Verhandlungen mit den Vertretern der wichtigsten landwirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen ein. Aus ihrem Ergebnis ist zu schließen, daß ihr wesentlicher Zweck darin bestand, die sozialpolitische Zuständigkeit, die der Kriegsausschuß den Ortsausschüssen zugedacht hatte, wieder in eigene Regie zu bekommen, nachdem die Umwandlung der Ausschüsse in Bauernräte erhebliche Unsicherheitsfaktoren geschaffen hatte.

Die Verhandlungen, an denen von der Arbeitnehmerseite der Landarbeiterverband (Freie Gewerkschaften), der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter (Christliche Gewerkschaften), der allgemeine Schweizerbund und der Hauptverband der Güterbeamtenvereinigungen beteiligt waren[35], gelangten nach dem Vorbild der eben abgeschlossenen industriellen Zentralarbeitsgemeinschaft[36] zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die paritätisch zusammengesetzt sein sollte. „Sie soll den Boden für ein gemeinsames, von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenwirken von ländlichen Arbeitgebern und -nehmern und zugleich den zusammenfassenden Mittelpunkt für die Bestrebungen der einzelnen Sonderverbände bilden." Man ging aber noch einen wesentlichen und folgenschweren Schritt weiter und erklärte im Vorgriff auf mögliche Entscheidungen der Regierung diese Arbeitsgemeinschaft kurzerhand zum „Zentralen Bauern- und Landarbeiterrat". Was das bedeutete, zeigt sich an der Zusammensetzung dieser Arbeitsgemeinschaft. Von den vier

[35] Bericht über die Sitzung der Abt. III des Kriegsausschusses vom 20. 11. 1918. Es handelt sich nur noch um die Niederschrift über den zweiten Teil einer Sitzung, die bereits am 19. 11. begonnen hatte, bestehend aus „Presseverlautbarung" und Protokoll. Ein Protokoll über den ersten Teil ist nicht bei den Akten; SchAM, Abt. II F.

[36] Über die Entstehung der Zentralarbeitsgemeinschaft: J. Reichert, Entstehung, Bedeutung und Ziel der „Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919; Hans von Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, in: Deutsche Rundschau 80 (1954), S. 428ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitnehmerorganisationen sollten die beiden großen Gewerkschaftsverbände je zwei Vertreter, die beiden kleineren Organisationen der Schweizer und der Güterbeamten je einen Vertreter entsenden. Auf der Arbeitgeberseite standen ihnen die im Kriegsausschuß vertretenen großen Organisationen – Deutscher Landwirtschaftsrat, Bund der Landwirte und Vereinigung der deutschen Bauernvereine – gegenüber, die man noch um den jetzt neu in den Kriegsausschuß aufgenommenen Deutschen Bauernbund erweiterte. Jede dieser Organisationen erhielt einen Vertreter. Dann fügte man aus dem weiteren Mitgliederkreis des Kriegsausschusses noch die beiden Genossenschaftsverbände hinzu, die zusammen jedoch nur einen Vertreter erhielten, und gab den letzten noch freien, sechsten Platz auf der Arbeitgeberseite dem Kriegsausschuß als solchem. So war die Parität zwar der Zahl nach gewahrt, zugleich aber auch der Einfluß des Bundes der Landwirte.

In dem Begleitschreiben, mit dem Keiser Pressemitteilung und Protokoll an Mehnert weiterleitete, weil alles ohne den Vorsitzenden und „Euer Exzellenz Einverständnis voraussetzend" verhandelt worden war, wies er darauf hin, „daß sich unsere Herren durchweg auf den Standpunkt stellten, daß im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen eine Zusammenarbeit mit den Arbeiterführern gesucht werden müßte, um dadurch zu verhindern, daß diese etwa allein ohne Fühlung mit den allgemeinen landwirtschaftlichen Organisationen einseitig auf die jetzigen Regierungsstellen einzuwirken versuchen". Deutlicher ließen sich die Absichten kaum umschreiben, die man mit diesem Doppelcharakter des neuen Gremiums als zentraler landwirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft und als Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat[37] verfolgte. Außerdem war man sich auch „über den vorläufigen Charakter" dieser Vereinigung einig gewesen und hoffte offenbar für absehbare Zeit auf eine günstigere Lösung anstelle dieser Vereinbarung, „deren Beibehaltung oder Änderung ganz der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben soll"[38].

Auf diese Weise ist auch die zweite Bekanntmachung vom 22. November 1918, durch die die „Bauernräte" des Aufrufs vom 12. November in „Bauern- und Landarbeiterräte" umgewandelt wurden, vom Kriegsausschuß ausgegangen. Den Text hatte man offensichtlich bereits in der Sitzung vom 19. November formuliert. Denn der Landarbeiterverband leitete ihn noch am gleichen Tag dem Rat der Volksbeauftragten mit der Bitte zu, ihn amtlich zu veröffentlichen, und mit dem ausdrücklichen Zusatz: „Wir legen Wert darauf, daß vom Rat der Volksbeauftragten die Bezeichnung ‚Bauern- und Landarbeiterräte' unterstrichen wird."[39] Über diesen Aufruf verhandelte der Rat bereits am 21. November. Er stimmte ihm zu[40]. Noch am gleichen Tage ließ Ebert den Entwurf mit einigen Wünschen

[37] An dieser Zweiteilung wird in der Folgezeit streng festgehalten. Jedes Sitzungsprotokoll vermerkt ausdrücklich, ob der Kreis als „Arbeitsgemeinschaft" oder als „Reichsbauernrat", wie er sich bald nannte, zusammengetreten war.

[38] Keiser an Mehnert 20. 11. 1918, Durchschlag SchAM, Abt. II F.

[39] Einhorn, a. a. O., S. 554; vgl. auch Miller, a. a. O., T. I, S. 113, Anm. 5.

[40] Miller, a. a. O., S. 113.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Otto Brauns auf Abänderung einiger Textstellen an den Landarbeiterverband zurückgehen[41]. Nach einer Überarbeitung wurde er mit den Unterschriften aller Organisationen, die an der Vorbereitung beteiligt gewesen waren, und ergänzt durch die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft", die dem Bund der Landwirte angeschlossene „Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte" und dem ebenfalls dem Bund nahestehenden „Arbeitskreis preußischer Landkreise", veröffentlicht[42].

In großen Zügen umreißt dieser Aufruf die Organisation und die Aufgaben der Bauern- und Landarbeiterräte und gibt insoweit wohl das wichtigste Ergebnis der Sitzung vom 19. November wieder. Danach soll in jeder selbständigen Gemeinde ein Bauern- und Landarbeiterrat gewählt werden. Jeder Rat muß mindestens aus sechs Personen bestehen und paritätisch aus selbständigen Landwirten und Arbeitnehmern oder Angehörigen der „nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung" bestehen. Aus diesen örtlichen Räten ist nach dem Delegationsprinzip für jeden Landkreis ein Kreis-Bauern- und Landarbeiterrat zu bilden. Die Aufgabe dieser Räte soll in der „Unterstützung der zuständigen Behörden" bestehen. Besonders aufgezählt werden: „Mitwirkung und Beratung bei Erfassung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel" – „Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe" – „Mitwirkung bei der Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer" – „Gegenseitige Hilfe bei Schutz von Personen und Eigentum". Zur Ergänzung veröffentlichte das Kriegsernährungsamt Rahmenvorschriften für das Wahlverfahren, die eine geordnete Wahl sicherstellen sollten und die vor allem Wahlen nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts garantierten.

So hatte sich für den Kriegsausschuß der Himmel nach nur zwei Wochen wieder entwölkt, wenn auch die grundsätzlichen Gegensätze nur durch Kompromisse verdeckt waren. Einerseits konnte die Regierung die Sicherheit haben, daß ein demokratisches Wahlverfahren für die Bauernräte durchgesetzt war, andererseits hatte der Kriegsausschuß auch unter den veränderten Verhältnissen den wirklichen Einfluß behalten und sogar noch verstärkt. Gegenüber den Kriegsjahren, in denen er auf Gutachten, Entschließungen und Forderungen beschränkt war, besaß er nunmehr wirkliche, auch von der Regierung ausdrücklich anerkannte Befugnisse und im Reichsbauernrat ein Instrument, das entwicklungsfähig war, je nach der politischen Bedeutung, die das Rätesystem in Zukunft erhalten würde. In der Namensänderung des Kriegsausschusses kommt dieser Übergang vom Provisorium der Kriegsjahre in die veränderten politischen Verhältnisse zum Ausdruck. Die Bekanntmachung vom 22. November unterzeichnete er nicht mehr als „Kriegsausschuß", sondern als „Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft". Er folgte hierin dem Kriegsernährungsamt, das sich etwa zur gleichen Zeit in „Reichsernährungsamt" umbenannte.

Auch sonst gab es gewisse Anzeichen dafür, daß vielleicht doch nicht alles so schlimm werden würde, wie es die durch den Schock der Niederlage und den Sturz

[41] Ebenda, S. 113, Anm. 5.

[42] Abdruck jetzt: Dokumente und Materialien, a.a.O., Bd. II/2, S. 481 ff., Nr. 208.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Monarchie in ihrer Selbstsicherheit so arg getroffenen Konservativen befürchteten. Jedenfalls hatte für Keiser eine Unterredung, die er kurz vor dem 19. November mit Otto Braun, dem neuen Mann im preußischen Landwirtschaftsministerium, gehabt hatte, einige recht ermutigende Zeichen enthalten. Einmal war es der starke persönliche Eindruck, den Braun offensichtlich auf ihn machte, und dessen er sich bei aller Abneigung, die er seiner politischen Richtung entgegenbrachte, nicht ganz erwehren konnte. Obwohl er ihn ständig als „Minister" bezeichnet und diese Amtsbezeichnung stets in Anführungszeichen setzt, erschien er ihm „sehr einsichtsvoll", zumal Braun Besorgnisse, die er mit führenden Mehrheitssozialisten teilte, wohl recht offen mit Keiser besprach. „Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß man in den Kreisen der Sozialdemokratie eine sehr große Angst vor dem Bolschewismus hat und diese auch in die Bevölkerung hineinzutragen gedenkt, um so die eigene Position zu stärken." Daß Braun in diesem Zusammenhang dafür eintrat, das „Eigentum unter allen Umständen zu erhalten", und daß er bat, „das Land zu ermahnen, alles zu tun, um die immer noch sehr große Gefahr des Bolschewismus zu bekämpfen", gab Keiser sofort mit großer Genugtuung an Wangenheim weiter[43]. Man war also aus erster Hand informiert und konnte getrost den Boden des Kompromisses der Bauern- und Landarbeiterräte betreten. Der Kriegsausschuß beeilte sich daher auch, der Öffentlichkeit seine Haltung darzulegen, und teilte in einer „Verlautbarung" mit, daß sich die landwirtschaftlichen Körperschaften „ausnahmslos" in den Dienst der „neuen Regierung" gestellt hätten. Gleichzeitig versuchte er aber auch, den Führungsanspruch der alten agrarischen Führer, den der Rat der Volksbeauftragten in diesen Verhandlungen nicht ein einziges Mal in Frage gestellt hatte, gegenüber den eigenen Mitgliedern und den Behörden unmißverständlich herauszustellen: „Die neuen Männer der Regierung wissen, daß Volkspsychologie ein unentbehrliches Mittel der Staatsführung ist. Sie werden daher alles zu vermeiden wissen, was den Führern und Beratern der Landwirtschaft den Einfluß auf die ländliche Bevölkerung erschweren und ihre Tätigkeit in dieser Richtung hemmen kann."[44]

Alle diese Erwartungen bestätigten sich zwei Wochen später, als man zur eigentlichen Konstituierung des Reichs-Bauern- und Landarbeiterrats wieder zusammenkam. Es war im wesentlichen der gleiche Personenkreis, der schon am 19./20. November die Gründung beschlossen hatte; als neuer Verhandlungspartner war nur der „Deutsche Bauernbund" hinzugekommen, der inzwischen auch die Mitgliedschaft im Reichsausschuß erworben hatte. Auch Mehnert war erschienen, und das Reichsernährungsamt hatte einen Vertreter, den Geheimrat Alter, entsandt. Zu Vorsitzenden der Versammlung wählte man Mehnert und den sozialdemokratischen Landarbeiterführer Georg Schmidt. Im übrigen enthält das umfangreiche Protokoll dieser Sitzung nichts, was diesen Gründungsakt von der Gründung

---

[43] Keiser an Wangenheim 16. 11. 1918, Durchschlag SchAM, Abt. II F.

[44] Verlautbarung des Kriegsausschusses vom 19. 11. 1918. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStAW) Abt. 405/6336, Bl. 115.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

irgendeiner bürgerlichen Vereinigung unterscheiden könnte. Es war weder von Interessengegensätzen noch von Revolution die Rede. Mehnert, dessen „sehr verbindliche Umgangsformen" schon Rudolf Martin gerühmt hatte, beherrschte die Situation[45]. Dade hatte eine Satzung entworfen, die er der Versammlung vorlegte. Neu und bemerkenswert war an ihr, daß er nach Wegen gesucht hatte, wie man dem neuen Gremium, das bisher nur auf Verabredungen unter Verbänden beruhte, eine demokratische Legitimation verschaffen könnte. Analog der für den 16. Dezember nach Berlin einberufenen Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte sah sein Entwurf eine „aus den Vertretern der Bauern- und Landarbeiterräte der verschiedenen Bundesstaaten zusammengesetzte Reichsversammlung" vor, die Dade für unerläßlich hielt, „weil sonst der geplanten Zentralorganisation die Vollmacht zur Leitung der Bauern- und Landarbeiterräte fehle"[46]. Im übrigen allerdings müsse man sich „gemäß der getroffenen Vereinbarung der landwirtschaftlichen Verbände und der daraufhin erlassenen Bekanntmachung des Reichsernährungsamtes vom 22. November streng auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken".

Beide Feststellungen lösten eine längere Diskussion aus, bei der die gegensätzlichen Auffassungen über die Aufgabe der Räte deutlich zutage traten. Mehnert und Schmidt wandten sich sofort gegen die Reichsversammlung, Mehnert mit juristischen Argumenten, weil sie über den Inhalt der Bekanntmachung und über die von ihr gedeckten Verhandlungen unter den Verbänden hinausgehe, Schmidt dagegen mit verbandspolitischen Einwänden. Die Versammlung sei „überflüssig", weil sich die Berechtigung zur Bildung des Zentralrats aus der Bekanntmachung ergebe; „im übrigen können sich die daran beteiligten Verbände gegenüber der ländlichen Bevölkerung auf das ihnen von ihren Mitgliedern entgegengebrachte Vertrauen verlassen". Der Bauernbund griff die Beschränkung auf wirtschaftliche Aufgaben an. Nachdem man den Arbeiter- und Soldatenräten die Beratung über die Wahlen zur Nationalversammlung übertragen habe, sei es unmöglich, „daß die Bauern- und Landarbeiterräte sich ganz von politischen Angelegenheiten fernhielten". Letztlich laufe das „auf eine Ausschaltung der Landbevölkerung hinaus".

Gegen diese Forderung nach Politisierung der ländlichen Räte protestierte Alter im Namen des Reichsernährungsamtes mit Nachdruck und erklärte, die

---

[45] Erste Sitzung des Reichs-Bauern- und Landarbeiterrates v. 3. 12. 1918. Protokoll „vertraulich". LKB, Bauernräte.

[46] Auf diesen wundesten Punkt der neuen Organisation hatte bereits zwei Tage vorher die „Rote Fahne" in einem redaktionellen Artikel „Ein Anschlag auf das Landproletariat" hingewiesen: „. . . Die Spitze dieser Pyramide bildet der Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat. Diese Spitze ist aber die Höhe. Nämlich: Dieses Zentralparlament wird nicht gewählt von den Landarbeitern und Kleinbauern, sondern die Vorstände der Agrarier-, Bauern-, Landarbeiterverbände bestimmen kraft selbst erteilter Vollmacht, daß sie selbst dieses Zentralparlament sind . . .". Rote Fahne, Nr. 16, 1. 12. 1918, Abdruck: Dokumente und Materialien, a. a. O., Bd. II/2, S. 519 ff., Nr. 220.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgaben dieser Räte müßten „rein wirtschaftlicher Art bleiben". Für die Regierung komme es nur darauf an, die getroffenen Vereinbarungen zu bestätigen, die Aufgaben der Räte genau festzulegen, eine Wahlordnung zu garantieren und vor allem „die Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten". Hinter dieser Angst vor einer Politisierung verbargen sich aber allem Anschein nach noch weitergehende Absichten, die Alter vorsichtig andeutete. Zunächst stehe Deutschland vor einer „ungeheuer ernsten Ernährungskrise", die es „zu überwinden gelte". Für die Zukunft sei aber „nach Wiederherstellung der freien Einfuhr bei den großen Vorräten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den überseeischen Ländern" mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, weil für die deutsche Landwirtschaft „eine Konkurrenz erwachsen werde, die sie nur auf dem Wege des noch engeren genossenschaftlichen Zusammenschlusses in Verbindung mit dem sich sehr ausbreitenden Konsumvereinswesen begegnen könne". Hier taucht in den Überlegungen des Reichsernährungsamtes, dessen Leitung am 14. November dem der USPD angehörenden Chemiker Wurm anvertraut worden war – einem Mann, der sich anscheinend sehr schnell den Ruf eines fähigen Leiters für dieses verantwortungsvolle und undankbare Ressort verschaffen konnte[47] –, erstmals der Plan zu einer „umfassenden" Organisation der Landwirtschaft auf, die in enger Verbindung mit der Agrarpolitik des Reiches stehen und sich jedenfalls nach den Andeutungen Alters auch nicht auf reine Produzentenorganisationen beschränken sollte – der „Reichsnährstand" als agrarpolitische Konsequenz der wenig effektiven und bürokratischen Kriegswirtschaft.

Das Reichsernährungsamt verfolgte mit seiner Zustimmung offenbar den Plan, den neuen Zentralrat zum Kristallisationskern der geplanten Gesamtorganisation zu machen. Auch das deutete Alter an, wenn er davon sprach, daß man sich für die Regierung „ein beratendes Organ" schaffen wolle. „Das Reichsernährungsamt werde niemals eine Verordnung erlassen, ohne vorher diesen Zentralrat zu hören." Dafür verlangte er allerdings eine Mitwirkung bei seiner Konstituierung und erwartete zunächst, daß der Satzungsentwurf dem Reichsernährungsamt zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werde. Auf der anderen Seite stand er aber auch dem Reichsversammlungsplan Dades aufgeschlossener gegenüber als die anderen Versammlungsteilnehmer. Er sinnierte über die Notwendigkeit „einer rechtmäßigen Verbindung mit den örtlichen Bauern- und Landarbeiterräten", glaubte aber, daß hierfür „die Mittelglieder schwer zu schaffen seien". – Die Versammlung nahm diese Gedanken auf, lehnte aber eine Mitwirkung des Reichsernährungsamtes bei der Feststellung der Satzung ab. Dafür bat sie um Anerkennung des Zentralrats und um „einen erheblichen Beitrag" zu den Kosten, „da es sich um eine im allgemeinen Staatsinteresse liegende Sache handle", was Alter bereitwillig zusagte.

[47] Über Wurm: Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919. Düsseldorf 1963, S. 91 ff.; Erich Matthias, Einleitung zu Miller, a.a.O., T. I, S. LVI, bes. Anm. 95, LX.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So kam man nach längeren Verhandlungen zur Satzung und zur Wahl der Vorsitzenden. Nachdem die Reichsversammlung gefallen war, entstand eine knappe Satzung, die nur die notwendigsten Regelungen enthielt und damit dem neuen Gremium einen weiten Spielraum eröffnete. Nach dieser Satzung hatte der neue Zentralrat im wesentlichen zwei Aufgaben:

1. „in Gemäßheit der Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 22. November 1918 (Reichsanzeiger vom 25. November 1918) den Bauern- und Landarbeiterräten Anweisungen und Ratschläge zu erteilen;
2. eine Vermittlungsstelle zwischen Bauern- und Landarbeiterräten und der Reichsregierung zu bilden . . ."

Zum Vorsitzenden wählte man den alten konservativen Parteiführer und Landbündler Mehnert. Sein Stellvertreter wurde nicht der Sozialdemokrat Schmidt, sondern Franz Behrens, der Vorsitzende des Zentralverbandes, der zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs der DNVP vom 24. November 1918 gehörte. Damit war noch nicht vier Wochen nach dem 9. November eine Organisation entstanden, die fest in der Hand der alten Führung lag und der der „Ludergeruch der Revolution" nur insofern anhaftete, als sie für die Führung des Bundes der Landwirte indirekt auch die Anerkennung der Existenz von Landarbeitergewerkschaften bedeutete.

III

Diesen sehr eindeutigen Vorgängen in der Zentrale entsprach die Entwicklung im Lande nur bedingt. Organisation und Arbeitsweise lokaler Bauernräte hingen nicht nur von den besonderen örtlichen Gegebenheiten und Machtverhältnissen ab, sondern in starkem Maße auch von dem Zeitpunkt, zu dem sie gegründet wurden oder entstanden. Das ergibt sich schon aus der zeitlichen und inhaltlichen Differenz zwischen dem Aufruf vom 12. und der Bekanntmachung vom 22. November. Nur bei Gründungen nach dem 25. November, dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung vom 22. November im Reichsanzeiger, konnte man mit einiger Sicherheit damit rechnen, daß die Räte auf dem Lande gewählte Bauern- und Landarbeiterräte im Sinne dieser Bekanntmachung waren. Nachdem der erste Aufruf sehr zur Eile gemahnt hatte, lag die zweite Bekanntmachung recht spät und konnte daher wohl auch nur noch eine begrenzte Wirkung ausüben. So war es unvermeidbar, daß es „Bauernräte" nach dem Aufruf vom 12. November neben „Bauern- und Landarbeiterräten" nach der Bekanntmachung vom 22. November gab.

Außerdem war die simple Gegenüberstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bekanntmachung vom 22. November allzusehr auf ostdeutsche Verhältnisse abgestellt und nicht ohne weiteres auf die westlichen Provinzen übertragbar, weil die strukturellen Unterschiede zu groß waren. Inhaber großer landwirtschaftlicher Betriebe im Osten waren mit rheinischen „Gutsbesitzern" ebenso-

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenig gleichzusetzen wie ostdeutsche Landarbeiter mit westfälischen „Köttern"; außerdem war das Verhältnis von „Besitzern" und „Arbeitern" im Osten und im Westen grundverschieden, schon wegen der im Westen sehr stark verbreiteten bäuerlichen Familienbetriebsverfassung. Soweit wir genauere Angaben über örtliche Bauernräte und die Berufe ihrer Mitglieder besitzen, ergibt sich, daß man höchstens von prinzipiellen Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten sprechen kann, jedoch niemals von einer gleichartigen Zusammensetzung. Das läßt sich besonders an den Räten nachweisen, die zwischen dem 12. und 25. November entstanden sind, wie einige Beispiele zeigen.

So rief der Landrat des Kreises Westpriegnitz zur Wahl eines Bauernrates auf, der aus „Vertretern des Großgrundbesitzes, des Kleingrundbesitzes, der ländlichen Arbeiter und des ländlichen Handwerkerstandes" bestehen sollte[48]. Von einem Kreisbauernrat in Pommern, der sich am 17. November bildete, wird berichtet, daß er aus acht sozialdemokratisch organisierten Arbeitern, drei Beamten der Post und Bahn, zwei Privatangestellten, drei großen und vier kleinen Grundbesitzern bestand. „Man beschloß, den Rat noch durch vier Gewerbetreibende und 17 Arbeiter vom Land zu ergänzen"[49]. Demgegenüber finden sich in den Bauernräten der 18 Gemeinden des Kreises Lüdinghausen 40 Landwirte, 38 Gutsbesitzer, 27 Kötter, 19 Landarbeiter, 15 Handwerker, fünf Gutspächter, drei Bergleute, zwei Verwaltungsangestellte, ein Bahnmeister, ein Bauunternehmer, ein Lehrer, ein Nachtwächter und ein Werkmeister[50]. Aus diesen Beispielen, in denen sich die Unterschiede in der Agrarverfassung und der ländlichen Struktur deutlich widerspiegeln, läßt sich die Folgerung ziehen, daß Bauernrat durchaus nicht überall gleich Bauernrat gewesen ist und daß sich hinter der gleichen Bezeichnung sehr verschieden strukturierte Organisationen verbergen.

Außerdem bereitete es besondere Schwierigkeiten, daß beide Bekanntmachungen einen grundsätzlichen administrativen Fehler enthielten: sie hatten den Aufruf des Kriegsausschusses nicht ausdrücklich aufgehoben. Zwar war dieser Aufruf keine Regierungsanordnung; bei dem großen Einfluß der landwirtschaftlichen Organisationen, von denen er ausging, kam ihm aber psychologisch eine autoritative Wirkung zu, zumal anzunehmen ist, daß vor allem in Preußen die konservativen Landräte und Regierungspräsidenten mehr Vertrauen in eine Anordnung des Kriegsausschusses als in einen Aufruf des Rates der Volksbeauftragten setzten. Die ausdrückliche Bezugnahme auf die landwirtschaftlichen Körperschaften im Aufruf vom 12. November mußte zudem noch die Behörden in der Annahme bestärken, daß die Bekanntmachung des Kriegsausschusses aufrechterhalten und daß vor allem auch ihr organisatorischer Inhalt für die Bildung der jetzt angeord-

[48] Wahlaufruf v. 21. 11. 1918. Dokumente und Materialien, a.a.O., Bd. II/2, S. 447, Nr. 193.

[49] Wolfgang Wilhelmus, Die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf die revolutionäre Bewegung in Vorpommern bis zum I. Rätekongreß im Dezember 1918, in: Albert Schreiner (Hrsg.), Die Oktoberrevolution und Deutschland, Berlin-Ost 1958, S. 283f.

[50] StAM, Kreis Lüdinghausen, Landratsamt/383.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neten Bauernräte maßgebend bleiben sollte. So standen für die Verwaltung zwei einander widersprechende Anordnungen nebeneinander, was zu typischen Reaktionen führen mußte. So versandte das Kriegswirtschaftsamt der Provinz Westfalen den Aufruf des Kriegsausschusses an alle Kriegswirtschaftsstellen bei den Landratsämtern mit der Weisung, „für schleunige Verbreitung der darin wiedergegebenen Ratschläge Sorge tragen zu wollen, damit die in Vorschlag gebrachte Organisation im Interesse der gefährdeten Volksernährung möglichst bald ins Leben gerufen werden kann"[51]. Ungefähr gleichzeitig wies jedoch der Regierungspräsident in Minden die Landräte seines Bezirkes an, „schleunigst" mit der Bildung von „Ortsausschüssen gemäß dem Vorschlag des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft" zu beginnen; diese Ortsausschüsse wären „am besten als Bauernräte zu bezeichnen". Man könnte geneigt sein, in dieser Anordnung ein geschicktes Ausweichen vor dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten zu sehen, wenn sie nicht mit dem Hinweis fortführe, es erscheine „zweckmäßig, daß diese örtlichen Räte sich zu einem Kreisbauernrat zusammenschließen und alsbald mit den Soldaten- und Arbeiterräten in Verbindung treten, um in diese entsprechend zu erweiternde Organisation in geeigneter Weise aufgenommen zu werden"[52]. Das gleiche Dilemma hat den Landrat in Braunsberg zu der Anfrage veranlaßt, ob der Aufruf des Kriegsausschusses nicht befolgt werden dürfe, „nachdem die Regierung die Bildung von Bauernräten angeordnet hat"[53]. Die Frage nach Struktur und Form der Bauernräte stellte sich der Alltagspraxis lokaler und regionaler Verwaltungsbehörden sehr viel anders als in den Sitzungen der Berliner Zentrale, wo man unter Aufbietung aller Verhandlungskünste um die Erhaltung und Befestigung überkommener Führungsansprüche mit den neuen Gewalten rang.

Viele Bauernräte entstanden zunächst als ländliche Parallelen zu den Arbeiter- und Soldatenräten, als politische Gremien mit Kontrollbefugnissen gegenüber der Verwaltung. Das war offensichtlich in Schleswig-Holstein der Fall[54], aber auch im Regierungsbezirk Wiesbaden, wo schon am 18. November in einer Delegiertenversammlung aller Räte Vertrauensleute zur Kontrolle der Verwaltung gewählt wurden, von den Arbeiter- und Soldatenräten der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Quark, von den Bauernräten Dr. Horny, ein Beamter der Landwirtschaftskammer. Zugleich wurde beschlossen, daß Quark und Horny ihre Kontrolltätigkeit gemeinsam ausüben sollten. Noch im November kündigte der Regierungspräsident ihren baldigen Besuch in den Landratsämtern an[55].

[51] StAM Kreis Steinfurt, Landratsamt/626, Bl. 196.

[52] Rundverfügung v. 14. 11. 1918 (Abschr.), StAM Regierung Arnsberg, I 15/14, Bl. 3.

[53] Landrat Braunsberg an Kriegswirtschaftsamt Königsberg, 15. 11. 1918, StALG, Rep. 2b/2979, Bl. 9.

[54] Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933, Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962, S. 29, Anm. 1.

[55] Rundverfügung vom 26. 11. 1918, HStAW, Abt. 419/59, Bl. 20. Daß es zu dieser angekündigten Kontrollreise gekommen ist, erscheint zweifelhaft, da Quark bereits am 2. 12.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wo allerdings einzelne Kreisbauernräte im Gegensatz zu den allgemeinen Tendenzen der Provinz sich solche Kontrollbefugnisse zulegten, scheint es sich um Usurpationen zu handeln, die unter Ausnutzung lokaler Verhältnisse möglich waren. So ist es nicht sehr verwunderlich, daß der in einen Kreisbauernrat umgewandelte „Vertrauensausschuß" in Mönchengladbach sich eng mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verband und mit der Forderung nach einer „persönlich scharfen Kontrolle der Kreisverwaltung" auftrat. Der Landrat beschwerte sich heftig bei der Landwirtschaftskammer über Ritgen, weil er sich eine „Dienststelle" im Haus des Arbeiterrats eingerichtet und an einer Versammlung des Arbeiterrates teilgenommen hatte, in der man beschloß, den Landrat abzusetzen[56]. Es kam auch zu einer stürmischen Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins, in der der Landrat heftig angegriffen wurde, es aber brüsk ablehnte, den „Anschein" zu erwecken, „als ob er sich wegen seiner Maßnahmen hier etwa verantworten müsse"[57]. Anderwärts standen solche Usurpationen jedoch offensichtlich in heftigem Gegensatz zu den Arbeiter- und Soldatenräten, wie in Schwerin an der Warthe, wo der katholische Pfarrer Rohbeck als Vorsitzender des Kreisbauernrats die „Koordination" mit dem Arbeiterrat „erzwang" und durchsetzte, „daß alle Angelegenheiten, welche die ländlichen Interessen berühren, nur durch den Kreisbauernrat ihre Erledigung finden"[58].

Am konsequentesten scheint man in diesen ersten Wochen in Ostpreußen vorgegangen zu sein, wo der Regierungspräsident in Allenstein seine Landräte Mitte November zur Bildung von Bauernräten „zur wirksamen Vertretung der ländlichen Bevölkerung" anwies. Konservative und antirevolutionäre Tendenzen waren dabei zweifellos im Spiel, wenn den Räten ausdrücklich aufgetragen wurde, „innerhalb der gegenwärtigen Volksbewegung" dazu beizutragen, „diese Bewegung in ruhigen gesetzlichen Bahnen zu halten". Andererseits wurde aber auch ausdrücklich verlangt, daß aus den örtlichen Bauernräten nach dem Delegationsprinzip „ein ständiges Organ in der Kreisstadt geschaffen wird, das neben den Arbeiter- und Soldatenräten eine dauernde Kontrolle der Verwaltungsbehörden ausübt".

---

zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt wurde – Miller, a.a.O., T. I, S. 243 – und allem Anschein nach auch schon vorher in dieser Eigenschaft tätig war.

[56] Landrat Mönchen-Gladbach an Landwirtschaftskammer, 16. 12. 1918 und 16. 1. 1919. Hierzu auch ein Flugblatt des Kreisbauernrats: „Was soll der Bauernrat?" mit charakteristischen Äußerungen: „. . . Er soll, damit auch die wirklichen Stimmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Geltung kommen, sich selbst beraten lassen . . . Er soll eine Kontrolle darüber ausüben, ob seitens der Behörden und nachgeordneten Organe die Beschlüsse auch zur Ausführung kommen . . ." Um Ritgen und seinen Bauernrat loszuwerden, versuchte der Landrat, die Kammer „zu einer Versetzung in ein anderes Amt" zu bewegen. Da die Kammer aber eigene organisationspolitische Konzeptionen verfolgte, behandelte sie diesen Antrag dilatorisch. LKB, Bauernräte.

[57] Die Landwirtschaftliche Lokalabteilung in M-Gladbach. Landwirtschaftliche Zeitschrift für die Rheinprovinz, NF 20 (1919), S. 55.

[58] Rohbeck an Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 19. 2. 1919. SchAM, Abt. I L, Nr. 2, mit einer Fülle von polemischen Ausfällen gegen die „A- und S-Räte-Mißwirtschaft" und gegen das „berühmte Institut". „Den Leuten gegenüber hilft nur die nötige Energie

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein ähnliches Organ wurde auch für den Regierungsbezirk in Aussicht gestellt[59]. Oberpräsident von Batocki hat diese Rundverfügung sofort an die Regierungen in Königsberg und Gumbinnen weitergeleitet – „ich empfehle ein ähnliches Vorgehen" – und zwei Tage später in einer Bekanntmachung Richtlinien für ein einheitliches Wahlverfahren aufgestellt, die in gleicher Weise für die Arbeiterräte und die Bauernräte gelten sollten. Auch hier wurden die Befugnisse der beiden Räte einander sehr angenähert, wenn man auch bei den Bauernräten die landwirtschaftlichen Fragen stärker betonte[60]. Auf diese Weise kamen in der zweiten Hälfte des November in Ostpreußen die Bauernräte als politisch-administrative Organe zustande, freilich nicht immer ohne Reibungen mit den Arbeiterräten, die gelegentlich die Wahlen behinderten[61] oder sich hinterher gegen die Übertragung von Kontrollbefugnissen an die Bauernräte sträubten. „Der Kreisbauernrat hat die Kontrolle des Landratsamts für sich beansprucht und kann sich hierfür auf einen Erlaß des Oberpräsidenten berufen", so berichtete der Regierungspräsident in Gumbinnen und beschwerte sich darüber, daß der Arbeiterrat diese Befugnis bestritt und für sich selbst beanspruchte[62].

Batocki kam nach Verhandlungen mit dem Königsberger Arbeiter- und Soldatenrat zu der Lösung, daß die Verwaltungskontrolle in jedem Verwaltungsbezirk nur einem der Räte, entweder dem Arbeiterrat oder dem Bauernrat übertragen und daß der Königsberger Arbeiter- und Soldatenrat zur Provinzspitze für sämtliche Räte, also auch für die Bauernräte, werden sollte[63]. „Die Bauernräte unterstehen dem Rat des Kreises, in diesem Fall dem Arbeiterrat. Sie bilden ein Kontrollorgan für den Amtsvorsteher", heißt es in einer Zeitungsnotiz, die erst nach ihren administrativen Befugnissen ihre speziellen landwirtschaftlichen Aufgaben herausstellt: „Ihre besonderen Aufgaben sind die restlose Ablieferung von Lebensmitteln und die Bekämpfung des Schleichhandels."[64] Wenn der Rat der Kreisstadt ein Bauernrat ist, nehmen seine Obmänner an den Sitzungen des Kreistages und des Kreisausschusses teil[65]. – Diese scheinbar so glatte und reibungslose Konstituierung der Räte in Ostpreußen hat allerdings spätere heftige Kämpfe und

---

und der nötige Haarwuchs auf den Zähnen. Die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft hat einfach brillant geklappt . . ."

[59] Reg. Präs. Allenstein an alle Landräte, 15. 11. 1918, (Abschr.), StALG Rep. 2b/2979, Bl. 2.

[60] Richtlinien für die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte und der Bauernräte Ostpreußens, Ostpreußische Zeitung, Extrablatt vom 17. 11. 1918, ebenda.

[61] Z.B. Majoratsbesitzer v. Brederlow an Oberpräs. 2. 12. 1918 über Störung und Behinderung der Bauernratswahlen StALG Rep. 2b/2980, Bl. 45.

[62] Reg. Präs. Gumbinnen an Oberpräsident, 23. 12. 1918, ebenda, Bl. 47.

[63] Notizen und Ergebnisprotokolle über diese Verhandlungen Batockis, StALG, Rep. 2b/2979, Bl. 28ff.

[64] Pillkaller Zeitung Nr. 288, 8. 12. 1918 (Ausschn.), StALG, Rep. 12, Tit. 11a/3.

[65] Das geht aus den Berichten der Landräte Heinrichswalde, Heydekrug und Insterburg an Reg. Präs. Gumbinnen im Februar 1919 eindeutig hervor. StALG, ebenda. Hierzu auch Landrat Heinrichswalde an Oberpräsident, 22. 2. 1919, StALG, Rep. 12, ebenda/2.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auseinandersetzungen nicht verhindert, vor allem zwischen den Behörden und den Arbeiterräten[66].

In den westlichen Provinzen findet sich dagegen eine spürbare Zurückhaltung der Verwaltungsbehörden zugunsten einer stärkeren Aktivität der Landwirtschaftskammern, die sich von Anbeginn an sehr darum bemühen, die Entwicklung in die Hand zu bekommen. Das zeigt sich besonders in Westfalen und im Rheinland. Von den beiden Kammern hatte es die westfälische einfacher als die rheinische, weil in Westfalen die alten landwirtschaftlichen Vereine im Gegensatz zu den meisten preußischen Provinzen ihre Bedeutung auch nach der Gründung der Landwirtschaftskammer weitgehend behalten hatten. Die Kammer in Münster konnte sie daher leicht für ihre Absichten gewinnen. Am 15. November wandte sie sich an die Vereine und die Winterschulen: „Die veränderte Lage läßt es unbedingt erforderlich erscheinen, auf dem Lande alsbald eine freiwillige Organisation der Landwirtschaft zu schaffen. Hierfür wird im allgemeinen die gemeindeweise Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen (Bauernräte) unter Zuziehung von Arbeitnehmern und gegebenenfalls auch Vertretern der Verbraucher in Frage kommen." Hierfür wünschte man eine Initiative der landwirtschaftlichen Vereine, die dann von sich aus andere Organisationen, wie Genossenschaften und den Westfälischen Bauernverein, mitheranziehen sollten. Auf dem Weg über die Initiative der unter dem Einfluß der Landwirtschaftskammer stehenden Vereine hoffte man offensichtlich auch die neue Organisation beeinflussen zu können, was für die Kammer vor allem einen indirekten Einfluß auf den Bauernverein bedeutet hätte, mit dem man sich bisher keineswegs sehr gut verstanden hatte[67].

Im Rheinland dagegen war der alte berühmte „Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen" längst bedeutungslos geworden. Hier wurde das Feld von den drei allerdings miteinander rivalisierenden Bauernvereinen – Rheinischer Bauernverein, Trierischer Bauernverein und der kleine Hunsrücker Bauernverein – beherrscht. Anders als in Westfalen war die rheinische Landwirtschaftskammer gezwungen, sich mit reinen Interessenverbänden zu arrangieren. Trotz der Unsicherheiten, die ein solches Verfahren notwendig implizieren mußte, nahm sie die Bildung der Bauernräte sofort entschlossen in die Hand und betrieb sie völlig allein in eigener Regie, ohne die Behörden zu beteiligen, nachdem man sie an einer ersten „Vorbesprechung" mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen hatte teilnehmen lassen[68]. Erst hinterher, als die neue Organisation gebildet war und bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, wurde der Oberpräsident vor die vollendete Tatsache gestellt und um Anerkennung der neuen Organisation gebeten, wahrscheinlich weil sie den Berliner Vorstellungen in ihrer Konzeption

---

[66] Kolb, Arbeiterräte, a. a. O., S. 571 ff.

[67] Landwirtschaftskammer Westfalen an die Kreis- und Ortsvereine mit Nachricht an die landwirtschaftlichen Winterschulen, 15. 11. 1918, StAM, Regierung Arnsberg, I 15/14, Bl. 4.

[68] Vorbesprechung über die Anregung von Bauernräten, 16. 11. 1918, (Protokoll) LKB. Bauernräte.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

widersprach[69]. Allerdings waren sich die beteiligten Verbände untereinander nicht ganz einig. Während der einflußreiche Rheinische Bauernverein ausschließlich auf die Erhaltung seines Besitzstandes und seiner Organisation bedacht war[70] und es auch durchsetzte, daß die örtlichen Bauernräte nur „durch Absprache unter den lokalen Organisationen" gebildet werden durften, verfolgte der Trierische Bauernverein, der in seinem Vereinsgebiet die Bildung der örtlichen Bauernräte in die Hand genommen hatte, offensichtlich eine stärkere Anlehnung an das Modell der Arbeiter- und Soldatenräte. Er vertrat die Ansicht, daß die Bauernräte den Behörden „gleichgeordnet" sein und die „ständige Kontrolle über die Durchführung der Verordnungen" haben müßten. „Der Trierische Bauernverein will die Bauernräte so gestalten, daß sie in der Lage sind, die schweren Schäden in unserem Verwaltungssystem auszumerzen."[71] Die Landwirtschaftskammer suchte zu beschwichtigen[72], was ihr anscheinend auch gelang. Da aber „mittlerweile mehrere hundert örtliche Bauernräte nach dem Programm des Trierischen Bauernvereins gebildet" waren, ist jedoch anzunehmen, daß im Verbreitungsgebiet dieses Vereins, dem Regierungsbezirk Trier und in den Moselkreisen des Regierungsbezirks Koblenz die Bauernräte sich doch erheblich von den übrigen rheinischen Ausschüssen unterschieden.

Die Provinzspitze dieser neuen Organisation bestand aus den Präsidenten der beiden größten Bauernvereine, zu denen noch der Präsident des von der Kammer finanziell völlig abhängigen Landwirtschaftlichen Vereins trat. Später wurde diese Gruppe durch Kooptation erweitert. Auf diesem Weg kamen der Kammervorsitzende und der Generalsekretär der Kammer, der zugleich auch Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Vereins war, in den „Bauernrat", dessen Vorsitz der rheinische Präsident, Freiherr von Loë-Bergerhausen, übernahm. Was hier entstand, war eine unter dem Einfluß der Landwirtschaftskammer stehende reine Interessenvertretung. Darauf hatte der Kammervorsitzende sofort hingewiesen und als „weitere wichtige Aufgabe dieser Organisation", neben der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, vor allem „nach Errichtung der Reichsverfassung die Lösung der brennenden wirtschaftspolitischen Fragen" genannt[73].

So war verständlich, daß diese „Mannigfaltigkeit" der Bauernräte in der ersten

---

[69] Schorlemer-Lieser an Oberpräs., 16. 12. 1918; Zweifel an der Legalität des Vorgehens waren in der Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer am 27. 11. 1918 eingehend erörtert worden, beides LKB, Bauernräte.

[70] Vorbesprechung, a. a. O.

[71] Trierischer Bauernverein an Landwirtschaftskammer, 18. 11. 1918, ebenda.

[72] „Bauernrat und Verwaltungsbehörden können niemals in vollem Sinne gleichberechtigt nebeneinander stehen. Ihre Aufgaben sind durchaus verschieden, die der einen eine beratende, die der anderen eine ausführende. In diesem Sinne sind sie allerdings gleichberechtigt, soweit jeder im Rahmen seiner Befugnisse bleibt . . ."; Generalsekretär Dr. Reinhardt an Trierischen Bauernverein, 4. 12. 1918, ebenda.

[73] Schorlemer-Lieser an die Mitglieder des Kammervorstandes, 19. 11. 1918, ebenda.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sitzung des neuen Reichsbauernrates am 3. Dezember ausgiebig erörtert wurde. Mehnert verwies darauf, daß „manche dieser Räte" sich Befugnisse „zum Teil politischer Art" zugesprochen hätten, die ihnen nach der Bekanntmachung nicht zukämen. Andere Teilnehmer unterstrichen die Schwierigkeiten mit den konkurrierenden Arbeiterräten, betonten aber auch, daß in manchen Gegenden es gerade die Arbeiterräte gewesen seien, die „von sich aus" Bauernräte gebildet hätten[74]. Bei allem Nachdruck, der auf die exakte Durchführung der Bekanntmachung vom 22. November zu legen sei, wollte man doch Orts- und Gemeindeausschüsse, die schon vorher, „jedoch nicht immer nach der in dieser Bekanntmachung vorgeschriebenen Wahlordnung" zustandegekommen seien, als rechtmäßig ansehen, „wenn aus den Gemeinden selbst keine Beschwerden erhoben" werden. Außerdem versuchte man noch eine grundsätzliche Korrektur. Die Vereinbarung der Verbände hatte genau wie die Bekanntmachung des Kriegsausschusses vorgesehen, daß auch „Vertreter der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung" in den Räten vertreten sein sollten. Dagegen hatte die Bekanntmachung vom 22. November, wohl auf Betreiben Otto Brauns, nur von Personen gesprochen, „die ganz oder vorwiegend landwirtschaftlichen Interessen dienstbar sind". Damit sah man keine Möglichkeit mehr, „den geistigen Führern auf dem Lande, namentlich den Geistlichen, Lehrern und vor allem auch den Genossenschaftsleitern die Mitarbeit zu ermöglichen". Gegen Bauernräte ohne die im landwirtschaftlichen Organisationswesen traditionell recht einflußreiche ländliche Intelligenz setzte man sich zur Wehr und beschloß, das Reichsernährungsamt zu einem ergänzenden Erlaß zu veranlassen[75]. – Geheimrat Alter sagte das alles bereitwillig zu, das Reichsernährungsamt aber ließ sich Zeit und wartete bis Mitte Januar, ehe es in einem dann allerdings recht deutlich abgefaßten Erlaß auf strikte Einhaltung der Bekanntmachung vom 22. November drängte. Es müsse vor allem darauf gesehen werden, daß die Bauernräte nicht „als eine Art Arbeiter- und Soldatenräte für die Landgemeinden" aufträten und daß sie „in der Hauptsache eine aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehende Vertretung aller in und für die Landwirtschaft tätigen Personen bilden". Die „durch geistige Arbeit der Landwirtschaft dienenden Personen" werden besonders hervorgehoben. Sie sollen wählbar sein, „sofern die in erster Linie wahlberechtigten Landwirte und Landarbeiter damit einverstanden sind"[76]. Dieser Erlaß kam jedoch viel zu spät, um noch irgendeinen Einfluß auf Bildung und Struktur der Bauernräte auszuüben oder die Aktivität der hinter ihnen stehenden politischen Kräfte zu beeinflussen. Unmittelbar nach dem 3. Dezember wäre das vielleicht noch möglich gewesen.

---

[74] So wohl vor allem in Bayern: Mattes, a.a.O., S. 74ff.; Mitchell, a.a.O., S. 135.
[75] Sitzung des Reichsbauernrats v. 3. 12. 1918, a.a.O.
[76] Erlaß v. 16. 1. 1919, in verschiedenen Akten, hier nach: HStAW, Abt. 419/59, Bl. 43.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV

Die Frage, weshalb eine Lösung der Art, wie sie sich bereits in den ersten Tagen nach dem 9. November abzuzeichnen begann, überhaupt möglich war, stößt in einen sehr komplexen Bereich von Situationen, Strukturen, Ideologien und Motivationen. Sie können hier nur andeutungsweise behandelt werden.

Eine wesentliche Rolle hat sicher die ernste Ernährungslage gespielt, die sich mit dem unmittelbar bevorstehenden Zurückfluten der Fronttruppen nur noch erheblich verschlechtern konnte. Sie mußte den Rat der Volksbeauftragten und das Reichsernährungsamt zur größten Vorsicht mahnen, selbst wenn ihnen ihre agrarischen Verhandlungspartner stark mißfielen. Soweit die im Kriegsausschuß zusammengefaßten landwirtschaftlichen Organisationen bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß die Versorgung der Städte nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg gesichert werden könne, wenn man die Landwirtschaft ungestört lasse, rannten sie offene Türen ein; denn man konnte die Probleme in der Regierung kaum anders sehen als die Agrarier selbst.

Trotzdem sind diese ständigen Appelle der agrarischen Führer nur so zu deuten, daß beide Seiten, auch schon in ihren gegenseitigen Zusicherungen über die Sicherstellung der Ernährung, sich im Bereich unterschiedlicher Motive und fortgesetzter Mißverständnisse bewegten. Während es sich für die Reichsregierung um einen akuten Notstand handelte, den man bekämpfen mußte[77], soweit es ging, verfolgten die landwirtschaftlichen Organisationen mit ihren Hinweisen primär politische Ziele. Sie versuchten, die neue Regierung unter Ausnutzung der Ernährungszwangslage auf die grundsätzliche Ablehnung jeder „Sozialisierung des Grundbesitzes" festzulegen. In der „Verlautbarung" des Kriegsausschusses, in der er mitteilte, daß sich die landwirtschaftlichen Körperschaften „ausnahmslos in den Dienst der Regierung" gestellt hätten, kommt diese doppelte Motivierung deutlich zum Ausdruck. „Die gesamte Landwirtschaft", so erklärte man mit Nachdruck, „ist bereit, die Regierung bei der Aufgabe zu unterstützen, dem deutschen Volke über die schwere Zeit hinwegzuhelfen." Anschließend heißt es aber nicht minder nachdrücklich: „Die Landwirte durch Ankündigung von Auflösung des Besitzes oder Vergesellschaftung der Betriebe zu beunruhigen, ist ein nicht wiedergutzumachender Fehler. Der Bauer weiß sehr gut, daß er dabei dem größeren Besitzer sehr bald folgen würde, wenn es dazu käme. Jetzt, wo es darauf ankommt, daß das Land alle Kräfte anspannt, um auf seinem bedrohten Boden für das ganze Volk Lebensmittel zu schaffen, darf man ihm als Lohn für seine Mühen unmöglich die Enteignung in Aussicht stellen."[78]

---

[77] Das zeigen die zahlreichen Erlasse über die Bekämpfung des „Schleichhandels" – z.B. 30. 11. 1918 – und gegen „Eingriffe" der Arbeiter- und Soldatenräte in die Versorgung – z.B. 3. 12. 1918 – in vielen Akten, hier nach HStAW, Abt. 405/6336, Bl. 104, 113. Solche Erlasse und Aufrufe sind im Winter 1918/19 noch häufig wiederholt worden.

[78] Verlautbarung v. 19. 11. 1918, a.a.O.; ähnlich auch der Bund der Landwirte um die gleiche Zeit in einem Aufruf: „Wir stellen uns bis zur Schaffung einer auf gesetzlicher

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solche Äußerungen kann man vordergründig als Ausdruck der grassierenden „Bolschewistenfurcht" betrachten, die insgesamt doch wohl verbreiteter gewesen ist als man neuerdings annimmt[79]. Sie drängte vor allem die agrarischen Führer vorübergehend an die Seite der Mehrheitssozialisten, da sie sich in besonderem Maße enteignungsbedroht fühlen mußten. Andererseits aber zeigt sich in diesen ungenierten und oft polemischen Äußerungen auch ein gewisses Triumphgefühl. In der gegebenen Ernährungssituation konnte man einer verhaßten politischen Richtung gegenüber auftrumpfen. Man wußte nur zu gut, daß man im Besitz der unentbehrlichen Nahrungsmittel am längeren Hebelarm saß, und gab das auch deutlich zu verstehen. Schließlich sind solche Proklamationen Ausdruck einer gezielten politischen Opposition, die mit Bedacht die schwachen Stellen des Gegners ausnutzt, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Denn ohne Zweifel gehörten Landwirtschaft und Agrarpolitik zu den schwächsten Punkten sozialdemokratischer Ideologie und Taktik. Ursprünglich hatte die Partei unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes unter dem Eindruck der Agrarkrise der beginnenden neunziger Jahre und der wachsenden Beunruhigung der Bauern an eine Landagitation gedacht, durch die Bauern, besonders Kleinbauern für die Partei gewonnen werden sollten. Man hoffte auf diese Weise den Einfluß der ständig wachsenden, aber rein industriell ausgerichteten Partei auch auf das Land ausdehnen zu können[80]. Vor allem begann man in Süddeutschland mit einer systematischen Agitation unter den Bauern, bei der besonders der Führer der bayerischen Sozialdemokraten, Georg von Vollmar, beachtliche Erfolge erzielen konnte[81]. Bayern war zu dieser Zeit noch ein ausgesprochenes Bauernland, und als Führer der bayerischen Sozialdemokratie mußte Vollmar schnell

---

Grundlage beruhenden Staatsform hinter jede Regierung, die gewillt und fähig ist, Ruhe' Ordnung und Sicherheit für Person und Eigentum aufrecht zu erhalten, die Volksernährung sicherzustellen und einen sofortigen Frieden herbeizuführen"; Bötticher, a.a.O., S. 35ff., datiert diesen Aufruf auf „Anfang November". Da in ihm aber die „Bauern- und Landarbeiterräte" erwähnt werden, kann er erst aus der Zeit nach dem 20. November stammen.

[79] Lösche vertritt die Ansicht, die MSPD habe im November 1918 klar erkannt, „daß der Linksradikalismus zu schwach und die deutsche Entwicklung von der russischen zu verschieden war, um eine sofortige Machtübernahme des Spartakusbundes und der linken USPD befürchten zu müssen"; Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920, Berlin 1967, S. 158ff., bes. S. 163. Daß diese Überzeugung aber nicht ganz so einhellig gewesen sein kann, zeigen die besorgten Äußerungen Otto Brauns zu Keiser Mitte November, deren Ernsthaftigkeit auch dann anzuerkennen ist, wenn man annimmt, daß Keiser sie vielleicht etwas übertrieben wiedergegeben hat. Vgl. zu diesem Komplex auch Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1915–1945, Tübingen 1954, S. 42ff., und die kurzen Bemerkungen in der Einleitung zu Miller, a.a.O., S. XVf.

[80] Hierzu die Hinweise bei Wilhelm Cohnstaedt, Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag, München 1903, S. 131ff.

[81] Eine sehr plastische Schilderung von Versammlungen, die Vollmar, der „Girgl", mit Bauern Anfang der neunziger Jahre abhielt, jetzt bei Hans Georg Lehmann, Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970, S. 64ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu der Erkenntnis kommen, daß seine Partei als reine Arbeiterpartei wegen der noch sehr geringen Industrialisierung erfolglos bleiben mußte, wenn es ihr nicht gelang, auch Bauern in nennenswerter Zahl für sich zu gewinnen. Aber auch in anderen Teilen des Reiches, besonders wenn sie kleinbäuerlich strukturiert waren, scheinen gewisse Voraussetzungen für ein erfolgreiches Auftreten der Sozialdemokraten im agrarischen Bereich bestanden zu haben. So hat der den Nationalliberalen nahestehende Pfarrer Richard Oertel, später Gründer des Hunsrücker Bauernvereins, Anfang 1892 in einer längeren Darstellung der „Unzufriedenheit" der Hunsrücker Bauern und ihrer Ursachen mit Nachdruck auf diesen Punkt hingewiesen und eine erkennbare emotionale Hinneigung der Bauern zur Sozialdemokratie als typischen Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit und eines unbestimmbaren Unbehagens gewertet[82].

Der Widerhall, den vor allem Vollmar in bäuerlichen Kreisen fand, ließ daher den Plan eines bäuerlich orientierten Agrarprogramms reifen, in dem Schutz und Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes betont herausgestellt werden sollten. Vollmar fand mit diesem Plan auch zunächst in seiner Partei lebhaften Beifall. Man setzte eine Kommission ein, die ein Agrarprogramm erarbeiten sollte. Während dieses Programm entstand, kamen Zweifel auf, ob der eingeschlagene Weg richtig sei. Marx hatte eine Parallelentwicklung von Industrie und Landwirtschaft unter den Gesetzen des Kapitalismus angenommen mit dem Ergebnis, daß der zunehmenden Verelendung des Industrieproletariats eine ähnliche Verelendung der Bauern entsprechen müsse, weil im kapitalistischen System auch in der Landwirtschaft der bäuerliche Betrieb, die „Parzellenwirtschaft", dem Großbetrieb notwendigerweise unterlegen sein müsse. In der daraus ebenso notwendig folgenden Akkumulation des Bodens in der Hand weniger kapitalistischer Großgrundbesitzer sah er eine Parallele zur Akkumulation des Industriekapitals. Die Forderung der Partei nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel galt daher für beide Bereiche in gleicher Weise und gehörte zu den Kernpunkten des sozialdemokratischen Programms. Hier stieß man nun während der Arbeit am Agrarprogramm auf Widersprüche, weil man in der landwirtschaftlichen Realität zu wenig Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Prognose von Marx fand. So entstand die Frage, ob Marx nicht in diesem Punkt „revidiert" werden müsse. Es entstand aber auch die Gegenfrage, ob ein Bauernprogramm nicht ideologiewidrig sei und im Endeffekt

---

[82] „. . . wenn man von einem ruhigen, verständigen, legalen Mann, der Mitglied des Presbyteriums ist, gelegentlich einer Unterredung . . . die erregte, aber unbegründete Äußerung hört: ‚Es fehlt wahrhaftig nicht viel, dann werden wir alle Sozialdemokraten'. Ähnliche Äußerungen von wohlhabenden Bauern sind mir mehrfach zu Ohren gekommen . . . Ist einerseits die Gefahr durchaus nicht zu verkennen, daß eintretenden Falles, wenn ein eifriger und geschickter sozialdemokratischer Agitator die Unzufriedenheit noch weiter schürt, diese Leute ihrer Unzufriedenheit durch eine sozialdemokratische Stimmabgabe Ausdruck zu verleihen suchen, so ist mir doch die bestimmte Gewißheit, daß das Wort ‚Sozialdemokratie' nur der prägnante Ausdruck ihrer Unzufriedenheit ist . . ." Oertel an Landrat Simmern, 19. 2. 1892, Staatsarchiv Koblenz, Abt. 441/19903, Bl. 14ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die schließlich doch zu erwartende Proletarisierung der Bauern nur über Gebühr verzögern müsse. Dieses Dilemma führte dazu, daß der Parteitag in Breslau 1895 das ohnehin mit erheblichen Mängeln behaftete Agrarprogramm nach einer stürmischen Diskussion mit großer Mehrheit verwarf, weil es nur dazu dienen könne, den Klassenkampf zu hemmen und die kapitalistische Ausbeutung zu vermehren[83]. Übrig blieben allerdings die gegnerischen Gruppen, die sich um Karl Kautsky, der die Breslauer Resolution veranlaßt hatte, und um Eduard David sammelten, um in der Folgezeit ihre ideologische Diskussion fortzusetzen. Sie war auch 1918 noch nicht abgeschlossen. Den konservativ-agrarischen Gegnern bot sich also eine günstige Gelegenheit, durch pointierte und wohl auch provozierend gemeinte Äußerungen über die „Notwendigkeit eines Schutzes der landwirtschaftlichen Betriebe" und über die „Unverantwortlichkeit" von Sozialisierungsplänen die agrarpolitische Insuffizienz der Sozialdemokratie herauszufordern und den Streit der Parteiideologen von neuem anzufachen.

Man hat lange Zeit angenommen, die hitzige Agrardebatte in Breslau habe nur ideologische Ursachen gehabt, und wurde in dieser Annahme auch durch die späteren Publikationen bestärkt. Aus diesem Grunde hat man das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Problemen der Agrarpolitik nahezu ausschließlich von diesem Ideologienstreit aus beurteilt[84]. Erst jetzt, nach der kritischen Überprüfung lokaler Quellen, hat Lehmann nachweisen können, daß die ideologisch begründete Ablehnung des Agrarprogramms in Breslau nur eine Seite der sozialdemokratischen Agrardebatte darstellt, daß dieses Programm vielmehr bereits vor dem Parteitag am massiven Widerstand der „kleinen" Parteimitglieder scheiterte, die in örtlichen und regionalen Parteiversammlungen die Delegierten zum Parteitag gewählt und dabei Gegnern des Agrarprogramms den Vorzug gegeben hatten. Diese Versammlungen scheinen nicht weniger stürmisch verlaufen zu sein als der Parteitag selbst. Vor allem haben sie den industrie-proletarischen Charakter der Partei stark unterstrichen[85].

Daher kommt es auch, daß man in Breslau nicht nur einen dogmatisch-ideologischen Beschluß faßte, sondern die Tür zur Agrarpolitik überhaupt zuschlug. Nach Breslau war die Partei einerseits in der Agrarfrage ideologisch gespalten, andererseits war sie aber an Agrarpolitik überhaupt desinteressiert[86]. Eine Ausnahme hat

---

[83] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, S. 104f.

[84] So z.B. die übersichtliche Darstellung der Differenzpunkte bei Wilhelm Schlesinger, Die Agrartheorien der deutschen Sozialdemokratie vom Breslauer Parteitag 1895 bis 1914, rer. pol. Diss. (Masch.) München 1922, oder ihre betonte Behandlung als „Gegensätze" bei Siegmund v. Fraundorfer/Heinz Haushofer, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und der Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, München 1958, Bd. I, S. 403ff.; Bd. II, S. 34ff.; ähnlich auch Lehmann, a.a.O., S. 163ff.

[85] Lehmann, a.a.O., S. 174ff.; über die begleitende Diskussion in der sozialdemokratischen Presse vor dem Parteitag, S. 181ff.

[86] Charakteristische Einzelheiten bei Lehmann, a.a.O., S. 258ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es wohl nur in der Pfalz gegeben, wo man sich gegen den Breslauer Beschluß zu stemmen versuchte. Der Pfälzische Parteiführer Erhart wollte nichts „von dem Trost auf den Zukunftsstaat" wissen, weil er den Bauern nichts biete. Deshalb wollte er ein Agrarprogramm nach eigenem Ermessen aufstellen und danach agitieren. Noch 1897 war der pfälzische Parteitag fast ganz der Agrarfrage gewidmet. Allerdings war die Pfalz auch der einzige Bezirk, der schon seit 1890 in Karl Klingel einen Bauern im Vorstand hatte, der wohl nicht mehr zu den Kleinbauern zu zählen war[87]. Aber sie war ein ausgesprochener Einzelfall, der ohne jeden Einfluß auf die Einstellung der Partei zu Agrarproblemen blieb. – Aus diesen Umständen erklärt sich die recht klägliche Rolle des reinen Ausführungsorgans, die der Rat der Volksbeauftragten 1918 bei der Gründung der Bauern- und Landarbeiterräte gespielt hat. Das agrarpolitische Desinteresse hatte offensichtlich zur völligen Unkenntnis agrarischer Vorgänge, Organisationen und Machtpositionen geführt.

Versucht man dieses agrarpolitische Dilemma der Sozialdemokratie in den Ablauf der Entwicklung einzuordnen, so muß man vor allem beachten, daß der Beginn der sozialdemokratischen Agrardebatte zeitlich recht genau mit der Gründung und dem Aufstieg des Bundes der Landwirte zusammenfällt[88]. Der Rückzug der Sozialdemokratie aus der Agrarpolitik schuf für die landwirtschaftlichen Interessenverbände ein agrarpolitisches Monopol, weil sie keine politische Konkurrenz mehr zu fürchten hatten. Diese Wendung kam vor allem dem gut organisierten, geschickt geleiteten und agitatorisch sehr aktiven Bund der Landwirte zugute, dessen Aufstieg zur beherrschenden landwirtschaftlichen Organisation der Vorweltkriegszeit nunmehr völlig ungefährdet war. Deutlich zeigt sich das an der Pfalz, wo der Bezirksparteitag 1897 mit seiner agrarpolitischen Zielsetzung schon zu spät kam, um den Siegeszug des Bundes noch aufzuhalten. 1898 wurde der zweite Bundesvorsitzende, Gustav Roesicke, in Kaiserslautern in den Reichstag gewählt[89]. Danach flaute auch in der Pfalz die Landagitation der SPD stark ab. Schneider betont zwar, daß sie vor allem die aus Bauernfamilien stammenden und auf dem Land ansässigen Arbeiter in größerem Umfang gewonnen habe[90]. Das ist jedoch ausschließlich auf die zunehmende Industrialisierung zurückzuführen und beweist im Grunde nur die agrarische Erfolglosigkeit der Partei.

Die Ausbildung der typischen Ideologien des Bundes, etwa die Behauptung von der „Einheit" der Interessen von Besitzern von 2 bis 2000 Hektar, oder die Entdeckung des „Mittelstandes" als eines benutzbaren politischen Faktors waren erst ungestört möglich, als ernstzunehmende agrarisch-ideologische Gegner nicht mehr

---

[87] Erich Schneider, Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864–1899, Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte, Phil. Diss. (Masch.) Mainz 1956, S. 183, 185, 200.

[88] Das ist bisher noch kaum beachtet worden. Auch Lehmann begnügte sich, a.a.O., S. 55f. u. 261, mit sehr kursorischen Bemerkungen.

[89] Schneider, a.a.O., S. 185.

[90] Schneider, S. 187.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorhanden waren. Die Landagitation Vollmars bietet einige Anhaltspunkte hierfür. Vor dem Breslauer Parteitag hatte er vor allem der für den Bund typischen Einheits- und Harmonisierungstendenz eine deutliche Polarisierung von Großgrundbesitzern als „Agrarkapitalisten" und „Ausbeutern" und Bauern als „Selbstwirtschaftlern" gegenübergestellt – offenbar nicht ohne Erfolg. Auch für das Werben des von Großgrundbesitzern geführten Bundes um die Bauern hatte er eine für Bauern einleuchtende Agitationsthese: „Wenn der Wolf in Bedrängnis ist, so ist er den Schafen weniger gefährlich, und diese können daher nichts Törichteres tun, als ihrem alten Feind herauszuhelfen."[91]

Die Vehemenz der bündlerischen Agitation hatte zudem zur Folge, daß Vorstellungen, Ideologien und Forderungen des großagrarisch geleiteten und im wesentlichen großagrarischen Interessen dienenden Bundes mehr oder weniger agrarpolitisches Allgemeingut wurden, vor allem auch bei den schon älteren landwirtschaftlichen und bäuerlichen Organisationen. Es gab kaum mehr agrarpolitische Alternativen, dafür aber harte Organisationskämpfe, in denen Abwerbung und Abwehr von Abwerbungsbestrebungen im Mittelpunkt standen[92]. Die Eroberung der Deutschkonservativen Partei durch den Bund stellte schließlich noch eine weitere Identität her, die Identität von Agrarpolitik und konservativer Parteipolitik. Sie vollzog sich ungewöhnlich schnell und war für die innere Entwicklung des Reiches von großer Bedeutung[93]. Im Krieg schien sich zudem die Richtigkeit der politisch wirksamen These von der Einheit aller landwirtschaftlichen Interessen an den von allen gemeinsam empfundenen Erschwernissen und bürokratischen Bevormundungen der Produktion recht nachdrücklich zu bestätigen. Nach dem 9. November 1918 sah sich die neue Regierung daher einer geschlossenen Front gegenüber, die trotz aller Gegensätze im einzelnen doch in einer ganz spezifischen Weise die „Einheit des Berufsstandes" gegenüber allen anderen Gesellschaftsgruppen repräsentierte.

---

[91] Bauernfrage und Socialdemokratie in Bayern (1895–1896), Nürnberg 1896, S. 6 (anonym erschienene Flugschrift Vollmars).

[92] Auf die zum Teil sehr heftigen Organisationskämpfe, die sich seit der Jahrhundertwende vor allem in den Verbreitungsgebieten der alten Bauernvereine entwickelten, ist hier nicht näher einzugehen. Als Beispiel sei nur auf den Rheinischen Bauernverein verwiesen, der nahezu alle agrarpolitischen Forderungen und vieles von der Taktik des Bundes übernahm, unter der Bedingung, daß der Bund der Landwirte aus dem Rheinland „fortbleibt". Vgl. Rheinischer Bauernverein, Jubiläumsschrift, Köln 1907, S. 9ff., S. 24ff. Eine instruktive Sammlung von Zeitungsausschnitten über diesen Organisationskrieg aus den Jahren 1900–1914; LKB, Bund der Landwirte, Bd. I. Wie sehr gerade der Rheinische Bauernverein durch das agrarpolitische Zusammengehen mit dem Bund der Landwirte (Handelsverträge, Antrag Kanitz) das traditionell gute Verhältnis zur Zentrumspartei aufs Spiel setzte, hat Buchheim aus Quellen des Wertheimer Archivs nachgewiesen. Karl Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie, Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963, S. 249ff.

[93] Über die Rolle des Bundes in der Deutschkonservativen Partei die voneinander abweichenden Ansichten bei Puhle, a. a. O., S. 213ff., und bei Hans Booms, Die Deutschkonservative Partei, Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff, Düsseldorf 1954, S. 24ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Besonderheit dieser landwirtschaftlichen Einheit bestand zudem noch darin, daß sie sich keineswegs allein auf Interessenverbände zu stützen brauchte, sondern in den Landwirtschaftskammern noch einen wichtigen öffentlich-rechtlichen Kern besaß, der durch die Revolution erheblich an Bedeutung gewinnen sollte. Außer in Preußen gab es Landwirtschaftskammern in fast allen Bundesstaaten. Ausnahmen bildeten nur Sachsen, das eine etwas andere Form gewählt hatte, und Bayern und Württemberg, die sich bis zum Ausbruch des Krieges noch nicht hatten entschließen können, dem preußischen Beispiel zu folgen. Für die Rolle der Landwirtschaftskammern in der Revolution sind vor allem die preußischen Kammern charakteristisch, von denen die rheinische Landwirtschaftskammer in den Revolutionstagen und unmittelbar danach einen bedeutenden Einfluß erlangte. Ihr Vorsitzender, Clemens von Schorlemer-Lieser, war zugleich Vorsitzender des Landesökonomiekollegiums und des Arbeitskreises preußischer Landkreise. Aus seiner langen Tätigkeit als Kammervorsitzender und preußischer Landwirtschaftsminister besaß er eine genaue Kenntnis aller Probleme dieser öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften der preußischen Landwirtschaft[94].

Die preußischen Landwirtschaftskammern hatten durch das Gesetz von 1894 einerseits ein ziemlich umfassendes Recht zur Vertretung aller wirtschaftlichen und technischen Interessen der Landwirtschaft ihres Bezirks erhalten, waren andererseits aber durch eine unglückliche Gestaltung des Wahlrechts zu ihren Hauptversammlungen durch das gleiche Gesetz an einer Entwicklung zu vollen Selbstverwaltungskörperschaften gehindert. Zwar waren alle Landwirte von einer bestimmten Betriebsgröße an beitragspflichtige Zwangsmitglieder der Kammern, die Vertreterversammlungen wurden aber indirekt durch die Kreistage gewählt, so daß sie letztlich keine wirkliche Vertretung der Kammermitglieder darstellten, sondern ein Gremium von Landwirten, die von den Kreistagen für geeignet gehalten und durchweg aus den oberen Besitzgrößen oder nach ihrem kommunalen Einfluß ausgewählt wurden. Dieses Wahlverfahren empfanden die Kammern schon von ihrer Gründung an als eine wenig tragbare Einengung der durch das Gesetz gewährten Selbstverwaltungsrechte. Ihr Problem bestand darin, sich neben diesen Hauptversammlungen einen wirklichen Rückhalt in der Masse der Mitglieder zu verschaffen, der unabhängig von dem komplizierten Wahlverfahren war und trotzdem die Bestimmungen des Kammergesetzes und der Wahlordnung nicht verletzte. Als daher im September 1918 die Mitteilung von der Gründung des „Vertrauensausschusses Gladbacher Landwirte" bei der Landwirtschaftskammer in Bonn einging, wurde sie vom Generalsekretär sofort mit der bezeichnenden Bemerkung versehen: „Hier hätten wir bereits einen brauchbaren Kreisunterbau für die LK, der sich ohne eigenes Wahlverfahren gebildet hat."[95] Man muß daher annehmen,

[94] Schorlemer-Lieser gehört zu den einflußreichsten Agrarpolitikern dieser Jahre, 1900 nach längerer Verwaltungstätigkeit erster Vorsitzender der neugegründeten Landwirtschaftskammer Rheinland, 1905–1910 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1910–1917 Landwirtschaftsminister, 1918–1922 wieder Vorsitzender der Landwirtschaftskammer.

[95] LKB, Bauernräte.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Aufrufe und Bekanntmachungen über die Bauernräte vom 12. und 22. November Schorlemer wie ein Signal zum Handeln erschienen sind. Noch im November wandte sich das von ihm geleitete Ökonomiekollegium an alle preußischen Kammern mit dem Hinweis, „daß es in vieler Hinsicht erwünscht sein dürfte, wenn der provinzielle Zusammenschluß der Bauern- und Landarbeiterräte in Verbindung mit den Landwirtschaftskammern erfolgt". Gewiß werde die neue Organisation „zunächst ein Übergangsstadium" bilden, es sei aber nicht ausgeschlossen, „daß bei späterer Wiederherstellung gesetzlicher Zustände sich diese Organisation zu der ständigen gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft umbildet. Um so mehr würden wir es für erwünscht halten, wenn schon jetzt die notwendigen Maßnahmen so getroffen werden, daß sie später ohne besondere Schwierigkeiten in die dann auszubauenden Landwirtschaftskammern überführt werden könnten."[96]

Dieses Rundschreiben bildete den Auftakt zu einer eigenen Organisationspolitik der Landwirtschaftskammern, die sich spätestens seit Anfang Januar 1919 verfolgen läßt. Sie bestand weitgehend in der Gründung neuer Organisationen, die von den Kammern abhängig waren und vor allem dazu dienen sollten, die Bauernräte zu unterwandern oder aufzufangen. So versuchte man in Westfalen die landwirtschaftlichen Kreisvereine durch die Gründung von Ortsvereinen zu verstärken[97]; die Landwirtschaftskammer Wiesbaden gründete „Bauernschaften"[98]; in Pommern versuchte man es mit einer „Zusammenfassung der Bauernräte"[99], und in Ostpreußen unterstützte die Landwirtschaftskammer sowohl die Bauernräte als auch deren Konkurrenzorganisationen, die „Bauernschaften", so daß der Kammervorsitzende im Sommer 1919 im Reichsausschuß mitteilen konnte, er habe beide Organisationen, „deren Geschäftsführung er übernommen habe, fest mit der Kammer verbunden"[100]. Im Rheinland blieb nach dem Verbot aller Räte durch Marschall Foch, dem Oberkommandierenden der Besatzungsarmeen[101], der Landwirt-

[96] Landesökonomiekollegium, Rundschreiben an alle Landwirtschaftskammern, 28. 11. 1918, LKB, Bauernräte.

[97] Erstmals Anfang Januar 1919 in der Öffentlichkeit mitgeteilt: Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Beckum, Landwirtschaftliche Zeitschrift für Westfalen und Lippe, 76 (1919), S. 16f.

[98] Rundschreiben an alle Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Bezirksvereine, 15. 2. 1919, mit vorgeschriebenem Muster für die Ortsbürgermeister zur Einladung zu Gründungsversammlungen, HStAW, Abt. 405/6336, Bl. 105ff.

[99] Wangenheim an August von Davier 11. 1. 1919, bei H. von Wangenheim, Conrad von Wangenheim-Klein-Spiegel, Berlin 1934, S. 137.

[100] Sitzung des Reichsausschusses v. 5. 6. 1919, SchAM, Abt. II E, Bd. 2.

[101] Sofort nach der Besetzung verbot Foch alle Räte, weil ihre Tätigkeit geeignet sei, „den örtlichen Frieden in den besetzten Gebieten zu zerstören, den gegen Umtriebe zu schützen, unsere höhere Rücksicht gebietet"; Rundverfügung der Regierung Speyer an alle Bezirksämter 17. 1. 1919. Später hat Oberst de Metz als Zivilkommissar für die Pfalz die deutschen Stellen angewiesen, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte nur bis zum 1. Dezember 1918 und nur als „Lohnangestellte" auf der Ausgabenseite ihrer Etats zu führen, „damit nicht jene Bezeichnungen vermerkt werden als eine amtliche Anerkennung, die durch den Marschall Foch ausdrücklich abgelehnt worden sind"; de Metz an Regierung Speyer, 13. 5. 1919, beides Staatsarchiv Speyer, Bezirksamt Pirmasens/3. Über die Auflösung der Bauern-

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftskammer nur der Weg über eine in der Pfalz neu entstandene Bauernorganisation, die „Freie Bauernschaft", die Anfang 1919 von dem Gutsbesitzer Hans Pflug-Baltersbach gegründet worden war. Sie stand rechts vom alten Bund der Landwirte, übernahm dessen radikalste Parolen, bekannte sich zum Lieferstreik als Mittel wirtschaftspolitischen Kampfes und verlangte als Ausgleich für den in der Landwirtschaft nicht möglichen Achtstundentag entsprechende Preisaufschläge[102]. Die Kammer zog sie sofort an sich, unterstützte sie finanziell und förderte ihre Ausbreitung im Rheinland gegen die Bauernvereine. Für kurze Zeit gelang es ihr auch, sie ganz ihren Wünschen gefügig zu machen[103]. Auch außerhalb Preußens waren die Landwirtschaftskammern in ähnlicher Weise tätig, wenn auch wohl nicht immer so erfolgreich[104]. In allen diesen Unternehmungen ließ ihnen die Regierung völlig freie Hand. Sie unternahm auch nichts, als die Kammern diese zunächst sehr unübersichtlichen Ortsvereine und Bauernschaften im Sommer 1919 der Tarn- und Auffangorganisation des Bundes der Landwirte, dem „Deutschen Landbund", zuzuführen versuchten.

Schließlich wird man die Vorgänge auch noch im Zusammenhang mit der parteipolitischen Entwicklung auf der Rechten zu sehen haben. Die seit Anfang Oktober zur Gewißheit gewordene militärische Niederlage hatte bei den Konservativen zunächst Bestürzung und Ratlosigkeit hervorgerufen; sie machten jedoch schon vor oder unmittelbar nach dem 9. November einer hektischen Betriebsamkeit Platz. Vor allem war die völlig vom Bund der Landwirte beherrschte Deutschkonservative Partei in Schwierigkeiten geraten, weil ihre vom Bund diktierte einseitige Interessenrichtung und ihr ebenfalls vom Bund bestimmter antisemitischer Nationalis-

räte in den besetzten Teilen des Regierungsbezirks Wiesbaden zahlreiche Berichte der Landräte: HStAW, Abt. 405/6336. Man forderte ihre Auflösung sogar in den zwischen den Besatzungszonen liegenden „neutralen" Zonen HStAW, Abt. 419/59, Bl. 21. Nur wo es gelang, die Bauernräte in „Wohlfahrtsausschüsse" umzugründen, blieben sie bestehen, z.B. in den Kreisen Aachen, Kreuznach, Saarburg; LKB, Bauernräte.

[102] Hans Pflug-Baltersbach, Landwirtschaft gegen Sozialdemokratie, Was müssen die Landwirte von der Organisation der Industriearbeiter wissen, um daraus zu lernen? Bauern-Gewerkschaft, 1919; ein Exemplar der bald unter dem Spitznamen „Roter Esel" bekanntgewordenen, aber heute sehr seltenen Schrift: LKB, Organisation des Berufsstandes, Bd. I. Dort auch eine zweite Schrift organisatorischen Inhalts: Wie ist bei der Organisation der F.B. in den einzelnen Kreisen, Bezirksämtern usw. zu verfahren? (ca. Mai/Juni 1919).

[103] Über Geldzuweisungen: Pflug an Schorlemer, 21. 6. 1919, LKB, Organisation des Berufsstandes, Bd. I. Die Quellen über die Anfangszeit der Freien Bauernschaft sind sehr dürftig. Auch die Literatur ist wenig ergiebig. Einseitig kritisch aus der Sicht der Bayerischen Volkspartei: Alois Hundhammer, Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern, rer. pol. Diss. München 1926. Etwas eingehender die kritische Auseinandersetzung mit dem Programm bei Franz Josef Rohr, Die freien erwerbswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Organisationen der pfälzischen und saarländischen Landwirtschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit, phil. Diss. (Masch.) Heidelberg 1922, S. 95ff.

[104] Z.B. in Baden: Georg Brixner, Die landwirtschaftlichen Verbände in Baden, ihre Stellung zueinander und zu den politischen Parteien, phil. Diss. (Masch.) Heidelberg 1921, S. 44ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus sie in Mißkredit gebracht hatten. Die Bemerkungen, die der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Walther Graef 1928 zur Entstehungsgeschichte seiner Partei gemacht hat, sind hierfür aufschlußreich. Er verweist darauf, daß die Deutschkonservativen durch ihre „sachlich nicht ungerechtfertigte, taktisch aber wenig geschickte Haltung" sich im Kampf um die Bülowsche Finanzreform isoliert hätten. Zur Agitation im Kampf um die Handelsverträge bemerkt er, durch sie sei den Konservativen „in den Augen der Städter allzu sehr der Stempel einer einseitigen Agrarpartei" aufgedrückt worden. „Die fast ausschließliche Rekrutierung der konservativen Partei aus östlichen Provinzen mit landwirtschaftlichem Gepräge und das Vorwiegen der Landwirte in ihren parlamentarischen Fraktionen" hätten zwangsläufig den Eindruck „einseitiger Interessenvertretung" verstärken müssen. Sicher sei die politische Haltung der Partei „sachlich durchaus achtenswert" gewesen, „ihre taktische Aufmachung war oft erstaunlich unglücklich und rief so verschiedentlich den Eindruck gewollter Unvolkstümlichkeit hervor". Mit dieser Kritik traf er ausschließlich den Bund der Landwirte, auf den alle kritisierten Erscheinungen zurückgingen[105]. Unmittelbar vor und nach dem 9. November erschien also vor allem die Politik als diskreditiert, die der Bund mit Hilfe der von ihm eroberten Partei betrieben hatte. Das bestätigt sich, wenn zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der neuen Deutschnationalen Volkspartei, der am 24. November veröffentlicht wurde, kein führendes Mitglied des Bundes gehörte[106]. Im Zusammenhang mit dieser Niederlage im Bereich der Parteipolitik ist aber vor allem das entschiedene und zielbewußte Auftreten der Führer des Bundes im Kriegsausschuß und gegenüber der neuen Regierung als ein Versuch zu verstehen, die vorläufig noch intakte landwirtschaftliche Position sich unter allen Umständen zu erhalten, damit man danach, gestützt auf eine feste und möglichst noch verbreiterte Gefolgschaft, von neuem politische Ansprüche anmelden konnte. Mit der Gründung des „Deutschen Landbundes" und seiner späteren Verschmelzung mit dem alten Bund der Landwirte zum „Reichslandbund" schien diese Rechnung auch aufzugehen. Allerdings zeigte sich bald, daß das alte Befehlsverhältnis über eine politische Partei, das die Machtstellung des Bundes der Landwirte bis 1918 ausgezeichnet hatte, nicht wiederherzustellen war.

Obwohl die Bauernräte als politisches Phänomen bis jetzt nur in recht groben Umrissen greifbar sind und obwohl es zweifelhaft sein kann, ob es möglich ist, die heutigen lückenhaften Kenntnisse mit der Zeit zu ergänzen, werfen sie doch auch jetzt schon einige Fragen und Probleme auf, die für eine vertiefte Beur-

---

[105] Walther Graef, Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei, 1918–1928, in: Max Weiss, Der nationale Wille, Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, Essen 1928, S. 15. Im wesentlichen weitgehend übereinstimmend Puhle, a.a.O., S. 213ff.

[106] Graef, a.a.O., S. 17f. Zur Gründungsgeschichte ferner Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 7ff. Anneliese Thimme, Flucht in den Mythos, Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, S. 9ff.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilung der entscheidenden Wochen unmittelbar nach dem 9. November 1918 von Bedeutung sind. Dabei wäre es sicher ein müßiger Streit, wenn man danach fragen wollte, ob sie die Bezeichnung „Räte" wirklich zu Recht tragen, oder ob sie nur durch Zufall zu einem Namen gekommen sind, der sie äußerlich zu einer ländlichen Parallele der Arbeiterräte macht. Es muß genügen, daß die Zeitgenossen sie meist in dieser Parallele gesehen haben.

Sicher ist richtig, daß man heute die Arbeiterräte der Novemberrevolution nicht mehr rundweg mit „Bolschewismus" gleichsetzen kann und daß Rosenberg mit seiner These, „daß Räte und Bolschewismus keineswegs identisch sind"[107], weitgehend bestätigt worden ist. Die Nachprüfungen, die Kolb und von Oertzen an einem sehr reichhaltigen Material vornehmen konnten, lassen jetzt differenziertere Urteile zu. Das Phänomen der Bauernräte neben den Arbeiterräten wirft allerdings die weitergehende Frage auf, ob zu den Hindernissen, die sich einer Verwirklichung der von den Arbeiterräten verfolgten gesellschaftspolitischen Absichten entgegenstellten, nicht auch noch zusätzlich ein strukturelles Hindernis hinzukommt. Denn trotz der kriegsbedingten Ausweitung der industriellen Produktion gehörten noch etwa 25 % der Bevölkerung zum engeren landwirtschaftlichen Bereich und rund 40 % zur Landbevölkerung überhaupt.

Dieser ländliche Block war – von gelegentlichen Ausnahmen wie dem Kreis um Ritgen in Mönchengladbach abgesehen – trotz aller Verbitterungen über die Kriegswirtschaft und trotz allem Haß gegen Staat und Beamte mehr antidemokratisch als demokratisch. Er verfügte zudem noch über politisch und taktisch erfahrene Führer der Vorkriegszeit, denen die neue Regierung aus verschiedenen Gründen den Aufbau eines ländlichen Gegenzentrums ermöglichte. Damit tritt neben das vielbesprochene „Bündnis" Ebert–Hindenburg und neben die weiterarbeitenden alten Beamten eine dritte starke und zudem politisch aktive Gruppe aus den Kräften der Epoche, die man mit der Revolution überwinden wollte. In veränderter organisatorischer Form ist sie bis zum Ende der Republik wirksam und einflußreich gewesen. Hier liegt ein bedeutender Unterschied gegenüber den Arbeiterräten, die Episode blieben.

Man wird aber gut tun, wenn man den Gegensatz von Arbeiterräten und Bauernräten nicht nur als Gegensatz von links und rechts betrachtet. Er gewinnt seine besondere Bedeutung erst als gesellschaftsstruktureller Gegensatz. Während Kolb und von Oertzen für die Arbeiterräte sehr genau im einzelnen nachweisen konnten, daß ihr politisches Gesicht von den lokalen Organisationen und letztlich überhaupt von der Masse der Mitglieder geprägt worden ist, gehört es zum charakteristischen Erscheinungsbild der ländlichen Räte, daß die Mitglieder und die lokalen Organisationen, von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, so gut wie bedeutungslos gewesen sind. Ihre politische Rolle wurde nicht nur von den offen auf der politischen Bühne agierenden Führern der alten Organisationen bestimmt, sondern zu einem großen Teil auch von den im Hintergrund und aus der Kulisse wirkenden

[107] Rosenberg, a.a.O., S. 290.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landwirtschaftskammern. Es ist bezeichnend für diese Situation, daß das Experiment der Rheinischen Landwirtschaftskammer mit der Freien Bauernschaft nicht allein am Widerstand des Rheinischen Bauernvereins und der um ihre bäuerlichen Wähler besorgten Zentrumspartei scheiterte. In ganz besonderem Maße hat vielmehr auch die nicht beabsichtigte Aktivität lokaler Gruppen der Freien Bauernschaft mitgewirkt, zumal die Bauernschaft den Aufbau ihrer Organisation betont „von unten nach oben" propagierte und auch durchzusetzen versuchte. An diesem Gesamtbild ändert sich auch wenig durch das Auftreten einer zweiten konservativ-demokratischen Bauernratsbewegung im Frühjahr 1919, die in einem bemerkenswerten Zusammenhang mit der zweiten Rätebewegung steht[108].

Schließlich ergibt sich das allgemeine Problem der „Freiheit" und der „Manipulierbarkeit" solcher Räteorganisationen, wenn gleichzeitig noch politische Parteien und Interessenverbände mit ihren Machtansprüchen offen oder geheim hinter ihnen wirken können. Von hier aus ergeben sich auch neue Aspekte auf die in den Revolutionsmonaten grassierende „Bolschewistenfurcht", wenn man weniger die realen Machtverhältnisse als die öffentliche Agitation betrachtet. Die Linke hat sehr laut agitiert und recht wenig erreicht, außer daß die Aufmerksamkeit der Regierung recht einseitig nach links gelenkt wurde. Die Rechte hat weitgehend geschwiegen, aber gehandelt. Dadurch ist ihr bei den Bauernräten ziemlich mühelos gelungen, was Spartakus und linke USPD bei den Arbeiterräten vergeblich erstrebten: der Aufbau einer faktisch und ideologisch lenkbaren Machtbasis.

[108] Auf sie kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie ging vom Kreisbauernrat Gardelegen aus und hat für einige Zeit die alten Organisationen und vor allem die Landwirtschaftskammern erheblich beunruhigt. Ihre Wortführer waren der Gardelegener Gutsbesitzer August von Davier und der Hammer Jurist Helmut Rasche. Die Quellen sind äußerst spärlich, lückenhaft, verstreut und widerspruchsvoll. Immerhin kam es zur Teilnahme am Zweiten Rätekongreß im April 1919, zu einem Reichsbauerntag in Goslar und zur Wahl eines „neuen" und mit dem „alten" konkurrierenden Reichsbauernrats.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MIKLÓS LACKÓ

OSTMITTELEUROPÄISCHER FASCHISMUS*

Ein Beitrag zur allgemeinen Faschismus-Definition

Seit dem Ende der 1950er Jahre ist die Erörterung des Faschismus aus dem Rahmen der „aus aktuellem politischem Gesichtspunkt gestellten Fragen" herausgetreten (E. Nolte) und stärker auf ihre wissenschaftlichen Grundlagen gestellt worden. Die neuen Faschismus-Forschungen haben, geleitet von dem Bestreben zur Bildung einer Faschismus-Typologie, vor allem die vergleichende Untersuchung der Erscheinungen des Faschismus in den Vordergrund gerückt. Als einer der ersten befaßte sich G. D. H. Cole in seinem 1960 erschienenen Buch[1] mit der Besonderheit faschistischer Bestrebungen und Gruppen sowohl in individuell entwickelten wie in zurückgebliebenen Ländern, und seither hat eine ganze Reihe von Werken zur Ausarbeitung der Faschismus-Komparatistik beigetragen. Hervorzuheben sind dabei vor allem Untersuchungen, die den Problemkreis des Faschismus in einen allgemeinen ideologiegeschichtlichen und soziologischen Rahmen einzubetten suchen[2] bzw. jene, die umfassendere, wirtschaftswissenschaftlich begründete sozialökonomische Gesichtspunkte geltend machen[3]. Auch die marxistische Faschismus-Forschung, die einst mit so wichtigen Analysen zur tieferen Erkenntnis des Faschismus beigetragen hatte, ist aus ihrer Stagnation herausgetreten. Die komparatistische Richtung der Faschismus-Forschung hat noch kaum umfassende, auf Synthese gerichtete Werke hervorgebracht. Meist handelt es sich entweder um die Zusammenstellung (Sammelbände) individueller, jeweils einzelne faschistische Richtungen beschreibender Arbeiten oder, sofern der vergleichende Aspekt im Mittelpunkt der Analyse steht, um Einführungen zu Studienbänden oder relativ kurze Studien[4]. Die Schwierigkeiten der Faschismus-Komparatistik werden teils durch den Umstand verursacht, daß die verschiedenen Faschismen noch immer erst mangelhaft erforscht worden sind. Ferner neigen die Verfasser dazu, die Vergleichsmaßstäbe nach den Eigenheiten des Faschismus ihres eigenen Landes oder des von ihnen besonders intensiv untersuchten Exempels zu bestimmen und zu konstruieren. So hat z. B. Eugene Weber seine Ansichten über den „populistischen"

---

* Der Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines themengleichen, vielbeachteten Referats, das der Budapester Historiker Miklós Lackó auf dem internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970 gehalten hat (Anm. d. Red.),

[1] George Douglas Howard Cole, Socialism and Fascism 1931–1939, New York 1960.

[2] Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963; Eugene Weber, Varieties of Fascism, Princeton/N.Y. 1964; H. Rogger und E. Weber, The European Right, Berkeley/Calif. 1965; S. J. Woolf, European Fascism, London/Edinburgh 1968.

[3] So z. B. John Weiss, The Fascist Tradition, New York 1967; Barrington Moore, Social Origins of Dictatorship and Democracy, Boston 1966.

[4] Außer den Obenerwähnten G. L. Mosse, H. Seton-Watson, M. Broszat und andere.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Charakter des Faschismus offenbar aus den charakteristischen Zügen der – noch dazu teilweise einseitig interpretierten – rumänischen Eisernen Garde gewonnen. Und hinsichtlich des ungarischen Faschismus hat Ernst Nolte in seinem sonst vorzüglichen Werk unter der Perspektive der deutschen Verhältnisse eine Reihe von Vergleichen angestellt – vermeintliche Vergleichbarkeit des ungarischen Staatssystems der 20er Jahre mit dem der Weimarer Republik, der Ära Gömbös mit dem ersten Abschnitt der Herrschaft Hitlers, des Szálasi-Regimes mit der Periode des Nazisystems während des Krieges –, die außerordentlich problematisch erscheinen müssen.

Die Schwierigkeiten der Vergleichung werden jedoch in erster Linie durch die Komplexität der Erscheinungen des Faschismus, die Komplexität der Gesichtspunkte bei der Aufweisung von Parallelen und die daraus folgende Unkonturiertheit derselben verursacht. Die vergleichende Untersuchung kann Aspekte der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, der politischen und Ideologiegeschichte, der Staatstheorie oder der Gesellschaftspsychologie in den Vordergrund stellen. Dabei erfordert sie die zeitliche und räumliche Begrenzung, in deren Rahmen allein die ungleichen Qualitäten der faschistischen Strömungen, Parteibewegungen und Machtsysteme, sowie die damit verbundenen – räumlichen und zeitlich ebenfalls sich wandelnden – Änderungen ihrer Erscheinungsformen sinnvoll in Bezug zueinander gesetzt werden können.

Diese Wandlungen und Formveränderungen sind im Falle des Faschismus sehr beträchtlich. Das Gesicht sowohl des italienischen wie des deutschen Faschismus war vor der Machtergreifung ein wesentlich anderes als nach dieser; die faschistischen Richtungen der 20er Jahre – als nur das italienische Vorbild existierte und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise noch nicht vorlagen – hatten andere Züge als in den 30er Jahren; so haben sich in den 20er Jahren – von Italien abgesehen – nirgends die Bedingungen einer faschistischen Massenpartei herausgebildet; und die faschistischen Richtungen der 30er Jahre sind schwerlich ohne die kraftvolle Wirkung des siegreichen deutschen Faschismus zu verstehen.

Auch werden Vergleiche immer dann problematisch und ungenügend sein, wenn sie bei oberflächlichen Erscheinungen des Faschismus stehen bleiben. Wenn z.B. der englische Historiker Seton-Watson bei der Untersuchung des Verhältnisses der jugoslawischen und der rumänischen Gesellschaft zum Faschismus zu der Feststellung gelangt, daß dieselben Volksschichten, die in Jugoslawien Stützen der antifaschistischen Linken waren, in Rumänien die Basis der faschistischen Eisernen Garde gebildet hätten und er als Grund hierfür die traditionelle Russenfreundlichkeit Jugoslawiens und die Russenfeindlichkeit Rumäniens erblickt, so vermag dies doch noch nicht seine These zu beweisen, daß die gesellschaftliche Basis des linken und rechtsextremen Radikalismus in den genannten Ländern identisch war. Seton-Watsons Vergleich basiert auf oberflächlichen Erscheinungsformen vermeintlicher identischer sozialer Schichten, er zieht die Gesamtstruktur der ins Auge gefaßten rumänischen und jugoslawischen Gesellschaft, ihr unterschiedliches Stadium wirtschaftlich-sozialer Entwicklung, ihre heterogeneren Elemente, insbesondere auch

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die jeweils andere Kombination der nationalen und Klassen-Verhältnisse nicht in Betracht.

Auch die vorliegende kurze Darlegung kann das schwierige Problem komparatistischer Faschismus-Untersuchung nicht lösen. Sie setzt sich nur das Ziel, einige Gedanken zur regionalen Abgrenzung faschistischer Bewegungen, vornehmlich unter sozialökonomischen Gesichtspunkten zu entwickeln. Wir gehen dabei von zwei prinzipiellen methodologischen Gesichtspunkten aus:

Erstens: Der Verfasser ist der Auffassung, daß das Wesen einer gesellschaftlichen Erscheinung im Zusammenhang mit ihrer objektiven gesellschaftlichen Funktion gesehen werden muß und der Historiker die Aufgabe hat, subjektives Erscheinungsbild und objektive Funktion zusammen zu sehen und einander anzunähern. Das schließt – wenn auch die fruchtbaren Gedanken der neueren Faschismus-Interpretation, wie sie etwa Nolte vorgebracht hat, verwertet werden sollen – eine Betrachtung aus, die sich auf die politisch-ideologische Erscheinungswelt des Faschismus beschränkt, ebenso aber eine Beschränkung auf Erklärungen, die das Gewicht zwar auf die objektive Funktion des Faschismus legen, aber das Wesen dieser Funktion aus abstrakten Theorien über soziologische oder ökonomische Prozesse, z.B. der allgemeinen Theorie gesellschaftlicher Integration oder unter dem Gesichtspunkt des Modernisierungsprozesses zu bestimmen versuchen, und so konkrete Erscheinungsformen des Faschismus und ihre oft widerspruchsvollen Zusammenhänge mit seiner funktionalen Rolle in den Hintergrund drängen. Zu letzterer Betrachtungsweise kann man auch jene vulgär-marxistische Anschauung zählen, die mit der Betonung eines ganz allgemein und stereotyp definierten, so gar nicht auf alle Länder applizierbaren Klassencharakters des Faschismus dessen vielgestaltige Problematik glaubt lösen zu können.

Zweitens: Die vergleichende Methode muß auf allgemeine Kriterien und gemeinsame Merkmale des Faschismus gestützt sein. Das bedeutet nicht unbedingt, daß wir uns auf die Basis eines kompakten, allumfassenden Faschismus-Begriffs stellen. Wie bekannt, hat jeder Versuch, diese komplexe gesellschaftliche Erscheinung einem exakten Begriff zu unterstellen, zu einem übertrieben abstrakten oder einseitigem Ergebnis geführt. Vielmehr geht es darum, allgemeine Kriterien und konkrete gemeinsame Merkmale sowohl abzugrenzen wie in Zusammenhang zu bringen.

Zu den allgemeinen theoretischen Prämissen, von denen wir ausgehen, gehört die Annahme, daß der europäische Faschismus ein Produkt der großen Krisenperiode ist, die nach dem ersten Weltkrieg anbrach, daß der Faschismus zu begreifen ist als eine allgemeine sozial-politische Zeittendenz zwischen den beiden Weltkriegen, die die Krisenprobleme dieser Periode unter Führung extrem rückschrittlicher gesellschaftlicher Kräfte, mit rückschrittlichen Mitteln abzuleiten versuchte und auf solche Weise – dies kann als objektive Hauptfunktion gelten – die Rolle der zeitgemäßen Gegenrevolution gespielt hat. Seine hauptsächlichen Merkmale sind: ein auf vulgäres Niveau herabgeminderter extremer Irrationalismus, fanatische Aggressivität aus ideologisch-politischen Gründen gegen den marxistischen

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sozialismus und gegen Demokratie und Liberalismus, ferner das Bestreben, die bürgerlich-demokratischen und liberalen Herrschaftsformen durch totalitär-diktatorische Formen zu ersetzen und die Kombination all dessen auf der Basis einer national-rassischen Ideologie, einer organisierten aktiven Bewegung und der Mobilisierung immer breiterer Volksmassen.

Den wohl am meisten charakteristischen Zug des Faschismus erblicken wir in der Verbindung der nationalistischen Massenbewegung kleinbürgerlichen Charakters mit der terroristischen Diktatur. Dies steht nicht oder nur scheinbar im Widerspruch mit der Funktion des Faschismus als Verteidiger der sozioökonomischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Auch bedeutet dies nicht, daß die Verbindung von Massenbewegung und Diktatur schematisch zu interpretieren ist: diese Kombination kann – mit Rücksicht auf lokale Verhältnisse und die schon erwähnten variablen Erscheinungsformen des Faschismus – sehr unterschiedliche Gestalt und Intensität annehmen. Es wird damit jedoch unterstrichen, daß der Faschismus eine spezifische Form der bürgerlichen Herrschaft ist, einer Herrschaft allerdings, die im sogenannten politischen „Überbau", ja sogar im traditionellen bürgerlichen Staats-System – obzwar die sozialen Grundlagen dieses Systems bewahrt werden – mehr oder minder ausschlaggebende Veränderungen verursacht.

Mit dieser allgemeinen Definition ist natürlich die gesellschaftspolitische Rolle des Faschismus bei weitem noch nicht erschöpfend bestimmt. Doch sind damit – so glauben wir – die gemeinsame Grundfunktion und mehr oder minder auch die gemeinsamen hauptsächlichen Merkmale sämtlicher Richtungen und Schattierungen des Faschismus bestimmt. Wenn sich der Faschismus in den einzelnen Ländern auch aus noch sehr verschiedenen Bedingungen und ideologisch-politischen Elementen herausgebildet hat und seine Erscheinungsformen zahlreiche voneinander abweichende Merkmale aufweisen, so sind diese doch nur als akzidentiell zu verstehen und unterstreichen nur das, was in ihm allgemein und gemeinsam ist. Der allgemeine Zeittendenz-Charakter des Faschismus erweist sich gerade an der Vielfalt seiner Richtungen, seiner in dieser Vielfalt zur Geltung kommenden Grund-Identität: er ist der Ausdruck jener engen Verknüpfung, die die einzelnen Länder und Regionen Europas nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in politisch-ideologischer Beziehung verband.

Auch im Hinblick auf die regionale Begrenzung der Faschismus-Forschung gehen wir von der gegenrevolutionären Funktion des Faschismus aus, von der Tatsache, daß der Faschismus eben darum zu einem wirksamen Werkzeug der zeitgemäßen Gegenrevolution werden konnte, weil er die Krise des bürgerlichen Systems nicht ignorierte wie der Liberalismus, auch nicht nur verneinte und kritisierte wie die „militanten" neokonservativen Richtungen, sondern weil er auf die Krisenprobleme eine mobilisierende, extrem reaktionäre Antwort gab. Das Wort von der „Krise des bürgerlichen Systems" ist jedoch eine sehr allgemeine, sehr abstrakte Bezeichnung. Es wird vielmehr zu fragen sein, warum die Krise in einigen Regionen und Nationen besonders krasse, in anderen weniger schwere Formen annahm, warum ihre Verschärfung in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten ein-

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trat. Und es wird zu berücksichtigen sein, daß die verschiedenen Länder und Regionen in Europa voneinander abweichende Strukturen, jeweils eigenartige ökonomisch-soziale Verhältnisse aufwiesen, und nicht einfach – worauf Ernst Nolte mit Recht hinweist – unter einen abstrakten „Kapitalismus"-Begriff subsumiert werden können, sondern die allgemeine Erschütterung des bürgerlichen Systems im Ersten Weltkrieg in recht unterschiedlichen Konstellationen der nationalen Entwicklung und internationalen Situation erlebten.

In bezug auf die unterschiedlichen sozial-ökonomischen Grundlagen, die jeweils auch verschiedene Spielarten des Faschismus bedingten, kann Europa in drei Regionen eingeteilt werden.

Die erste ist die der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder. Hier erwies sich das Wirtschaftssystem infolge der Jahrhunderte andauernden vorteilhaften Lage und Entwicklung als stark genug, die Gesellschaft als genügend demokratisch fundiert, so daß die Krisenperiode zwischen den beiden Weltkriegen ohne schwere Erschütterungen überwunden werden, man sich den neuen technisch-wirtschaftlichen Bedingungen anpassen konnte. Die Krisenperiode war auch in dieser Region von einer ganzen Reihe von reaktionären Zersetzungserscheinungen begleitet. Der Faschismus zeigte sich – mit geringerer oder größerer Kraft – auch hier, ist aber nicht zu einer entscheidenden Kraft geworden. Diese Länder haben, gestützt auf ihre großen wirtschaftlichen Kraftquellen und ihre progressiven politischen Kräfte, nicht zuletzt infolge der Herausforderung durch den Faschismus, schließlich genügend Kraft aufgebracht, um das bürgerliche System mit mehr oder minder demokratischen Mitteln aufrechtzuerhalten, ja in gewissem Maße auch zu erneuern.

In der Region der entwickelten Länder ist der Faschismus nur in Deutschland zu einem herrschenden Faktor geworden (Italien, wo der Faschismus zum erstenmal in „reiner Form" an die Herrschaft kam, zählen wir nicht zu dieser Region); sein Sieg hat auf ganz Europa ausgestrahlt und bot auch dem Faschismus in vielen anderen Ländern eine große Stütze. In Deutschland hat sich die von vielen als „klassisch" betrachtete Form des Faschismus herausgebildet. Was als „klassisch" galt, erweist sich jedoch bei näherer Analyse als sehr spezifisch. Im Hintergrund stand der Dynamismus eines spät entwickelten, in übermäßigem Tempo großgewordenen, scharf expansiven Industriekapitalismus, und auf diesem Boden entstand die akute „Gefahr" der sozialen Revolution. All dies in einem Lande, dessen Gesellschaft – aus weit in die Vergangenheit zurückreichenden Gründen – sich politisch und in ihrem Bewußtsein der neuen Entwicklung besonders schwer anzupassen vermochte, in der zwischen den überaus schnell modernisierten ökonomischen Verhältnissen und der politischen und geistigen Verfassung ein besonders tiefer Abgrund klaffte.

Das zweite Gebiet ist die Region der zurückgebliebensten Länder, vor allem der Balkanstaaten (Bulgarien, Königreich Jugoslawien). Charakteristisch ist hier die kleine homogene Agrarnation, die über keine eigene führende Klasse feudalen Ursprungs verfügte, sich auf der Grundlage kleinbäuerlichen Eigentums entwickelt

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat und zwischen den beiden Weltkriegen gerade die ersten Schritte auf dem Wege der modernen industrie-gesellschaftlichen Revolution getan hat. Ihre mit führenden monarchistischen Kreisen verflochtene Großbourgeoisie bildete eine enge, von dem ausländischen Finanzkapital abhängige, parasitäre Schicht; ihre städtische Arbeiterklasse war an Zahl sehr gering; moderne bürgerliche Mittelschichten gab es kaum, vielfach wurde auch die Rolle der nationalen Intelligenz großenteils von Offiziersgruppen gespielt.

Faschismus gab es auch in den Ländern dieser Region. Teilweise drückte er sich darin aus, daß die absolutistischen-monarchistischen Herrschaftssysteme am Ende der zwanziger Jahre und besonders in den dreißiger Jahren – so z. B. in Jugoslawien in der Epoche der sogenannten „königlichen Diktatur" – modernere diktatorische Methoden kraftvoll adaptierten. Faschistische Tendenzen zeigten sich aber auch in den Bewegungen der nationalistischen Offiziers- und Intelligenzleropposition. Und wo beide Tendenzen aufeinanderstießen, war eine besonders intensive Faschisierung zu beobachten. Dies zeigte sich bereits zu Anfang der zwanziger Jahre in Bulgarien, wo die auf den Ersten Weltkrieg folgende Revolutionswelle, vereint mit der durch die militärische Niederlage verursachten nationalen Krise, eine starke revolutionäre Bauernbewegung ins Leben gerufen hatte. Ihr gegenüber formierten sich die herrschenden Kreise hinter den von Zankow angeführten extrem nationalistischen militärischen Kreisen. In dieser Region haben sich jedoch die zur Entwicklung des Faschismus geeigneten Dispositionen nur in relativ engen gesellschaftlichen Schichten – in Offizierskreisen, in einigen Gruppen des unbedeutenden städtischen Kleinbürgertums, unter dem städtischen Lumpen-Proletariat – herausgebildet. Die noch stark homogene, geschlossene bäuerliche Struktur dieser Gesellschaften widerstand einem breiten Umsichgreifen des Faschismus.

Die dritte Region ist Ostmitteleuropa, dessen gesellschaftliche Struktur übrigens auch viel Ähnlichkeit mit der Spaniens und Portugals hatte.

Diese Region – mit deren faschistischen Bewegungen wir uns ausführlicher befassen wollen – befand sich in ihrem sozioökonomischen Entwicklungsstand zwischen den beiden vorgenannten Regionen, wenngleich die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern dabei zum Teil sehr bedeutend waren und einige, wie Österreich und die Tschechoslowakei, eher dem industriell entwickelten mitteleuropäischen Typ zugezählt werden können und deshalb hier außer acht bleiben sollen, und andere, wie Rumänien, dem Balkantyp nahestanden.

Am meisten charakteristisch in bezug auf die strukturelle Mittellage zwischen den Extremen und einander am meisten ähnlich unter wirtschaftlich-gesellschaftlichem Gesichtspunkt waren hier: Polen, Ungarn und teilweise Rumänien.

Während in den westlichen Ländern die soziale Festigkeit der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, eine auf demokratischem Boden stehende starke Arbeiterbewegung sowie die demokratische Tradition der Mehrheit der mittleren Schichten dem Überhandnehmen des Faschismus Grenzen setzte, geschah dies in den zurückgebliebensten Ländern durch die überwiegend traditionelle Struktur der Gesellschaft und eines darauf beruhenden bäuerlichen Demokratismus patriarcha-

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lischen Charakters. In der ostmitteleuropäischen Region kamen weder die für die entwickelten, noch die für die zurückgebliebensten Länder charakteristischen Schranken zur Geltung. Wenn auch dieses Gebiet nicht als die „klassische" Region des Faschismus betrachtet werden kann – seinen „reinen" Formen begegnen wir hier weniger als in Deutschland und Italien –, so zeigen sich doch die die Herausbildung des Faschismus fördernden Bedingungen und seine Erscheinungsformen hier schon zeitig und mit großer Kraft. So sehr, daß sie – sowohl in ideologischer Beziehung wie hinsichtlich der politischen Methoden – auch auf die reaktionären Bewegungen Mittel- und Westeuropas manchen Einfluß ausübten.

Das starke Hervortreten des Faschismus in Ostmitteleuropa geht auf zahlreiche Voraussetzungen zurück. Von ihnen sollen wenigstens drei herausgestellt werden, die es zugleich auch erlauben, einige Anhaltspunkte für die Besonderheiten des Faschismus in dieser Region zu gewinnen.

Eine erste Voraussetzung bildeten die spezifische gesellschaftliche Struktur und das Entwicklungsstadium der Länder dieser Region. In der Mehrzahl von ihnen war eine industrielle und soziale Revolution, die die traditionellen Verhältnisse tiefgreifend umzugestalten begann, vor dem Ersten Weltkrieg in beschränktem Maße angelaufen – wie in Ungarn und Polen –, oder sie hatte gerade erst begonnen – wie in Rumänien. Dieser späte und eingeschränkte Prozeß der Modernisierung hatte jedoch – trotz aller hinderlichen Umstände – nachhaltige Wirkungen erzielt und die alte Struktur der Gesellschaft schon mehr oder minder gründlich aufgespalten.

Die mit dem Ersten Weltkrieg heraufkommende Krise des liberalen Systems, vor allem auch des liberalen Welthandels, hat der industriellen Entwicklung dieser vom Weltkapitalismus abhängigen kleinen Länder neue schwere Hindernisse bereitet und den Modernisierungsprozeß in diesen Ländern verlangsamt bzw. ihm eine sehr einseitige, nur auf einzelne Zweige der Industrie beschränkte Richtung gegeben, die für die Gesamtentwicklung dieser Länder oft wenig vorteilhaft war. Auch der Dynamismus der gesellschaftlichen Umgestaltung stockte. Die daraus resultierenden Probleme haben sich bei manchen, auch durch die militärische Niederlage betroffenen Nationen, so in Ungarn, nach 1919 sofort gezeigt, in anderen, so in Polen und Rumänien, erst später in den 20er Jahren. Sie kamen dann vor allem im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise in alter Schärfe zum Vorschein, nachdem die durch die neue Staatlichkeit gebotenen zeitweiligen inneren konjunkturellen Möglichkeiten – die zum Teil auf Kosten der nationalen Minderheiten durchgeführten Reformen, die innere Vereinigung des neuen Staatsgebietes, der mit dem Ausbau der neuen Staatsbürokratie einhergehende Aufschwung und die gesellschaftliche Mobilität – erschöpft waren und es sich herausstellte, daß die staatliche Selbständigkeit an sich nicht imstande war, die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Probleme zu lösen.

Das Stocken der Entwicklung und Modernisierung ist in den für diese Region besonders charakteristischen Ländern unter eigenartigen sozialen Umständen eingetreten. Handelte es sich hier doch zumeist um „Länder mit doppelter Struktur"

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Péter Hanák), mit einer Gesellschaft noch stark agrarischen Charakters, in der die fortschreitende kapitalistisch-industrielle Entwicklung viele Elemente der früheren feudalen Formation noch nicht oder noch keineswegs vollständig überwunden hatte. Die für die moderne kapitalistisch-industrielle Entwicklung charakteristischen neuen Klassen und Schichten – die Großbourgeoisie, der Mittelstand, die städtische Arbeiterschaft – waren nicht nur quantitativ schwach. Sie hatten, so vor allem der Mittelstand und das Kleinbürgertum, auch qualitativ dadurch eine andere Stellung als in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften, da sie, gesellschaftlich wie in ihrem sozialen Rollen-Verhalten und Selbstverständnis, vielfach verquickt und abhängig blieben mit den aus der früheren Formation übernommenen, in Niedergang befindlichen, aber weiterhin großen Einfluß ausübenden alten sozialen Eliten, vor allem dem Grundbesitz-Adel. Charakteristisch waren die in der Verbürgerlichung steckengebliebenen, aus dem Adel stammenden oder sich diesem anpassenden mittleren Schichten, neben dem zurückgebliebenen, traditionellen Kleinbürgertum. Daneben gab es breite, den Problemen überstürzter städtischer Proletarisierung ausgesetzte, vom Lande stammende und mit dem Dorf noch in enger Verbindung stehende Plebejer-Massen. Die Klassenzugehörigkeit und das Klassenbewußtsein war hier noch durch anachronistische patriarchalische Herr- und Diener-Vorstellungen versperrt und verschleiert. Diesen sozialen Schwankungen entsprach eine besondere Affinität für restaurative, nicht nur antisozialistische, sondern auch scharf antidemokratische ideologische Strömungen, den Antisemitismus, einen reaktionären Antikapitalismus, antimodernistische Kulturkritik und alle möglichen Varianten des Agrarismus und mystischer Volksideologie –, Ideologien, die hauptsächlich von den dekadenten oder in der Verbürgerlichung steckengebliebenen Schichten hervorgebracht wurden und die nötige Anpassung an die modernen Umstände erschwerten.

In diesen zurückgebliebenen, in ihrer Entwicklung steckengebliebenen Ländern potenzierte die besonders labile soziale Struktur die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise und brachte sie in besonders scharfer Form zum Ausdruck. Die „Gefahr" einer revolutionären Lösung der zusammengeballten sozialen und nationalen Probleme – die durch das Beispiel der russischen Revolution und die Nähe der Sowjetunion noch verstärkt wurden – hat hier schon zeitig und nachdrücklich die extremsten Formen sozialer Reaktion und politischer Gegenrevolution an die Oberfläche gebracht. Der besonderen Struktur dieser Gesellschaften entsprechend, gelangten in die vorderste Linie der extrem rechten Kräfte hier vor allem die Vielzahl derjenigen, die sich in die modernen bürgerlichen Verhältnisse nicht organisch einzugliedern vermochten, teils dekadente, teils solche soziale Kräfte, die den Weg der Verbürgerlichung zwar angetreten hatten, dann aber steckengeblieben waren und „grünes Licht" für sich erhoffen konnten, wenn sie die Gesellschaft und das Staatssystem ihren ideologisch verzerrten Vorstellungen anzupassen vermochten.

Der zweite entscheidende Faktor war der Nationalismus. Es ist wohl überflüssig, eingehend darzulegen, welch große, ja zentrale Rolle der Nationalismus bei der Herausbildung des Faschismus spielte. Auch erübrigt es sich, detailliert auszufüh-

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren, daß in Ostmitteleuropa, wo der Nationalismus schon seit langem das vorrangige Prinzip der meisten politischen Ideologien gebildet, wo sich besonders viel Zündstoff nationaler Gegensätze angehäuft hatte und nach dem Ersten Weltkrieg neue Wellen des Nationalismus entstanden waren, der aggressive Nationalismus – sei es in Form des Revisionismus, des Separatismus oder der Verteidigung des Status quo – eine erstrangige Rolle spielte und sich besonders anbot als Ventil zur Ableitung aufgestauter sozioökonomischer Krisenerscheinungen.

Der Nationalismus hatte aber eine innere Seite, er diente als Vehikel, um soziale Gegensätze durch national-rassischen „Zusammenschluß" abzuleiten, die „nationalen" Kräfte für nach außen gerichtete aggressive Ziele zu konzentrieren – was bei der Herausbildung des Faschismus ebenfalls eine bedeutende Rolle gespielt hat. Doch sind in Ostmitteleuropa auch in dieser Beziehung gewisse Besonderheiten zu registrieren, die sich teils aus der Struktur der Gesellschaften, dem Charakter ihres Nationalismus sowie daraus ergaben, daß der äußere Bewegungsspielraum dieser Nationalismen – d.h. die Möglichkeit, die inneren Krisenprobleme durch nach außen hin gerichtete Aggression abzuleiten – eng begrenzt und den Interessen der Großmächte untergeordnet war. Deshalb trat in dieser Region die innere Seite des Nationalismus besonders hervor und übernahm teilweise auch eine andere Funktion als in den entwickelten, stärkeren und national einheitlicheren Ländern.

Der Nationalismus hatte hier infolge der gemischten ethnisch-nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung schon von vornherein eine innere staatspolitische Funktion, aber auch einen innergesellschaftlichen Aspekt, der mit der zuvor erwähnten sozioökonomischen Entwicklung und Struktur der für diese Region charakteristischen Länder zusammenhing. Hatte hier doch die sich entfaltende moderne industriell-kapitalistische Entwicklung die alten „nationalen Klassen" – die nationale Gutsbesitzerklasse, das traditionelle Kleinbürgertum, das Bauerntum – zersetzt, während die neuen modernen Klassen und Schichten – die Bourgeoisie, die moderne bürgerliche Intelligenz, der neue Mittelstand sowie verschiedentlich auch die städtische Arbeiterklasse – sich zunächst vielfach aus ethnisch fremden Elementen rekrutierten. In den ostmitteleuropäischen Ländern war bis zum Ersten Weltkrieg – faktisch oder „ideell", also in der herrschenden allgemeinen Denkweise – der Prozeß der modernen Nationsbildung noch keineswegs abgeschlossen und durch die Identität sozialer und nationaler Gegensätze vielfach gehemmt. Unter nationalem Gesichtspunkt fremde bürgerliche Schichten jüdischen, deutschen, griechischen Ursprungs, oder aus fremdnationalen – in Ungarn aus deutsch-österreichischen, tschechischen, slowakischen, in Rumänien aus ungarischen, sächsischen – Gruppen herangewachsene städtische Proletarierschichten fügten sich der Einheit der Nation nicht ein. So waren es andererseits breite soziale Schichten, für die die moderne industriell-kapitalistische Entwicklung als nationale Überfremdung erschien.

All dies führte dazu, daß die scharfen sozialen Probleme, die sich nicht nur aus dem Bestehen des Kapitalismus, sondern aus seiner Unentwickeltheit und der Beharrungskraft vorkapitalistischer Orientierungen ergaben, in dieser Region sehr leicht

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nationale Formen annehmen konnten. Das fand prägnantesten Ausdruck im Antisemitismus. Die Verquickung des Nationalismus mit den sozialen Problemen, die Unterordnung sozialer unter nationale Fragen haben in Ostmitteleuropa viel zur Affinität für den Faschismus beigetragen. Der Faschismus ist hier als der „Vollender" des Prozesses der modernen Nationsbildung – auf extrem rückschrittlichem Wege – aufgetreten: er versprach, das Bürgertum, die bürgerliche Intelligenz und die mittleren Schichten durch parasitär-gewaltsame Neuverteilung der bürgerlichen Positionen „national" zu gestalten; den unteren Volksmassen verhieß er durch nationalistisch-rassistische Mobilisierung Teilhabe an der nationalen Gesellschaft und auf solche Weise Auflösung des anachronistischen Herr-Diener-Verhältnisses.

Faschistische Bestrebungen haben sich in erster Linie bei jenen Schichten gezeigt oder bei ihnen starkes Echo ausgelöst, die sich in die moderne bürgerliche Gesellschaft nicht einfügen konnten, von denen wir schon eben feststellten, daß sie als primäre Träger des Faschismus zu betrachten sind. Darüber hinaus drang der Faschismus aber stellenweise – so in Rumänien und Ungarn – in den dreißiger Jahren tief in jene halbproletarischen Plebejerschichten ein, die vom Dorf in die Stadt geraten, einen großen Teil der neuen, hauptsächlich ungelernten Arbeiter, Tagelöhner usw. ausmachten und die eben begonnen hatten, erste Schritte auf dem Wege zur Arbeiterklasse und zum politischen Erwachen zurückzulegen.

Der Faschismus hängt immer und überall mit einer gewissen „Wachablösung" in den führenden politischen Schichten, den Trägern der Staats- und Verwaltungsämter, ja auch bestimmter Positionen der Bourgeoisie zusammen oder verspricht solche Wachablösung zumindest; er verkündet demagogisch die Niederreißung bestehender starrer Klassengrenzen oder, wenigstens im Rahmen nationaler Mobilisation, neue „Gleichheit". Gerade diese Parolen wirkten aber in den Ländern Ostmitteleuropas besonders stark und versprachen weit ausgedehntere innere gesellschaftliche Bewegung als in Italien oder Deutschland: sie verhießen eine innere Umgruppierung der Gesellschaft, die sich auf einen bedeutenden Teil der bürgerlichen Positionen erstreckte, weil sie auf totale Ausbeutung der nationalen Minderheiten, vor allem der Juden hinauslief. Und durch das Versprechen, die bestehende, tatsächlich anachronistische gesellschaftliche Hierarchie niederzureißen und diese auf nationalistisch-rassischer Grundlage „neuzugestalten", konnten auch die aus der offiziellen Gesellschaft bis dahin ausgeschlossenen, der politischen Arbeiterbewegung noch fernstehenden, zurückgebliebenen, noch halb bäuerlich-religiösen unteren Volksmassen in Bewegung gebracht werden. Unseres Erachtens ist dies der reale Kern der „populistischen" Auffassung des ostmitteleuropäischen Faschismus, jener Ansicht, daß der Faschismus eine gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung gerichtete Bewegung der ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen gewesen sei.

Die dritte wesentliche Voraussetzung für den Faschismus bilden in den Ländern dieser Region die Traditionen der Staatsmacht und Staatsorganisation und die herrschende Staatsauffassung. Die „Neuformulierung" des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, der Bruch mit der ganzen bürgerlich-liberalen Staatsauffassung,

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Bestreben, die Staatsbürger einem staatlichen Totalitarismus unterzuordnen, der die „gemeinsamen" nationalistisch-rassischen Interessen ausdrückte und zwar womöglich in der Form, daß die auf der Grundlage der nationalistisch-rassistischen Idee und mit militärischen Methoden organisierten Individuen diese Unterwerfung freiwillig, aktiv auf sich nehmen – all dies bildete eine der wichtigsten ideologisch-politischen Komponenten des Faschismus. Es ist allgemein bekannt, daß der Faschismus dort zu besonders großer Kraft gelangte, wo die diesbezügliche Prädisposition, die Traditionen des absolutistischen, sich „über die Gesellschaft" erhebenden, „verselbständigten" Staates starke Wurzeln hatten.

Diese Voraussetzungen waren in Ostmitteleuropa in vieler Hinsicht gegeben, wenn sie auch aus anderen geschichtlichen Wurzeln stammten als z. B. in Deutschland. In dieser Region hatten die Völker seit Jahrhunderten im Rahmen großer absolutistischer Reiche gelebt. Selbst wenn sie – wie in Ungarn zur Zeit des Dualismus – über einige wichtigere Elemente staatlicher Selbständigkeit verfügten, dominierte der Glaube an die Allmacht der nationalstaatlichen Selbständigkeit. Keine der alten führenden oder die Führung anstrebenden neuen Klassen konnten die Unterstützung des starken, absolutistischen Staates entbehren, und die politische Führerrolle lag in den Händen der alten führenden Klassen feudaler Herkunft, während sich die Wurzeln der demokratischen Staatlichkeit, des Parlamentarismus, noch kaum entwickelt haben. Es bestand ein klares Übergewicht der Exekutivgewalt, der jeweiligen Regierung und des Verwaltungsapparates. Und der auf die Exekutivgewalt ausgeübte Einfluß der bewaffneten Macht, der Armee, des Generalstabs, der Gendarmerie und Polizei waren besonders stark. All dies erzeugte ebenfalls, im Zusammenhang mit den anderen Faktoren, eine besondere Affinität für den Faschismus.

Die auf den Ersten Weltkrieg folgenden Verhältnisse haben diese Prädisposition weiter verstärkt. Die Tatsache, daß die neue ostmitteleuropäische Ordnung zustande kam während der gleichzeitigen großen revolutionären Welle, vor allem unter den Ausstrahlungen der russischen Revolution, daß die Herausbildung der neuen Staatlichkeiten unter die Ägide der Sowjet- und Revolutionsfeindlichkeit fiel, sich im Zeichen des extremen Nationalismus und gegenrevolutionär-militärischer Aktionen vollzog, verstärkte schon im vorhinein die autoritativ-diktatorischen Züge der ostmitteleuropäischen Staaten. Hier entstanden starke Berührungspunkte mit dem Faschismus, ja es kamen eigenartige Übergänge zum faschistischen Staatstypus zustande. In Ungarn, wo sich die neue Staatlichkeit nach 1919 im Rahmen einer scharfen gegenrevolutionären Wendung herausgebildet hat, ist das Bestreben, den Staat zu faschisieren, klar nachzuweisen. Aber die sich verstärkenden inneren und äußeren Schwierigkeiten mehrten diese Tendenzen auch in jenen Ländern, in denen der Nationalismus siegreich aus dem Krieg hervorgegangen ist; so kam es früher oder später, in Polen bereits um die Mitte der zwanziger Jahre, auch hier dazu, daß die anfangs so halbwegs aufrechterhaltenen liberalen Herrschaftsformen in den Hintergrund gedrängt wurden. Diese Tendenz beschleunigte sich besonders in den dreißiger Jahren, als sich die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

inneren sozialen Gegensätze verschärften, als sich der Einfluß der faschistischen Großmächte und die Notwendigkeit, sich ihnen anzupassen, verstärkten und als diese äußeren Einwirkungen den an der Faschisierung interessierten inneren gesellschaftlichen Kräften eine neue große Unterstützung boten. Das zeigte sich deutlich in Ungarn an der weiteren Wendung nach rechts im Jahre 1932 und dem zunehmenden Einfluß der extremen Rechten auf die Staatsmacht und den Staatsapparat in den dreißiger Jahren; dem Erstarken der faschistischen Tendenzen in Polen nach 1935; der stufenweisen Faschisierung des rumänischen Staatssystems von der königlichen Diktatur über die Legionärdiktatur.

Doch führte diese Faschisierung – abgesehen von den Fällen unmittelbarer militärischer Intervention durch die faschistischen Großmächte, doch teilweise selbst in diesen Fällen – in Ostmitteleuropa nicht zum faschistischen Umbau der Grundstruktur der autoritativ-diktatorischen Systeme; nicht nur in den zwanziger Jahren, als hierzu weder die außenpolitischen noch die inneren Bedingungen gegeben waren, sondern auch dann, als in den dreißiger Jahren – infolge der Umgestaltung der internationalen Kräfteverhältnisse, des Erstarkens des deutschen und italienischen Einflusses und dem Erscheinen der ostmitteleuropäischen faschistischen Massenparteien – sich diese Bedingungen besser herausgebildet haben.

Der faschistische Umbau der Staatssysteme hätte es erfordert, daß zwischen den herrschenden Kreisen bzw. dem maßgeblichen Teil derselben und den faschistischen Massenbewegungen bzw. der führenden Schicht derselben ein – wenn auch mittelbares und widersprüchliches – Bündnis zustandegekommen wäre. Obwohl ein solches Bündnis als Voraussetzung der Machtergreifung der faschistischen Partei – wie das italienische und teilweise auch das deutsche Beispiel zeigen – einen Prozeß der gegenseitigen Anpassung und innerhalb dessen die Abstoßung des „radikalen" Flügels der faschistischen Bewegung implizierte –, standen in Ostmitteleuropa dem Zustandekommen dieses Bündnisses besonders schwere Hindernisse entgegen. Vor allem deshalb, weil die Bedrohung der alten sozialen Eliten durch die revolutionäre Arbeiterbewegung hier weit geringer war, wenngleich in den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas die Arbeiterbewegung bzw. die politische Linke sehr verschiedenes Gewicht hatte. In Polen war sie relativ stark, und dies trug wesentlich dazu bei, daß die faschistischen Bewegungen hier keinen Einfluß auf breitere Volksmassen gewannen; in Rumänien war sie schwächer, in Ungarn besonders kraftlos. Doch hat die sozialistische Linke nirgends in diesen Ländern das Bestehen der Systeme unmittelbar bedroht. Die autoritativ-diktatorischen Systeme schienen – besonders nachdem sie immer mehr faschistische Elemente in sich eingegliedert hatten – genügend stark zu sein, um die Linke in Zaum zu halten.

Ferner, wie schon angedeutet wurde, hat in diesen Ländern die Vorstellung einer Machtübernahme durch faschistische Massenparteien die „Gefahr" sehr großer sozialer Bewegungen ahnen lassen, und zwar in zweierlei Beziehung: Zum einen betraf die parasitär-gewaltsame Neuaufteilung der bürgerlich-mittelständischen Positionen hier breite Schichten, zum anderen riefen die faschistischen

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massenbewegungen in dieser Region – besonders in jenen Ländern, in denen die Linke schwach und isoliert war – sehr starke soziale Spannungen hervor. Dies bewiesen die rumänische Eiserne Garde und die ungarische Pfeilkreuzlerbewegung: Die alten sozialen Eliten sahen in ihnen nicht so sehr die Ableiter der sozialen Unzufriedenheiten, sondern deren Hervorrufer, die die mit Mühe und Not an der Oberfläche aufrechterhaltene Ruhe der Gesellschaft störten.

Hinzu kam die komplizierte internationale Lage der Länder dieser Region und die daraus folgende Interessenlage ihrer herrschenden Kreise. Besonders die großbürgerliche Schicht stand in enger Verbindung, ja in vieler Hinsicht in einem Abhängigkeitsverhältnis von der westlichen kapitalistischen Welt. Die Alternative, völlig in die deutsche wirtschaftliche und politische Interessensphäre zu geraten, hätte die selbständigen Interessen der herrschenden Klassen auch anderweitig tangiert. Eine radikale faschistische Machtübernahme wäre – so sehr auch Szálasi oder Codreanu die Selbständigkeit ihres Faschismus betont haben – mit der Aufgabe der Herrschaft der traditionellen herrschenden Klassen, ja der selbständigen Staatlichkeit gleichbedeutend gewesen. Wie bekannt, haben die faschistischen Großmächte – aus verschiedenen Gründen – die Machtübernahme durch faschistische Massenparteien auch selbst nicht betrieben. Entweder haben sie den Weg der offenen militärischen Besetzung gewählt, in welchem Falle die radikalen faschistischen Bewegungen als Stützen dieser Besetzung die Rolle der offenen Kollaboration eingenommen haben; oder sie trachteten im Bündnis mit den traditionellen herrschenden Kreisen, genauer: mit dem deutschfreundlichen Flügel derselben ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Dieser letztere Weg war in jenen Ländern so lange gangbar, solange die nationalen Interessen der herrschenden Klassen mit den Bestrebungen der faschistischen Großmächte weitgehend zusammenfielen.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WALTER LIPGENS

BEDINGUNGEN UND ETAPPEN DER AUSSENPOLITIK DE GAULLES 1944–1946

Die im Zweiten Weltkrieg durchgreifende Veränderung der weltpolitischen Konstellation, das Ende der Vormachtstellung Europas und die von den beiden neuen Weltführungsmächten repräsentierte Vergrößerung der Maßstäbe technischer und politischer Macht wirklich zu erfassen und adäquate Folgerungen daraus zu ziehen, das ist allen politischen Einheiten in Europa schwergefallen und bis heute ein Kernproblem der europäischen Nachkriegsgeschichte. Von keinem Politiker ist in ihr mit so viel prinzipieller Bewußtheit und so viel taktischer Raffinesse wie von de Gaulle versucht worden, allen Veränderungen der internationalen Umwelt zum Trotz souveräne Nationalstaats-Außenpolitik zu betreiben, und bis heute ist der „Gaullismus" der hartnäckigste Gegenspieler der Folgerung des europäischen föderativen Zusammenschlusses. Exakte historiographische Aufarbeitung dieses Versuches sollte baldmöglichst die Analyse und Definition seiner Ergebnisse ermöglichen. Die dazu erforderliche Quellenlage wird für die zweite Präsidentschaft (1958–69) noch eine Weile unzureichend sein[1]. Aber die Außenpolitik seiner ersten Präsidentschaft vom 9. September 1944, an dem er das „Gouvernement Provisoire de la République Française" in Paris installieren konnte, bis zum 20. Januar 1946, dem Tag seines Rücktritts, enthält in nuce sein ganzes außenpolitisches Konzept, die Zielvorstellungen wie die Taktiken. Und für sie liegen, wiewohl von der französischen Forschung noch kaum kursorisch ausgewertet[2], von der deutschen bisher

---

[1] Noch behauptet im Bereich der Biographien die Polemik zwischen Hagiographien und Gegenpamphleten das Feld und hat wissenschaftliche Aufarbeitung erst im Bereich der ideologischen Grundlagen, Parteipraxis und Verfassung eingesetzt; vgl. die instruktive Sammelbesprechung von Adolf Kimmel, De Gaulle und der Gaullismus, in: Neue Polit. Literatur 17 (1972), S. 85–100. Was anhand der Reden und Pressemeldungen vorerst an Auslotung der Außenpolitik möglich ist, zeigt am besten Gilbert Ziebura, Theorie und Praxis der V. Republik, in: Die Internationale Politik 1958–1960 (Jb. des Forschungsinstituts der Dt. Ges. f. Ausw. Politik), München 1971, S. 267–339, insbes. S. 324–39.

[2] Zu de Gaulles Außenpolitik 1944–46 bot die frühe, in ihrer Art unübertroffene Chronik von Jacques Fauvet, La IVe République, Paris 1959, dt.: Von de Gaulle bis de Gaulle, Tübingen 1961, S. 40 f., zwei Seiten; das bis heute beste Handbuch von Jacques Chapsal, La vie politique en France depuis 1940, Paris 1966, S. 82, eine Seite; die vortreffliche Monographie von Guy de Carmoy, Les politiques étrangères de la France 1944–1966, Paris 1967, S. 14 f. und 18 f., drei Seiten. Mehr Hinweise nach «L'Année Politique» enthält Adalbert Korff, Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950, Thèse Lausanne, Ambilly-Annemasse 1965, S. 37–51. Die anregendsten Fragestellungen bietet Alfred Grosser, La IVe République et sa politique extérieure (Paris 1961, unveränderte 2. Aufl. Paris 1967), in der „Introduction", S. 15–20 und 33 f. Auch eine Durchsicht der letzten Jahrgänge der französ. Fachzeitschriften hat keine Spezialstudie zum Thema ermitteln können.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur auf Ziele der Deutschlandpolitik befragt[3], insgesamt eine solche Fülle von Primärquellen-Editionen, Memoiren und teilweisen wissenschaftlichen Aufarbeitungen vor[4], daß eine detaillierte Skizze der Bedingungen, Etappen und Ergebnisse dieser Außenpolitik gegeben werden kann.

Die Verantwortung gegenüber dem Thema verlangt m. E. eine zunächst deskriptive Methode: Die tatsächliche internationale Lage Frankreichs, die innenpolitische Situation, die Etappen der de Gaulleschen Außenpolitik während seiner ersten Präsidentschaft sollen zuverlässig erfaßt, nicht vorschnell von kritischer Interpretation überdeckt werden. Da unbestritten de Gaulle allein die französische Außenpolitik bestimmte, ohne Rücksicht auf Mitarbeiter oder kontrollierendes Parlament, ist die Darstellung unvermeidlich auf ihn konzentriert – was nicht zu dem Fehlschluß führen darf, er habe diese Außenpolitik *gegen* den Willen der Mehrheit der Franzosen betrieben. Einige Hinweise zu dieser Frage werden im Folgenden gegeben. Doch sozialpsychologisch genauer verständlich zu machen, warum seine Außenpolitik von erheblichen Teilen der öffentlichen Meinung, jedenfalls in wichtigen Punkten wie zum Beispiel der Deutschlandpolitik, bejaht und getragen und wieweit sie andererseits, wie de Gaulle selbst beklagt hat, von erheblichen Teilen kritisiert wurde, das muß angesichts der Vielfalt zeitgenössischer französischer Gegenstimmen einem gesonderten Aufsatz überlassen bleiben[5]. Im Folgenden geht es vorerst um das Faktische der Bedingungen, der 1944/45 bestimmenden Faktoren und vorliegenden Konzepte sowie des etappenweisen Ablaufs dieses Versuches einer souveränen Außenpolitik.

I. Konditionen

1. Der weltpolitische Horizont zu dem Zeitpunkt, als am 6. Juni 1944 unter dem Schutz massierter amerikanisch-britischer See- und Luftstreitkräfte die alliierte Landung in der Normandie erfolgte und binnen dreier Monate zur Rückeroberung Frankreichs führte, war militärisch vom ungestümen Vormarsch der Armeen der „Anti-Hitler-Koalition" bestimmt. Zur gleichen Zeit drangen amerikanisch-

[3] Es hatten sowohl die zur Nachkriegsgeschichte grundlegende Arbeit von Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied/Berlin 1966, S. 180–88, als auch die eindringliche Übersicht von Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 32–40, je nur zu einer Skizze der Hauptziele de Gaulles 1945 in bezug auf Deutschland Veranlassung. Etwas stärker im Zusammenhang seiner Politik mit den Alliierten skizziert sie F. Roy Willis, The French in Germany 1945–49, Stanford/Cal. 1962, S. 6–35.

[4] Vgl. die Gesamtheit der nachfolgenden Nachweise; hervorzuheben der bisher erste Versuch einer Gesamtdarstellung von A. W. DePorte, De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge/Mass. 1968, der das Material in Teilen mustergültig zur Darstellung verarbeitet, doch m. E. die Einzelbereiche zu sehr separiert, die Schlüsselrolle der Rheinforderung verkennt, so daß die Übersicht über das Schaukelspiel nicht ganz klar wird.

[5] Vgl. Hinweise in den folg. Anmerkungen 27, 106 und 130 auf den kritisch-analytisch angelegten Aufsatz: „Innerfranzösische Kritik der Außenpolitik de Gaulles 1944–46", den der Verf. demnächst vorzulegen beabsichtigt.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

britische Armeen in Italien über Rom und Florenz hinaus vor, begann die Rote Armee nach Zerschlagen der deutschen Heeresgruppe Mitte nach Polen, nach Rückeroberung der Ukraine nach Rumänien einzurücken und lag Deutschland unter dem zunehmend dichter werdenden Bombenhagel der britisch-amerikanischen Luftstreitkräfte. Die Gesamtstärke der amerikanischen Einheiten in den europäischen und fernöstlichen Kampfgebieten betrug annähernd 5 Millionen Mann, davon 2766000 in West- und Südeuropa; die der sowjetischen etwa ebenfalls 5 Millionen Mann; die Gesamtstärke der dem „Comité français de Libération nationale" in Algier – seit der Eroberung Nordafrikas im November 1942 durch die Amerikaner – am Vorabend der Invasion unterstehenden Einheiten betrug einschließlich der kolonialen nach Ausweis ihres Oberkommandierenden 256000 Mann, mit amerikanischen Mitteln durch britische Vermittlung ausgerüstet[6]. Das Schlachten-Inferno hielt noch acht Monate bis zur deutschen Kapitulation im Mai 1945 an, also während der Hälfte der ersten Präsidentschaft de Gaulles, bis die siegreichen Weltmächte in der Mitte des zerstörten Europa zusammentrafen.

Frankreich war nach der Niederlage von 1940 ein geschlagenes, über vier Jahre von deutschen Truppen besetztes, schließlich von amerikanischen, britischen und kanadischen Truppen unter Mitwirkung einiger freifranzösischer Divisionen von dieser Besatzung befreites Land, nicht anders als die anderen 1939–41 Hitlers Angriff erlegenen Länder des Kontinents. Im Unterschied zu Polen, Norwegen, den Niederlanden und Belgien hatte nicht einmal eine ins Exil gegangene legale französische Regierung auf alliierter Seite gestanden, denn die legale war die weitgehend kollaborierende in Vichy gewesen. Churchill hatte 1940 de Gaulle als Befehlshaber freifranzösischer Einheiten in England anerkannt, aber bis Ende 1942 mit der anderen Hand Roosevelts Politik unterstützt, durch Beibehaltung voller diplomatischer Beziehungen zu Vichy Pétains Widerstand gegen Hitlers Wünsche zu bestärken[7]. Auch nachdem auf dem Casablanca-Treffen im Januar 1943 dem von Roosevelt als Administrator Nordafrikas eingesetzten Giraud mit dem von Churchill

[6] Hans-Adolf Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg, Frankf./M. 1965, S. 170 und 250 f.; Jean De Lattre de Tassigny, Histoire de la Première Armée Française, Paris 1949, engl.: The History of the French First Army, London 1952, S. 28. Seit Nov. 1941 erfolgte die gesamte Ausrüstung freifranzösischer Verbände aus amerikanischen Lend-lease-Mitteln, jedoch, um die Frage des politischen Status zu umgehen, durch britische Dienststellen. Hierzu instruktiv Marcel Vigneras, Rearming the French (United States Army in World War II, Special Studies), Washington 1957.

[7] Margaret Carlisle (Hrsg.), Documents on International Affairs 1939–46, vol. II: Hitler's Europe, London 1954, S. 167–70 und 359; Winston S. Churchill, The Second World War, Boston 1948–53, vol. II, S. 215 und 508. Vgl. das Buch von Roosevelts Botschafter (1940 bis April 1942) in Vichy: William D. Leahy, I Was There, New York 1950; als Darstellung der amerikanischen Vichy-Politik William L. Langer, Our Vichy Gamble, New York 1947; ferner Adrienne Hytier, Two years of French foreign Policy: Vichy 1940–42, Genf/Paris 1958. Besonders verärgert hatte die amerikanische Administration de Gaulles Handstreich auf zwei französische Inseln vor Neufundland, vgl. Robert E. Sherwood, Roosevelt and Hopkins, New York (2. revised ed.) 1950, S. 479–86; Douglas G. Anglin, The St. Pierre and Miquelon Affair of 1941, Toronto 1966.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gestützten, Äquatorialafrika kontrollierenden de Gaulle gemeinsam die Co-Präsidentschaft im „Comité français" in Algier übertragen worden war, dann aber im November 1943 Giraud resignierte und de Gaulle die Comité-Führung überlassen hatte, blieb Roosevelt überzeugt, de Gaulle werde vom französischen Volk nicht als Repräsentant bestätigt werden[8]; er unterstützte das Algier-Komitee, „sorely tried by the personal peculiarities of the Free French leader", nur als militärische Hilfsorganisation, nicht als zukünftige Regierung Frankreichs[9].

Je deutlicher indessen Churchill seit Frühjahr 1943 den Machtaufschwung der Sowjetunion als großen Landsieger, die globale Aspiration der amerikanischen Kraftentfaltung, die relative Abnahme des Gewichtes Großbritanniens zwischen den aufsteigenden Weltmächten erfaßte, desto deutlicher begann er zu wünschen, wenigstens noch *eine* andere europäische Stimme in die geplanten internationalen Gremien hereinholen zu können, um dort künftig nicht als einziger den außereuropäischen Weltmächten gegenüberzustehen. In Frage kam dafür nach Lage der Dinge (nicht wegen, sondern trotz de Gaulle) nur Frankreich (nicht eines der kleinen Länder oder Italien)[10]. Hinzu kam Churchills Entschlossenheit, der lange konstanten Grundüberzeugung Roosevelts und seiner Berater, dieser Krieg müsse das Ende der Kolonialherrschaft der europäischen Staaten bringen, zähen Widerstand entgegenzusetzen. Während des ersten Treffens der „Großen Drei", am 28. November 1943 in Teheran, hatte Stalin versichert, dem tatsächlichen,

---

[8] Zum amerikanischen Versuch, Giraud gegen de Gaulle durchzusetzen, zu den heftigen innerfranzös. Auseinandersetzungen in Nordafrika (dies ist die bisher am vollständigsten erforschte Phase von de Gaulles Biographie) vgl. Arthur Layton Funk, Charles de Gaulle, The Crucial Years 1943–44, Norman/Okla. 1959; Dorothy S. White, Seeds of Discord, De Gaulle, Free France and the Allies, Syracuse/N.Y. 1964; Milton Viorst, Hostile Allies, FDR and Charles de Gaulle, New York 1965; Jean Lacouture, De Gaulle, Paris 1969, S. 99–124. – Als Außenminister Eden im Mai 1943 zu de Gaulle sagte, daß er London mehr Ärger verursache als alle anderen europäischen Exilierten, antwortete de Gaulle: „Ich bezweifle das nicht. Frankreich ist eine Großmacht." (De Gaulle, Mémoires de guerre, vol II, L'Unité 1942–44, Paris 1956, S. 102). Vgl. auch Churchill, vol. V, das Kapitel „Tensions with General De Gaulle".

[9] Henry L. Stimson and McGeorge Bundy, On Active Service in Peace and War, New York 1950, S. 546; ebenda S. 551 noch Sommer 1944: „The President thinks that other parties will spring up as the liberation goes on and that De Gaulle will become a very little figure." Auf einer Kabinettsitzung am 20. Mai 1944 äußerte Roosevelt, „that if anyone could give him a certificate proving that De Gaulle was a representative of the French people he would deal with him, but that otherwise he had no idea of changing his mind" (Cordell Hull, Memoirs, New York 1948, vol. II, S. 1431). Die exakte Begrenzung, mit der die amerikanische und britische Regierung am 26. 8. 1943 gleichlautend das Komitee in Algier anerkannt hatten, lautete: „. . . recognize the French Committee of National Liberation as administering those French oversea territories which acknowledge its authority"; zit. bei DePorte (vgl. Anm. 4), S. 45 f. Vgl. auch J. R. Tournoux, Pétain und de Gaulle, Düsseldorf 1966, S. 217–23.

[10] Bereits im März 1943 hatte auf Bemerkungen Roosevelts, nach dem Krieg benötige Frankreich keine nennenswerten Streitkräfte und seine überseeischen Schlüsselstellungen sollten in Militärstützpunkte der Vereinten Nationen umgewandelt werden, Eden vorsichtig geantwortet, „England would probably be too weak to face Russia alone diplomatically"; Sherwood (Anm. 7) S. 709, 712, 716 und 721.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nämlich den Deutschen helfenden Frankreich könnten nach dem Krieg keine wichtigen Gebiete außerhalb seiner Grenzen mehr anvertraut werden. Dazu entwickelte Roosevelt seinen Lieblingsgedanken einer internationalen Treuhandschaft für alle Kolonialgebiete. Nur Churchill setzte sich massiv für die Erhaltung des französischen Kolonialbesitzes – und damit indirekt des britischen Empire – ein[11]. Er konnte mit Grund hoffen, in Frankreich – trotz unterschiedlicher Meinungen über das „Wie" – einen Mitstreiter für das Prinzip der Behauptung ihrer Kolonialherrschaften zu finden: Die Konferenz der französischen Gouverneure Äquatorialafrikas, der de Gaulle Ende Januar 1944 auftrug, „dem Fortschritt seiner Bevölkerung und der Ausübung der französischen Souveränität neue Grundlagen zu geben", sah in verspäteter Aufnahme der Assimilationstheorie verstärkte Verleihung französischer Bürgerrechte an „évolués" unter den Eingeborenen vor, negierte aber ausdrücklich „jede Idee der Autonomie und jede Möglichkeit einer Entwicklung außerhalb des imperialen französischen Blocks"[12].

So trat denn Churchill, sobald die militärische Befreiung Frankreichs im September 1944 nahezu abgeschlossen und klargeworden war, daß de Gaulles Nationalkomitee (unter Aufnahme von Repräsentanten der innerfranzösischen Résistance in Paris installiert) sich innenpolitisch durchsetzte[13], in seinen Noten vom 14. und 22. Oktober an Roosevelt und in seinen gleichzeitigen Verhandlungen mit Stalin in Moskau für die Anerkennung von de Gaulles Verwaltung als „Gouvernement Provisoire" Frankreichs ein[14]; ebenso trat er ein für seine Aufnahme in die ein

[11] Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Wash. D. C. 1961, S. 256, 310, 345, 484 f., 509 f., 568 f., 872 f.; auf diesen Aspekt hat früh hingewiesen der 1. Teil des (leider nie fortgesetzten) Aufsatzes von Wilhelm Cornides, Die Illusion einer selbständigen französischen Deutschlandpolitik, in: Europa-Archiv, 9. Jg. 1954, S. 6733–35.

[12] Eröffnungsrede am 30. 1. 1944, vgl. De Gaulle, Mémoires II (Anm. 8), S. 556; Wortlaut der also keineswegs „Entkolonisierung" einleitenden Empfehlungen der Konferenz von Brazzaville in: Henri Michel et Boris Mirkine-Guetzévitch, Les Idées Politiques et Sociales de la Résistance, Paris 1954, S. 339 f. Vgl. Rudolf von Albertini, Dekolonisation, Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960, Köln 1966, S. 419–30; Franz Ansprenger, Auflösung der Kolonialreiche, München (dtv-Weltgesch. 13) 1966, S. 157 f.

[13] Vgl. unten „4. Die innenpolitische Situation". Die Anerkennung (am 23. 10. 1944) wurde dadurch erleichtert, daß de Gaulle im Juli in Washington Roosevelt hatte überzeugen können, er wolle sein Komitee nicht als künftige Regierung aufdrängen, worauf Eisenhower es am 25. 8. 1944 „as the de facto authority" mit der Ziviladministration rückwärtiger befreiter Gebiete betraut hatte, unter der Bedingung, „that, as soon as the military situation permits, the French people will be given an opportunity freely to exercise their will in the choice of their government" (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1944, vol. III, The British Commonwealth and Europe, Wash. 1965, S. 715–24; DePorte [Anm. 4], S. 52–54).

[14] Churchill, The Second World War, vol. VI, Triumph and Tragedy, Boston 1953, S. 242–49; zum Vorpreschen Roosevelts in letzter Minute vgl. Viorst (Anm. 8), S. 220 f. De Gaulle reagierte auf die offizielle Anerkennung charakteristisch schockierend in der Pressekonferenz des 25. 10.: „Le gouvernement français est satisfait qu'on veuille bien l'appeler par son nom" (de Gaulle, Mémoires de guerre, vol. III, Le Salut 1944–46, Paris 1959, S. 44; im Folgenden zitiert: Mémoires III).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahr zuvor eingesetzte, seit Januar 1944 in London europäische Nachkriegsprobleme erörternde „European Advisory Commission", an deren Arbeit teilzunehmen Frankreich von den drei Mächten am 11. November eingeladen wurde[15]. Noch im gleichen November erreichte Churchill mit wiederholten Hinweisen, „there will be a time not many years distant when the American armies will go home", daß Roosevelt der verstärkten Ausrüstung einer „French occupation force" und schließlich – um das hier vorwegzunehmen, im Januar 1945 – der Anregung zustimmte, auf dem seit vier Monaten verabredeten zweiten Treffen der „Großen Drei" in Jalta Frankreich auch eine Besatzungszone zu überlassen[16]. Während Stalin auf der ersten Sitzung am 5. Februar 1945 erklärte, es sei „unrealistic for De Gaulle to insist upon full rights with the Big Three", brachte Churchill alle Argumente für die Gewährung einer Besatzungszone vor, und Roosevelt machte fast nebenbei die wie ein Zeitzünder wirkende Bemerkung, er glaube nicht, „that American troops would stay in Europe much more than two years"[17]. Schließlich stimmte Stalin zwar einer Zone zu, wenn sie aus dem vereinbarten britisch-amerikanischen Besatzungsbereich herausgeschnitten werde, nicht aber einem Sitz im Kontrollrat, und Roosevelt schloß sich dem an. Fünf Tage lang kamen Churchill und sein Außenminister immer wieder auf die Frage zurück, „fought like tigers for France", bis am 10. Februar auch Roosevelt erklärte, „it would be impossible to give France an area to administer in Germany unless they were members of the Control Commission", und auch Stalin dem zustimmte[18].

Die damit erreichte, aus allen besiegten und wieder befreiten Ländern des europäischen Kontinents herausgehobene Stellung Frankreichs war indessen allein der wiederholten Fürsprache Großbritanniens und der amerikanisch-russischen Zulassung zu danken. Sie änderte nichts an den Grundrealitäten der weltpolitischen Konstellation. Als Stalin in Jalta Roosevelt fragte, warum er Frankreich eine Zone geben wolle, „Roosevelt replied that he favored it only out of kindness. Both the Marshall and Molotov in vigorous tones, said that this was the only reason to give the French a zone". Und als die britische Diplomatie wenig später noch einen Sitz

---

[15] Churchill VI (Anm. 14) S. 248; Foreign Relations... 1944, vol. I, Wash. 1966, S. 427 ff.; Willis (Anm. 3), S. 23; Boris Meissner, Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission über Deutschland von 1944/45, in: Aus Politik u. Zeitgesch., Beilage zum Parlament B 46/1970, S. 4.

[16] Churchill schlug sogar eine Einladung de Gaulles zu den Frankreich betreffenden Punkten nach Jalta vor, was aber Roosevelt ablehnte: „It would merely introduce a complicating and undesirable factor" (16. 12. 1944); Churchill VI (Anm. 14), S. 253–58; Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Malta and Yalta 1945, Wash. 1955, S. 283 f., 294 f., 300 f.

[17] Foreign Relations... Yalta 1945, S. 572, 616 f. und 628; Edward R. Stettinius, Roosevelt and the Russians. The Yalta Conference, New York 1950, S. 126–29.

[18] Sherwood (Anm. 7) S. 858; Foreign Relations... Yalta 1945, S. 701 f., 710 f., 718 f., 899 f., 908, 913; Stettinius (Anm. 17), S. 162–71. Vgl. Herbert Feis, Churchill, Roosevelt, Stalin, The War they waged and the Peace they sought, Princeton 1957, S. 531 f.; Willis (Anm. 3), S. 8–13.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für Frankreich im Weltsicherheitsrat durchsetzte, sprach Admiral Leahy, Roosevelts Stabschef, von der „Fiktion einer Großmachtstellung Frankreichs", die im Interesse Großbritanniens geschaffen sei und nur Schwierigkeiten im Verkehr mit den übrigen kleinen Staaten und unter den wirklichen Großmächten hervorrufen werde[19]. In der Tat hatten die Länder des europäischen Kontinents in diesem Zweiten Weltkrieg ihre frühere ökonomische, technologische und politische Vormachtstellung verspielt; in das aus ihrem Zusammenbruch resultierende Machtvakuum rückten 1945 die beiden künftigen Weltmächte ein und teilten es de facto in Einflußsphären unter sich auf. Daß sie – so faßte Toynbee zusammen – Frankreich eine Besatzungszone etc. gaben, „this act of courtesy had no magic potency to make France a Great Power again. France remains part of the European vacuum left by the disintegration of Hitler's Europe"[20].

2. *Im Konzept der nichtkommunistischen Résistance* hatte unter der vierjährigen Besatzung durchaus ein tiefgreifender Prozeß der Erfassung dieser fortschreitend veränderten weltpolitischen Konstellation und der rapide sich wandelnden Realitäten, ein Prozeß des Umdenkens zu ihrer Bewältigung, Platz gegriffen. Das für die zahlenmäßig kleine Elite von Sozialdemokraten und Christdemokraten, die sie aufbaute, konstitutive Erlebnis war – in ganz anderem Maß als für die ins Exil Gegangenen – das des Zusammenbruchs des europäischen Nationalstaatssystems und das der totalitären Herrschaft Hitlers. Sie glaubten, dem „Zusammenbruch jener Werte und Machtverhältnisse beizuwohnen, die bislang den Staat und die bürgerliche Gesellschaft in Frankreich getragen hatten und deren Bankrott ihnen nur allzu evident erschien"[21]. Zu dem Erlebnis vom Anfang der dreißiger Jahre, daß der Nationalstaat offenbar zu klein geworden war zur selbständigen Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme, war der Beweis getreten, daß er auch dem einfachsten Staatszweck, den Bürgern Sicherheit vor fremder Besatzung zu geben, nicht mehr zu genügen vermochte. Nennenswerte Widerstandsgruppen hatten sich erst im Herbst 1941 gebildet, seit durch die Vertreibung von Hunderttausend Lothringern und den Beginn der Judengesetzgebung das Wesen der Diktatur Hitlers deutlicher geworden war, also nicht primär als nationale Reaktion gegen fremdnationale Eroberung, sondern als politisch-weltanschauliche Reaktion gegen

[19] Stettinius (Anm. 17), S. 101 f.; Leahy (Anm. 7), S. 298 und 323.

[20] Arnold Toynbee, Introduction, in: The Realignment of Europe (Survey of Internat. Affairs, 1939–46, vol. 9, ed. by A. and V. Toynbee), London 1955, S. 17. Vgl. Ziebura (Anm. 3), S. 24. Die industrielle Gesamtproduktion Europas lag 1946 rund ein Fünftel unter dem Vorkriegsstand, während sich die der USA im gleichen Zeitraum 1938–46 um 210 % gesteigert, d. h. mehr als verdreifacht hatte und nun über die Hälfte der Weltproduktion stellte (United Nations, Economic Report 1945–47, New York 1948, S. 124 und 131–41).

[21] Ziebura (Anm. 3), S. 26. Das in seiner tiefschürfenden Gedankenführung eindringlichste Zeugnis hierfür bleibt die 1941/42 im Vichy-Gefängnis geschriebene und ab Sommer 1942 in Frankreich verbreitete Schrift des Sozialistenführers Léon Blum, A l'échelle humaine, in: L'Œuvre de Léon Blum, vol. V: 1940–45, Paris 1955, S. 408–95; deutsch: L. Blum, Blick auf die Menschheit, Zürich 1945, bes. deren 7. Kapitel (ebenda S. 92 ff).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Prinzipien des Nationalsozialismus[22]. Da quasi-militärische Akte, Sabotagen etc. angesichts der Effizienz der Vichy-Polizei und der Gestapo für diese Gruppen erst in den letzten Monaten vor der Landung der Alliierten möglich wurden, war es ihr Hauptanliegen, zu geistigem Widerstand gegen die totalitäre Diktatur aufzurufen, durch Untergrundblätter oppositionelle Gesinnung zu ermutigen und zu diesem Zweck konstruktive Ideen zu verbreiten, *für* die man kämpfen könne. So entwickelten sie ab Winter 1942/43 ein vielgliedriges gesellschaftspolitisches Konzept, wie auf der Grundlage einer „demokratischen und humanistischen Revolution" nach dem Sieg eine sozialistische Gesellschaftsordnung, eine Ausdehnung der politischen Demokratie auf den ökonomischen und sozialen Bereich verwirklicht werden solle. Vor allem aber entwickelten sie eine Antwort auf die elementare Hauptfrage inmitten der Kriegs- und Besatzungsleiden, wie künftig deren Wiederkehr verhindert werden könne, und diese Antwort zielte bei allen Gruppen, welche Nuancen in den Formulierungen im einzelnen auch vorliegen mochten, darauf, daß die Zeit des nationalen Machtstaates überwunden, daß zwischen den Völkern eine internationale Gemeinschaft mit starken Institutionen geschaffen werden müsse, um künftig den Frieden zu sichern. Nationalismus, das war für sie die Marke des Gegners: „Vor dem schaurigen Hintergrund eines in Trümmern liegenden Europas werden wir vor dem Richterstuhl der Menschheit bezeugen können, zu welch schrecklichem Ergebnis die alten Theorien eines aufgeputschten Nationalismus geführt haben." Daß man nach diesem Krieg nicht mehr zu dem Nationalstaatssystem zurückkehren dürfe, das die Faschismen hervorgebracht hatte, war für sie ein Axiom, das der illegale sozialistische „Franc-Tireur" wie folgt begründete: „Wer würde jenen, die sich in Europa gegen die Naziherrschaft erhoben haben, zu unterstellen wagen, sie kämpften für das Wiedererstehen einer Vergangenheit, deren tiefinnerste Schwächen und deren unwiderruflichen Zusammenbruch" sie erlebten? Sie wollen „keine Rückkehr zur Balkanisierung Europas, wo jedes Volk hinter wirtschaftlichen und politischen Schranken abgesondert", jedes Streben „entweder verkümmert oder irregeleitet war"[23].

Das entwickelte positive Konzept künftiger europäischer Völkergemeinschaft kann durch wenige Zitate aus den Hauptgruppen der innerfranzösischen Résistance

---

[22] Vgl. mit Belegen Walter Lipgens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968, S. 7–9, 178 f., und die Zeugnisse des führenden Kopfes der beginnenden Résistance, Henri Frenay, in dessen Aufrufen Sept./Dez. 1941 es hieß: „Wir gehen ohne Zweifel Verfolgungen entgegen... Über dem Urteil der Menschen steht das unseres Gewissens... Laßt uns zusammen organisieren den Kreuzzug der Wahrheit gegen die Lüge, des Guten gegen das Böse, des christlichen Glaubens gegen das Heidentum, der Freiheit gegen die Sklaverei" (ebenda, S. 190–192).

[23] Die Zitate: Aus dem „Supplément régional" des in Westfrankreich meistgelesenen Widerstandsblattes „Résistance", Nummer vom 20. 11. 1943, geschrieben von dessen Chefredakteur Emil Janvier; und aus: Le Franc-Tireur, Édition Sud Nr. 29 vom 1. 3. 1944 in über 100000 Exemplaren verbreitet; vgl. beide vollständiger bei Lipgens, a. a. O., S. 215 f. und 235 f.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verdeutlicht werden[24]. In dem für „Combat", die bestorganisierte, vornehmlich linkskatholische Gruppe der Südzone, von ihren Führern Frenay, Bourdet und Hauriou September 1942 formulierten Grundsatz-Programm hieß es: „Die Geschichte lehrt uns eine ständige Ausweitung der Grenzen. Die Vereinigten Staaten von Europa – eine Etappe auf dem Wege zur Einheit der Welt – werden bald die lebendige Realität sein, für die wir kämpfen." Fast jede Nummer des „Combat" sprach dieses Ziel an. Ein Kongreß aller nach Algier gelangten Mitglieder des „Combat" verkündete am 26. 3. 1944 als einzigen außenpolitischen Programmpunkt: „Wir wollen das Streben der Welt nach Einheit beschleunigen; daß der Hochmut oder Egoismus der Regierungen und die großenteils illusorischen Prinzipien einer Souveränität dieses Streben nach Einheit nicht aufhalten." Die zweite, sozialistische Gruppe der Südzone „Libération-Sud" versicherte im September 1943: „Ein internationales Gefüge ist erforderlich, um die Güter zu verteilen und überall zufriedenstellende soziale Verhältnisse zu schaffen. Hauptzweck dieses Gefüges bleibt die Abschaffung des Krieges, deren wesentliche Voraussetzung die Begrenzung der nationalen Hoheitsrechte ist." Die dritte, linkssozialistisch-trotzkistisch bestimmte Gruppe der Südzone „Franc-Tireur" versicherte z. B. am 1. 3. 1944, die Männer der Résistance „begreifen, daß sie auf den Ruinen der faschistischen Herrschaft und der einzelstaatlichen Souveränitäten die demokratische Union der Völker Europas – eine Union der Völker, nicht einen Bund der Staaten – errichten müssen, als erste Etappe auf dem Wege zur Union aller Völker der Erde". Unter den kleineren örtlichen Gruppen hatte „Libérer et Fédérer" in Toulouse bereits am 14. 7. 1942 in ihrem Programm zur Begründung ihres Namens erklärt: „Befreiung Frankreichs und Europas von der faschistischen und nazistischen Invasion und Zusammenschluß der europäischen Völker, um neue Kriege zu verhindern." Auch in der nichtkommunistischen Résistance der Nordzone wurde in allen Hauptgruppen 1943/44, mit der einzigen Ausnahme der Pariser „Organisation Civile et Militaire", die nur wirtschaftliche Integration zugestehen wollte, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der europäischen Völker als außenpolitisches Zukunftsziel formuliert. Um nur noch Philippe Viannay, den Gründer und Führer der auflagenstärksten Pariser Gruppe „Défense de la France", zu zitieren: „Die Vereinigten Staaten von Europa sind im Kommen. An uns liegt es dabei, eine Lösung nach deutscher Art, d. h. die Herrschaft des Stärksten, zu verhindern... So wird das prinzipielle Hindernis beseitigt werden, das der Schaffung eines freien Gemein-

---

[24] In der Vichy-Südzone wie in der deutsch besetzten nördlichen Hälfte hatten sich je drei überörtliche Résistance-Gruppen mit je einigen hundert Aktivisten und später vielleicht einigen tausend Helfern (aber mit gleichnamigen illegalen Zeitungen mit Auflagen bis zu hunderttausend Exemplaren) gebildet. Vgl. die Übersicht bei Henri Michel, Les courants de pensée de la Résistance française, Paris 1962, S. 796 f.; bei Lipgens, a. a. O., die Übersicht S. 180 f. sowie die chronologische Textsammlung S. 185–250, wo die folgenden knappen Zitate in ihrem Zusammenhang zu überprüfen sind.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesens im Wege stand: Die fürchterliche Notwendigkeit zur totalitären Herrschaft, wie sie unvermeidlich durch den Nationalismus geschmiedet wird."[25]

Dementsprechend hat im Januar 1944 auch das „Comité d'Études", der von allen Gruppen getragene Brain-Trust für Zukunftsplanung, in den „Cahiers Politiques" den föderativen Zusammenschluß der europäischen Völker als gemeinsames Zukunftsziel bezeichnet. In dem Programm, das das „Comité Exécutif" der S.F.I.O. am 1. 7. 1943 als Entwurf eines Programms der gesamten französischen Résistance formulierte, hieß es: „Die in den Vereinigten Staaten der Welt zusammengeschlossenen Föderationen müssen aus freier Zustimmung entstanden sein... Alle Nationen, selbst die größten, müssen auf einen erheblichen Teil ihrer Souveränität verzichten." Das von der Führungsgruppe des Dachverbandes „Mouvement de Libération Nationale" der Region Lyon formulierte und im August 1944 in vielen französischen Städten verteilte Programm faßte gut zusammen: „Da wir es also für unmöglich halten, ein glückliches, demokratisches und friedliches Europa als Ansammlung souveräner, durch politische Grenzen und Zollschranken voneinander getrennter Einzelstaaten aufzubauen, da fernerhin ein Völkerbund aus souveränen Staaten nicht mehr als ein Betrug ist, kämpfen wir für die Schaffung einer demokratischen europäischen Föderation." – In allen diesen Texten war wie selbstverständlich ein außerordentlicher Wandel der Einstellung gegenüber Deutschland einbegriffen. Besonders nachdrücklich versicherte Bourdet im „Combat" des März 1944, daß die „Résistance sich einmütig dem Europa der Zukunft zuwendet – und daß dieses Europa nicht ohne Deutschland aufzubauen ist". Zwar müsse es „politisch wie kulturell für eine Reihe von Jahren unter Vormundschaft" gestellt werden, doch diese könne nur „ertragen werden, wenn Hand in Hand damit alle Nationen Europas auf einen Teil ihrer nationalen Hoheitsrechte zugunsten der europäischen Föderation verzichten... Wir vergessen nicht, daß es der deutsche Widerstand war, der als erster das Haupt erhoben, der die ersten Märtyreropfer gebracht hat."[26] Auch der zitierte Programmentwurf der S.F.I.O. erklärte, „an die notwendigen

---

[25] Jan. 1944, vgl. vollständig bei Lipgens (Anm. 22), S. 230 f.; zur OCM, der einzigen Gruppe, die mehr „Rechts"-Kräfte umfaßte (die ansonsten zu Vichy hielten), vgl. ebenda S. 193 f.; weitere Europa-Pläne aus der Nordzone ebenda S. 210–16. – Insgesamt vgl. die gleichartige Skizze zur Résistance bei Grosser (Anm. 2), S. 20–22.

[26] Vollständiger Text zuerst veröffentlicht von Gilbert Ziebura, Die Idee der Demokratie in der französischen Widerstandsbewegung, in: Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin 1957, S. 355–73; deutsch in Lipgens (Anm. 22), S. 236–38 und Ziebura (Anm. 3), S. 29 f. Vgl. die Ablehnung nationalistischen Deutschenhasses, der dem Denken entspräche, das man doch bekämpfe, bei den führenden Schriftstellern der Résistance (Camus, Marcel, Vercors etc.) nach: Konrad F. Bieber, L'Allemagne vue par les écrivains de la Résistance française, Genf/Lille 1954, passim. Über Zusammenarbeit deutscher Kommunisten in Frankreich mit den französischen berichtet Florimond Bonte, Les Antifascistes Allemands dans la Résistance française, Paris 1969, bes. S. 310 ff. Zur europäischen Gesinnung der illegalen Gremien der S.F.I.O. weitere Texte in der Darstellung ihres damaligen Generalsekretärs Daniel Mayer, Les socialistes dans la Résistance, Paris 1968.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eingriffe in die deutsche Souveränität kann eigentlich nur dann gedacht werden, wenn auch alle anderen Staaten erheblichen Einschränkungen ihrer eigenen Hoheitsrechte zustimmen".

Eine neue französische Regierung hätte nach der Libération an diese großartigen Leistungen der Einsicht, der Abwendung vom Nationalismus und der Formulierung positiver europäischer Zukunft anknüpfen, sie hätte den begonnenen Prozeß des Umdenkens aufgreifen und bestärken können. Gewiß waren die skizzierten Gedanken aus zahlenmäßig unvermeidlich kleinen illegalen Résistance-Gruppen noch keineswegs Gemeingut der französischen Bevölkerung. Aber diese war nach dem Erlebnis des Zusammenbruchs und vierjähriger Besatzung ebenso wie die Bevölkerung aller anderen europäischen Länder in bezug auf traditionelle politische Leitbilder tief verunsichert. Man ersehnte die Befreiung, die Wiederherstellung der Menschenrechte, der Demokratie und lebenswerter materieller Verhältnisse, aber im übrigen stand das verunsicherte Ideenreservoir jeder Formung offen. Alles hing davon ab, welche Leitbilder neu gesetzt (oder restauriert) wurden[27].

Eine Gruppe hatte allerdings schon *in* der Résistance sich mit Schärfe gegen dieses Konzept des Zusammenschlusses der europäischen Völker gewandt: Die Kommunistische Partei Frankreichs, die im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes 1939–41 Kollaboration mit Hitler gepredigt hatte, war zur inneren Konsolidierung gelangt und mit wachsenden Gruppen zur Résistance gestoßen. Durch den energischen Einsatz und die Disziplin der von ihr zunächst in der Nordzone aufgebauten Résistancegruppe „Front National" gewann sie im Frühjahr 1944 dominierenden Einfluß. Ihre Führung hielt nicht nur nichts von dem innenpolitischen Programm des „revolutionären Humanismus", sie bekämpfte vor allem das außenpolitische Programm der ursprünglichen nichtkommunistischen Résistance mit extrem nationalistischen Parolen: Kampf für die „nationale Souveränität", gegen „l'éternel péril allemand", für den Pakt mit der UdSSR. Jenen Entwurf der S.F.I.O. für ein gemeinsames Programm verurteilte das Zentralkomitee der KPF im April 1944 wie folgt: „Die Bildung eines ‚Überstaats' nach den angegebenen allgemeinen Bedingungen und unter Einsatz der Zwangsmittel, die der Entwurf diesem einräumen will (eine wirkliche Regierung, eine Armee, die stärker als jede andere ist, eigene Steuern), mit anderen Worten die Aufgabe der nationalen Souveränität, würde im Falle ihrer Verwirklichung eine sehr ernste Gefahr darstellen... Wir fordern die Widerstandsbewegung dringend auf zu erklären, daß die Unabhängigkeit Frankreichs und die Wiederherstellung seiner Grandeur, dem geheiligten Wunsche aller unserer Helden entsprechend, das erste und leitende Prinzip der Außenpolitik von morgen sein soll."[28] Dieser Renationalisierung vermochten die

[27] Von dieser Situation, auch mehrfach in de Gaulles Memoiren beschrieben, ausgehend vgl. demnächst den in Anm. 5 angekündigten Aufsatz.

[28] Wortlaut bei Lipgens (Anm. 22), S. 240; zu den Zielsetzungen der illegalen KPF und ihrer „Front National" insgesamt Michel (Anm. 24), S. 705–10. Treffend kommentiert Ziebura (Anm. 3), S. 32: „Schon damals begann, wenn nicht explizit, so implizit, das außenpolitische Bündnis zwischen der Kommunistischen Partei und de Gaulle." Zur scharfen Absage

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führer der nichtkommunistischen Résistancegruppen vor allem auch deswegen nicht erfolgreich zu begegnen, weil zur gleichen Zeit erkennbar wurde, daß die siegreichen Weltmächte sich keineswegs die Europa-Pläne der nichtkommunistischen Résistance zu eigen gemacht hatten. Deshalb sank ihr realpolitischer Stellenwert dahin und vermochten sie nicht zu verhindern, daß der im Mai 1943 als Dachverband aller Résistancegruppen gegründete, jetzt aber kommunistisch unterwanderte und dominierte „Conseil National de la Résistance" im März 1944 als außenpolitisches Programmziel formulierte: „défendre l'indépendance politique et économique de la nation, rétablir la France dans sa puissance, dans sa grandeur et dans sa mission universelle[29]."

Gleichwohl waren die Einsichten der nichtkommunistischen Résistance Frankreichs Bestandteil eines Besinnungsvorgangs gewesen, der sich gleichartig in den nichtkommunistischen Widerstandsgruppen aller kontinentaleuropäischen Länder vollzogen hatte. Wenn man im Sommer 1944 auch dort einsehen mußte, daß der Gedanke an europäische Föderation von den Weltmächten nicht aufgenommen worden war, so richteten sich Hoffnungen auf Frankreich. Es gehe nun darum, schrieb eine italienische Résistancegruppe im August 1944 an französische Freunde, die im Zuge der Befreiung neu entstehenden Parteien davon zu überzeugen, daß ihre demokratischen, sozialistischen und sonstigen Ziele nur im Rahmen einer europäischen Föderation erreichbar seien; werde diese Aufgabe gelöst, „insbesondere wenn sie erfolgreich in Frankreich vollbracht wird, dann besteht eine Chance allererster Ordnung, weil die Stimme Frankreichs sicher mehr Autorität gegenüber den großen Mächten haben wird als die irgendeines anderen [kontinentaleuropäischen] Landes"[30]. In der Tat hätte ein entsprechender außenpolitischer Einsatz der neuen Regierung Frankreichs, das im Unterschied zu Großbritannien am kontinentaleuropäischen Zusammenbruchserlebnis teilgehabt hatte, im Zusammenwirken mit der nichtkommunistischen Résistance auch der anderen europäischen Länder eine aussichtsreiche Chance gehabt, das Ziel des europäischen Zusammenschlusses am Kriegsende zwar nicht zu erreichen, aber doch den siegreichen Welt-

---

der Sowjetunion an den europäischen Föderationsgedanken, zur beginnenden Festlegung der kommunistischen Parteien auf den reaktionärsten Rechtsnationalismus vgl. die Hinweise bei Lipgens (Anm. 22), S. 22–25, 77 f., 240, 329–32, 409, 477, 501 f. und 508 f.

[29] Wortlaut bei Michel/Mirkine-Guetzévitch (Anm. 12), S. 216, mit dem aufschlußreichen Hinweis, daß dies Programm nur selten und bruchstückhaft in den Untergrund-Zeitungen gedruckt und erst nach der Libération als „Charta" des C.N.R. (der dann vollends kommunistisch beherrscht war) weithin bekanntgemacht worden sei. Zur frühzeitigen Reserve z. B. Frenays gegen den C.N.R. vgl. Lacouture (Anm. 8), S. 96 f., Versuch einer Gegenorganisation vgl. Anm. 31.

[30] Brief des „Movimento Federalista Europeo" an das „Comité Français pour la Fédération Européenne" (CFFE), zit. nach Lipgens (Anm. 22), S. 92. Auch auf der Pariser Föderalistenkonferenz 22.–25. 3. 1945 „bestand Einigkeit darüber, daß die Verantwortung für die Errichtung gemeinsamer europäischer Institutionen im wesentlichen bei Frankreich liege" (Bericht von Willi Eichler, in: Europe Speaks, London 24. 4. 1945, S. 4). Zu CFFE und Pariser Föderalistenkonferenz mehr in dem in Anm. 5 angekündigten Aufsatz.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mächten gegenüber als Schlußfolgerung der Europäer selbst und als Leitlinie der eigenen Außenpolitik zu vertreten[31].

3. *Das Konzept de Gaulles* hingegen beruhte auf keinerlei Einsichten dieser Art. Es beruhte auf bestimmten kardinalen Sätzen einer Weltanschauung, die er aus der Tradition der nationalistischen Rechten bereits vor dem Krieg sich gebildet hatte. In ihrer Anwendung vermochte er wohl taktischen Situationen mit pragmatischer, illusionsloser Wendigkeit zu begegnen, nicht aber Faktoren oder Einsichten, die diesen Sätzen widersprachen, zu akzeptieren oder auch nur zu verstehen. Er besaß eine taktische Meisterschaft, „Kompromisse zu schließen, ohne sich zu kompromittieren... Aber dieser Realismus findet seine Schranke in einigen grundlegenden Ideen, über die es für ihn keine Diskussion und keinen Kompromiß gibt." Hier, im Zusammenhang dieses Aufsatzes, dem es um die konkrete Anwendung in den Jahren 1944–46 geht, muß eine knappe Aufzählung dieser Grundideen mit Verweis auf die in diesem Punkte einmütige Forschung genügen[32].

1. Durch Herkunft und Erziehung auf den Kult der Größe Frankreichs gerichtet und erfüllt von brennendem „Ehrgeiz, Frankreich zu dienen", war de Gaulle früh von seiner Berufung zu heroischem Führertum überzeugt. Stets arbeitete er an sich, um dem Idealbild des „grand chef" zu entsprechen, wie er es in der autobiographisch gefärbten Vortragssammlung „Le fil de l'épée" (1932 erschienen) gezeichnet hatte: Er müsse „etwas Unbegreifliches, Geheimnisvolles an sich haben..., für seine Untergebenen unerforschlich bleiben"; um sich durchzusetzen, benötige er eine „starke Dosis an Egoismus, Stolz, Härte und List"; die Quelle seiner Autorität müsse im herrisch gesicherten „Prestige" liegen. In der Tat sprachen alle Zeugnisse, von wem auch immer, ausnahmslos von seiner Schroffheit im Umgang, mit Nuancen von königlicher Unnahbarkeit bis zur Lust an Brüskierung. Der frankophilste der britischen Zeugen, Duff Cooper, der als Botschafter 1944 bei de Gaulle mehr als irgendwer sonst bewirkt hatte, daß die Alliierten ihn

[31] Dies fordernd hatten die wichtigsten nichtkommunistischen Résistancegruppen, da sie die Dominanz der Kommunistischen Partei im C.N.R. nicht selber brechen konnten, unter Führung von Frenay sich eine eigene Dachorganisation geschaffen: das „Mouvement de Libération Nationale". In ihm waren seit Anfang 1944 verbunden sämtliche Gruppen der Südzone und vier bedeutende Gruppen der Nordzone („Défense de la France", „Résistance", „Lorraine" und „Voix du Nord"); vgl. R. Hostache, Le Conseil National de la Résistance, Paris 1958, S. 150–53 und 217. Mit diesem M.L.N. (dessen Schwerpunkt in der Gruppe Lyon lag, deren entschieden europa-föderalistisches Programm oben S. 61 zitiert, vollst. bei Lipgens [Anm. 22], S. 250) hätte die neue Regierung zusammenarbeiten können. De Gaulle aber negierte es und operierte allein mit dem C.N.R. (vgl. unten S. 72).

[32] Vgl. Herbert Lüthy, De Gaulle, Stil und Politik, in: Aus Politik u. Zeitgesch., B 32/11. 8. 1965, S. 3–10 (das vorangehende Zitat ebenda, S. 4); in den Ergebnissen bis auf Nuancen übereinstimmend die beiden zum Verständnis de Gaulles grundlegenden Bücher: Arnulf Baring/Christian Tautil, Charles de Gaulle, Größe und Grenzen, Köln 1963; und Jean Lacouture (Anm. 8); ausgezeichnet zusammenfassend Gilbert Ziebura, „Gaullismus", in: H. J. Schultz (Hrsg.), Politik für Nichtpolitiker, Ein ABC zur aktuellen Diskussion, Stuttgart/Berlin 1969, Bd. 1, S. 176–184.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht fallen ließen, zeichnete ihn als „immer Beleidigungen witternd", „sehr schwierig", „so redend, als stelle er eine Mischung von Stalin und Roosevelt dar". Seit 1940 war er überzeugt, die nationale Legitimität Frankreichs habe sich in ihm personifiziert[33].

2. Seine zweite, wichtigere Grundüberzeugung war die von einem idealen, ewigen Frankreich als praktisch oberstem Wert. Jeder Satz des berühmten Anfangs seiner Memoiren war wörtlich so zu nehmen, wie er ihn schrieb: „Zeit meines Lebens begleitet mich eine bestimmte Vorstellung von Frankreich... wie die Madonna der Fresken oder die Prinzessin des Märchens..., berufen zu einem erhabenen und außergewöhnlichen Schicksal... Die Vorsehung hat es zu vollkommenen Erfolgen oder zu vorbildlichen Leiden erschaffen... Frankreich ist nicht Frankreich, wenn es nicht an erster Stelle steht... Kurz, ich glaube, ohne Grandeur kann Frankreich nicht Frankreich sein." Mit der Verabsolutierung des Nationalstaats, der das vollkommenste Produkt der Geschichte sei, oberhalb dessen es für ihn keine politische Einheit mehr geben konnte, war de Gaulle das klassische Exempel eines Nationalisten. Frankreich bedürfe der „ersten Stelle", weil es von beispielhaftem Wert für die ganze Menschheit sei, aber auch als Gegenmittel gegen die im Inneren lauernden Kräfte der Zwietracht. Im aufschlußreichsten Kapitel seiner Memoiren, unter der programmatischen Überschrift „Le Rang", türmen sich in unaufhörlichen Steigerungen die Worte „Rang", „Prestige", „Ehre", „Würde", „Macht" und „Größe".

3. Da die souveränen Nationalstaaten die oberste Realität in der Geschichte für immer blieben, bestehe diese stets aus einem ewigen „Machtkampf um nationales Dasein und nationale Selbstbehauptung". Ideologien, Koalitionen, Entwürfe für eine internationale Friedensordnung seien nichts als Maskerade oder vorübergehende Illusion im immerwährenden Spiel der Machtpolitik, deren Ergebnisse letztlich nur „durch das Schwert geschaffen" würden; „denn das Schwert ist die Achse der Welt"[34]. Es kam ihm nie in den Sinn, daß diese Absolutsetzung des militärischen Nationalstaats ihrerseits eine Ideologie sein könnte.

4. Ein Anwendungsfall, aber in diesen Jahren noch ungebrochen zu den für de Gaulle axiomatischen Sätzen gehörig, war die aus Erziehung und jahrzehntelangen Lektüren der nationalistischen Rechten von Jacques Bainville bis Charles Maurras stammende Grundüberzeugung unvermeidlicher deutsch-französischer Feindschaft.

---

[33] Duff Cooper (Old Man Forget, New York 1954, dt.:), Das läßt sich nicht vergessen, München 1954, S. 410 und 413; Alexander Werth, De Gaulle, A political Biography, New York 1966, S. 79. Beste Skizze zu diesem Punkt bei Baring/Tautil (Anm. 32), 4. Kapitel; Ziebura (Anm. 1), S. 277–79. Vgl. Tournoux (Anm. 9), S. 54–67, 128–32, 191–94 u. ö.

[34] Charles de Gaulle, Vers l'Armée de métier, Paris 1934, zitiert nach Ziebura (Anm. 3), S. 32. Vgl. de Gaulle, Le Fil de l'Epée, Paris (1932[1], ed.:) 1959, S. 10, die wahre Hymne auf militärische Macht als „recours de la pensée, instrument de l'action, condition du mouvement... Berceau des cités, sceptre des empires, fossoyeur de décadences, la force fait la loi aux peuples et leur règle leur destin." Baring/Tautil (Anm. 32), S. 89, nennen ihn deshalb einen „verborgenen Nietzscheaner...; voller Grauen vor der Ruhe und voller Mißtrauen gegen den Frieden". Beste Skizze der „ideologischen Gleichgültigkeit" bei Lüthy (Anm. 32), S. 5 f.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von allen Gegnerschaften sei diese die unwandelbarste, weil geopolitisch-strategisch die Ostgrenze Frankreichs die ungeschützt offenliegendste sei und weil ein angeblich antagonistisch-unterschiedlicher Nationalcharakter „Gallier und Germanen" zu ewigem Kampfe zwänge. Das einzige Gegenmittel gegen diese Gefahr biete nach Geschichte und Geographie ein Deutschland, wie es nach dem Westfälischen Frieden war: in viele Staaten zerteilt und ein von Frankreich kräftig vorgeschobenes Ostgrenzen-Glacis. Mit diesem noch ungeschwächten Konzept Poincaréscher Politik trat er 1944 an[35].

Wie de Gaulle während der Kriegsjahre vor der Landung der Alliierten in der Normandie auf Grund dieser Kernüberzeugungen auf weltpolitische Entwicklungen reagierte, ist mit einigen eindeutigen Zitaten aufweisbar. Nachdem sich die Gruppe „France Libre" in London während des ersten Jahres als vornehmlich aus evakuierten Militärs bestehende, unpolitisch-patriotische Bewegung zur Fortsetzung des Kampfes gesehen hatte, gaben die Anfänge alliierter Nachkriegsplanung in der zweiten Jahreshälfte 1941 Anlaß zu charakteristischen Reaktionen de Gaulles. Als Roosevelt und Churchill im August 1941 in der Atlantik-Charta die „Politik der auf Eroberung beruhenden Militärherrschaft" Hitlers verurteilten, als einen Hauptpunkt ihrer Gegenposition verkündeten „1. Ihre Länder erstreben keinerlei Gebiets- oder sonstige Vergrößerung" und alle Verbündeten um Beitrittserklärungen baten, ließ de Gaulle, der gerade in Afrika war, mit einer ersten, fast erschrocken-naiven Äußerung einige Züge seiner Zukunftsvorstellung erkennen. „Wir müssen", telegrafierte er den Londoner Comité-Mitgliedern, „im Grundsatz und in der Form die größte Vorsicht walten lassen in bezug auf den ersten Artikel betreffend Annexionen. Ohne gegenwärtig vom Rhein zu sprechen, müssen wir uns doch die Möglichkeit einer Ausweitung unserer Positionen in den Rheinländern für den Fall des Zusammenbruchs des Reiches offenhalten... Sagen Sie: Wir erstreben keine Ausdehnung des Territoriums, aber wir weisen nicht ausdrücklich eine Vergrößerung anderer Art zurück."[36] Ihm erschien also nach einem siegreichen Kriegsende eine „Vergrößerung" selbstverständlich, und noch vor Ende 1941 formulierte er, welches konkrete Mächteverhältnis ihm nach solcher Stärkung vorschwebte: „Mit der UdSSR, die sich zur ersten militärischen Macht des Kontinents entwickelt, wird ein starkes Frankreich einen unentbehrlichen Gleichgewichts-

[35] Beste Skizze mit Zitaten bei Ziebura (Anm. 3), S. 32–36. Die Ausgestaltung und konkreten Thesen der Deutschlandpolitik 1944/1945 werden zu Beginn des II. Teils dargestellt. Vgl. Georges Bidault, Noch einmal Rebell, Berlin 1966, S. 116, im autobiographischen Rückblick urteilend, „daß es ein aus Büchern genährter Anachronismus war, wenn man im 20. Jahrhundert die Politik des 17. betreiben wollte. Der ‚Sturmwind der Geschichte' war noch nicht durch diese Zauberformeln eines andern Säkulums hindurchgefahren."

[36] Telegramm Brazzaville 25. 8. 1941, zit. nach Charles de Gaulle, Mémoires de guerre, vol. I, L'Appel 1940–42, Paris 1954, S. 478. Text der Charta, der am 24. 9. 1941 im „Interalliierten Rat" in London erfolgenden Beitrittserklärungen etc. z. B. bei Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–49, Frankfurt/M. 1957, S. 212 f. Zum anfänglich unpolitischen Selbstverständnis von „France Libre" vgl. Michel (Anm. 24), S. 15–29.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faktor bilden. Frankreich ist am besten für diese Rolle qualifiziert, denn zwischen ihm und der UdSSR gibt es keinerlei Gegensätze, im Gegenteil, ihre Interessen lassen sich vollständig harmonisieren, sobald nur ihre Beziehungen sich auf der Basis der Gleichheit etablieren."[37] Selbst auf diesem Höhepunkt westlicher Pläne für künftige internationale und übernationale Organisation hielt de Gaulle nichts von gemeinsamen internationalen Organen: Auf „wechselseitiger Wertschätzung" gegründete bilaterale Zusammenarbeit der Staaten sei wünschenswert, nicht „irgendwelche Systeme so ausgedehnt, daß man riskieren könnte, sich darin zu verlieren"[38]. In diesen drei Zitaten war im Grunde das simple Beharren auf seinen Kategorien der nationalen Größe und Vergrößerung, des klassischen Gleichgewichts in der Form des französisch-russischen Bündnisses und der Absage an internationale Organisationen ausgesprochen. Das große Drama des Zweiten Weltkrieges schien ihm kein Anlaß, sie zu überprüfen.

Deshalb blieb ihm das 1942/43 sich formierende und zu ihm herüberdringende Denken der innerfranzösischen Résistance, ihre Einsicht, für die europäischen Völker gehe die nationalstaatliche Ära zu Ende und nur durch ihren kontinentalen Zusammenschluß könnten sie in der neuen weltpolitischen Ära Wohlfahrt und Überleben sichern, trotz einiger Bemühung unverständlich. Eine charakteristische Unterscheidung zeigte, wie bei ihm die national-außenpolitischen Kategorien vor innenpolitischen Ansichten rangierten. Bis zum Frühjahr 1942 hatte sich de Gaulle durchaus die Möglichkeit einer ihm gemäßen Führung Frankreichs offengehalten; das Wort „Republik" war im offiziellen Vokabular nicht existent, selbst die Devise „Liberté, Égalité, Fraternité" war ersetzt durch „Honneur et Patrie". Es bedurfte im März/April 1942 mehrwöchiger Verhandlungen einer erstmalig nach London gelangten Gruppe von Résistance-Chefs, ehe er – in seinen Auseinandersetzungen mit den Alliierten dringend auf Anerkennung durch die innerfranzösische Résistance angewiesen – ihnen in einer „Déclaration à la Résistance" die Schaffung einer neuen Republik, die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und eine soziale Wirtschaftsreform im befreiten Frankreich zusagte und in der Tat von da an fest zur „Wiederherstellung der republikanischen Regierungsform" stand[39]. Aber wenn er auch in der gleichen „Déclaration" versprach, für „eine Organisation der Welt, die auf dauerhafte Weise Solidarität und gegenseitige Hilfe der Nationen

[37] Telegramm des Comités (de Gaulle) an seine Delegierten in Beirut, Kairo und Washington, London 27. 12. 1941, zit. nach de Gaulle, Mémoires I (Anm. 36), S. 502. In diesem Sinne bezeichnete er in einer Rede vor Franzosen in der Albert Hall, London 15. 11. 1941, die Wiederherstellung der Grandeur Frankreichs als „conditio sine qua non des Weltfriedens"; Charles de Gaulle, Discours et messages, Bd. I [der neuen Gesamtausgabe]: Pendant la guerre 1940–46, Paris 1970, S. 136 (im Folgenden zitiert als: Discours).

[38] De Gaulle in einer Rede vor der Chambre de Commerce Française, London 6. 1. 1942, in: Discours (Anm. 37), S. 159.

[39] Zum vorherigen Schweigen über „Republik" und zur Wende des Frühj. 1942 vgl. Michel (Anm. 24), S. 98–106; Lacouture (Anm. 8), S. 94 f. (Besuch der Résistance-Chefs E. d'Astier, H. Frenay, Chr. Pineau); zusammenfassend Fauvet (Anm. 2), S. 19–21. Vgl. Tournoux (Anm. 9), S. 195 und 259. Vgl. Anm. 60.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etabliert", eintreten zu wollen, so behielt er sich offenbar vor, darunter zu verstehen, was er wollte. Jedenfalls hielt ihm sein wichtigster sozialistischer Mitarbeiter, André Philip, im Juli 1942 vor: „Gleich nach gewonnenem Krieg werde ich mich von Ihnen trennen: Sie werden wirken für die Restauration der grandeur nationale, ich für die Schaffung eines demokratischen und sozialistischen Europa."[40] Und als Frenay, im November 1942 erneut in London, ihn aufforderte, sich zum Sprecher eines Zusammenschlusses aller darniederliegenden Länder Europas zu machen, hat er dies verständnislos abgelehnt. Für ihn blieb die „Wiedergeburt Frankreichs die Voraussetzung für ein neues Gleichgewicht", nach wie vor eines Frankreichs, „das nur im Kult seiner eigenen Größe fortbestehen kann"[41].

Gleicherweise hat er im November 1943, als er gleichzeitig mit dem Ausscheiden Girauds in Algier eine „Assemblée Consultative" zusammentreten ließ und ihrer Zustimmung den Alliierten gegenüber bedürftig war, ernstlich mit ihr Übereinstimmung in innenpolitischen Fragen gesucht, freie Wahlen vereinbart etc. Aber als in ihrer ersten außenpolitischen Debatte noch im November Sprecher der Résistance unter allgemeinem Beifall „das Verbrecherische an Maurras' Wort ‚Frankreich, Frankreich allein'" brandmarkten und „Vereinigte Staaten von Europa" forderten, schwieg er vorerst; erst zwölf Jahre später hat er in seinen Memoiren „die recht konfuse, aber leidenschaftliche Ideologie der Untergrundkämpfer" ironisiert und bescheinigt, es „hatten die meisten Delegierten wenig Verständnis für sein [de Gaulles] Bemühen um die Restaurierung der nationalen Einheit, um die Rettung der Souveränität, um die Wiederherstellung des Staates"[42]. Doch da selbst Mitglieder seines Comités Ende September 1943 empfohlen hatten, „die Politik Frankreichs auf eine föderale Organisation Westeuropas zu orientieren", wies er seinen Kommissar für Auswärtiges, Massigli, im Februar 1944 an:

[40] Philip zit. nach Lacouture (Anm. 8), S. 96; „Déclaration" nach Michel (Anm. 24), S. 114. – Auch der Autor, der auf 1800 Seiten des Generals Europa-Konzeption positiv zu stilisieren suchte, E. Jouve, Le Général de Gaulle et la Construction de l'Europe 1940–66, Paris 1967, Bd. I, S. 5, mußte zugeben: „In keinem der Werke des Staatschefs, die vor oder während des Kriegs publiziert wurden, erscheint die Idee irgendeiner Organisation des Kontinents; von Europa wird allenfalls gelegentlich unter dem Gesichtspunkt der Geschichte oder der Geographie gesprochen."

[41] De Gaulle, Mémoires II (Anm. 8), S. 233 (Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Maglione 30. 6. 1943); Mémoires I (Anm. 36), S. 632 f. (Rede 15. 11. 1941). Bericht über die Absage de Gaulles an Frenay in Interview 19. 3. 1964 mit Verf. (vgl. Henri Frenay, De Gaulle et la Résistance, in: Preuves 70 [Dez. 1956], S. 83). Denn für de Gaulle war Frankreich für sich allein „au premier rang des nations qui sont grandes" (Rede vom 14. 7. 1943, Mémoires II, S. 516).

[42] Zitate aus Reden der Abgeordneten der Résistance bei Lipgens (Anm. 22), S. 217 f. Aufschlußreich charakterisierender Bericht de Gaulles in Mémoires II (Anm. 8), S. 151 f. Von den gleichen Abgeordneten, denen er besondere Qualifikation bescheinigte, weil sie aus der Résistance kämen, „dieser fundamentalen Reaktion der Franzosen, diesem elementaren Ausdruck des Volkswillens" (ebenda S. 153), klagt er, sie „wollten lieber die Illusion hegen, die ihnen ein Roosevelt und ein Churchill eingaben" (S. 152) und zögen „vor, keines der brennenden Probleme anzuschneiden, mit denen sich im Augenblick das Befreiungskomitee auf außenpolitischem Gebiet zu befassen hatte: Italien, Naher Osten..." (S. 158).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Die Angliederung des Rheinlandes an einen okzidentalen Block in strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht wird verbunden sein mit der Verwirklichung einer strategischen und wirtschaftlichen Föderation zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, der sich auch Großbritannien anschließen könnte."[43] Indessen wußte de Gaulle, als er diese, in seinem Munde kein zweites Mal mehr wiederkehrende Formulierung gebrauchte, offenbar noch nicht genau, was Föderation rechtlich bedeutet. Vermutlich darauf hingewiesen, erklärte er am 18. März 1944 vor der Assemblée Consultative: „Es scheint uns, daß sich gewisse Gruppierungen bilden sollten, wohlverstanden jedoch, ohne daß die Souveränität des einzelnen [Staates] angetastet werden dürfte... Für Frankreich wäre ein groupement occidental, beruhend auf einer wirtschaftlichen Basis, verlängert durch Afrika..., mit Kanal, Rhein und Mittelmeer als den Adern, ein wichtiges Zentrum." Offensichtlich verstand de Gaulle darunter ein „groupement", in dem Frankreich mit seinem Empire eine dominierende Rolle gesichert war, eine Form der grandeur, der die kleinen Nachbarn besonders wirtschaftlich helfen könnten – nachdem zuvor Näherliegendes erreicht sein würde: Im gleichen Schreiben hatte er Massigli aufgefordert, die Separierung der Rheinlande vorzuplanen; und als Graf Sforza namens der neuen italienischen Regierung vom europäischen Zusammenschluß sprach, rechnete ihm de Gaulle die italienischen Kantone im Alpengebiet vor, die er für Frankreich zu annektieren wünsche[44]. Nicht unmöglich ist auch, daß er mit der Rede vom „groupement" nur den Vorstellungen seiner Comité-Mitglieder und der Beratenden Versammlung etwas zugute tun wollte; denn während all der folgenden Monate aktiver Außenpolitik hat er keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen; nur als gegen Ende seine Unternehmungen festgefahren waren, hat er noch einmal, wieder mit sehr eingegrenzten Formulierungen, davon gesprochen[45].

---

[43] Memorandum der Comité-Mitglieder 17. 9. 1943 nach René Mayer, Vingt ans après, Le Monde 17. 9. 1965 (zit. nach Jouve I [Anm. 40], S. 9). Wortlaut an Massigli in Mémoires II (Anm. 8), S. 618.

[44] An Massigli in Mémoires II (Anm. 8), S. 618; zu Sforza ebenda, S. 192. Rede vom 18. 3. 1944 in Mémoires II, S. 566; ähnlich in einer Pressekonferenz 21. 4. 1944, ebenda, S. 630. Dagegen forderte Vincent Auriol in der nachfolgenden außenpolitischen Debatte der Assemblée Consultative erneut im Sinne der Résistance eine gesamteuropäische Föderation mit einem „Obersten Rat, der... die Regierung des Überstaats bildet, in den jeder einzelne Staat einen Teil seiner Souveränität einbringt und der seinen eigenen Haushalt, seine Justiz, seine internationale Truppe, seine Luft-, Marine- und Heeresbasen sowie auch seine Informations- und Propagandadienste besitzt" (Lipgens [Anm. 22], S. 243).

[45] Vgl. S. 98 zum Interview vom 10. 9. 1945. – Von diesen drei (m. W. einzigen) vagen Erwähnungen in zeitgenössischen Texten muß man deutlich abheben die in den späteren Memoiren angestellten Meditationen; zum Herbst 1944 über eine „Association entre Slaves, Germains, Gaulois et Latins" (Mémoires III, S. 47); zum Mai 1945 über eine „Gruppierung" der „Staaten, die an den Rhein, die Alpen und die Pyrenäen grenzen", um daraus „eine der drei Weltmächte zu machen und, falls es eines Tages notwendig wäre, den Schiedsrichter zwischen dem sowjetischen und dem angelsächsischen Lager" (ebenda S. 179 f.). Das sind sichtlich nicht Gedanken von 1944/45, sondern solche von 1958/59.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da de Gaulle in seiner Grundkonzeption ein Mann der „Rechten", der Doktrin der „grandeur nationale" und des „La France seule" geblieben war und die Europaföderationspläne nicht zu verstehen vermochte, die in den Jahren der Leiden in der französischen Résistance gleichartig wie im übrigen europäischen Widerstand entstanden waren, konnte er die Chance nicht wahrnehmen, sich zum Sprecher dieser Einsichten zu machen. Da er statt dessen in traditioneller, aus Zweibundzeiten stammender Sichtweise Europa künftig in zwei Interessensphären geteilt sah, eine unter russischer, die andere unter französischer Führung, die sich – welche Verkennung der nunmehrigen Machtgewichte – die Waage halten und miteinander paktieren sollten, war die Wiederaufrichtung und möglichst die Vergrößerung der eigenen Macht durch Schaffung von Paris aus beherrschter Vorfelder die Conditio sine qua non für das, was de Gaulle lapidar als das Ziel Frankreichs bezeichnete, „die Rückkehr einer Großmacht auf ihren Platz als Großmacht auf dem Wege des Kriegs und der Kraftäußerung"[46]. Die Frage war, wie weit mit einem solchen Programm, trotz der pragmatischen Kunst de Gaulles und der von Churchill verschafften günstigen Startbedingungen, am Ende des Zweiten Weltkriegs außenpolitisch noch zu kommen war. Viel weniger zweifelhaft hingegen war, daß es als das traditionellste aller Leitbilder in der Breite der französischen Bevölkerung, sollte de Gaulle Macht und Informationsmittel des Staates zu seiner Propagierung einsetzen können, das verunsicherte nationalistische Denken wieder festigen, das berechtigte Sicherheitsbedürfnis nochmals in Formen der Germanophobie statt in solche übernationaler Organisation lenken, weithin die Mentalität von 1919 restaurieren würde – zumal nun auch die radikale Linke (im Sinne Moskaus) das gleiche predigte –, den in der Résistance begonnenen Prozeß der Erfassung gewandelter Realitäten und der Anpassung an die veränderte internationale Umwelt blockierend.

4. *Die innenpolitische Situation* während der Präsidentschaft de Gaulles über das Gouvernement Provisoire gliedert sich deutlich in drei Phasen: eine zweimonatige Auftaktphase der innenpolitischen Durchsetzung des GP im Herbst 1944; eine einjährige fast unumschränkte Herrschaft des GP mit einer lediglich Beratenden Versammlung und eine zweimonatige Phase vordringender Legislativrechte der ersten gewählten Constituante im Winter 1945/46 bis zum Rücktritt de Gaulles. Sie sind hier nur in aller Kürze als Hintergrund und Voraussetzung der für de Gaulle selbst im Zentrum seines politischen Denkens stehenden Außenpolitik zu skizzieren.

Die innenpolitische Durchsetzung im Zuge der Befreiung war ein unter Schwierigkeiten sich hinziehender, de Gaulles taktische Meisterschaft erfordernder, aber auch von etlichen Faktoren begünstigter Prozeß. Noch im Augenblick der alliierten Landung in der Normandie war de Gaulles Comité in Algier nur als Administration überseeischer Territorien anerkannt, aber eine von ihm gestellte Division und Verbindungsoffiziere in allen Stäben nahmen an der Landung teil.

---

[46] Rede auf der Schlußsitzung der 1. Session der Assemblée Consultative 25. 11. 1943 in Algier, Discours (Anm. 37), S. 349. – Zum Folgenden vgl. S. 62 mit Anm. 27.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die örtlichen und überörtlichen Résistance-Comités im Lande bereiteten sich wohl auf Aufstand und Machtergreifung beim Näherrücken der Alliierten vor, aber ihre Führer hatten im Verborgenen, unter Decknamen, auf ständiger Flucht vor der Polizei gelebt und waren der Bevölkerung unbekannt, während de Gaulle, wie oft zuvor so auch am Landungstage, über BBC-London sprach und als Symbol des freien Frankreich unbestrittene moralische Autorität besaß. Churchill ermöglichte eine Woche nach Beginn der Invasion ein Exempel: Am 14. Juni konnte de Gaulle im britischen Brückenkopf in der ersten befreiten Stadt, Bayeux, die begeisterte Huldigung der Bevölkerung entgegennehmen und den von den Alliierten gemäß der „local authority theory" zunächst im Amt gelassenen Präfekten persönlich durch einen Gaullisten ersetzen; das Personal gehorchte[47]. Die gleiche Taktik wandte de Gaulle während des Fortgangs der Libération an. Seine Beauftragten rückten mit den alliierten Truppen vor, schlugen in jeder neu besetzten Stadt seine Proklamation an die Rathäuser, lösten die alten Verwaltungsvorstände ab und setzten schon in Algier vorherbestimmte, nicht mit Vichy kompromittierte Beamte ein. Das gelang durchweg in Nordfrankreich und im Rhonetal zugleich mit dem Vormarsch der Truppen, oft weil sich die Verwaltungen lieber den von de Gaulle bestimmten neuen Beamten als den zu diesem Zeitpunkt meist kommunistisch beherrschten örtlichen Résistance-Comités unterstellten; es gelang zunächst nicht in den Gebieten des Südwestens und des Zentralmassivs, aus denen sich die deutschen Truppen, um nicht abgeschnitten zu werden, oft mehrere Tage vor dem Eintreffen der Alliierten zurückzogen und örtliche Résistancegruppen die Rathäuser besetzten[48]. Das alliierte Oberkommando aber bedurfte einer funktionierenden Verwaltung im Hinterland und sah, daß de Gaulle sie in den wichtigsten Teilen des Landes sicherstellte; das Erfordernis des Krieges, das Bedürfnis koordinierter Verwaltung wirkte als zweiter Stabilisierungsfaktor zugunsten des GP und führte, zusammen mit der offensichtlichen Akklamation der Bevölkerung, am 25. August zur De-facto-Anerkennung de Gaulles als Präsident des Gouvernement Provisoire durch die Alliierten[49]. In Paris, wo der deutsche General von Choltitz, entgegen dem Zerstörungsbefehl Hitlers, zur höchsten Beunruhigung de Gaulles am 23. August mit dem örtlichen Résistance-Comité Waffenstillstand schloß, vermochte sich dann doch de Gaulle am 25. August in triumphalem Einzug mit der ihm eigenen Symbolik durchzusetzen; vom Résistance-Comité als provisorischer Regierungschef emp-

[47] Zum Rechtsstand des Algier-Comités noch im Juni 1944 vgl. Anm. 9. Zum Exempel von Bayeux vgl. *Mémoires II* (Anm. 8), S. 644 f.; Viorst (Anm. 8), S. 204 f. Detailreiche grundlegende Darstellung der ganzen Phase durch Robert Aron, Histoire de la Libération de la France *juin 1944 – mai 1945*, Paris (1959[1]) 1966[2], 779 S.

[48] Zumal in Toulouse, Limoges, Montpellier stießen de Gaulles Kommissare zunächst auf anhaltenden Widerstand und er selbst bei seinen Provinzreisen in der 2. Sept.-Hälfte auf Ablehnung. Vgl. André Siegfried und Edouard Bonnefous (ed.), L'Année Politique 1944–45, Paris 1946 (künftig zitiert: AP), S. 14, 31–34, 42 f. Insgesamt R. Aron (Anm. 47) passim; dazu in Anm. 33 genannte Literatur. Interessante Details bei Maurice Kriegel-Valrimont, La Libération, Les Archives du COMAC mai–août 1944, Paris 1964.

[49] Vgl. Anm. 13; DePorte (Anm. 4), S. 52–54; AP 1944/45, S. 39.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fangen, versprach er vom Balkon des Rathauses baldige allgemeine und freie Wahlen, nationale Einheit und grandeur[50]. Drei Tage später versicherte er den Résistance-Führern, was diese nicht sogleich als Ernst begriffen, daß nunmehr „der Conseil National de la Résistance in die glorreiche Geschichte der Befreiung eingeht...; es ist die Regierung, die nun die volle Verantwortung übernimmt". Als ersten Schritt in dieser Richtung auf der obersten Ebene, zur Schwächung und Teilung des CNR durch Aufnahme einiger wichtiger Résistance-Führer in die Regierung (was gleichzeitig gegenüber den Alliierten günstig war), stellte er am 9. September ein neu zusammengesetztes GP vor: Der innenpolitisch wendige, zuletzt als Präsident des CNR fungierende, aber nie an der außenpolitischen Planung beteiligt gewesene Christdemokrat Georges Bidault wurde Außenminister, der international versierte bisherige Mitarbeiter de Gaulles in Washington, der Sozialist Tixier, Innenminister. Doch 12 der 22 Kabinettsmitglieder waren bereits Mitglieder des Comités in Algier gewesen und behielten die übrigen machtmäßig bedeutenden Ministerien[51]. Am 12. September kündigte er die baldige Einberufung einer auf 248 Mitglieder verdoppelten Assemblée Consultative an, von denen 148 vom dadurch weiter paralysierten CNR gestellt werden sollten. Churchill begrüßte dies im Unterhaus als wesentlichen Fortschritt, gab der Hoffnung Ausdruck, daß das GP bald „ihr gegenüber verantwortlich wird", und leitete die De-jure-Anerkennung des GP durch die Alliierten ein[52]. Noch aber herrschten in manchen Gebieten, insbesondere Mittel- und Südfrankreichs, lokale Résistance-Comités, die sich den Abgesandten des GP nicht fügten, sondern erst sehen wollten, wie weit es die CNR-Charta ernst nahm; streckenweise wurden regionale Verstaatlichungen durchgeführt und in wilder „épuration" wurden durch Volksgerichte zahlreiche sum-

---

[50] ...nachdem er sich zum Ärger des im Rathaus wartenden CNR zuerst ins Kriegsministerium begeben hatte: „Nichts fehlt hier, ausgenommen der Staat. Man braucht ihn nur wieder einzusetzen. Deshalb habe ich mich zuerst hier eingerichtet." S. 306 des stolzen Berichts von de Gaulle, Mémoires II (Anm. 8), S. 289–322. Detailreiche Darstellungen, auch zum vorangegangenen Aufstand, durch A. Dansette, Histoire de la libération de Paris, Paris 1958², und E. d'Astier, De la chute à la libération de Paris, Paris 1965.

[51] AP 1944/45, S. 32 f.; Fauvet (Anm. 2), S. 27; DePorte (Anm. 4), S. 55–58. Zu Bidault genauer Anm. 59 (der bisherige Kommissar des Auswärtigen, Massigli, war seit 21. 8. als Botschafter in London). Frenay z. B. hoffte, als Minister im Kabinett zur Einleitung einer auf europäischen Zusammenschluß zielenden Politik beitragen zu können, wurde aber mit Versorgung der Hinterbliebenen und Gefangenen überlastet und praktisch kaltgestellt (November 1945 entlassen; Bericht von Frenay 19. 3. 1964 an den Verfasser); vgl. M. T. Chabord, Les organismes français chargés des prisonniers déportés et réfugiés (Alger 1943 – Paris 1945), in: Revue d'histoire de la 2e guerre mondiale, April 1961, S. 17–26.

[52] Vgl. Anm. 14. Einberufung der erweiterten Assemblée Consultative nach der Ordonnance vom 21. 4. 1944 am 12. 9. vgl. AP 1944/45, S. 44 und 435 f.; ihre übrigen Mitglieder: 40 aus Übersee und 60 von den 80 Abgeordneten, die im Juli 1940 Nein zu Vichy gesagt hatten; sämtlich von de Gaulle ernannt. Churchills optimistische Interpretation im Unterhaus 28. 9. vgl. AP 1944/45, S. 41. Zur tatsächlichen Machtlosigkeit dieser Assemblée siehe bei Anm. 57.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

marische Hinrichtungen vollzogen[53]. Die vom GP am 23. September angeordnete Inkorporierung der paramilitärischen „Forces Françaises de l'Intérieur" unter General Koenig in die reguläre Armee wurde noch ohne nennenswerten Widerstand hingenommen. Doch als drei Tage nach der internationalen Anerkennung das GP am 28. Oktober die Auflösung der „Milices Patriotiques" und „Gardes Patriotiques" verfügte, protestierte der CNR einmütig, und der amtierende Chef der KP, Jacques Duclos, erklärte: „Die gesetzgebende Gewalt liegt ausschließlich beim Widerstand...; die Provisorische Regierung hat sich auf die Aufgaben einer Treuhandverwaltung zu beschränken...; die Résistance-Comités sollen über die Kräfte der patriotischen Miliz verfügen."[54] Doch hier setzte sich der dritte begünstigende Faktor durch, das offenbare Interesse der Sowjetunion daran, daß die Effizienz der „Zweiten Front" mitten im Krieg nicht gefährdet werde, wie Pierre Hervé formulierte: „Um die Kriegsführung zu garantieren, war es notwendig, einen Konflikt zu vermeiden, der anglo-amerikanische Intervention hervorgerufen und unsere Rolle bei der Zerstörung Deutschlands vermindert hätte." Nachdem noch am 27. Dezember der Innenminister über die Autonomie vieler lokaler Résistance-Comités geklagt hatte, kam die Frage zum Abschluß, als nach Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Vertrages der von de Gaulle amnestierte Chef der KPF, Maurice Thorez, auf der folgenden Sitzung des Zentralkomitees der französischen KP Januar 1945 sich für die Auflösung der patriotischen Miliz und die Unterordnung aller Befreiungs-Komitees unter die Regierungsautorität aussprach. Wenig später war dann die „restauration préfabriquée" der Verwaltung, die völlige Entmachtung der Résistance in Frankreich durchgesetzt[55].

---

[53] Vgl. zu den hier nicht zu schildernden, in erheblichen Teilen Südfrankreichs anarchischen Zuständen de Gaulle, Mémoires III (Anm. 14), S. 8–39, 57–80, 297–333; R. Aron (Anm. 47), S. 548–76, 633–37. Zur „Epuration", in deren Verlauf rund 5000 (jedoch nur zu einem Drittel ausgeführte) Todesurteile und rund 40000 Freiheitsstrafen ausgesprochen wurden, vgl. Fauvet (Anm. 2), S. 30 f.; R. Aron, Histoire de l'Epuration, De l'Indulgence aux Massacres, Paris 1967.

[54] Zur Inkorporierung der FFI vgl. De Lattre de Tassigny (Anm. 6), S. 176–204; Aron (Anm. 47), S. 666 f. Anordnung de Gaulles vom 28. 10. und Protest des Nationalrats in: AP 1944/45, S. 45 f.; Duclos am 7. 11. nach: Jean Montigny, in: Ecrits de Paris, August 1953, S. 59. „L'Humanité" protestierte am 3. 11.: „Einmal mehr hat der Präsident der Regierung die Verantwortung dafür auf sich genommen, die französische Résistance als quantité négligeable zu behandeln" (zit. nach AP 1944/45, S. 48). Sicher nicht ohne Zusammenhang mit dieser innenpolitischen Situation ließ de Gaulle in eben diesen Tagen den Kreml wissen, er würde gern zu Verhandlungen nach Moskau kommen (Bericht von Botschafter Bogomolow an das Außenkommissariat am 8. 11. 1944, in: Alfred J. Rieber, Stalin and the French Communist Party 1941–47, New York 1962, S. 119).

[55] Thorez zit. in AP 1944/45, S. 92. Hierzu früh instruktiv J. E. Sawyer, The Re-establishment of the Republic in France, The de Gaulle Era 1944–45, in: Political Science Quarterly 62 (September 1947), S. 354–80 (Thorez, S. 362); spezielles Lob dafür durch de Gaulle, Mémoires III (Anm. 14), S. 101. Das Hervé-Zitat nach Rieber (Anm. 54), S. 153, der insgesamt die Linie der Unterstützung de Gaulles als Garanten nationalistischer Außenpolitik als vom Zentralkomitee der KPF nie ernstlich bestritten darstellt (ebenda, S. 142–191). „Préfabriquée": Aron (Anm. 47), S. 137. Stolz konnte de Gaulle am 2. 3. 1945 vor der Assemblée Consultative

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Etwa von Anfang November 1944 an, der durchgeführten bzw. für den Rest des Landes sich abzeichnenden Auflösung der Résistance-Milizen, besaß de Gaulle für ein volles Jahr bis zum Zusammentritt der ersten gewählten Assemblée am 6. November 1945 eine praktisch uneingeschränkte, bonapartistische Macht – mit der einzigen Einschränkung, daß er den Alliierten und dem Land gegenüber die Verpflichtung zur Wiedereinführung parlamentarischer Demokratie, von allgemeinen Wahlen zum Zeitpunkt „nach der Rückkehr der Kriegsgefangenen" eingegangen war und die allmählich neu entstehenden Parteien sich auf diesen Zeitpunkt hin orientierten. „Die Stellung des Generals als Regierungschef", so urteilte André Siegfried, „ist in der ganzen Geschichte Frankreichs einzigartig. Seine persönliche Autorität besitzt er kraft der tatsächlichen Lage, nicht aus einer demokratischen Übertragung durch das Volk, wenngleich das befreite Frankreich begeistert für ihn stimmt."[56] Der erstmals in ihrer erweiterten Form am 7. November 1944 zusammentretenden Assemblée Consultative versicherte de Gaulle mit hochmütiger Herablassung, er werde ihre Meinung „in dem Maß, als sie konstruktiv ist", berücksichtigen. Nachdem er mehrere Voten der Versammlung unbeachtet gelassen, in den Sachen gegenteilig entschieden und darauf die Versammlung sich einmütig beschwert hatte, erklärte de Gaulle in seiner Erwiderung vom 14. März 1945, daß nicht einmal Empfehlungen, die von der Assemblée mit überwältigender Mehrheit angenommen würden, ihn binden könnten; und weiterhin entschied er in vielen wichtigen Fragen gegen die Voten der Assemblée Consultative[57]. Ebensowenig bedeuteten die Mitglieder des Kabinetts eine Einschränkung der Macht, als deren einziger Inhaber sich de Gaulle erachtete; sie waren nach seiner Meinung Handlungsgehilfen. Sie durften in den Kabinettsitzungen die in ihrem Ressort anstehenden Fragen vortragen; „dann folgte ein Meinungsaustausch, dann der Beschluß in Form eines Urteilsspruchs, gefällt vom Regierungschef. So war es mindestens bei Fragen, die General de Gaulle für wichtig hielt: Außenpolitik, Krieg, Kolonien."[58] Sein den Formen öfter widersprechender, aber im Prinzip gelehriger Außenminister Bidault, der von sich selbst sagte, daß er „drei Jahre unter der Vacuumglocke zugebracht hatte und von der inzwischen veränderten Welt fast nichts wußte", versichert: Besonders in der Außenpolitik zog de Gaulle

---

fragen: „Messieurs, où est la guerre civile?" (AP 1944–45, S. 136). Vgl. die bissige Kritik an Entmachtung und Verhinderung des Résistance-Programms durch den heutigen Redakteur des Combat, Ph. Tesson, De Gaulle Ier, La Révolution Manquée, Paris 1965.

[56] André Siegfried (De la IIIe à la IVe République, Paris 1956, dt.:), Frankreichs IV. Republik, Stuttgart 1959, S. 120. Im einzelnen ist diese Regierungszeit die am wenigsten erforschte Phase seiner Biographie; „sie erwartet noch ihren Historiker", schrieb am Ende ihrer derzeit besten Darstellung J. Chapsal (Anm. 2), S. 74–110.

[57] Darauf blieben die Abgeordneten in zunehmender Zahl den Sitzungen fern; vgl. AP 1944/45, S. 148; Siegfried (Anm. 56), S. 121; Chapsal (Anm. 2), S. 88; Fauvet (Anm. 2), S. 44.

[58] Georges Bidault, (D'une Résistance à l'autre, Paris 1965, dt.:) Noch einmal Rebell, Berlin 1966, S. 98; Siegfried (Anm. 56), S. 120, übermittelt als Ausspruch de Gaulles: „Minister? Angestellte von Bürgermeistereien!"; vgl. Lacouture (Anm. 8), S. 138, und mit weiteren Aussprüchen Tournoux (Anm. 9), S. 241 f.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„alle großen Angelegenheiten an sich und regelte sie selbst. Es war ein Glück, wenn man nicht etwa eine Erklärung, aber immerhin eine Auskunft über die getroffenen Entscheidungen und die angestrebte Richtung erhielt."[59] Alle gleich zu beschreibenden Etappen seiner konkreten Außenpolitik waren sein ganz persönliches Werk.

Doch nach Lage der Dinge näherte sich im Herbst 1945 unaufhaltsam das Ende dieser Alleinherrschaft. Wie er es schon in Algier versprochen hatte, so mußte er nach der deutschen Kapitulation des 8. Mai 1945 erst Gemeinderatswahlen durchführen lassen, die das Selbstbewußtsein der dabei fast dreiviertel der Sitze erlangenden drei Hauptparteien (KPF, SFIO und MRP) beträchtlich steigerten, und anschließend ankündigen, daß bis Jahresende eine Verfassunggebende Versammlung gewählt werden sollte. Vergebens hat er in den Vorverhandlungen über Wahlmodus und Statut dieser Versammlung versucht, sie allein auf die Ausarbeitung einer Verfassung zu beschränken, ihr das Recht zu Gesetzesinitiativen und das zur effektiven Kontrolle des während der Verfassungsberatungen weiter amtierenden Gouvernements Provisoire vorzuenthalten. In der Beratenden Versammlung wurde so energisch gegen „die Plebiszite des Prinz-Präsidenten, des Kaisers..., die auf den Seelen der traditionsbewußten Republikaner lasten", protestiert und eine Nichtverantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Nationalversammlung so einstimmig abgelehnt, daß de Gaulle schließlich einwilligte, der künftigen Constituante das Recht zur Gesetzesinitiative und das zur Abberufung der Regierung, wenn sie von der absoluten Mehrheit der Versammlung beschlossen werde, zuzubilligen[60]. Die am 6. November 1945 zusammengetretene Assemblée constituante hat dann am 13. November noch einmal einstimmig de Gaulle zum Präsidenten des Gouvernement Provisoire gewählt; eine Bestätigung seines großen

[59] Bidault (Anm. 58), S. 84 und 87. Nach seinem Zeugnis ebenda, S. 101 f., hörte er von der geplanten „Rückeroberung" der Insel Clipperton, die den Amerikanern als Funkbasis im Pazifik-Krieg diente, „durch Zufall", und von der geplanten Annexion des Aostatals erst durch Truman (vgl. bei Anm. 113). Völlige Einflußlosigkeit von Ministern und Parteien auf die Außenpolitik auch nach DePorte (Anm. 4), S. 57 f. Für das verachtungsvolle Benehmen gegenüber Bidault vgl. Hinweise bei G. Elgey, La République des Illusions 1945–51, Paris 1965, S. 39–41 und 76. Duff Cooper (Anm. 33), S. 473: Bidault (Aug. 1945) „erzählte, es stehe sehr schlecht zwischen de Gaulle und ihm, und er wisse nicht, wie lange er noch im Amt bleibe".

[60] Fauvet (Anm. 2), S. 46 f. (Zitat des Abg. Plaisant vom 27. 7. 1945); detaillierter Chapsal (Anm. 2), S. 94–101. Sehr aufschlußreich ist die Motivation, die de Gaulle, Mémoires III, S. 238 hierfür gab: „Welchen Erschütterungen würde ich [die Franzosen] aussetzen, wenn ich den Anspruch erheben würde, ihnen meine absolute Autorität für eine unbegrenzte Zeit aufzuerlegen...? Im Krieg hatten meine Erklärungen mit voller Absicht niemals einen Zweifel über meine Entschlossenheit gelassen, dem Volke das Wort zu erteilen, sobald die Verhältnisse die Abhaltung von Wahlen erlauben. Wenn meine Regierung nach und nach anerkannt worden ist, so geschah es in großem Maße auf Grund dieser Zusage. Sie jetzt nicht einzuhalten, würde heißen..., nach und nach das Land gegen mich aufzubringen; es würde nicht mehr die Ursachen dieser Alleinherrschaft erkennen." – Glaubhaft der Ausspruch gegenüber dem Oberst Passy: „Ich weiß genau, was man tun müßte. Unglücklicherweise hat der Marschall Pétain es schon vor mir getan" (Tournoux [Anm. 9], S. 243).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prestiges. Aber alsbald kam es zu Reibereien, als die Constituante sich neben der Ausarbeitung einer neuen Verfassung auch mit aktuellen Regierungsfragen beschäftigte. In der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs wurden die Mittelparteien, angesichts der täglichen Erweise von de Gaulles persönlichem Hochmut und autoritärem Führungsstil, entgegen ihren ursprünglichen Auffassungen geneigt, sich dem (ursprünglich nur von der KPF vertretenen) Konzept eines Régime d'Assemblée anzunähern – die wichtigste innenpolitische Belastung der künftigen IV. Republik[61]. Auf ihre Beschäftigung mit aktuellen Regierungsfragen aber reagierte de Gaulle zunehmend erzürnt als „Einmischung der Versammlung in die Angelegenheiten der Exekutive". Als sie ihm Anfang Januar 1946 den Militäretat kürzte und am 15. Januar seine Außenpolitik kritisierte, war es de Gaulle leid: Angesichts dieser innenpolitischen Entwicklung – aber auch, wie zu zeigen sein wird, angesichts seiner hoffnungslos festgefahrenen Außenpolitik – trat er am 20. Januar 1946 zurück. „Das selbstsüchtige Regime der Parteien ist wieder da. Ich mißbillige es, aber da ich nicht wünschen kann, mit Gewalt eine Diktatur zu errichten, was übel enden müßte, kann ich es nicht hindern und ziehe mich zurück."[62]

5. *Zur wirtschaftlichen Situation* Frankreichs während dieser Amtszeit de Gaulles genügen wenige Zahlen. Wie in allen kontinentaleuropäischen Ländern, die wenigen neutralen ausgenommen, waren auch in Frankreich die materiellen Kriegsschäden groß. Rund 500000 Gebäude, zahlreiche Fabriken, Bahnhöfe, Brücken und Häfen waren völlig zerstört. Nicht gerechnet den völligen Stillstand des Wirtschaftslebens in den Wochen der Libération im August 1944, stand der Index der industriellen Produktion im Januar 1945 bei 29% des Vorkriegsstandes. Waren z. B. 1938 im Monatsdurchschnitt 504 Millionen Tonnen Gußeisen und 514 Millionen Tonnen Rohstahl produziert worden, so waren es im Januar 1945 nur 30 bzw. 55 Millionen Tonnen[63]. Die in den Kriegsjahren deutscherseits auferlegten Besatzungskosten, von 1942–44 im Durchschnitt jährlich rund 200 Milliarden Francs, hatten die im Umlauf befindliche Geldsumme von 142 Milliarden im August 1939 auf 632 Milliarden im Oktober 1944 gesteigert. Der generelle Preis-

[61] Insbesondere die führenden Männer der SFIO waren noch 1944 (in Absetzung von der Verfassung der III. Republik) für eine Stärkung der Exekutive gegenüber dem Parlament (wie auch von Blum [Anm. 21] gefordert) eingetreten; vgl. B. D. Graham, The French Socialists and Tripartisme 1944–1947, London 1965, S. 40 f. und 57–63. Doch de Gaulles Verhalten trieb sie und bis zu einem gewissen Grad auch den MRP zum Übergewicht der Assemblée zurück; vgl. Graham, S. 78 f., 132–139; Marcel Prélot, Précis de Droit Constitutionnel, Paris 1950.

[62] Mit diesen Worten teilte de Gaulle den zu diesem Zweck ins Kriegsministerium gerufenen Ministern seinen Rücktritt mit; Mémoires III, S. 285; vgl. Fauvet (Anm. 2), S. 60–64; bes. zur Militäretat-Kürzung Graham (Anm. 61), S. 127–131. „Nicht wünschen kann": sowohl innenpolitisch, vgl. das Zitat Anm. 60, als vor allem auch außenpolitisch, mitten im Sieg der „Demokratien" über die faschistische Diktatur.

[63] AP 1944/45, S. 520–22; de Gaulle, Mémoires III, S. 233 f.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

index (1938 = 100) war von 102 im August 1939 auf 260 im Januar 1945 gestiegen; doch die realen Werte, wiedergegeben durch die auf dem Schwarzen Markt geltenden Preise, hatten sich annähernd vervierfacht[64]. Als erste populäre Maßnahme, um die Löhne in etwa diesem Preisanstieg folgen zu lassen, hatte de Gaulle am 30. August 1944 summarische Lohnerhöhungen um rund 50% verfügt. Doch dies verschlimmerte die Inflationsgefahr; ein Preisstopp war nur vorübergehend (und auf dem Schwarzen Markt überhaupt nicht) wirksam; eine am 3. November 1944 aufgelegte „Libérationsanleihe" hatte nur relativen Erfolg, indem sie den Geldumlauf von 632 nur auf 572 Milliarden Ende Dezember 1944 reduzierte[65]. Statt dessen hatte Mendès-France als Wirtschaftsminister immer drängender zur Abschöpfung des Geldüberhangs und Bannung der Inflationsgefahr eine durchgreifende Währungsreform, Sperrung der Bankguthaben, Ausgabe von 5000 neuen Francs pro Person etc. verlangt, wie sie wenig später in Belgien und 1948 in den Westzonen Deutschlands erfolgreich durchgeführt wurden. Doch dem hatten die Beamten des Finanzministeriums unter Pleven als einer „zu harten Maßnahme" widersprochen; man könne auch durch behutsamere Maßnahmen die Situation allmählich normalisieren; de Gaulle hatte zugunsten der letzteren entschieden und Mendès-France seinen Abschied genommen[66]. Nur dank einer von Jean Monnet in Washington ausgehandelten großzügigen Wirtschaftshilfe der USA, die durch Abkommen vom 28. Februar 1945 Rohstoffe und Verbrauchsgüter in Höhe von 1.675 Millionen *Dollar* zu liefern versprachen und in den Folgemonaten lieferten, kam es nicht zu einem inflationären Zusammenbruch[67]. Nur dadurch konnte Pleven auch für den Staatshaushalt des Jahres 1945, der sich auf 512 Milliarden Ausgaben (davon mehr als die Hälfte Militäretat) bei 107 Milliarden Einnahmen belief, auf einen Ausgleich hoffen[68].

Doch blieb die Finanz- und Wirtschaftspolitik während der ganzen Amtszeit de Gaulles infolge von Halbheiten und widersprüchlichen Maßnahmen wenig erfolgreich. Der von Pleven vorgeschlagene Geldumtausch 1:1 reduzierte im Juni 1945 zwar den Geldumlauf von 572 auf 444 Milliarden, genügte aber nicht zum

[64] (A. G. Ploetz), Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Würzburg 1960², 2. Teil (Kriegsmittel), S. 60; Charles Rist, The French Financial Dilemma, in: Foreign Affairs 25 (1947), S. 451; AP 1944/45, S. 523 und 525.

[65] AP 1944/45, S. 38, 60–63, 523 und 525.

[66] Fauvet (Anm. 2), S. 35–39; das Rücktrittsgesuch von Mendès-France ebenda, S. 365–68; de Gaulle, Mémoires III, S. 119 f.: das Land sei krank; eine solche Maßnahme würde seine Substanz gefährden. Vgl. insgesamt J. M. Jeanneney, Forces et faiblesses de l'économie française 1945–59, Paris 1959².

[67] Die von Jean Monnet (noch im Rahmen der Leih-Pacht-Acts) erzielte Hilfe wurde zum Geschenkzinssatz von 2⅜ Prozent auf 30 Jahre gewährt; darüber hinaus versprachen die USA weitere Produktionsgüter im Wert von 900 Mio. Dollar unter den gleichen Bedingungen, jedoch gegen Anzahlung von 20% des Kaufpreises; AP 1944/45, S. 127 f. Vgl. insgesamt William A. Brown and Redvers Opie, American Foreign Assistance, Wash. 1953. Die einzige, ausgezeichnete französische Spezialstudie von Jean Godard, L'Aide américaine à la France, in: Revue de Science Financière 48 (1956), S. 438–459, betrifft leider erst die Jahre 1948–54.

[68] Vgl. AP 1944/45, S. 111 f., 297 und 410 f.; Rist (Anm. 64), S. 451.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stoppen der Preise. Vielmehr bewirkten verschiedene unglückliche Maßnahmen, Ausschüttung von Subventionen vor dem Referendum im Herbst 1945, Aufhebung der Lebensmittelkarten, die aber zwei Monate später wieder eingeführt werden mußten, etc., daß Ende Dezember 1945 der Geldumlauf wieder genau die Höhe von 570 Milliarden erreichte. Vor allem aber kletterte der offizielle generelle Preisindex von 260 im Januar 1945 auf 455 im Dezember 1945, während der Index der industriellen Produktion im Dezember 1945 immer noch erst 65% des Vorkriegsstandes erreichte [69]. So mußte Ende 1945 de Gaulles „antiinflationistische Politik" als gescheitert gelten; eine rasante Preisinflation war in vollem Gange. Auch in dieser Hinsicht hinterließ er der IV. Republik ein schweres Erbe. Die Lage konnte wiederum nur dadurch einigermaßen gerettet, das unerläßliche Minimum an Einfuhren nur dadurch ermöglicht werden, daß die USA im Dezember 1945 erneut über die Export-Import-Bank einen Kredit in Höhe von 550 Millionen Dollar, insgesamt Hilfen an Frankreich in Höhe von 915 Millionen Dollar gewährten [70].

De Gaulle hat auf zwei Seiten seiner Memoiren die wirtschaftliche Misere des Landes durchaus ernst beschrieben; zum Herbst 1945 faßte er die Lage in zwei Sätzen zusammen, ohne deren inneren Widerspruch zu bemerken: „Draußen bestreitet niemand mehr, daß wir eine der allerersten Rollen in der Welt spielen. Aber im Inneren findet Frankreichs Zustand seinen Ausdruck in einer Bilanz von Ruinen." [71] Tatsächlich bestand zwischen dem Großmachtanspruch, wie ihn de Gaulle erhob, und der wirtschaftlichen Potenz des Landes – verglichen mit der der neuen Weltmächte – eine unüberwindliche Diskrepanz.

II. Etappen

Die vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse, der innen- und außenpolitischen Voraussetzungen, der Konzepte und Faktoren, von General de Gaulle in den sechzehn Monaten seiner ersten Präsidentschaft betriebene Außenpolitik soll hier nicht mit monographischer Ausführlichkeit dargestellt werden. Versucht wird vielmehr, die einzelnen Etappen im konkreten Inhalt detailnahe, aber so knapp wie möglich auf ihre Essenz konzentriert zu fassen, damit Struktur und Ergebnisse dieser Außenpolitik deutlich hervortreten.

1. Rang, Rheinland- und Ruhr-Forderungen. Zum Zweck der de Gaulles Denken beherrschenden „Rückkehr einer Großmacht auf ihren Platz als Großmacht" [72]

---

[69] AP 1944/45, S. 23 f., 160–172, 192–196, 234–40, 260 f., 392 f., 520–525.

[70] AP 1944/45, S. 387 f.; R. J. Guiton, Paris - Moskau, Stuttgart 1956, S. 119 f. und 301. Vgl. Anm. 67.

[71] Mémoires III, S. 233. Charakteristischerweise fand er die gewaltige Finanz- und Wirtschaftshilfe der USA keiner Erwähnung wert.

[72] Vgl. Anm. 46.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

suchte er „unabhängige Politik" zu demonstrieren, so oft und so scharf er es nur vermochte, gerade gegenüber den Weltmächten. Europa hätte in der Tat eines Staatsmannes bedurft, der eine inhaltlich von den Anliegen des darniederliegenden Kontinents bestimmte „unabhängige Politik" gegenüber den Weltmächten formuliert, die Fürsprache Churchills noch in Teheran etc., für den Kontinent fortgesetzt hätte[73]. Für de Gaulle aber war sie inhaltlich allein von der starren Prämisse der Souveränität und „Grandeur de la France" bestimmt – und von dem Willen, aus einem siegreichen Kriegsende auf Kosten Deutschlands ein möglichst großes Stück effektiver Machterweiterung als verbesserte Basis der grandeur herauszuholen. Mit diesem Hauptmotiv der „Vergrößerung" verband sich bei de Gaulle selbst, vor allem aber in seinen propagandistischen Begründungen, das Motiv der Sicherheit vor einer neuen deutschen Invasion durch das alte Mittel eines vorgeschobenen Ostgrenzen-Glacis. Bereits 1941 hatte er gegen das Annexions-Verbot der Atlantik-Charta von „den Rheinländern" gesprochen; und in jenem Schreiben vom Februar 1944 hatte er Massigli beauftragt, als Hauptpunkt des Waffenstillstandes mit Deutschland vorzusehen „ein Rheinland, abgetrennt vom Reich"[74]. Während der Libération hatte de Gaulle über seine Vorstellungen von einer Dauerlösung geschwiegen; er hatte zunächst nur energisch die Zuweisung einer eigenen Besatzungszone für Frankreich verlangt, die Baden und Württemberg, Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau, die Pfalz, das Saargebiet und den größten Teil der Rheinprovinz umfassen müsse[75]. Erstmals am 1. September hatte er durch Massigli in einer Note an die EAC hinzufügen lassen, es sollte nördlich dieser Zone das „bassin rhéno-westphalien" auf Dauer politisch, militärisch und wirtschaftlich unter internationale Kontrolle gestellt werden[76]. Hinsichtlich der Dauerregelung sprach de Gaulle am 25. Oktober noch verschleiert von „les pays qui bordent le Rhin" als „une marche par ou passent éternellement les invasions germaniques" und vom

[73] Ein einziges Mal scheint de Gaulle diese Möglichkeit gestreift zu haben: Als ihm Roosevelt am 7. 7. 1944 in Washington von der dominierenden Rolle der künftigen Weltmächte USA, UdSSR und China sprach, will de Gaulle (lt. Mémoires II, S. 239, wo es sich aber vielleicht um rückblickende Formulierungen von 1956 handelt) geantwortet haben: „Der Okzident ist es, den man wiederaufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen... Nichts kann die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen." Doch auch dort fuhr er fort: „Das trifft vor allem auf Frankreich zu... Das Gebiet, auf dem es seine Kraft..., seine Rolle wiedergewinnen muß, ist das politische." Nur von letzterem ließ er sein Handeln bestimmen.

[74] Vgl. Anm. 36 und 43.

[75] Erste Anmeldung der Forderung nach eigener Besatzungszone in der Pressekonferenz Washington 10. 7. 1944, vgl. Discours (Anm. 37), S. 420; Note vom 12. 8. bei Klaus Altmeyer, Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7368. Wiederholte Forderung in den unten Anm. 76 und 86 genannten Texten; Bewilligung im Prinzip dank Churchills Einsatz Febr. 1945 in Jalta vgl. Anm. 18; das Ringen um kleinere Abgrenzung der Zone Frühj. 1945 bei Willis (Anm. 3), S. 14–21 (vgl. Anm. 119).

[76] Note vom 1. 9. in: Les Entretiens de Gaulle-Staline des 2, 6 et 8 décembre 1944, in: Recherches Internationales à la lumière du Marxisme, No. 12, Paris 1959, S. 32.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ruhrgebiet als „arsenal économique utile au progrès des hommes"; am 1. November 1944 aber schon sehr viel klarer: „Après avoir triomphé ... nous devrons nous donner les bonnes frontières."[77] Vor der Assemblée Consultative nannte er am 22. November die deutsche Frage das „problème central de l'univers" – und, einen Monat später, das deutsche Volk „un grand peuple, mais qui perpétuellement tend à la guerre, parce qu'il ne cesse de rêver à la domination"[78]. Im November hat er gegenüber Churchill, im Dezember gegenüber Stalin so eindeutig davon gesprochen, „que le Rhin doit être la barrière définitive à l'Est contre l'Allemagne", daß seine Gesprächspartner als Forderung Frankreichs verstanden: „La frontière de la France sur le Rhin."[79] Völlig unmißverständlich hat er auf einer Pressekonferenz am 25. Januar 1945 erklärt: „Der Rhein bedeutet die französische Sicherheit... Frankreich verlangt, daß alles Territorium diesseits jener natürlichen Grenze sein garantierter Besitzstand werde"; und zusammenfassend nochmal öffentlich in einer Radiorede am 5. Februar 1945, während der Konferenz von Jalta, zu der er nicht eingeladen war: „Ich kann einmal mehr präzisieren, daß die definitive Präsenz der französischen Gewalt von einem Ende des Rheins bis zum anderen – die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufers und des Ruhrgebiets von dem, was der Staat oder die deutschen Staaten sein werden – ...die Bedingungen sind, die Frankreich als wesentlich erachtet."[80]

---

[77] De Gaulle, Discours (Anm. 37), S. 457 und 471. Am 10. 10. 1944 hatte er Eisenhower darauf hingewiesen, daß von den Hauptorten der Gaue „Westmark" und „Oberrhein", Saarbrücken und Karlsruhe, auch die französischen Départements Moselle bzw. Haut-Rhin und Bas-Rhin verwaltet würden; „la présence d'un organisme français d'administration dans ces deux villes... est donc indispensable au rétablissement rapide de la souveraineté française sur son propre territoire" – er forderte dies, statt die einfache Abtrennung und Wiederunterstellung der Départments unter französische Verwaltung vorzuschlagen (zit. nach: Mémoires III, S. 320 f). Nicht ohne Grund erklärte also Stettinius anläßlich der Einladung Frankreichs in die EAC am 11. 11., wahrscheinlich würde dort de Gaulle à la Foch „demander l'annexion de tout le territoire allemand situé sur la rive gauche du Rhin" (AP 1944/45, S. 65). Doch Bidault erklärte zum gleichen Tag in einem Interview mit der „Sunday Times" London: „We do not want to incorporate any German territory. We do not want any German minority within our borders. Our greatest interest lies in the control of the Rhineland... But her industries must remain indefinitely under Allied supervision" (zit. nach: DePorte [Anm. 4], S. 161).

[78] De Gaulle, Discours (Anm. 37), S. 423 und 487. Dazu bemerkte Raymond Aron, L'âge des Empires et l'avenir de la France, Paris 1945, S. 338: „N'y a-t-il pas une indéfendable hypocrisie ou une absurde fiction à parler de l'Allemagne comme si elle demeurait au centre du problème mondial?".

[79] Vgl. unten Anm. 87 und bei 94; Zitate nach russischem Protokoll und Telegramm Stalins 3. 12. an Churchill zit. nach: Les Entretiens... (Anm. 76), S. 45 und 95. In Jalta erzählte Stalin Roosevelt, de Gaulle habe „said the Rhin was the natural boundary of France and he wished to have French troops placed there in permanency" (Foreign Relations... Malta and Yalta [Anm.16], S. 572).

[80] AP 1944/45, S. 101, und Discours (Anm. 37), S. 518. – Aus den vor allem im Herbst 1945 noch einmal zahlreichen Formulierungen de Gaulles zur Rheinland-Forderung (vgl. Anm. 126): In der am weitesten in Richtung auf Annexion zielenden Rede in Baden-Baden am 5. 10. 1945

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In diesen Worten klang zugleich die 2. Forderung, die nach Zerstückelung bzw. Aufteilung Deutschlands in mehrere, nur locker verbundene Staaten an, von der er in diesem Winter sonst kaum sprach, da sie noch als seit Teheran im Prinzip feststehende Absicht der beiden Weltmächte galt[81]. Hingegen hat er die seit September 1944 angemeldete 3. Forderung, die nach Unterstellung des Ruhrgebiets unter internationale Kontrolle und Sicherung eines erheblichen Teils seiner Produktion für Frankreich, am 2. März 1945 nochmals vor der Beratenden Versammlung auch wirtschaftlich begründet. Frankreich bedürfe für seine Rolle einer starken Schwerindustrie und für diese einer dauerhaft gesicherten Kohlezufuhr; „ein Land wie das unsere, das im Osten, im Westen, in der Mitte die reichsten Eisenerzvorkommen ganz Europas, Rußland ausgenommen, besitzt, das in seinen Strömen und Flüssen sehr wertvolle Reserven an elektrischer Energie hat, das mit Kohle allerdings ziemlich schlecht bedacht wurde, nach 1919 jedoch den nötigen Zusatz sich sichern konnte und sich morgen wieder sichern wird, da die Saargruben aufgrund des Versailler Vertrages als sein Eigentum anerkannt wurden und der Ruhrbergbau demnächst wie vor 25 Jahren gerechtfertigte Lieferungen leisten wird – dieses Land, sage ich, verfügt über alles, was es braucht, um sich eine sehr machtvolle Metallindustrie zu geben" – eben nach definitiv gesichertem Zufluß eines beträchtlichen Teils der deutschen Wirtschaftskraft. Der Grundgedanke war damit offenkundig: Nach zumindest ökonomischer und militärischer Eingliederung des Rheinlands in den französischen Machtbereich und definitiver Sicherung erheblicher Teile der Ruhrproduktion für die französische Wirtschaft sei der Machtzuwachs für Frankreich gewonnen, der es befähigen werde, „auf der Basis der Gleichheit" mit der Sowjetunion Europa zu beherrschen[82]. So waren ihm die Rheinland- und Ruhr-Forderungen vor allem ein Mittel, um die Basis einer fran-

---

erklärte er: „Établir la France ici, cela veut dire d'abord donner à la France la disposition des territoires qui, de par leur nature, font corps avec elle. J'entends par là ceux de la rive gauche du Rhin, le Palatinat, la Hesse, la Prusse rhénane et la Sarre... ces pays doivent comme je viens de le dire, faire corps avec la France... S'agit-il d'une annexion? Non pas; du reste, je ne veux pas jouer sur les mots. Ce doit être une union économique et morale, une présence, un contrôle indéfini" (nach dem wörtlichen Auszug der Rede in: La Revue de la Zone Française, No. 1, 15. 11. 1945, S. 9., mitgeteilt von Schwarz [Anm. 3], S. 183 f). Offenbar haben Bidault und Massigli stets dem Gedanken an effektive Annexion widersprochen, vgl. deren in Anm. 76 und 77 genannte Äußerungen im Wortlaut.

[81] Noch in Jalta wurde auf Drängen Stalins 4.–7. 2. 1945 in langen Beratungen von den „Großen Drei" das „Prinzip der Zerstückelung Deutschlands" förmlich beschlossen und zur Ausarbeitung von Plänen hierfür ein eigenes „Dismemberment Committee" gegründet; vgl. Deuerlein (Anm. 36), S. 62–76. Zu seinem Zusammentritt ab 7. 3. 1945 und zum Abrücken Stalins von der Teilungsforderung vgl. S. 89.

[82] Rede vom 2. 3. 1945 in: Discours, S. 527. „Basis der Gleichheit" oben bei Anm. 37. Die Bedeutung der Ruhrfrage sehr gut bei Schwarz (Anm. 3), S. 185 f., unter Zitierung eines eindeutigen weiteren Satzes von de Gaulle: Für ihn sei die Ruhr „ein Instrument für die Wiederaufrichtung Westeuropas und insbesondere ein Instrument, das Frankreich helfen wird, eine große industrielle Macht zu werden, ein Ziel, das nicht erreicht werden kann, es sei denn mittels der Contribution dieses Montan-Gebiets".

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zösischen Großmachtrolle zu verbreitern; mochte er auch an Motivationen aus den Begriffen „Erbfeind" und „Sicherheit" ernstlich selber glauben, so ging es ihm doch in erster Linie um den „Rang". Frankreich „hatte fortan die Gewißheit, beim Siege dabeizusein. Aber allzu deutlich war, in welch geschwächtem Zustand es sich befand, um nicht seine Stellung in der Welt ... gefährdet zu sehen. Es sei denn, Frankreich stelle bei dieser Gelegenheit – der letzten vielleicht – seine Großmachtstellung wieder her. Und das war es, worauf ich hinaus wollte."[83] – Doch unterdessen war er aus der Phase der Ankündigungen und Formulierung von Forderungen bereits in die ersten Phasen der diplomatischen Bemühungen um ihre Anerkennung eingetreten.

2. *Absage an ein britisch-französisches Bündnis.* – Als betonten Auftakt eigener Diplomatie lud de Gaulle, mit feinem Sinn für historischen Rückbezug, Roosevelt und Churchill am 5. November 1944 ein, an den Feiern zum Waffenstillstandstag von 1918 am 11. November in Paris teilzunehmen. Roosevelt nahm die Einladung nicht an; die Frist war so knapp bemessen, daß de Gaulle ihm gegenüber wohl auch nur eine Höflichkeitsgeste beabsichtigt hatte. Churchill aber nahm an, und de Gaulle ließ ihm bei den Zeremonien des 11. in Paris alle Ehre zuteil werden, auch eigens das Lied „Le Père de la Victoire" vorspielen; „For you!" sagte er zu Churchill; „c'était justice."[84] Wie Churchill fünf Tage später Roosevelt berichtete: „I re-established friendly private relations with De Gaulle", hinzufügend, was er in seinen Memoiren wegzulassen für gut hielt, „who is better since he has lost a large part of his inferiority complex."[85]

Bei den politischen Gesprächen, die dann unter Zuziehung von Bidault und Eden am Nachmittag des 11. in der rue Saint-Dominique stattfanden, hat de Gaulle die britische Unterstützung für sein Gesamtkonzept zu gewinnen versucht. Die von ihm zuerst aufgeworfene Frage, ob Großbritannien an einer starken französischen Armee interessiert sei, wurde von Churchill nachdrücklich bejaht; er erklärte sich bereit, bei Roosevelt, soweit die Schiffsraumkapazitäten es zuließen, für eine beschleunigte Ausrüstung der französischen Truppen einzutreten, und tat dies in den folgenden Wochen. Churchill versprach ferner, was doch in den Augen der

[83] Mémoires III, S. 46. – Zum Quellenwert der Memoiren de Gaulles: sie sind unerläßlich zur Ermittlung seiner Motive; deren Mitteilung erfolgt oft verblüffend aufrichtig; nur manchmal sind unzutreffend rücktransponierte Gedanken des Autors von 1959 abzuziehen (vgl. z. B. Anm. 45). Im übrigen aber sind die „Mémoires" ein Werk zur Bildung „patriotischen" Geschichtsverständnisses: kunstvoll werden auch sehr unrühmliche Vorgänge präsentiert als Triumphe Frankreichs; auf meist richtige Fakten folgt stets eine den Autor glorifizierende Interpretation; es erübrigt sich, darauf im einzelnen jeweils hinzuweisen. Nur falsche oder irreführend eingesetzte Fakten sind nebenher zu erwähnen (vgl. z. B. Anm. 92, 95 und 112).

[84] Mémoires III, S. 49; vgl. AP 1944/45, S. 64 f.; Churchill, The Second World War, vol. VI (Anm. 14), S. 249 f.

[85] Churchill 16. 11. 1944 an Roosevelt, in: Foreign relations ... Malta and Yalta (Anm. 16), S. 284; Churchill VI (Anm. 14), S. 251.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Großen Drei", die den Krieg getragen hatten, ein außerordentliches Zugeständnis war, sich für die Zuweisung einer eigenen Besatzungszone an Frankreich einsetzen zu wollen, und tat dies mit vollem persönlichem Einsatz bis zur – bereits beschriebenen – Erfüllung dieses Wunsches in Jalta[86]. Churchill war aber nicht bereit, die territorialen und wirtschaftlichen Ansprüche de Gaulles in bezug auf die dauernde Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets zu billigen; er sei im Prinzip gegen die Verschiebung von Territorien, und jedenfalls könne darüber erst beim Friedensschluß gesprochen werden. Bis dahin, so schlug er seinerseits vor, sollten sofortige Besprechungen zum raschen Abschluß eines britisch-französischen Bündnisvertrages führen[87]. Bei einem von de Gaulle angeregten Überblick über sonstige Weltprobleme wies Churchill außerdem auf die Notwendigkeit hin, die auf dem Mandat des Völkerbundes von 1919 beruhende französische Herrschaft in Syrien und im Libanon entsprechend dem 1941 gegebenen Versprechen zu beenden[88].

De Gaulle, offensichtlich verärgert über den Hinweis auf die Levante und die Nichtunterstützung seiner Rhein- und Ruhr-Forderungen, nahm den britischen Bündniswunsch nur zur Kenntnis. Im Rückblick fand er, daß im Gegensatz zu dem „was uns logisch und gerecht erschien, die Briten es ratsam fanden, den Rezepten des Empirismus und Kompromisses gemäß zu handeln". Auch als Churchill Anfang Januar 1945 neuerlich in Paris ein britisch-französisches Bündnis anbot, lehnte de Gaulle dies ab und ließ auch öffentlich durchblicken, ein solches Bündnis komme nur in Frage, wenn Großbritannien zuvor den Rheinland-Forderungen zugestimmt und Frankreich in der Levante freie Hand zugesagt habe[89]. Als der britische Botschafter im Sommer 1945 nach den Aussichten für ein Bündnis fragte, mußte Bidault ihm antworten, de Gaulle „weiß, daß die Franzosen es wollen, er weiß, daß

[86] Vgl. das französische Protokoll der ersten Hälfte der Besprechung, in: Mémoires III, S. 350–54; Churchills Bericht vom 16. 11. an Roosevelt (s. Anm. 85); zu Churchills Bemühungen bei Roosevelt und Erfolg in Jalta vgl. hier bei Anm. 15–18.

[87] Vgl. das französische Gesprächs-Protokoll, Mémoires III, S. 356; doch hat de Gaulle gerade die hierauf und auf das britische Bündnisangebot bezüglichen Teile des Protokolls, wie mehrfach durch „..." angedeutet, nicht abgedruckt; auch Churchills Bericht an Roosevelt (s. Anm. 85) versichert nur undeutlich, entgegen Pressemeldungen sei nichts weiter beschlossen worden. Mémoires III, S. 50: „Noch weniger ließen sie [die Briten] sich darauf ein, mit uns irgend etwas Genaueres über die künftige Regierungsform der deutschen Länder, über Ruhr, Rhein, Saar usw. ins Auge zu fassen".

[88] Zur Situation der französischen Mandatsverwaltung im Libanon und Syrien grundlegend: I. Lipschits, La Politique de la France au Levant 1939–41, Paris 1963; Wortlaut der Erklärung, mit der der Bevollmächtigte, General Catroux, namens des Komitees „France Libre" am 8. 6. 1941 die Unabhängigkeit zum Kriegsende versprochen hatte, in: AP 1944/45, S. 50. Zur derzeitigen Situation in der Levante vgl. DePorte (Anm. 4), S. 126–52. Vgl. Anm. 116 f.

[89] Mémoires III, S. 53 f.; AP 1944/45, S. 99 und (aus der Radiorede 5. 2. 1945), S. 533 f.; Guiton (Anm. 70), S. 63 und 83 f. Bidaults Memoiren (Anm. 58) berichten von den Pariser Gesprächen nur den personalen Kern (S. 89): „Churchill galt als Gönner de Gaulles; jedenfalls versicherte es die Presse in ganz Paris. De Gaulle hat dieses scheinbare Protektionsverhältnis nie anerkannt... So kam es, daß de Gaulle Churchill am Ende nicht mehr ausstehen konnte."

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Quai d'Orsay es will; leider wäre es schwierig zu sagen, daß er selbst es will"[90]. Am deutlichsten hat es de Gaulle am 8. Dezember 1944 im Gespräch mit Stalin ausgedrückt, um zu begründen, warum er auch gegen einen Dreierpakt, wie Churchill ihn nach Moskau vorschlug, sei: „Entre la France et l'Union Soviétique, il n'y a pas d'objet de contestation directe. Avec la Grande-Bretagne, nous en avons toujours eu et nous en aurons toujours."[91] Bis zu seinem Abtritt hat de Gaulle, obwohl er alle Mitsprache in internationalen Gremien nur Churchills Eintreten zu danken hatte, an dieser Distanzierung festgehalten.

3. Der russisch-französische Pakt. De Gaulle, der nach der De-jure-Anerkennung seiner Regierung den britischen Premier und den amerikanischen Präsidenten nach Paris eingeladen hatte, reiste vierzehn Tage später selbst nach Moskau – sein erster Besuch galt Stalin. Für die Absicht der Wiederherstellung einer selbständigen internationalen „Rolle" Frankreichs war es zu einem Zeitpunkt, zu dem das Land von amerikanischen und britischen Truppen besetzt und abhängig war, ein naheliegender Gedanke, eine Einladung von der Sowjetunion zu erbitten und in Gesprächen mit dem dritten großen Alliierten Unabhängigkeit zu demonstrieren. „La solidarité franco-russe", so faßte de Gaulle seine zwei Motive in den Memoiren zusammen, „n'en demeurait pas moins conforme à l'ordre naturel des choses, tant vis-à-vis du danger allemand que des tentatives d'hégémonie anglo-saxonne."[92] Obwohl die Gespräche vom 2.–10. Dezember 1944 in Moskau keineswegs wunschgemäß verliefen und nichts als Enttäuschungen über die sowjetische Haltung nachfolgten, zeichnete de Gaulle noch in den Memoiren ein bewunderndes Porträt von Stalin. So wie er nie von der Sowjetunion sprach, sondern stets nur von Rußland, weil ihm der Marxismus als Ideologie nur ein Mittel im zeitlosen nationalen Machtkampf schien, so sah er auch in Stalin nur „den listigen und unversöhnlichen Kämpen eines durch Leiden und Tyrannei erschöpften, aber von brennendem nationalem Ehrgeiz erfüllten Rußland", das „den Bolschewismus ertrug, um sich

[90] Duff Cooper, Au delà de l'oubli, Paris 1960, S. 419; vgl. Mémoires III, S. 195, und 507 f. de Gaulle an Duff Cooper: kein Vertrag ohne Überlassung des linken Rheinufers „depuis la Suisse jusqu'à Cologne inclus... d'une manière définitive" (27. 4. 1945).

[91] Mémoires III, S. 378.

[92] Mémoires III, S. 54. Ebenda ein Beispiel der nicht seltenen kleinlichen Verdrehungen in diesen Memoiren: Dort wird der Bericht über die Moskau-Reise eingeleitet mit dem Bemerken, bald nach Churchills Besuch habe der sowjetische Botschafter Bogomolow in Paris mehrfach vorgesprochen „pour me presser de me rendre à Moscou... Il était dans mes intentions... J'acceptai donc leur invitation." Indessen wurde im gleichen Jahr 1959 der Wortlaut des Berichts Bogomolow 8. 11. 1944 an das Volkskommissariat des Auswärtigen veröffentlicht: De Gaulle habe ihm (2 Tage vor Churchills Besuch) versprochen, er werde kein Abkommen mit England schließen, würde vielmehr, wenn es der russischen Regierung genehm sei, gerne nach Moskau kommen; gedr. in: Ministerstvo Inostrannykh Del SSSR. Sovetsko-frantsuzskie otnosheniia vo vremia velikoi otechestvennoi voiny 1941–45. Dokumenty i materialy, Moskau 1959 (hier folgend zitiert: SFO) Dok.Nr. 181, S. 324 f (zit. nach Rieber [Anm. 54], S. 119). Die in dieser Dokumentensammlung folgenden Stücke werden durch französische Parallelquellen als authentisch erwiesen.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner als eines Werkzeugs zu bedienen" zur Verwirklichung der ewigen „Träume des russischen Vaterlandes". De Gaulle bewunderte an Stalin, „wie großartig er als Staatsmann und in seiner Verstellungskunst war..., wobei er die größten Probleme mit der Einfachheit des gesunden Menschenverstandes betrachtete"[93].

Im ersten Gespräch mit Stalin, am 2. Dezember abends, legte de Gaulle mit aller Offenheit seine eigentlichen Ambitionen dar – um sogleich zu erfahren, daß Stalin nicht bereit war, sie zu unterstützen. Auf den Vorschlag, Moskau und Paris sollten in „direkter Entente" die Prinzipien einer Deutschland-Regelung fixieren und sie dann gemeinsam den anderen Alliierten vorlegen, erwiderte Stalin „wortkarg", jede Frage müsse gemeinsam mit den anderen Alliierten geprüft werden. Auf die von de Gaulle darauf – angesichts der sowjetischen Territorialforderungen in Osteuropa endlich offenherzig – vorgebrachte konkrete Forderung: „La frontière géographique et militaire de la France est constituée par le Rhin et... l'occupation de cette ligne est nécessaire à sa sécurité" (französischer Bericht) – oder wie es im sowjetischen Bericht hieß: „De Gaulle dit que ce serait une bonne décision de détacher la Rhénanie de l'Allemagne et de la réunir à la France" – während das ebenfalls von Deutschland abzutrennende Ruhrgebiet internationaler Verwaltung unterstellt werden könne, antwortete Stalin ebenso trocken, „daß die englisch-amerikanischen Truppen die militärischen Operationen gegen die Deutschen in diesem Gebiet leiten..., daß es nötig ist, die Meinung der Briten und Amerikaner zu hören, ohne die diese Frage nicht entschieden werden könne". Auch als ungeachtet dieser Absage de Gaulle von sich aus versicherte (zwei Monate vor Jalta und acht Monate vor Potsdam!), Frankreich werde keine Einwände erheben gegen die Abtrennung und Überweisung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße an Polen im Ausgleich für Polens Verluste östlich der Curzon-Linie an Rußland, verweigerte Stalin eine entsprechende Zusage im Bezug auf Frankreichs territoriale Wünsche im Westen[94]. Das einzige, was er schließlich konzedierte, war, Bidault

---

[93] Mémoires III, S. 60 f. und 74. Selbst Bidault (Anm. 58) bemerkt (S. 92): „Das Porträt Stalins in den Memoiren de Gaulles... informiert weniger über das Modell als über den, der es zeichnete", und es seien „die heute in Amt und Würden stehenden Sowjetbürger von dieser Auflage der Stalin-Ikone nicht eben entzückt". Zu de Gaulles parallelem Bild von Hitler als großem nationalen Führer vgl. Lüthy (Anm. 32), S. 6.

[94] SFO (vgl. Anm. 92) Nr. 197, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Stalin und de Gaulle am 2. 12. 1944, S. 339–47, der russische Bericht (zit. nach Rieber [Anm. 54], S. 120) französ. in: Les Entretiens... (Anm. 76), S. 43–50; inhaltlich übereinstimmend in leicht abweichenden Formulierungen der französ. Bericht: Note établie par Roger Garreau au sujet de l'entretien du de Gaulle avec Staline 2. 12. 1944, in: Mémoires III (Anm. 14), S. 364–67. Vgl. die Kurzberichte von de Gaulle, Mémoires III, S. 62 f., und Stalin telegraphisch am 3. 12. gleichlautend an Churchill und an Roosevelt: „Wie ich erwartet habe" verlangte de Gaulle „die französische Grenze am Rhein und den Abschluß eines französisch-sowjetischen Beistandspaktes", zit. in: Les Entretiens... (Anm. 76), S. 45 f. Für de Gaulles Motiv dafür, daß er seine Zusage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aufrechthielt, obwohl Stalin die der französ. Rheinland-Forderung verweigerte, vgl. Mémoires III, S. 368: „Diese Lösung wird eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland unmöglich machen."

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Molotow könnten in den folgenden Tagen die Möglichkeit eines französisch-russischen Paktes untersuchen.

Im Grunde war de Gaulle damit am gleichen Punkte wie drei Wochen zuvor mit Churchill angelangt; aber während er diesem, auch während des ganzen Jahres 1945, den Abschluß eines britisch-französischen Vertrages verweigerte, ehe Großbritannien nicht die französischen Rheinland- und Ruhr-Forderungen anerkannt habe, blieb er gegenüber der Sowjetunion bei der Bitte um einen russisch-französischen Vertrag, obwohl seine Forderungen auch dort nicht anerkannt wurden. Doch selbst zur Erlangung eines einfachen Vertrages ohne sonstige russische Zusagen mußte die französische Delegation noch zwei bedeutende Hindernisse überwinden. Schon im Gespräch mit Bidault stellte Molotow am 5. Dezember die zusätzliche Bedingung auf, der Abschluß eines Vertrages sei für die sowjetische Regierung abhängig „von der Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Polnischen Befreiungskomitee [in Lublin] und Paris". De Gaulle lehnte dies in der folgenden Besprechung mit Stalin am 6. Dezember ab. Er versprach, den französischen Einfluß auf ein vollständig befreites Polen geltend zu machen, damit es die West-Verschiebung seiner Grenzen akzeptiere und in freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eintrete, aber es müsse ein unabhängiger Staat bleiben. Als Stalin dies eine „westliche" Antwort fand und fragte „Was ist ein bloc occidental?", verleugnete de Gaulle kategorisch jeden Gedanken an einen westeuropäischen Block; er erstrebe allein einen französisch-sowjetischen Pakt, dem später Großbritannien sich anschließen könne. Er erklärte sich überdies „einverstanden mit der Politik der sowjetischen Regierung gegenüber den bisherigen deutschen Satellitenstaaten", d. h., er verzichtete auf französischen Einspruch gegen eine sowjetische Dominanz in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland[95]. Doch all diese Zusicherungen machten Stalin noch nicht geneigt zum Vertragsabschluß. Er brachte ein unterdessen eingetroffenes Telegramm von Churchill ins Gespräch, „ob es nicht am besten wäre, zwischen uns dreien einen Dreiervertrag abzuschließen", und nannte „diese Idee von Churchill durchaus akzeptabel". De Gaulle, dem es doch auf einen bilateralen Vertrag mit Moskau als Druckmittel gegenüber London und Washington ankam, reagierte im folgenden Gespräch mit Stalin am 8. Dezember mit aller Schärfe gegen dieses zweite Hindernis, ein Dreierpakt komme für Frankreich nicht

[95] SFO (Anm. 92) Nr. 199, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Molotow und Bidault am 5. 12. 1944, S. 349–54; ebenda Nr. 202, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Stalin und de Gaulle 6. 12. 1944, S. 359–64; inhaltlich übereinstimmend der französ. Bericht: Note établie par Roger Garreau et Maurice Dejean au sujet de l'entretien du de Gaulle avec Staline 6. 12. 1944, in: Mémoires III, S. 368–72; vgl. ebenda S. 66 f. – Am Morgen des 6. 12. hatte de Gaulle dem US-Botschafter Harriman die sowjetischen Wünsche bezüglich Lublin mitgeteilt und sich noch unentschlossen hinsichtlich seiner Antwort gezeigt; „Harriman impressed upon him how greatly disturbed the American and British governments would be if he granted recognition to the Lublin group" (Feis [Anm. 18], S. 475). Auch hier (vgl. Anm. 92) ein Beispiel der Verdrehung in den Mémoires III, S. 72: Dort wird erstmals zum Nachmittag des 9. 12. Harriman erwähnt, um ihm „mitzuteilen, daß wir das Lubliner Komitee nicht anerkannt hatten".

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Frage, solange es sich mit London nicht „über fundamentale Fragen, das Schicksal Deutschlands, Rhein, Orient usw. geeinigt habe". Stalin äußerte darauf, er verstehe, daß ein bilateraler Vertrag den Franzosen besser zur Demonstration einer „hundertprozentig unabhängigen Politik" verhelfe; er wolle ihnen diese Gunst erweisen, wenn sie dafür das „Lubliner Komitee" anerkennen würden[96]. Doch hierin blieb de Gaulle hart; er empfing wohl Vertreter des Lubliner Komitees, aber ohne Vereinbarungen mit ihnen zu treffen; er bot schließlich den Austausch einfacher Bevollmächtigter zwischen Lublin und Paris, aber ohne diplomatischen Status an. Erst in letzter Minute stimmte Stalin der Unterzeichnung des Vertrages auch unter diesen Voraussetzungen zu[97].

Der früh um 4 Uhr am 10. Dezember von Bidault und Molotow unterzeichnete sowjetisch-französische Vertrag bot der Sowjetunion Vorteile genug. In den Artikeln 1 und 2 versprachen sich die Vertragspartner gemeinsame Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland und daß keiner von ihnen einen separaten Waffenstillstand schließen würde. Der Art. 3 lautete: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Beendigung des Krieges mit Deutschland gemeinsam alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um jede neue Bedrohung von seiten Deutschlands auszumerzen und alle Handlungen zu verhindern, die einen Aggressionsversuch von seiner Seite möglich machen würden" – das war die gegenseitige Zusicherung weitgehender Eingriffsrechte selbst gegen die geringfügigsten Voraussetzungen des Wiedererstehens eines deutschen Aggressionsversuches; komme es trotzdem zu einer neuen deutschen Aggression, würden sich laut Art. 4 die beiden Vertragspartner alle nur mögliche Hilfe gewähren. Darüber hinaus „verpflichten sie sich, an keinem Bündnis und keiner Koalition teilzunehmen, welche gegen die eine oder andere Partei gerichtet sind" (Art. 5) – das lief praktisch auf ein französisches Neutralitäts-Versprechen hinaus für den Fall, daß sich die westlichen Alliierten doch noch dem sowjetischen Ausdehnungsdrang in Europa entgegenstellen würden[98]. – De Gaulle

[96] Mémoires III, S. 68 f.; SFO (Anm. 92) Nr. 207, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Stalin und de Gaulle am 8. 12. 1944, S. 378–80; inhaltlich übereinstimmend der französ. Bericht: Note établie par Roger Garreau au sujet de l'entretien du de Gaulle avec Staline 8. 12. 1944, in: Mémoires III, S. 377–79. Vgl. das bereits oben bei Anm. 91 mitgeteilte Zitat; sowie Les Entretiens... (Anm. 76), S. 64–69. Vielleicht berücksichtigte Stalin auch, was Roosevelt am 6. 12. ihm und Churchill telegraphiert hatte: er habe gegen einen einfachen französisch-sowjetischen Pakt nichts einzuwenden, wohingegen „die hiesige öffentliche Meinung einen Dreiervertrag als eine Konkurrenz für die zu schaffende Weltorganisation auffassen könnte" (Foreign Relations... Malta and Yalta [Anm. 16], S. 288–91).

[97] Vgl. den Bericht von de Gaulle, Mémoires III, S. 76–78. Beste Darstellung bei Rieber (Anm. 54), S. 120–125, der hervorhebt, daß im Gegensatz zu den Verhandlungen mit Beneš und denen mit Mikolayczyk die Sowjetführung die KPF nicht als Faktor in den Verhandlungen nutzte. Der inoffizielle Vertreter de Gaulles (Christian Fouchet) traf am 27. 12. in Lublin ein.

[98] Wortlaut des Vertrags in: AP 1944/45, S. 528 f.; Les Entretiens... (Anm. 76), S. 99–101; Mémoires III, S. 381–83; eine (nicht wörtliche) deutsche Übersetzung in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 1046. Artikel 6 enthielt die mangels näherer Bestimmungen unverbindliche Zusage, daß beide Mächte sich nach dem Kriege „so weit wie möglich" wirtschaftliche Hilfe würden zukommen lassen; Art. 7 die Versicherung, daß bereits vertraglich festgelegte

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte den einzigen Vorteil, den dieser Vertrag der französischen Seite bot, ihre Wiederanerkennung als Großmacht und als mitspracheberechtigt in der künftigen Kontrolle Deutschlands, teuer erkauft mit der Ablehnung aller Westblock-Gedanken, mit dem Austausch wenn auch noch inoffizieller Vertreter mit Lublin und mit der Anerkennung sowjetischer Dominanz in allen anderen osteuropäischen Ländern. Vor allem war das geplante Junktim gegenseitiger Anerkennung der Abtrennung ostdeutscher Gebiete durch die Sowjetunion, der Abtrennung westdeutscher Gebiete durch Frankreich, von Stalin glatt verweigert worden, wie Bidault am 21. Dezember vor der Beratenden Versammlung offen zugab: „Wir haben keine Einwände erhoben gegen die Grenzziehungen, die die sowjetische Regierung im Osten beabsichtigt... Wir haben unseren Gesprächspartnern unsere Absicht bekundet, Deutschland definitiv die Territorien wegzunehmen, die ihm bis jetzt sowohl als Arsenal wie als Ausgangspunkt für Angriffe gen Westen gedient haben, d. h. insbesondere das Rheinland einschließlich des Ruhrgebiets." Später fügte Bidault hinzu: „In Wahrheit war es so, daß wir [nur eben] jenen Prestige-Verlust vermieden hatten, der die Folge einer nutzlosen Reise gewesen wäre."[99]

De Gaulle mußte bald bemerken, daß Stalin den Vertrag nur um der genannten Vorteile willen unterzeichnet, aber keineswegs Frankreich als Partner „auf der Basis der Gleichheit" akzeptiert hatte. Zwar blieb ihm die Kenntnis all der bissig-geringschätzigen Bemerkungen erspart, mit denen Stalin ihn und Frankreich in Jalta im Gespräch mit Roosevelt bedachte; aber Ende Februar 1945 brachte Bidault in London in Erfahrung, daß Stalin in Jalta nur widerstrebend die Zuteilung einer Besatzungszone an Frankreich genehmigt, die Aufnahme Frankreichs in die in Jalta neugebildete Kommission für die Reparationen strikt verweigert habe[100]. Als der französische Botschafter in Moskau die Bitte der französischen Regierung um Aufnahme in die Reparationskommission vortrug, wurde ihm am 20. März von Stalin mitgeteilt, daß er dies nur billigen könne, wenn gleichzeitig Polen und Jugoslawien aufgenommen würden. Auf die gleichzeitige Bitte um sowjetische

---

Interessen Dritter unberührt blieben; Art. 8 Vertragsdauer zwanzig Jahre bei einjähriger Kündigungsfrist. Es fällt auf, daß im Unterschied zum britisch-sowjetischen Vertrag von 1941 Kautelen zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems auf der Ebene der Vereinten Nationen in den Artikeln fehlen; vgl. Guiton (Anm. 70), S. 68.

[99] Bidault 21. 12. zitiert nach DePorte (Anm. 4), S. 81. „Später" Bidault (Anm. 58), S. 95. De Gaulle versicherte am 21. 12. noch, durch den Pakt „la Russie et la France manifestent leur volonté d'étroite collaboration dans toutes mesures qui conduisent au statut de l'Europe de demain"; Discours (Anm. 37), S. 487. Der französ. Diplomat, als Delegationsmitglied in Moskau (vgl. Mémoires III, S. 60), Jean Laloy, Entre guerres et paix 1946–65, Paris 1966, S. 87, nannte den Vertrag „un pacte, dont l'effet demeurera théorique".

[100] AP 1944/45, S. 132; Rieber (Anm. 54), S. 194–97; zu Jalta die Nachweise Anm. 17–19, bes. Foreign Relations... Malta and Yalta (Anm. 16), S. 572 f. und 623. Da Churchills Bemühungen, Frankreich eine Besatzungszone zu verschaffen, bereits Mitte November 1944 begonnen hatten (Anm. 86), andererseits Stalin seinen Widerwillen gleich am ersten Abend in Jalta bekundete (Anm. 17), kann auch nicht gesagt werden, die Frankreich günstigen Jalta-Beschlüsse seien die Folge eines durch den französ.-sowjetischen Vertrag auf die Westmächte ausgeübten Drucks.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterstützung der französischen Ansprüche auf das Rheinland antwortete Stalin: „Ich wiederhole, daß die sowjetische Regierung in bezug auf das Rheinland in keiner Hinsicht gebunden ist." Zu Recht folgerte der Botschafter: „Die sowjetische Regierung handelt in bezug auf Frankreich, als ob die Allianz nicht existiere und als ob sie seinen Rang als Großmacht bestreite... kurz, Stalin hat wenig Interesse an Frankreich, das er nicht zu den Figuren von Gewicht im Schachspiel rechnet."[101] Wie zur Bestätigung dessen kam drei Wochen später von Washington die vertrauliche Information, es sei überdies in Jalta eine auf sowjetisches Verlangen vor Paris geheimgehaltene Kommission zur Zerteilung Deutschlands eingesetzt worden. Als faktisches Ende seiner mit dem sowjetisch-französischen Pakt eingeschlagenen Taktik mußte de Gaulle erleben, daß Stalin auf einen amerikanisch-britischen Antrag vom 11. April, Frankreich in dieses „Dismemberment Committee" aufzunehmen, überhaupt nicht mehr antwortete, sondern umgekehrt in seiner Radio-Rede zur deutschen Kapitulation am 9. Mai erstmals öffentlich erklärte: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln." Die angenommene grundsätzliche Übereinstimmung der Stalinschen und der de Gaulleschen Deutschlandpolitik erwies sich als nicht mehr existent. Stalins Wunsch zufolge blieb Frankreich von der Potsdamer Konferenz ausgeschlossen[102]. Die Vorstellung, irgendeine nichtkommunistische Macht in Westeuropa zu stärken und mit ihr in irgendeiner Hinsicht die Herrschaft über Europa zu teilen, war für ihn indiskutabel.

4. Brüskierungen der USA und Großbritanniens. Schon bevor Mitte April 1945 das Scheitern aller an den Moskauer Pakt geknüpften Hoffnungen überdeutlich wurde, stand außer Zweifel, daß zur Erfüllung der französischen Wünsche – Ausrüstung seiner Armeen, Besatzungszone, militärischer und wirtschaftlicher Anschluß „autonomer" Rheinlande und Tributpflicht des Ruhrgebiets auf Dauer – vor allem doch der gute Wille Großbritanniens und der USA erforderlich war. Churchill

[101] Georges Catroux, J'ai vu tomber le Rideau de Fer, Paris 1952, S. 63–68. Rieber (Anm. 54), S. 197 f. und 202 f. ermittelte aus sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften als Hauptgrund, warum der Kreml den französ.-sowjetischen Vertrag „dauernd verletzt und auf lange Sicht zerstört" fand, wiederholte Beschwerden über das Ausbleiben voller diplomatischer Anerkennung der russischerseits eingesetzten osteuropäischen Regierungen durch Paris.

[102] Ph. E. Mosely, Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands, Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam, in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3039 f.; B. Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1954, S. 47 und 57. Auf sowjetisches Verlangen war die Existenz des Teilungsausschusses vor Paris geheimgehalten worden, wie am Abend des 11. 4. 1945 die US-Botschaft dem Quai d'Orsay mitteilte; erst recht, daß der Vertreter der Sowjetunion, die bisher vor allem auf Zerstückelung bestanden hatte, erstmals am 29. 3. zur Verblüffung der Westmächte vorgeschlagen hatte, zu erörtern, ob eine Zerstückelung überhaupt „wünschenswert" sei (Mosely, S. 3039 f.; Ausdruck aufkeimender sowjetischer Hoffnungen auf Herrschaft über Gesamtdeutschland nach Abzug der amerikanischen Truppen, vgl. bei Anm. 17). Zu den Verhandlungen über Unterrichtung der Franzosen vgl. Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, vol. III, Washington 1968, S. 216, 219, 222, 266 f. und 276.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte ihn zumindest in bezug auf die gegenwärtig möglichen Dinge bewiesen; aber auch Roosevelt war, seit er sich zur Anerkennung des Gouvernement Provisoire durchgerungen hatte, vollends seit Cordell Hull im Dezember 1944 abgetreten und sein Nachfolger im State Department, Stettinius, in frankophilem Geiste tätig war, geneigt – wie er durch seinen vertrauten Ratgeber Hopkins am Vorabend von Jalta am 27. Januar in Paris dem General hatte sagen lassen – zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen. Trotz de Gaulles frostiger Reaktion während dieses Gespräches hatte Hopkins zum Abschied Bidault die Hoffnung des Präsidenten auf ein Treffen am Mittelmeer oder während der zweiten Hälfte der Jalta-Konferenz übermittelt, und Bidault hatte versprochen, diese Anregungen mit de Gaulle zu besprechen[103]. Während dann in Jalta „Winston and Anthony fought like tigers for France", Hopkins und Stettinius auf Roosevelt im Sinne der Zustimmung zu Churchills Vorschlägen einwirkten, war auch von Bidault die Antwort eingetroffen, de Gaulle sehe keinen Sinn in einer Zuziehung zu den Schlußbesprechungen in Jalta, „but that de Gaulle had stated that he would be delighted to meet Roosevelt on his trip home from Yalta at any place and at any time that the President designated". Nachdem Roosevelt (nach allen Quellen in diesem zweitletzten Monat vor seinem Tod versöhnlich und nachgiebig gestimmt) sich überwunden und durch sein Votum gegen russischen Widerstand durchgesetzt hatte, daß Frankreich in Jalta eine Besatzungszone und einen Sitz im Kontrollrat zugesprochen erhielt, schlug er am Schlußtag der Konferenz zugleich mit der Übermittlung dieser Ergebnisse an de Gaulle[104] ein persönliches Treffen in Algier vor – was ihm mit seinem allbekannten schweren Gebrechen erlaubt hätte, auf oder in der Nähe von seinem Schiff „Quincy" zu bleiben. Doch de Gaulle, obwohl er die Frankreich betreffenden Ergebnisse von Jalta der Sache nach „sehr zufriedenstellend" fand, sah in diesem Vorschlag nichts als eine neue Demütigung seiner Person, und zwei Tage später erreichte den Präsidenten im Mittelmeer die Antwort des Generals, es sei ihm unmöglich, sich „unversehens nach Algier zu begeben"; er würde sich freuen, den Präsidenten in Paris „zu begrüßen...; wenn er dennoch auf seiner Reise in Algier Station machen wolle, möge er uns rechtzeitig in Kenntnis setzen, damit wir dem Generalgouverneur von Algier die nötigen Anweisungen geben können"[105]. Roosevelt war durch diese Antwort nicht nur verärgert, sondern tief

[103] Viorst (Anm. 8), S. 228: Churchills persönlicher Einsatz 3. 1. 1945 in der Strasbourg-Frage; S. 229 f.: Stettinius und Hopkins-Besuch; Sherwood (Anm. 7), S. 847 f.; Stettinius (Anm. 17), S. 56.

[104] Die Ergebnisse (vgl. Anm. 17–19) im Wortlaut der Übermittlung an de Gaulle gedr. in Mémoires III, S. 395–98.

[105] Sherwood (Anm. 7), S. 859–61; Mémoires III, S. 87 f. Der US-Botschafter erinnerte Bidault empört an de Gaulles vorherige Bereitschaft zu einem Treffen „at any place"; Bidault antwortete laut Sherwood, S. 861: „Yes, I know he did. I have been doing everything to make him go but he has changed his mind and you don't know how stubborn he is." In Anbetracht der Detailliertheit und generellen Zuverlässigkeit der Hopkins-Papers erscheint mir der halb entschuldigende Nebensatz in de Gaulles Memoiren (ebenda), man habe Hopkins schon am 27. 1. „zu verstehen gegeben, daß es besser sei, keine solche Aufforderung an mich zu richten",

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verletzt. „The poor dear man", sagte er auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Rückkehr, „I am inclined to think he has no knowledge of what to do." Und in seiner Rede am 2. März vor dem Kongreß über die Ergebnisse von Jalta machte er eine unmißverständliche Bemerkung über „a great many prima donnas in the world who want to be heard"[106].

Doch die Empörung über diesen Zwischenfall konnte inmitten der letzten großen Schlachten des Frühjahrs 1945 als vielleicht nur personellem Antagonismus entstammendes Mißverständnis rasch zurücktreten. Nach dem Vorangang des amerikanischen Einmarsches ins Ruhrgebiet konnte die französische Armee ab 31. März über den Rhein in Richtung Pforzheim vordringen. Am 12. April starb Roosevelt – zum gleichen Zeitpunkt, zu dem in Paris das Scheitern des Moskauer Paktes unübersehbar wurde und Bemühungen um Verbesserungen der Beziehungen zu Großbritannien und den USA als im französischen Interesse liegend erscheinen mußten. In Washington riet seinerseits Stettinius am 13. April dem neuen Präsidenten Truman in der ersten Übersicht des State Departments: „Es ist festzustellen, daß die Provisorische Regierung und das französische Volk derzeit von Fragen des nationalen Prestiges übermäßig stark in Anspruch genommen sind, eine Folge der militärischen Niederlage von 1940... Es dürfte im Interesse der Vereinigten Staaten liegen, diesen psychologischen Faktor in der französischen Denkweise voll in Rechnung zu stellen und Frankreich in jeder Hinsicht auf der Basis seiner potentiellen Macht und seines potentiellen Einflusses und weniger auf der Basis seines gegenwärtigen Zustandes zu behandeln."[107] So standen die Voraussetzungen noch einmal günstig, und tatsächlich schien sich bei dem nächsten diplomatischen Hauptereignis, der am 25. April in San Francisco beginnenden Konferenz zur Gründung der UNO, eine Besserung anzubahnen, da die französische Delegation dort zunächst einen ungewohnt verständigen Standpunkt einnahm. Dies konnte sie, wie sich zeigte, allerdings nur deshalb, weil de Gaulle völliges Desinteresse an ihrer Arbeit zeigte. Nachdem er das „Prestige" durch die Note vom 23. Februar gewahrt hatte, Frankreich könne als „einladende Macht" nur zeichnen bei Zusicherung des Rechtes von Änderungsvorschlägen zu den in Dumbarton Oaks von den drei Großmächten erarbeiteten Entwürfen, hatte er die Delegation lediglich noch angewiesen, „sich nicht wie ehedem in Genf in wortreichen Erklärungen zu ergehen, sondern

---

unglaubwürdig, erfunden zur nachträglichen Abdeckung der hochmütigen Reaktion („Vielleicht lag Algier für Roosevelt nicht in Frankreich. Um so mehr Grund, ihn daran zu erinnern").

[106] Aus dem Roosevelt-Archiv in Hyde Park mitgeteilt bei Viorst (Anm. 8), S. 233; vgl. Mémoires III, S. 89; die beiderseitigen Presseverlautbarungen in AP 1944/45, S. 130 f. Zur beträchtlichen Empörung auch fast aller Kräfte in Paris über dies Verhalten de Gaulles vgl. Nachweise in dem beabsichtigten, Anm. 5 genannten Aufsatz.

[107] Harry S. Truman, (Memoirs, Vol. I, Year of Decisions, New York 1955, dt.:) Memoiren, Bd. I, Das Jahr der Entscheidungen (1945), Bern 1955, S. 29. Stettinius hat in der Eile dem neuen Präsidenten im wesentlichen Auszüge aus den „Briefing Book Papers" vorgelegt, die das State Department für die Jalta-Konferenz zusammengestellt hatte und in denen die zitierten Sätze bereits standen (vgl. Foreign Relations... Malta and Yalta [Anm. 16] S. 300).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vielmehr eine reservierte Haltung einzunehmen."[108] Die ohne seine Einwirkung unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers Paul-Boncour erarbeiteten französischen Änderungswünsche zum Charta-Entwurf ließen etwas vom Geist der Résistance verspüren. Ihnen zufolge sollte die Effizienz vom Sicherheitsrat beschlossener friedenssichernder Maßnahmen erhöht und zugunsten ihrer Durchführung die einzelstaatliche Souveränität stärker begrenzt werden. In der gleichen Richtung lag die von Paul-Boncour in San Francisco vertretene Tendenz zur Einschränkung des Veto-Rechts der Großmächte und zur Festigung der Rechte „mittlerer Mächte" im Sicherheitsrat[109]. Nicht ohne Würdigung dieser positiven Mitarbeit erklärte sich auf wiederum britischen, von Stettinius unterstützten Antrag hin die Konferenz am 7. Mai bereit, aus dem Dumbarton Oaks Text, Frankreich werde einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat „zu gegebener Zeit" erhalten, die letztgenannte Klausel zu streichen. Wenig später zeigte die französische Delegation, unter Führung Bidaults, keine Neigung mehr, diese gewonnene Position zu gefährden; sie gab ihr Eintreten für die „mittleren Mächte" auf und verteidigte mit den anderen Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats das Veto[110]. Großbritannien und die USA ließen auch bei der Kapitulation in Reims am 7. Mai neben ihren Generälen einen französischen gleichberechtigt mitunterzeichnen, wogegen die Russen bei der zweiten Unterzeichnung in Berlin am 9. Mai Einwände erhoben. Und noch Ende Mai 1945 beschwerte sich Stalin bei seinem Besucher Hopkins über die wiederholten Bemühungen der USA um einen Sitz für Frankreich in der Reparationskommission: „To attempt to place France on the same footing as the Soviet Union looked like an attempt to humiliate the Russians."[111]

---

[108] Mémoires III, S. 401 (Note vom 23. 2. 1945) und 199–201 – diese lediglich zwei Seiten, die er in seinen Memoiren der UNO widmet, lassen offen seine Skepsis gegen das Wiederaufgreifen einer „Idee, die mehrere Philosophen und einige Staatsmänner beschäftigt und den Völkerbund hervorgebracht hatte", erkennen: „ich überschätzte nicht den Wert der ‚Vereinten Nationen'" – da sie aus den allein handelnden Staaten bestehe, könne die Versammlung „zwar Resolutionen formulieren, aber kein Urteil fällen" – statt mehr Kompetenz zu befürworten.

[109] Wortlaut der französ. Änderungswünsche vom 23. 3. 1945 in: Documents of the United Nations Conference on International Organization, San Francisco 1945, (22 Bände, New York/London 1945–55) Bd. IV, S. 522–27; eine Kurzfassung in: AP 1944/45, S. 181 f.; einstimmig gebilligt von der Assemblée Consultative vgl. Victor-Yves Ghébali, La France en guerre et les organisations internationales 1939–1945, Paris 1969, S. 203; ebenda, S. 183–210, detailreiche Skizze der reservierten Haltung des G. P. gegenüber allen internationalen Organisationen.

[110] Anerkennung Frankreichs als Permanentes Mitglied des Sicherheitsrates am 7. 5. im Comité für die Struktur des Sicherheitsrats, Documents of the United Nations (Anm. 109) Bd. XI, S. 294; Übertritt auf die Seite der Weltmächte in der Veto-Frage (definitiv 17. 5.) ebenda Bd. I, S. 667–70. Beste Darstellung der Schwenkung der französischen Delegation in San Francisco: DePorte (Anm. 4), S. 102–25; vgl. Ruth B. Russell, A History of the United Nations Charter, Wash. 1958, S. 625–34 und 649. De Gaulle meinte lakonisch, daß Frankreich durch Einnahme seines „Platzes im Gremium der fünf ‚Großen'... in San Francisco erhielt, was wir am meisten wünschten" (Mémoires III, S. 201).

[111] Mémoires III, S. 176 f.; genauer: John R. Deane, The strange alliance, New York 1947, S. 177; Sherwood (Anm. 7), S. 894.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch dies waren in den Augen de Gaulles keine wesentlichen Konzessionen; sie bedeuteten nirgends einen Schritt in Richtung auf die von de Gaulle nach einem „Sieg" für selbstverständlich gehaltene territoriale Verbreiterung der französischen Machtbasis und befriedigten nicht seine Lust zur Brüskierung, zum Durchsetzen französischer „Ansprüche" in der Form gewaltsamer faits accomplis. So gedachte er, nach zwei Monaten relativ einvernehmlicher Konzentration auf den französischen Vormarsch in Süddeutschland[112], zunächst in bezug auf bisher italienische Grenzgebiete Fakten zu setzen. In den letzten Kriegstagen ließ er Teile der französischen Armee über die Alpengrenze in die in Nordwestitalien gelegene Provinz Cuneo einmarschieren. Denn – so formulierte er noch schlicht in den Memoiren von 1959 – „Unsere Regierung hatte... festgelegt: Wir wollten die Grenze über den Kamm des Gebirgsstocks ziehen, wodurch einige italienische Enklaven auf unserer Seite der Abhänge in unseren Besitz übergehen würden. Wir wollten außerdem die ehemals savoyardischen Kantone Tende und La Brigue Frankreich einverleiben, möglichst auch Ventimiglia" sowie das Aosta-Tal. Gleich nach dem Einmarsch ließ er die erstgenannten Gebiete verwaltungsmäßig schlichtweg dem Department Alpes-Maritimes angliedern, ebenso aber auch in dem von französischen und amerikanischen Einheiten sowie italienischen Partisanen gleichzeitig befreiten Aosta-Tal eine rein französische Verwaltung einrichten. Ein Befehl Eisenhowers als des Oberbefehlshabers der französischen Truppen, sich wieder auf französisches Territorium zurückzuziehen, blieb unbeachtet. Statt dessen mehrten sich beim amerikanischen Präsidenten „Berichte, daß die Zahl der französischen Truppen im Aosta-Tal immer noch zunehme..., die italienische Fahne eingeholt und die italienische Bevölkerung durch Anschläge aufgefordert werde, für Frankreich zu optieren und französisches Geld anzunehmen"[113]. Als der Chef des amerikanischen 4. Armeekorps die vorgesehene alliierte Militärregierung einrichten wollte, erhielt er am 2. Juni ein Schreiben des französischen Generals Doyen: „Der General de Gaulle hat mir die Instruktion gegeben, dem alliierten Kommando so klar wie möglich zum Ausdruck zu bringen, daß ich den Befehl empfangen habe,

[112] Mémoires III, S. 156–170. Zu einem ernsten Zwischenfall kam es dort, als amerikanische und französ. Streitkräfte unter dem Oberbefehl von General Devers am 21. 4. bis vor Stuttgart gelangt waren, die französischen dem taktischen Plan entsprechend die Stadt besetzten und anschließend nach Süden abschwenken sollten, auf direkten Befehl de Gaulles aber sich weigerten, Stuttgart zu räumen, um die Stadt als fait accompli bei den Verhandlungen zur Abgrenzung der Besatzungszone in der Hand zu behalten. Vgl. die Protestschreiben Eisenhowers und das von Präsident Truman in: Mémoires III, S. 492–96, mit deren Falsch-Zitierung und Umstilisierung zu einem französ. Triumph ebenda, S. 170 f. Truman (Anm. 107), S. 203 f.: „Daraufhin sperrte ich den Nachschub für die französischen Truppen, und jetzt wurde Stuttgart geräumt." Vgl. Vigneras (Anm. 6), S. 361 f.; de Lattre (Anm. 6), S. 567–71; Viorst (Anm. 8), S. 234–36. – De Gaulle in bezug auf die italienischen Territorien: „Pendant qu'on discutait, nous créions des faits accomplis" (Mémoires III, S. 183).

[113] Mémoires III, S. 180; Truman (Anm. 107), S. 204 f.; „als ich am 18. Mai auf de Gaulles Ersuchen... Bidault empfing, hatten sich meine Gefühle für den General merklich abgekühlt" (ebenda 205); Truman bat Bidault, auf Abzug der Truppen zu dringen (ebenda 207).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den von unseren Truppen besetzten und von uns verwalteten Gebieten mit allen nötigen Mitteln *ohne jede Ausnahme* die Einrichtung einer Alliierten Militärregierung zu verhindern." Verständlicherweise hat Präsident Truman, seit der ihm am Abend des Amtsantritts gemachten Mitteilung von der Verantwortung für die im Endstadium der Entwicklung stehende Atombombe bedrückt, mit allen Kräften auf die Beendigung der weitertobenden Schlachten gegen Japan konzentriert und überdies vor schwersten Entscheidungen in bezug auf Osteuropa stehend, auf die Mitteilung dieses Schreibens mit Empörung reagiert. In einer scharfen Note beschwerte er sich am 7. Juni bei de Gaulle über „diese nahezu unglaubliche Drohung, daß französische Soldaten, ausgerüstet mit amerikanischen Waffen, auf amerikanische Soldaten das Feuer eröffnen könnten, die mit ihren Opfern eben erst zur Befreiung Frankreichs beitrugen", und teilte mit, daß er die Versorgung der französischen Truppen habe einstellen lassen. Sofort gab de Gaulle nach und versprach durch seinen Außenminister, „im Geiste ausgesprochener Versöhnlichkeit eine Lösung zu suchen"[114]. Er hatte mit diesem Versuch eines fait accompli nichts anderes als eine gründliche Desavouierung in den Augen der Truman-Administration erreicht.

Der Eindruck war um so schlimmer, als de Gaulle in den gleichen Wochen in der Levante-Frage es bis zu einer direkten Konfrontation mit britischen Truppen hatte kommen lassen. Am 2. Februar hatte er den französischen Generaldelegierten in Syrien und Libanon, General Beynet, angewiesen, mit den Regierungen dieser beiden Staaten Verhandlungen über die 1941 ihnen versprochene „Unabhängigkeit und Souveränität" so zu führen, daß Frankreichs dauernde „Präsenz", seine „spezielle Position" in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht als Gegengabe gegen die formelle Unabhängigkeitserklärung vertraglich gesichert werde. Offensichtlich war damit nicht abgestimmt, daß Frankreich die Einladung beider Staaten zur UNO-Konferenz in San Francisco befürwortete, also anerkannte, daß es mit ihnen auf der Basis schon vorhandener Souveränität zu verhandeln hätte. Beide Regierungen lehnten de Gaulles Forderungen ab, die nach seinen Memoiren darin bestanden, „in der Levante zwei Militärstützpunkte zu übernehmen" und „die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die wir dort hatten, vertraglich zu untermauern", die aber von den Regierungen verstanden wurden als – wie auch Truman formulierte – „Versuch der Wiederaufrichtung der französischen Kolonialherrschaft in der Levante"[115]. Ende April erbat General Beynet neue Instruktionen, aber statt neuer Vorschläge ließ de Gaulle trotz ernster Warnungen Churchills Truppenverstärkungen einschiffen, die am 17. Mai in Beirut landeten. Die Regie-

[114] Note Trumans unter Zitierung der Schreiben Doyens frz. in: Mémoires III, S. 537–39; vgl. Mémoires III, S. 182 f.; Truman (Anm. 107), S. 207 (betr. Atombombe vgl. z. B. ebenda S. 23, 426 f. u. ö.); Churchill VI (Anm. 14), S. 566–68; Leahy (Anm. 7), S. 373 f. Der Abzug der französ. Truppen begann wenige Tage später; die militärische Ausrüstung der französ. Armee blieb definitiv eingestellt, Vigneras (Anm. 6), S. 360 f. und 367–72. Insges. vgl. Grosser (Anm. 2), S. 20.

[115] Mémoires III, S. 185; Truman (Anm. 107), S. 208. Vgl. Anm. 88.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen Syriens und des Libanons brachen daraufhin die Verhandlungen ab und erklärten am 19. Mai, nicht unter militärischem Druck verhandeln zu wollen. Unruhen, Demonstrationen und Streiks brachen in den syrischen Städten aus. Die französischen Truppen versuchten, sie in militärischen Aktionen niederzuschlagen. Das Pariser Kabinett erklärte am 29. Mai, „daß es die Fragen vor dem Rückzug seiner Truppen zu klären wünsche", d. h., die „speziellen Positionen" Frankreichs zu erzwingen gedenke. Am Abend des 29. Mai begannen in Damaskus ernsthafte Kämpfe zwischen französischen Truppen und Syrern, die sich bis zum 31. hinzogen und rund 2000 Tote und Verletzte zur Folge hatten. Die syrische und die libanesische Regierung baten die seit 1941 im Lande befindlichen, zahlenmäßig den französischen überlegenen britischen Streitkräfte um Schutz und richteten Hilferufe an Präsident Truman. Mit des letzteren Zustimmung forderte das britische Kabinett am 31. Mai das französische zur Feuereinstellung auf, und in der Levante internierten britische Truppen am 2. Juni die französischen in ihren Unterkünften. So viele Fragen auch unklar sind – ob britische Anstiftung zu den Demonstrationen im Spiele war, ob de Gaulle Feuereinstellung vor Eintreffen der britischen Aufforderung befahl etc. –, jedenfalls hatte de Gaulle im Stile alter Kanonenbootpolitik eine rechtlich unhaltbare Position durch Truppenverstärkungen zu halten versucht und noch ehe der Zweite Weltkrieg gegen die letzte der Achsenmächte zu Ende ging, eine direkte Konfrontation mit Großbritannien heraufbeschworen[116]. Am 4. Juni versicherte er dem britischen Botschafter in Paris: „Wir sind, ich bemerke das, im jetzigen Augenblick nicht in der Lage, gegen euch Krieg zu führen; aber ihr habt Frankreich zutiefst beleidigt."[117] Der Sache nach blieb ihm nichts anderes übrig, als die meisten Truppenteile aus der Levante abzuziehen und mit beiden Ländern tatsächlich auf der Basis ihrer Unabhängigkeit zu verhandeln.

Verständlicherweise waren die Regierungen Großbritanniens und der USA nach diesen Zwischenfällen weniger als zuvor geneigt, den Hauptwünschen de Gaulles entgegenzukommen. Zwar folgte Truman nicht seinem ersten, von Churchill und Leahy unterstützten Impuls, seine Protestnoten zur Aosta- und Levante-Krise der Presse zu übergeben, was nach Meinung des gerade in Paris weilenden Hopkins angesichts der Entrüstung aller dortigen Parteien über de Gaulles Aktionen dessen Rücktritt zur Folge gehabt hätte. Auf Trumans Mitteilung, er wolle davon absehen, kabelte Churchill, eben der, der bisher und besonders in Jalta alles nur Mögliche

[116] Hauptquellen zur Levante-Krise: Mémoires III, S. 186–98, 508–21 und 530 f.; Churchill VI (Anm. 14), S. 561–66; Truman (Anm. 107), S. 208 f. „Unklare Fragen" vgl. John C. Cairns in Besprechung der Mémoires III in: The Journal of Modern History 32 (1960), S. 254–56. An Darstellung bes. George Kirk, The Middle East in the war [Teilband der Survey of international affairs 1939–46, ed. Arnold Toynbee], London 1952, S. 272–306; und DePorte (Anm. 4), S. 126–52.

[117] Mémoires III, S. 194. Am 2. 6. 1945 erklärte de Gaulle in einem Kommuniqué: „Nachdem das Telegramm in diesem Wortlaut und in dieser Form veröffentlicht worden war, blieb nur eine Antwort in der Öffentlichkeit möglich, daß der Präsident der Provisorischen Regierung es vorgezogen habe, dem britischen Premier keine solche Antwort zu erteilen." (AP 1944–45, S. 227).

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für Frankreich getan hatte, am 6. Juni: „Die Veröffentlichung Ihrer Botschaft würde zum Sturz de Gaulles geführt haben, der mich in fünfjähriger Erfahrung davon überzeugt hat, daß er der schlimmste Feind Frankreichs ist" und „eine der größten Gefahren für den Frieden Europas. Niemand hat Frankreichs Freundschaft dringender nötig als Großbritannien, aber ich bin überzeugt, daß mit General de Gaulle auf die Dauer keine Verständigung erreicht werden wird."[118] Unter diesen Umständen erhielt jedoch Frankreich in Deutschland aus der amerikanischen und britischen Besatzungszone am 22. Juni nur einen kleineren Teil, als sonst erreichbar gewesen wäre, als eigene französische Besatzungszone zugewiesen. Anstelle des gewünschten ganzen links- und rechtsrheinischen Rheinlandes, Hessens, Hessen-Nassaus, Badens und Württembergs, was die Städte Ulm, Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt, Wiesbaden, Fulda, Bonn und Köln eingeschlossen hätte, erhielten die Franzosen nur das südliche Rheinland ab Remagen südwärts, ein schmales linksrheinisches Stück Hessens und nur die südlichen Hälften von Baden und Württemberg, so daß die französischen Truppen selbst Karlsruhe wieder räumen mußten[119]. Vor allem hatte es de Gaulle seinem Verhalten im Aosta-Tal und in der Levante-Frage selbst zuzuschreiben, daß nun auch Truman, wie Murphy berichtet, indigniert über das Vorgefallene, ihn nicht bei der in eben diesen Juni-Tagen zu verabredenden neuen Gipfelkonferenz dabei zu haben wünschte. Weder Churchill noch Truman oder sein neuer, nicht-frankophiler Außenminister Byrnes versuchten, den feststehenden Widerspruch Stalins gegen eine Beteiligung Frankreichs auszuräumen; so fand auch die dritte und letzte Konferenz der „Großen Drei" vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam ohne de Gaulle statt, und von keiner Seite wurden auf ihr seine bekannten Forderungen ernstlich in Erwägung gezogen, vielmehr die Zerstückelungspläne endgültig ad acta gelegt[120]. Die Noten, mit denen die Provisorische Regierung am 7. August auf die ihr mitgeteilten Ergebnisse der Potsdamer Konferenz antwortete, zeigten ihre Desiderata: sie begrüßte 1. die von Stalin nur widerstrebend zugestandene Aufnahme Frankreichs in den künftigen Außen-

[118] Truman (Anm. 107), S. 208; Mémoires III, S. 195–97 beschrieb de Gaulle selbst den Widerspruch in Paris „chez la plupart des hommes qui jouaient un rôle public"; der Bericht von Hopkins in: Sherwood (Anm. 7), S. 915.

[119] Mémoires III, S. 503 f. (de Gaulle 10. 4. 1945 Forderung der Großzone) und 540 (20. 6. 1945 letzter Versuch, Karlsruhe zu behalten); der Verhandlungsverlauf bei Ph. E. Mosely, The Occupation of Germany, Foreign Affairs 28 (Juli 1950), S. 599–602: gegen die im EAC am 2. 5. durchgesetzte, vom Pentagon aus logistischen Gründen verlangte Zugehörigkeit der ganzen Autobahn Frankfurt–Karlsruhe–München zur US-Zone hatte de Gaulle Protest eingelegt, anfangs begünstigt vom State Department, aber nicht mehr nach dem Aosta-Zwischenfall, so daß de Gaulle Mitte Juni (lt. New York Times: für dringend benötigte Kohlezufuhr) in diese Zonenabgrenzung einwilligen mußte; vgl. Willis (Anm. 3), S. 19 f., und DePorte (Anm. 4), S. 166 f. und 310 f.

[120] Robert Murphy, Un Diplomate parmi les guerriers, Paris 1965, S. 311. Vgl. Herbert Feis, Between War and Peace, The Potsdam Conference, Princeton 1960, S. 128–32, sowie hier und bei Ernst Deuerlein, Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei", München 1963, die Erwähnungen unter „Frankreich" im Register; DePorte (Anm. 4), S. 173–79.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ministerrat, protestierte aber gegen den Potsdamer Beschluß, daß sie in diesem Rat allein bei der Aushandlung der Friedensverträge für Deutschland und Italien mitspracheberechtigt sein sollte, während die „Großen Drei" sich die osteuropäischen Verträge allein vorbehalten hatten. Sie erklärte 2., die Zulassung politischer Parteien und Schaffung zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland, solange über dessen Grenzen noch nicht entschieden sei, nicht akzeptieren zu können. Sie stimmte 3. der Übernahme der im „Übereinkommen über die westlichen Grenzen Polens" bezeichneten deutschen Gebiete in polnische Verwaltung zu, unterstrich aber, daß die Frage der künftigen Grenzen Deutschlands ein Ganzes bilde und in bezug auf die Westgrenze noch offenstehe[121]. Keine der drei Hauptforderungen de Gaulles – Abtrennung des Rheinlandes, Internationalisierung des Ruhrgebietes und Zerstückelung Deutschlands – war im Potsdamer Protokoll berücksichtigt worden.

5. Letzte Bemühungen, in der Sackgasse. Binnen eines halben Jahres hatten somit sowohl die Methode als auch der Inhalt der Forderungen de Gaulles, die keine der anderen Großmächte als in ihrem Interesse liegend anzusehen vermochte, Frankreichs Außenpolitik in eine Sackgasse geführt. Im noch verbleibenden halben Jahr seiner ersten Präsidentschaft hat er nicht etwa aus einer Einsicht in diesen Tatbestand Folgerungen gezogen, sondern unverändert weiter in der gleichen Richtung zu stoßen versucht – weshalb es hier genügt, diese Versuche nur mehr aufzuzählen. Um Truman durch eine persönliche Darlegung seiner Ansichten zu überzeugen, verlangte und erhielt er einen Besuchstermin in Washington und versicherte am 22. und 24. August 1945 dem acht Tage nach der japanischen Kapitulation in schwierigsten Verhandlungen mit Chinesen und Russen stehenden Präsidenten, er, de Gaulle, könne der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen erst dann zustimmen, wenn das Ruhrgebiet, das Saargebiet und das Rheinland vorher in derselben Weise abgetrennt sein würden wie die Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Gegen die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen spreche überhaupt – so nutzte er ein aus der Lage sich ergebendes neuartiges Argument –, daß diese wohl unvermeidlich von den Russen beherrscht würden, wozu jedoch in einem gewissen Widerspruch stand, daß er für die Internationalisierung der Ruhr eine russische Beteiligung in Kauf zu nehmen riet. Zu deutlich war, daß hier nur beiden Weltmächten ein gewisser Gewinn vor Augen gehalten wurde (den zu vergeben

[121] Noten des Quai d'Orsay vom 7. 8. 1945 frz. in: Documents Français relatifs à l'Allemagne, Paris 1947, S. 7–11; engl. in: Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin II, Wash. 1960, S. 1551–55 (ebenda S. 1543–47 Text der kurz vor Ende der Konferenz der französischen Regierung gemachten Mitteilungen); dt. in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6744–46. Die in Potsdam vor allem umstrittenen und gefaßten Beschlüsse über die Prozentzahlen der Reparationen aus den einzelnen Zonen schlossen ferner praktisch die Verwirklichung einer Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr aus. (In der Literatur ist umstritten, ob der russische Vorschlag einer Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr dem Wunsch de Gaulles gleichartig oder entgegengesetzt war: Vgl. DePorte, S. 178, gegen Rieber, S. 246; entgegengesetzt gewiß in bezug auf die Frage, wem dann die leitende Rolle hätte zukommen sollen.)

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht in de Gaulles Macht stand), um ihre Zustimmung zur Erweiterung der französischen Machtbasis zu gewinnen. Es gelang ihm nicht, von der amerikanischen Regierung die Zusage zu erhalten, daß sie auf der bevorstehenden Londoner Tagung des Außenministerrates die französischen Wünsche unterstützen würde[122].

Angesichts der Gegnerschaft der Sowjetunion und dieser Kühle der USA gegenüber de Gaulles Wünschen, wandte er sich am Vorabend der Londoner Außenministerkonferenz in einem „Times"-Interview an Großbritannien, um nunmehr diesem anzubieten, was er nicht hatte: eine Beteiligung an der von de Gaulle angestrebten militärischen und wirtschaftlichen Rheingrenze und internationalisierten Ruhr. Es geschah das einzige Mal während seiner Amtszeit in dieser verfahrenen Situation, daß er auf den Gedanken eines „groupement occidental" vom März 1944 zurückgriff. Italien, die Schweiz, Holland und Belgien seien der Internationalisierung des Rheins und der Ruhrkohle bedürftig und tendierten naturgemäß zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation mit Frankreich und England. Diese Länder zusammen „besitzen die nötigen Existenzmittel in hinreichender Menge für ein ensemble économique, das zwar nicht völlig sich selbst genügen, das aber nicht weniger Möglichkeiten als die anderen Wirtschaftsräume der Welt haben wird". In Potsdam wurde „Deutschland im Osten amputiert, aber nicht im Westen. Die deutsche Dynamik wird sich deshalb gegen den Westen wenden. Eines Tages könnte auch der deutsche Angriffswille sich gen Westen richten. Man muß daher im Westen eine Regelung treffen, die zu der im Osten ein Gleichgewicht schafft." Frankreich müsse das Rheinland, die genannten Länder sollten gemeinsam das Ruhrgebiet „strategisch und politisch beherrschen", beide „vom Rest Deutschlands in der Weise getrennt, daß ihre Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt"[123]. Zu deutlich war das Ganze eine

[122] Vgl. Vorausberichte des US-Botschafters in Paris, Caffery, an Byrnes vom 11. und 16. 8. 1945 über de Gaulles Stellung zu den Tagesordnungspunkten in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, vol. IV, Wash. 1970, S. 703–06; die amerikanischen Aufzeichnungen über die Gespräche am 22. und 24. 8. ebenda S. 709 ff. und 718 ff.; die französischen durch Botschafter Bonnet in: Mémoires III (Anm. 14), S. 550–55 mit der treffenden Zusammenfassung (der Hauptverhandlung 22. 8.): „Au total, MM Truman et Byrnes estiment, qu'en ce qui concerne l'Allemagne, le plus sage est de s'en tenir, pour le moment, au régime de l'occupation tel qu'il est actuellement pratiqué" (ebenda S. 553). Vgl. de Gaulles Rückblick ebenda, S. 209–14; DePorte (Anm. 4), 184–86; Walter Vogel, Deutschland, Europa und die Umgestaltung der amerikanischen Sicherheitspolitik 1945–49, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 65–67. – Charakteristisch, daß in seinen Memoiren Truman (Anm. 107) zwischen Anordnungen zum Vollzug der japanischen Kapitulation (S. 477 ff.), zwischen dem Ende des Lend-lease-Systems, der Regierungserklärung am 21. 8. (S. 509 ff.) und den Beratungen über künftige Verwendung der Atomenergie (S. 566 ff.) den Besuch de Gaulles ganz zu erwähnen vergaß.

[123] Déclarations au correspondant parisien du Times, engl. in: The Times (London) 10. 9. 1945, S. 4; frz. in: Discours (Anm. 37), S. 614–19, auch in Mémoires III, 558–62. Einer etwa sich ergebenden Auswanderungswelle aus Rest-Deutschland „wird Frankreich sicherlich nicht feindlich gesinnt sein", als weiterer Verminderung des bevölkerungsmäßigen Ungleichgewichts (Discours S. 619). Erneut (vgl. bei Anm. 87–89) versicherte de Gaulle, daß wenn „England ein Bündnis mit Frankreich wünscht", es zuvor diese vitalen Forderungen Frankreichs anerkennen müsse (bes. S. 616 und 619). Protesten der sowjetischen Presse, die in

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hilfskonstruktion zur Abdeckung der Rheinland-Separierung unter französischer Hegemonie, und Großbritannien als derzeitiger Verwalter des Ruhrgebiets dachte noch weniger als die Sowjetunion daran, diesen Wünschen de Gaulles zuzustimmen. Der Londoner Tagung des Außenministerrates legte Bidault am 14. September die Forderungen auf Abtrennung des Rheinlandes, der Ruhr und „eine Teilung Restdeutschlands in mehrere Staaten" vor; aber sie wurden, da die Deutschlandfrage nicht auf der Tagesordnung stand, lediglich ad acta genommen. Molotow verlangte statt dessen sogar die effektive Abwesenheit der französischen Delegation bei Erörterung der Verträge mit osteuropäischen Ländern und brachte mit seinen Forderungen nach praktischem Ausschluß der Westmächte aus Osteuropa aber gleichzeitiger Beteiligung der Sowjetunion an der Besetzung Japans die Konferenz zum Scheitern[124].

Auch angesichts dieser erneuten Absagen an seine Forderungen zeigte sich de Gaulle nicht zu ihrer Überprüfung bereit, sondern versuchte es nochmals mit der Trotz-Methode. Erstmals am 1. Oktober gebrauchte er die Mitgliedschaft im Alliierten Kontrollrat, die London ihm in Jalta mit Mühe verschafft hatte, zum Einsatz seiner letzten Waffe: des blockierenden französischen Vetos gegen alle Pläne zur Schaffung gesamtdeutscher Verwaltungsbehörden, solange nicht über die Abtretung des Rheinlandes und der Ruhr entschieden sei[125]. Am 2. Oktober begann de Gaulle eine Rede-Tournee durch die französische Zone, während der er die Rheinländer anredete, als ob sie schon Landeskinder Frankreichs seien. „Frankreich hier etablieren, heißt vor allem, Frankreich die Verfügung über die Territorien zu geben, die durch ihre Natur einen Körper mit ihm bilden. Ich verstehe darunter alle Gebiete links des Rheins, die Pfalz, Hessen, das preußische Rheinland... Ich glaube, daß diese Länder der Idee eines Deutschlands, gruppiert um ein jetzt zerstörtes Preußen, absagen, um sich zu dem Horizont zurückzuwenden,

---

diesem Interview ein Aufkommen der gefürchteten „Westblock-Idee" sahen, ist die Literatur terminologisch zu sehr gefolgt: De Gaulle wünschte mit diesem „ensemble économique" in erster Linie die französische Beherrschung der Rheinlande zu beschönigen, in zweiter eine Frankreich stärkende „association d'intérêts" kleinerer Länder um Paris zu gruppieren (vgl. Discours S. 566, letztmalige Erwähnung). Es war noch kein „Europa"-Denken; vgl. Anm. 46; DePorte (Anm. 4), S. 192 f.

[124] Text des französ. Memorandums vom 14. 9. 1945 engl. in: Foreign Relations 1945/II, S. 177–79; frz. in: Documents Français relatifs à l'Allemagne, Paris 1947, S. 13–15; dt. in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6747. Vgl. DePorte, S. 201–13 mit dem Nachweis, daß britisch-amerikanische Vermittlungsversuche schon zum Ausschluß der französischen Delegierten von den entscheidenden Verhandlungen der Konferenz tendierten, die die Moskauer Konferenz im Dezember 1945 verwirklichte. Vgl. Mémoires III, S. 218; Vogel (Anm. 122), S. 71 f.

[125] Erklärung des französ. Vertreters im Alliierten Kontrollrat 1. 10. 1945 in: Documents Français (Anm. 124), S. 16; dt. in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6748. Bereits am 22.9. hatte der französ. Vertreter ein Veto gegen die Einrichtung einer gesamtdeutschen Transportverwaltung eingelegt. Vgl. die Berichte Murphys an Byrnes in: Foreign Relations 1945/III (Anm. 102), S. 871 ff. und 882 ff. sowie L. D. Clay, Decision in Germany, New York 1950, S. 109–11.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der ihnen am meisten Hoffnung bringt."[126] Nochmals zu prüfen, was nach Einlage des Vetos für diese Forderungen bilateral von den USA oder der Sowjetunion erhandelt werden könne, wurde Couve de Murville einen Monat später nach Washington geschickt; er schlug erneut am 20. November Byrnes persönlich vor, das Rheinland und die Ruhr von Deutschland abzutrennen, sonst würde Frankreich der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen für den Rest nicht zustimmen; worauf Präsident Truman am 23. November die Abschaffung des Veto-Rechts im Alliierten Kontrollrat forderte und Byrnes am 3. Dezember öffentlich erklärte, die USA seien bereit, eine wirtschaftliche Internationalisierung der Ruhr zu erwägen, bestünden aber auf der sofortigen Einrichtung gesamtdeutscher Verwaltungen und lehnten es kategorisch ab, sich mit Fragen zu befassen, zu deren Prüfung Frankreich sie durch Einlegung seines Vetos zwingen wolle[127]. In Moskau trug R. W. Alphand die gleichen Forderungen nochmals am 13. und 22. Dezember Molotow vor, zusammen mit dem Angebot, Frankreich werde für eine Beteiligung der Sowjetunion an der Verwaltung des Ruhrgebiets eintreten; doch Molotow lehnte schlichtweg ab, über etwas mit Frankreich zu sprechen, was nur London und Washington anbieten konnten[128]. Wie zur Demonstration des Ergebnisses fand die Moskauer Konferenz der Außenminister Ende Dezember 1945 wieder im engeren Zirkel der Großen Drei der Kriegsallianz unter Ausschluß Frankreichs statt. Sie plazierte in Fernostfragen Frankreich in dieselbe Position wie Neuseeland, Holland und die Philippinen; sie entschied definitiv, daß nur die Großen Drei die Friedensverträge mit den osteuropäischen Staaten ausarbeiten und, nach unverbindlicher Diskussion im größeren Kreis, endgültig über sie beschließen würden. Frankreich schien aufgrund von de Gaulles Verhalten nachgerade wieder von der Ebene verdrängt, auf die Großbritannien und die USA es noch in Jalta hatten heben wollen[129].

---

[126] Zitat aus der Baden-Baden-Rede 5. 10. 1945, der erste Satz bereits frz. zit. mit Nachweis in Anm. 80. Den Mainzer Honoratioren versicherte er: „Wir befinden uns unter Europäern und Okzidentalen. Was für Gründe, um uns künftig näherzukommen" (Mémoires III, S. 219); den Koblenzern: „Je crois bien que désormais il y a toutes les raisons pour que vous soyez longtemps plus près que loin de nous" (AP 1944/45, S. 537); und in Strasbourg: „Le Rhin était une barrière, une frontière . . ., aujourd'hui il peut redevenir un lieu occidental" – mit dem abschließenden Zuruf: „Vive l'Alsace Française, Vive la France Rhénane" (Discours S. 623). Zur Organisation der französ. Zone als Dauer-Dépendance vgl. Willis (Anm. 3), S. 74–95 und passim.

[127] Die amerikanischen Aufzeichnungen über die Gespräche vom 13.–20. 11. 1945 in Washington in: Foreign Relations 1945/III (Anm. 102), S. 896 ff.; die Presseerklärungen von Couve de Murville, Truman und Byrnes in: AP 1944/45 S. 557 und 421 f. Vgl. DePorte (Anm. 4), S. 262 f.

[128] Vgl. AP 1944/45, S. 397 f. und 423; Catroux (Anm. 101), S. 139–44; Guiton (Anm. 70), S. 126–28; DePorte (Anm. 4), S. 263 f. Zu erinnern ist, daß zur gleichen Zeit nur die Mitte Dezember 1945 erfolgende Bewilligung weiterer amerikanischer Kredite die französische Wirtschaft über Wasser hielt (vgl. Anm. 70).

[129] Vgl. Catroux (Anm. 101), S. 131–36 und 147–49; James F. Byrnes, Speaking Frankly, New York 1947, S. 109–22; mit allen Nachweisen DePorte (Anm. 4), S. 236–44.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das äußere Scheitern der Außenpolitik de Gaulles 1945 steht im Rückblick außer Zweifel. Er hatte noch einmal seinem Nationalstaat die Rolle einer „Großmacht ersten Ranges" verschaffen wollen durch praktische Angliederung eines erheblichen Teiles der deutschen Potenz und entsprechende Forderungen zum ersten und letzten Ziel seiner Außenpolitik gemacht; doch die beiden wirklichen Weltmächte hatten keinen Grund gesehen, dem kleingewordenen französischen Nationalstaat diese Wünsche zu erfüllen. Frankreichs Außenpolitik war in eine hoffnungslose Sackgasse geführt, als er, mit aus diesem Grund, drei Wochen später „sich zurückzog"[130]. Außenminister Bidault blieb es vorbehalten, sich noch über ein Jahr in gleicher Richtung, gemildert in den Formen, vergeblich abzumühen, ehe er angesichts des Ost-West-Konflikts die Konsequenz resignierten Einlenkens auf die Linie der Deutschland- und Europapolitik der USA zog. Weit schwerer trug Frankreich an den inneren Folgen (wenn man will: den inneren, tatsächlich weitreichenden Ergebnissen): Noch einmal hatte de Gaulle in weiten Bevölkerungskreisen das verunsicherte nationalistische Denken wieder gefestigt und es in die alten Gleise Poincaréscher Politik zurückgebannt. Es war das verständlich und gewissermaßen der leichte Weg nach den Leiden des Krieges, angesichts der Konzeptlosigkeit der westlichen Nachkriegsplanung und aus der Herkunft de Gaulles; aber es blieb doch das Kriterium eines Staatsmannes, ob er sich zu dieser Zeit rückwärts orientierte und die Einbringung der in der Résistance formulierten innereuropäischen Einsichten in die Politik verhinderte oder ob er Folgerungen daraus zog, daß im Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich und politisch kontinentale Maßstäbe sich durchgesetzt hatten. De Gaulle hat, nach der treffenden Formulierung von Gilbert Ziebura, versucht, „dem französischen Volk jene Dosis von Nationalismus zu injizieren, die es seiner Meinung nach benötigte, um die Erniedrigung von 1940 zu kompensieren. [Aber] gerade dadurch trug er entscheidend dazu bei, die Situation zu komplizieren und zu verschlimmern, indem er den Blick für die neuen Realitäten einer gewandelten Welt verstellte und somit den Prozeß der Anpassung für längere Zeit blockierte."[131] So überwogen während der IV. Republik die Kräfte, die auch den resignierend akzeptierten Weg der europäischen Einigung nur instrumental als Mittel für unverändert nationalstaatliche Zwecke zu sehen vermochten, und darauf bauend konnte de Gaulles zweite Präsidentschaft,

---

[130] Wortlaut der Rücktrittserklärung bei Anm. 62. Am 15. und 16. Jan. 1946 hatte de Gaulle in der außenpolitischen Debatte der Assemblée Constituante schweigend nochmals scharfe Kritiken seitens einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Abgeordneten angehört; vgl. demnächst den geplanten fortführenden Aufsatz: „Innerfranzösische Kritik der Außenpolitik de Gaulles 1944–46".

[131] Ziebura (Anm. 3), S. 39. Das in dem soeben erschienenen Buch von Klaus Hänsch, Frankreich zwischen Ost und West, Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes 1946–1948 (Beiträge zur auswärtigen und internat. Politik Bd. 5), Berlin/New York 1972, S. 15–78 trefflich beschriebene System von Wertemustern, Zieldefinitionen und außenpolitischem Bewußtsein des dominierenden Teils der französischen öffentlichen Meinung i. J. 1946 war demnach m. E. zum erheblichen Teil ein Produkt der ersten Präsidentschaft de Gaulles.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter durch die Patt-Situation der Weltmächte erleichterten Umständen, nochmals zehn Jahre den europäischen Zusammenschluß aufhalten. Eine wichtige Voraussetzung dazu hatte er durch den Re-Nationalisierungseffekt seiner (wenn auch sachlich gescheiterten) Außenpolitik 1945 gelegt.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Christoph Kleßmann, wiss. Assistent an der Abteilung für Geschichtswissenschaft der Universität Bochum; 463 Bochum-Stiepel, Leithmannswiese 26.

Dr. Miklós Lackó, Abteilungsleiter am Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest I, Úri Utca 51–53.

Dr. Walter Lipgens, o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität des Saarlandes; 66 Saarbrücken 3, Neugrabenweg 59.

Dr. Heinrich Muth, Deutsche Landjugendakademie, 5949 Fredeburg/Sauerland, Johannes Hummel-Weg 3.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DAS „PROGRAMM VOLKSPOLENS" VON 1941

Zur gesellschaftspolitischen Grundsatzdiskussion im polnischen Widerstand

Besatzungspolitik und Widerstandsbewegung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges nehmen in der polnischen Historiographie einen ungewöhnlich breiten Raum ein. Diese Intensität historischer Forschung ist ein Reflex der Bedeutung, die Okkupation und Résistance im historisch-politischen Bewußtsein der Polen heute besitzen. Besonders zahlreich sind in der Widerstandsliteratur Berichte und Dokumentationen zum Partisanenkampf vertreten, vor allem so weit sie die Aktionen der kommunistischen Verbände, der „Gwardia Ludowa" (Volksgarde) und „Armia Ludowa (Volksarmee) und auch des linken Flügels der „Bataliony Chłopskie" (Bauernbataillone) betreffen. Bei einem Blick auf die Quantität der diesen Bereich behandelnden Arbeiten verschiebt sich suggestiv, aber historisch falsch, das Gesamtbild, das von einer ans Chaotische grenzenden Vielfalt verschiedener Gruppen mit unterschiedlicher politischer und militärisch-taktischer Zielsetzung gekennzeichnet ist, zuungunsten des nichtkommunistischen Widerstandes, der seinerseits ein breites politisches Spektrum von rechts-nationalen und faschistoiden bis zu links-sozialistischen Gruppen umfaßte. Ist dieser nichtkommunistische Teil der polnischen Untergrundbewegung schon in der Behandlung des aktiven Widerstandskampfes historiographisch unterrepräsentiert, so gilt das in viel größerem Umfang für die wichtige Frage nach der grundsätzlichen politisch-gesellschaftlichen Orientierung und Programmatik. Die Dokumentation und Analyse der im Widerstand entwickelten Vorstellungen ist für die „Londoner", d.h. die der Exilregierung untergeordneten Parteien, und unter ihnen besonders für eine der wichtigsten Parteien, die polnischen Sozialisten, kaum in rudimentären Ansätzen geleistet[1].

Der hier in deutscher Sprache wiedergegebene Text eines der politischen Schlüsseldokumente der Résistance kann auf diese Lücke nur noch einmal hinweisen, im übrigen aber vielleicht doch in einem groben Umriß die Spannweite und Intensität der innerpolitischen Diskussion im Untergrund sichtbar machen.

Die Entstehung des Manifestes fällt in eine Zeit, in der die Widerstandsbewegung als politische Organisation hinsichtlich der Kooperation der verschiedenen Parteien noch keineswegs konsolidiert war. Insofern ist der Text zwar aus Diskus-

[1] Vgl. über die parteipolitischen Probleme im „Londoner Lager" allgemein E. Duraczyński, Stosunki w kierwonictwie podziemia londyńskiego 1939–1943, Warschau 1966. Eine Analyse des linken Flügels der PPS, der sich abspaltete, gibt A. Przygoński, Polityka i działalność lewicy socjalistycznej w latach 1939–1944, in: Problemy wojny i okupacji 1939–1944, hrsg. v. W. Góra und J. Gołębiowski, Warschau 1969. Dort finden sich auch mehrere Aufsätze zur Haltung der verschiedenen Parteien gegenüber wichtigen Problemen wie Landreform, Nationalisierung der Industrie, Grenzfragen usf.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen verschiedener Parteien hervorgegangen, wie es in der Einleitung heißt, – formuliert, verantwortet und publiziert wurde er aber allein von der Führung der PPS, die sich im Untergrund WRN (Wolność, Równość, Niepodległość; Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) nannte. Man hoffte, wie Stanisław Zaremba, einer der Verfasser der Erklärung in der WRN-Führung, in seinen Erinnerungen schreibt, daß von dieser Veröffentlichung eine Art Signalwirkung ausgehen würde und sich andere Parteien, vor allem das „Stronnictwo Ludowe" (Bauernpartei) diese ideologische Plattform zu eigen machen würden[2]. Programmatische Erklärungen, die neben dem Kampf gegen die Okkupanten auch die Formulierung politischer Zukunftsvorstellungen zum Inhalt hatten, gab es zwar schon vorher, so z.B. einen Aufruf der PPS zum 1. Mai 1940[3], aber als erster umfassenderer Entwurf eines politischen Programms und als Beginn eines politischen Diskussions- und Klärungsprozesses in allen relevanten Gruppen kann doch erst dieses „Programm Volkspolens" gelten. Die hier ausgearbeiteten Grundlinien wurden in den folgenden Jahren durch ausführliches „Material zum Programm Volkspolens" ergänzt und konkretisiert[4].

Ein Indikator für die Bedeutung dieses Programms ist neben der Wichtigkeit, die ihm von der Führung der größten polnischen Partei beigemessen wurde, die Verbreitung im Untergrund und auch im Ausland.

Nach Angaben der Bibliographie der konspirativen Drucke gab es in Polen selbst zwei, nach Angaben Zarembas drei Auflagen, davon hatte die zweite die für illegale Drucke ungewöhnlich hohe Auflagenzahl von 10000 Stück. Außerdem erschienen 1941 Nachdrucke in Frankreich (illegal) und England. In London wurde das Programm überdies im „Robotnik Polski" veröffentlicht und 1943 in die Sammlung der PPS „Ziele und Wege der Arbeiterbewegung im Untergrund in Polen 1939–1942" aufgenommen. In englischer Übersetzung erschien es 1942 mit einem Vorwort Arthur Greenwoods von der Labour Party unter dem Titel „Towards a new Poland, A programme of the Polish underground movement", außerdem 1943 und 1944 in New York in insgesamt vier Ausgaben[5].

Die „Delegatura" in Warschau, d.h. die Spitze der regierungstreuen Résistance, hob in einem Bericht über die Situation der polnischen Jugend 1943/44 ausdrücklich die große Popularität des „Program Polski Ludowej" hervor und unterstrich

---

[2] St. Zaremba, Wojna i konspiracja, London 1957, S. 170.

[3] In englischer Übersetzung abgedruckt bei J. Karski, Story of a Secret State, Boston 1944, S. 108f.

[4] Unter anderem erschien ein Heft III zum kulturellen Wiederaufbau Polens, das 1944 auch in New York in einer Broschüre veröffentlicht wurde: The Proposed Educational Reconstruction in People's Poland, 2. Aufl. New York 1944.

[5] W. Chojnacki, Bibliografia zwartych druków konspiracyjnych wydanych w latach 1939–1945, Warschau 1970, S. 254. Zaremba, a.a.O., S. 172. Z pola walki, Cele i drogi podziemnego ruchu robotniczego w Polsce 1939–1942, London 1943, S. 25ff. Dieser Text liegt meiner Übersetzung zugrunde.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seine Bedeutung für die gerade zur politischen Orientierung der Jugend notwendige Grundsatzdiskussion in den Organisationen des Untergrundes[6].

In London empfahlen 12 linksstehende Abgeordnete des Exilparlaments, der „Rada Narodowa", der Regierung, auf der Grundlage dieses Manifests ein Programm über die künftige Struktur Polens zu entwerfen. Zugleich starteten konservative Kreise heftige Angriffe gegen die PPS und warfen ihr bolschewistische Tendenzen vor[7].

Daß das Programm die Kritik der Rechten auf den Plan rief, ist kaum verwunderlich. Ein solches radikales, demokratisch-sozialistisches Programm konnte schwerlich auf Zustimmung der Schichten rechnen, die das Vorkriegsregime in Polen getragen hatten. Die scharfe Kritik der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur Polens vor dem Kriege durchzieht als roter Faden das ganze Manifest und bildet den Hintergrund, auf dem die programmatischen Zukunftsvorstellungen formuliert werden.

Das geforderte Bündnis zwischen Arbeiterschaft, Bauern und demokratischer Intelligenz trägt der tatsächlichen Lage Polens Rechnung, denn die Bauern bildeten noch den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung, die Arbeiter waren ihnen gegenüber zwar weit in der Minderzahl, aber doch die politisch bedeutendste Kraft innerhalb der Vorkriegsopposition und besonders in den ersten Jahren die wichtigste Stütze der Widerstandsbewegung[8]. Die Intelligenz, deren Kennzeichen vor dem Zusammenbruch ihr soziales Getto gewesen war, wurde durch die Okkupationspolitik nicht nur von der völligen Pauperisierung bedroht, sondern gleichzeitig auch in einen Prozeß der Umbesinnung gestoßen, der die demokratische Komponente ihrer Tradition wieder aktualisierte und zumindest einen bedeutsamen Teil von ihr zum Bündnis mit Arbeitern und Bauern drängte. Der in seiner kaum überschaubaren Vielfalt von Organisationen sehr komplizierte „Untergrundstaat" wurde zwar im wesentlichen von den Vertretern der Intelligenz aufgebaut und in Gang gehalten, ohne aktive Stützung durch die breite Bevölkerung wäre er jedoch zweifellos rasch vernichtet worden. Bei aller anfänglichen Distanz der Arbeiter und Bauern zur Intelligenz war dennoch klar, daß ein demokratisches Zukunftsprogramm ohne sie schwerlich zu realisieren sein würde. Insofern bedeutete dieses „Dreier-Bündnis" in der Tat mehr als die Beschwörung einer klassischen sozialistischen Formel.

Das „Programm Volkspolens", das durchaus signifikant für Stil und Intensität der politischen Grundsatzdiskussion in der polnischen Résistance links von der

[6] Sytuacja młodzieży wojennej (o.D., ca. 1943/44), Fotokopie in der Biblioteka Polska London, S. 11.

[7] Zaremba, a.a.O., S. 171.

[8] Die Bauern mit Kleinbesitz stellten in der Zwischenkriegszeit ca. 52 % der Gesamtbevölkerung, rechnet man Landarbeiter und Landlose dazu, waren es ca. 61 %. Rund 20 % der Bevölkerung waren Arbeiter, davon jedoch kaum die Hälfte im engeren Sinne Industriearbeiter. Der Anteil der „Geistesarbeiter" wird mit rund 5 % angegeben und umfaßt auch die Angehörigen der technischen Intelligenz, der Bürokratie usf. A. Ajnenkiel, B. Leśnodorski, W. Rostocki, Historia Ustroju Polski (1764–1939), 2. Aufl. Warschau 1970, S. 187.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitte ist, weist auf die – etwa im Vergleich mit Deutschland – grundlegend andersartige soziale Basis hin, die konservativ-autoritären gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen nur bei den rechtsorientierten oder allenfalls bei der sich „unpolitisch" verstehenden „Armia Krajowa" eine Chance ließ. Vergleiche mit den Vorstellungen deutscher Widerstandsgruppen sind daher wenig ergiebig[9].

Im Gegensatz zu späteren Programmen ist hier die Konzentration auf innere Fragen und das Fehlen jeder konkreten Stellungnahme zu außenpolitischen und Grenzproblemen auffällig. In der Frage der polnischen Westgrenze, in der sich die WRN ohnehin auch später im Vergleich zu anderen Parteien und Gruppen stark zurückhielt[10], mochten Aussagen zur Zeit des Höhepunkts nationalsozialistischer Machtentfaltung allerdings wenig aktuell erscheinen. Zum damals erheblich brisanteren Problem der polnischen Ostgebiete und der Annullierung der im deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 vereinbarten Linie war eine ausdrückliche Stellungnahme vor allem aus taktischen Gründen unangebracht, da erst am 30. Juli 1941 durch den polnisch-sowjetischen Vertrag die Sowjetunion vom Okkupanten zum Bündnispartner geworden war, wobei die heikle Grenzfrage eher ausgeklammert als geklärt worden war[11].

Daß dieses Manifest zum Zeitpunkt der deutschen „Siege an allen Fronten" formuliert wurde, mag zum einen Ausdruck eines verzweifelten Selbstbehauptungswillens und eines schon ans Phantastische grenzenden militärischen und politischen Optimismus sein, auf der anderen Seite hatte es gerade in dieser Situation auch die nach innen gerichtete Funktion, der politischen Demoralisierung und den sichtbar werdenden Ansätzen zur Kollaboration entgegenzuwirken, zumal es anfangs zu den Prinzipien der deutschen Besatzungspolitik gehörte, die Massen der Arbeiter und Bauern so weit wie möglich zu schonen und zur loyalen Erfüllung der Arbeit anzuhalten, hingegen vornehmlich die politische und soziale Führungsschicht mit allen Mitteln auszuschalten.

Die Formulierung und Propagierung politischer Zukunftsvorstellungen hatte daher, sowenig sie zeitlich unmittelbar aktuell sein mochte, die entscheidend wichtige Aufgabe, diesen auf die Dauer gefährlichsten Konsequenzen der Besatzungspolitik durch politische Integration entgegenzuwirken und so dem Widerstand neben seiner Abwehrfunktion zugleich positive Orientierungsziele zu setzen.

Die Frage, welche Bedeutung das Programm für die Nachkriegspolitik Polens hatte, läßt sich in diesem Rahmen kaum beantworten. Dazu wäre eine genauere Analyse der politischen Plattformen, Direktiven und Gesetze Volkspolens aus den

---

[9] Vgl. W. Lipgens, Europa-Förderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968, S. 153 und 320. „Auffällige Verwandtschaft" zwischen den „Grundsätzen für die Neuordnung" des Kreisauer Kreises vom 9. August 1943 und dem „Programm Volkspolens" vermag ich – abgesehen von einigen allgemeinen Prinzipien – nicht zu erkennen.

[10] Vgl. M. Orzechowki, Odra-Nysa Łużycka-Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu II wojny światowej, Breslau 1969, S. 54f.

[11] Vgl. dazu die exilpolnische Sammlung diplomatischer Dokumente: Documents on Polish-Soviet Relations (1939–1945), 2 Bde., London 1961 u. 1967.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ersten Jahren nach Kriegsende notwendig, in denen die PPS (WRN) im Bündnis (und seit Dezember 1948 im Zwangsverband) mit der kommunistischen Partei (PPR) immerhin nicht ganz ohne Einfluß blieb, auch wenn die entscheidenden Machtpositionen schon von Kommunisten besetzt waren.

Wesentliche Programmpunkte wie die auf der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes basierende Agrarreform und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien waren ohnehin identisch mit den Forderungen der polnischen Kommunisten und wurden 1945 unverzüglich verwirklicht. Die umfangreichen Verstaatlichungsmaßnahmen in anderen Bereichen versuchte die PPS dagegen in den ersten Nachkriegsjahren zu bremsen oder abzumildern und blieb damit genau den Vorstellungen treu, die im „Programm Volkspolens" niedergelegt waren. Vor allem aber weisen verfassungspolitisch die Vorstellungen der PPS in eine andere Richtung als die der PPR. Das Ziel der PPS war, auch wenn sich Sozialisten und Kommunisten in ihren Forderungen nach sozialer und ökonomischer Demokratisierung formal vielfach trafen, eindeutig auf eine parlamentarische Republik mit prinzipiellem Parteienpluralismus gerichtet und von der Monopolisierung der Macht durch eine Partei mit allen ihren Konsequenzen weit entfernt. Die Formel vom „demokratischen Sozialismus" mag annähernd die Zielvorstellung der PPS umschreiben, der auf Grund der äußeren Situation Polens keine Chance gegeben wurde.

Christoph Kleßmann

Dokument

Program Polski Ludowej[12]
(August 1941)

Schon vor dem Krieg leistete die Bewegung der Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter einen sehr bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung programmatischer Vorstellungen in der polnischen Öffentlichkeit. Die Niederlage unseres Landes hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, daß sich das ganze demokratische Lager so eng wie möglich zusammenschließen und einen mächtigen Block bilden muß, der allein erfolgreich den Kampf mit dem Okkupanten aufnehmen und durchführen und die Voraussetzung für ein neues Polen schaffen kann. Die Grundlage eines solchen Blockes muß ein konkretes politisches und soziales Programm sein. Daher zielten auch beinahe seit den ersten Tagen der Okkupation die Anstrengungen der Ver-

[12] Zur Textüberlieferung ist anzumerken: die hier vorgelegte Fassung ist der 1943 in London veröffentlichte vollständige Text. Zaremba, Mitautor des Dokuments, geht in seinen Zitaten ebenfalls von dieser Fassung aus (a.a.O., S. 170–172). Die englische Übersetzung, die mir nicht zugänglich war, ist offenbar stark gekürzt. Soweit das Programm in polnischen Untergrundzeitungen abgedruckt wurde, dürften Kürzungen ebenfalls wahrscheinlich sein. Überdies war der Text, der dem polnischen „Nationalrat" in London vorgelegt wurde, um einen charakteristischen außenpolitischen Passus erweitert (s. u. Anm. 30). Lipgens gibt in seiner Sammlung einen auf der gekürzten englischen Fassung basierenden übersetzten Auszug (a.a.O., S. 320–22). Durch die doppelte Übersetzung ist die Übertragung allerdings an

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treter des Lagers der Arbeiter, Bauern und der demokratischen Intelligenz darauf ab, das bisherige geistige Erbe der einzelnen Gruppen in den einheitlichen Rahmen eines gemeinsamen Programms einzubringen[13].

Der Text, den wir hier vorlegen, ist das Ergebnis von Überlegungen und Diskussionen, die vor allem in Arbeiter- und Bauernkreisen durchgeführt worden sind[14]. Er gibt Antwort auf drei grundsätzliche Fragen unserer gegenwärtigen Lage:

1. welchen Charakter unser Widerstandskampf haben soll und wie die aus seinem Führungsorgan hervorgehende künftige Regierung im wiedererstandenen Polen aufgebaut sein soll;
2. welche politische Struktur das wiedererrichtete Polen haben soll;
3. in welcher Weise die grundsätzlichen sozialen Probleme gelöst werden sollen.

Die Grundlage der folgenden Vorstellungen ist die prinzipielle These von der sozialen und politischen Interessengleichheit des arbeitenden Volkes in Stadt und Land[15]. Deswegen ist dieses Programm auch nicht Ausdruck eines Kompromisses, es trifft keine ideologischen Übereinkommen mit irgendeiner Seite, sondern bringt unverfälscht die Anschauungen zum Ausdruck, die gemeinsames Gut der organisierten Bauern- und Arbeitermassen sind.

Dieses Programm befaßt sich mit Grundsatzfragen: bewußt übergeht es einige Einzelfragen, auf andere macht es lediglich aufmerksam. Seine Aufgabe ist es, den Weg aufzuzeigen, den schon spezielle Ausarbeitungen eingeschlagen haben, die Einzelheiten der politischen oder wirtschaftlichen Struktur des künftigen Polens behandeln[16]. Wir glauben, daß dieses Programm das demokratische Bewußtsein in Polen festigt, indem es letztlich die geistige und politische Selbstbestimmung der verschiedenen Gruppen herbeiführt und dadurch hilft, den besten Weg zu finden für die unerläßliche Konzentration der demokratischen Kräfte, die Polen künftig eine bedeutsame Stellung wünschen, und zwar nicht nur auf Grund materieller Stärke, sondern auch durch die Aktualisierung seiner besten Traditionen, die Polen oftmals in der Geschichte der Menschheit in helles Licht gerückt haben[17].

Der brutale Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen unterbrach im September 1939 den Prozeß der Konsolidierung der Massenbewegungen der Bauern und Arbeiter,

---

einigen Stellen sehr ungenau geworden, die Datierung November/Dezember ist falsch und die Annahme, daß es sich um ein Programm der „drei großen Parteien" handele, ebenfalls. Die Nationaldemokraten konnten einem solchen sozialistischen Programm niemals zustimmen. Ein knapper Auszug aus dem vorliegenden Text findet sich auch im Anhang meines Buches: Die Selbstbehauptung einer Nation, NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971, S. 248f.

[13] Als organisatorischer Hintergrund ist hier auf das „Politische Verständigungskomitee" (Polityczny Komitet Porozumiewawczy) zu verweisen, das im Februar 1940 aus Vertretern der Oppositionsparteien der Vorkriegszeit und des militärischen „Verbandes für bewaffneten Kampf" (ZWZ) gegründet wurde.

[14] Vgl. oben, S. 104.

[15] Es geht hier um die postulierte gemeinsame Plattform von WRN und Bauernpartei (SL). De facto waren die Interessen keineswegs identisch, wie sich schon an den Schwierigkeiten der Einigung auf dieses Programm zeigte.

[16] Siehe oben Anm. 4.

[17] Der Hinweis auf die Tradition ist ein sehr häufiger Topos in vielen Grundsatzerklärungen dieser Zeit, konkret sind damit insbesondere die polnische Aufklärung des 18. Jahrhunderts, die Aufstände von 1830 und 1863 sowie die „große Emigration" gemeint.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die es auf einen Sturz der diktatorischen Regierungen der OZN-Clique[18] und die Begründung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Polen abgesehen hatten. Obwohl diese Bewegungen aus der offiziellen politischen Arena verdrängt worden waren, erwiesen sie sich dennoch bei Kriegsausbruch als die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die zur Übernahme der Verteidigungsaufgaben fähig waren[19]. Auf ihnen ruhte auch nach der Septemberkatastrophe die Hauptlast des Kampfes gegen die Okkupation und auch der Vorbereitungen für den Wiederaufbau des polnischen Staates.

Im Bewußtsein der historischen Rolle des polnischen Volkes müssen die organisierten Massen der ländlichen und städtischen Arbeiter die Aufgabe übernehmen, alle Kräfte der polnischen Demokratie zu konzentrieren im Kampf um die vollständige Beseitigung der Okkupation vom Territorium der Republik und um den Aufbau eines polnischen Staates in solchem Umfang und von solcher Stärke[20], daß er nicht nur zu einer dauerhaften unabhängigen Existenz fähig ist, sondern auch eine Bürgschaft für den Frieden in Mitteleuropa leistet und einen Hort der Freiheit unter den benachbarten Nationen bildet. Für die Verwirklichung dieses Ziels ist es notwendig, ein unabhängiges Polen vom ersten Tage des Aufbaus an auf eine demokratisch-republikanische Grundlage zu stellen und die unerläßlichen sozialen Reformen durchzuführen, welche den Volksmassen die gebührenden Bedingungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entfaltung garantieren.

Die Anstrengungen des arbeitenden Volkes Polens im Kampf um die Erlangung der Unabhängigkeit müssen zweckmäßig organisiert werden, und auf diese Weise müssen Bauern, Arbeiter und Intelligenz erreichen, daß vom ersten Tage der Unabhängigkeit an das arbeitende Volk entscheidenden und dauerhaften Einfluß auf die Staatsregierung erlangt: in Gestalt einer Volksregierung (Rządu Ludowego). Die Konzentration aller demokratischen Kräfte sollte schon jetzt während des Kampfes gegen die Okkupation beginnen, indem ein einheitliches politisch-gesellschaftliches Programm entwickelt wird, das auf den folgenden Grundsätzen basiert.

Die erste vom klaren Willen der Volksmassen getragene Regierung des freien Polen gibt unverzüglich nach ihrer Konstituierung Erlasse heraus, die den Grundriß der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verfassung der neuen Republik festlegen. Im einzelnen sollen sie vorsehen:

a) Landreform durch Nationalisierung und Parzellierung der großen Güter[21], wobei der enteignete Boden sofort der Aufsicht von Landreformkomitees der Gemeinden und Kreise anvertraut werden soll;
b) Enteignung der für die Vergesellschaftung reifen Industriebetriebe und Über-

---

[18] Obóz Zjednoczenia Narodowego, Lager der Nationalen Vereinigung. Diese faschistoide Sammlungsbewegung wurde 1937 gegründet und stützte die Sanacja-Regierung und ihre Aprilverfassung von 1935. Bei den gelenkten Wahlen von 1938 errang das OZN 161 der 208 Sejm-Mandate; H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1916–1960, Stuttgart 1961, S. 151.

[19] Gemeint sind die vier großen ehemaligen Oppositionsparteien PPS, Bauernpartei, Arbeitspartei (SP) und Nationaldemokraten (SN); vgl. Anm. 13.

[20] Implizit wird hier die Notwendigkeit einer territorialen Erweiterung des polnischen Staatsgebietes angesprochen, präzisiert werden solche Vorstellungen aber erst in späteren Erklärungen.

[21] Vgl. dazu den Passus über die entschädigungslose Enteignung im Abschnitt B und Anm. 32.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragung an den Staat, Selbstverwaltungskörperschaften oder Genossenschaften und gleichzeitig Schaffung einer innerbetrieblichen Leitung dieser Betriebe;

c) Reform des Steuersystems mit dem Ziel einer gerechten Verteilung der Steuerlasten auf alle Schichten der Gesellschaft;

d) Annullierung aller Maßnahmen der Okkupanten, welche Besitz und Vermögen der Bürger der Republik betreffen[22], und Übertragung dieses Besitzes zur Sicherung an zu diesem Zweck geschaffene nichtstaatliche Organisationen;

e) Bestrafung aller Bürger, die die Republik verraten haben, indem sie sich den Okkupanten zur Verfügung stellten;

f) Schaffung eines Sondergerichts, vor das die zivilen und militärischen Repräsentanten des Sanacja-Regimes gestellt werden, die für den Mißbrauch der Regierungsgewalt verantwortlich sind und die dem Staat und den Volksmassen Schaden zugefügt haben.

Diese Regierung schreibt Wahlen zum Sejm und Senat aus nach den Prinzipien eines demokratischen Wahlrechts und arbeitet einen Plan zum Aufbau der Republik auf einer neuen innenpolitischen Basis aus. Dieser Plan soll sich auf folgende Grundsätze stützen:

A. Im politischen Bereich

Eine republikanisch-demokratische Staatsverfassung wird geschaffen, die die notwendige Beständigkeit des Staates und die Leistungsfähigkeit und Stärke der Regierungen sichert und den Bürgern Einflußmöglichkeiten einräumt auf die Bildung der höchsten Staatsorgane und auf die Politik und die Tätigkeit des in seiner Würde wiederhergestellten, aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlaments; außerdem soll es das Recht des Plebiszits und der Volksinitiative geben[23].

Eine breit ausgebaute örtliche Selbstverwaltung wird aufgebaut, die viele der Funktionen übernimmt, welche bisher die Regierungsadministration ausübte; neben der lokalen muß sich die Selbstverwaltung in der Wirtschaft, den gesellschaftlichen Organisationen und den wissenschaftlichen Anstalten frei entwickeln können. Die Bewegung der Arbeiter und der Geistesarbeiter sowie die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen und Genossenschaften auf dem Lande bewahren ihre volle Selbstverwaltung und erhalten zugleich ihre festen Aufgaben in der Ordnung der Republik.

Meinungs- und Organisationsfreiheit im Bereich des geistig-politischen, sozialen und kulturellen Lebens auf der Basis von Demokratie und Unabhängigkeit wird garantiert.

Alle Bürger der Republik erhalten möglichst gleiche Startchancen durch einen wirklich allgemeinen und kostenlosen Unterricht, der jedem Bürger das erforderliche Minimum an allgemeiner Bildung sichert und ihm den Zugang zur Kultur öffnet[24].

Allen loyalen Bürgern werden unabhängig von Religion und Nationalität gleiche Rechte eingeräumt.

---

[22] Durch die Polenvermögensordnung vom 17. September 1940 konnte generell ländliches und gewerbliches Vermögen konfisziert werden. In den eingegliederten Gebieten wurden bis 1943 ca. 6 Mill. ha polnischen und jüdischen Grundbesitzes beschlagnahmt; M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, 2. Aufl. Fischer-Bücherei Frankfurt 1965, S. 127 und 203, Anm. 71.

[23] Plebiszit und Volksinitiative waren weder in der Verfassung von 1921 noch in der von 1935 vorgesehen.

[24] Das Bildungswesen war eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte Vorkriegspolens. Besonders signifikant war das krasse Gefälle zwischen Stadt und Land und die hohe Analphabetenrate, die noch 1931 ca. 23 % betrug.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die deutsche Bevölkerung, die auf polnischem Boden zur Förderung der Germanisierung angesiedelt wurde, insbesondere seit der ersten Teilung, wird nach Deutschland umgesiedelt[25]. Das gleiche soll für alle gelten, die sich als sogenannte Volksdeutsche eintragen ließen[26]. Innerhalb der Grenzen Polens können nur die Bürger deutscher Abstammung verbleiben, die durch ihre Handlungen und besonders durch ihr Verhalten während des Krieges und der Okkupation ihre Loyalität und Treue gegenüber dem polnischen Staat unter Beweis gestellt haben.

Die Reform der Sozialverfassung beseitigt die wirtschaftlichen Grundlagen der Antagonismen unter den Nationalitäten und hebt insbesondere hinsichtlich der jüdischen Frage die unnatürliche und einseitige Konzentration der Juden im Handel[27] auf und beseitigt ebenfalls vollständig einige wirtschaftliche Auswüchse.

Die demokratische Verfassung wird hinreichend gesichert gegen alle ihr feindlich gesinnten Kräfte[28].

Die Republik wird Mitglied eines Zusammenschlusses der freien Völker Europas sein und wird sich innerhalb dieses Verbandes um seinen größtmöglichen Zusammenhalt, seine Autorität und Stärke bemühen, damit er fähig ist, alle Versuche innerer Diversion durch einen übertriebenen Nationalismus zunichtezumachen und sich und seine Mitglieder vor der Gefahr eines Angriffs von außen zu schützen[29].

---

[25] Diese sehr vage und inhaltlich dehnbare Formel klingt wie ein Freibrief für die Umsiedlung aller Deutschen aus den Gebieten Posens und Westpreußens. In erster Linie dürfte sie sich aber wohl auf die seit Bismarck betriebene Ansiedlungspolitik beziehen.

[26] Hier wird auf die rechtliche Sonderstellung der im Gebiet des Generalgouvernements lebenden polnischen Staatsbürger deutscher Abstammung angespielt. Der erste Paragraph der Verordnung über die Einführung von Kennkarten für die Volksdeutschen vom 26. 1. 1940 lautete: „Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich, ohne im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit zu sein, als Angehöriger des deutschen Volkes bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Abstammung, Sprache, Haltung, Erziehung oder sonstige Umstände bestätigt wird." Documenta Occupationis Teutonicae Bd. VI, Posen 1958, S. 174f.

[27] Die polnischen Juden waren zum weit überwiegenden Teil in den Städten konzentriert und stellten dort bis zu einem Drittel der Bevölkerung. 1931 bildeten die Juden 58,7 % der Berufszugehörigen des Handels in Polen, unter den selbständig Handel Treibenden waren sie sogar mit 70,7 % vertreten; W. Markert (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Polen, Köln 1959, S. 122 Anm. 4. Dieser Passus deutet also auf ein soziales Problem hin und ist nicht als antisemitisches Ressentiment zu verstehen. Die PPS gehörte neben der polnischen KP zu den wenigen Parteien, welche den Antisemitismus zu bekämpfen versuchten; vgl. J. Żarnowski, Polska Partia Socjalistyczna w latach 1935–1939, Warschau 1965, S. 345.

[28] Nur in der Verfassung von 1935 war mit dem Artikel 10 eine ausdrückliche Berechtigung des Staates zum Schutz gegen gesetzes- und staatsfeindliche Aktivitäten formuliert, freilich in sehr allgemeinen Worten, so daß der Exekutive ein gefährlich großer Ermessungsspielraum blieb. Constitution de la République de Pologne du 23 Avril 1935, Varsovie (Commission Polonaise de Coopération Juridique Internationale) 1935, S. 35.

[29] Dieser Satz ist die einzige Aussage des Programms zur Außenpolitik. Der hier genannte Zusammenschluß orientiert sich offensichtlich am Völkerbund. Interessant ist die Variante, welche Vertreter der PPS und des SL im Exil in London bei den Grundsatzdebatten, denen dieses Programm als Basis diente, einfügten: „Die Polnische Republik wird danach streben, eine möglichst enge staatliche und politische Verbindung mit anderen Staaten Mitteleuropas, besonders mit der tschechoslowakischen Bruderrepublik, herzustellen . . ." Zit. b. Lipgens, a.a.O., S. 521. Diese Vorstellung einer ostmitteleuropäischen Föderation spielte in späteren

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

B. Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich

Ziel der Reform der Sozialverfassung ist: eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens. Die Reform soll so erfolgen, daß die Produktivität nicht verringert, sondern erhöht wird und zugleich auch der Entwicklungsstand des Wirtschaftslebens gehoben wird; nur auf diesem Wege ist eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards der arbeitenden Massen in Stadt und Land zu erreichen.

Die Realisierung des Ideals der sozialen Gerechtigkeit soll durch die Vergesellschaftung bestimmter Sektoren der Wirtschaft erfolgen und durch größtmögliche Verringerung der Unterschiede in Besitz und Einkommen in den Wirtschaftszweigen, die nicht sozialisiert werden.

Arbeit wird der einzige Titel sein, auf Grund dessen man am Volkseinkommen teilhat. Jede Ausbeutung des Menschen muß aus dem sozialen Leben verschwinden.

Die Reform der wirtschaftlich-sozialen Verfassung und die staatliche Wirtschaftspolitik müssen von dem Grundsatz der engen Interessensolidarität der Bauern, Arbeiter und Geistesarbeiter ausgehen und müssen die Verwirklichung eines vollständigen Gleichgewichts bei der Verteilung des Volkseinkommens unter den einzelnen arbeitenden Berufsgruppen zum Ziel haben. Der Neuaufbau wird sich vor allem auf den freien, selbständigen und gesellschaftlich verantwortlichen Menschen stützen. Die auf den breiten Massen beruhende neue soziale Ordnung wird Ausdruck der wahren Demokratisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sein und seine Entwicklungsdynamik bestimmen. Die grundlegende Form der Vergesellschaftung wird die Übernahme der einzelnen wirtschaftlichen Aufgaben durch gesellschaftliche Organisationen sein (Genossenschaften, Selbstverwaltungskörperschaften u.ä.). Das Genossenschaftswesen, das sich auf den industriellen, den landwirtschaftlichen und den Konsum-Bereich, darüber hinaus auch auf den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen erstreckt, wird demgemäß in dem künftigen System eine breite Fundierung besitzen und eine entsprechende Unterstützung durch Staat und Gesellschaft erhalten[30].

Verstaatlicht werden sollen vor allem die Bereiche der Wirtschaft, die mit der Verteidigung des Staates zusammenhängen oder Schlüsselfunktionen in der Volkswirtschaft besitzen (Eisenbahn, Post, Kommunikationswesen, Rüstungsindustrie, Rohstoffindustrie, Bergbau usw.). Kleine Privatunternehmen werden einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen, die von Selbstverwaltungskörperschaften des jeweiligen Produktionszweiges ausgeübt wird und in denen Produzenten und Verbraucher vertreten sind.

Handwerk und Kleinindustrie bleiben grundsätzlich in Privathand. Einige Zweige des Handwerks sollen genossenschaftliche Dachorganisationen schaffen zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben wie Einkauf von Rohstoffen, Verkauf der Fertigwaren, ge-

---

Verlautbarungen der WRN eine wichtige Rolle und stieß wegen ihres offensichtlich antisowjetischen Akzents auf scharfe Kritik bei den Kommunisten; vgl. Orzechowski, a.a.O., S. 34ff. N. Kołomejczyk, Sprawa granicy zachodniej Polski w programach stronnictw politycznych w latach 1939–1944, in: Problemy Wojny, a.a.O. (s. Anm. 1), S. 286. Ein Dokument der WRN von 1942 zum Föderationsplan bringt Lipgens, a.a.O., S. 322ff. Eine Monographie zu diesem Thema hat P. S. Wandycz verfaßt: Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940–1943, Indiana University Publications 1956.

[30] Das polnische Genossenschaftswesen, das für die Geschichte der Wiedererringung der Unabhängigkeit eine zentrale Rolle gespielt hatte, nahm auch in Vorkriegspolen, nicht zuletzt für die nationalen Minderheiten, einen bedeutsamen Platz ein. 1937 gab es in Polen 12860 Genossenschaften mit 3,016 Mill. Mitgliedern; Mały słownik historii Polski, 3. erw. Aufl. Warschau 1964, S. 338; vgl. auch Osteuropa-Handbuch, Polen, a.a.O., S. 77f.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinsame Nutzung technischer Einrichtungen, Organisation von Krediten usf. Auf genossenschaftlichen Grundsätzen soll auch die Heim- und Volksindustrie fußen[31].

Der Großgrundbesitz wird entschädigungslos enteignet. Die Grundlage des Landwirtschaftssystems wird der bäuerliche Familienbetrieb sein[32]. Aus einem Teil des enteigneten Bodens mit hoher landwirtschaftlicher Kultur können landwirtschaftliche Musterbetriebe, Versuchsstationen, Saatgutbetriebe u.ä. geschaffen werden.

Technische, ökonomische und organisatorische Fehler und Mängel des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes sollen ausgeglichen werden durch den breiten Ausbau des Genossenschaftswesens.

Die Organisation des Handels wird in dem künftigen System in erster Linie auf dem Genossenschaftswesen beruhen. Das Bank- und Kreditwesen wird insgesamt in die Hand gesellschaftlicher Organisationen und des Staates übergehen[33]. Die Währungs- und Finanzpolitik des Staates wird an die allgemeinen Bedürfnisse der im Aufbau begriffenen Volkswirtschaft angepaßt. In Stadt und Land wird ein Netz von Sozialversicherungen geschaffen.

Die Entwicklung der Wirtschaft erfolgt auf der Basis der Planwirtschaft. Der Wirtschaftsplan wird darin bestehen, daß die Richtung und die Prinzipien der Wirtschaftsentwicklung festgelegt werden und außerdem ein Rahmen gesetzt wird für alle, die an der Produktion und am Austausch von Waren und Geld beteiligt sind.

Die Organisation der Wirtschaft wird auf den Prinzipien einer Selbstverwaltung beruhen. Darin werden die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentiert und alle betroffenen sozialen Schichten vertreten sein, also Arbeiter, Geistesarbeiter sowie die Eigentümer der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe (staatlich, vergesellschaftet und privat). Die einzelnen Sektoren von Industrie und Handwerk schaffen sich eigene Fachverbände und werden in der Industriekammer der Wojewodschaft koordiniert, die mit der Landwirtschaftskammer der Wojewodschaft zusammenarbeitet[34].

Die Dachorganisation der einzelnen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften bildet die Oberste Wirtschaftskammer, deren wichtigste Funktion es ist, die Interessen aller Wirtschaftszweige gegenüber der staatlichen Administration zu vertreten und das Wirtschaftsleben zu planen und zu koordinieren.

---

[31] Vor dem Krieg gab es ca. eine halbe Million im Handwerk Beschäftigte. Dazu kamen Ende der dreißiger Jahre schätzungsweise eine Million „Heimarbeiter", die ohne hinreichende soziale Sicherungen und gegen schlechte Bezahlung Auftragsarbeiten ausführten. Ferner wird für 1937 eine Anzahl von etwa 800000 meist ländlichen Beschäftigten in der sogenannten „Heim- und Volksindustrie" geschätzt; Ajnenkiel, a.a.O., S. 178.

[32] Die Großgrundbesitzer hatten 1938 immer noch 24 % der agrarischen Nutzfläche. Nicht enthalten ist in dieser Zahl der öffentliche und kirchliche Landbesitz von ca. 16 %; Ajnenkiel, a.a.O., S. 181. Wichtig ist hier die Forderung nach *entschädigungsloser* Enteignung. Dieses Postulat wurde in den folgenden Jahren ein zentrales Element der kommunistischen Angriffe gegen die „Londoner", die in dieser Frage angeblich nicht radikal genug waren.

[33] Während 1929 noch die Privatbanken an der Spitze des Kreditaufkommens standen und auch die ausländischen eine bedeutsame Rolle spielten, lagen 1938 die staatlichen Kreditinstitute an der Spitze, gefolgt von öffentlich-rechtlichen, erst an dritter Stelle standen die privaten Banken. Genaue Zahlenangaben in dem Sammelwerk: Pologne 1919–1939, Bd. II, Vie Economique, Neuchatel o.J. (ca. 1944), S. 651ff.

[34] In den Grundzügen entspricht diese Organisationsvorstellung der in Polen vor 1939 und in den ersten Jahren nach 1945 gültigen Ordnung der Industrie- und Handwerkskammern; vgl. Mały Słownik, a.a.O., s. v. Izby.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die gesamte Wirtschaftsentwicklung und die wirtschaftliche Tätigkeit der Selbstverwaltungsorganisationen und der Verbände der einzelnen Produktionszweige übt der Staat Kontrolle aus, und er leistet ihnen Hilfe. Er hat insbesondere darauf zu achten, daß die Gesamtwirtschaft im Endergebnis entsprechende Mittel für die Verteidigung liefert und die Bedeutung Polens unter den anderen Nationen sichert.

Nur beharrlicher und entschiedener Kampf gegen die Okkupanten auf polnischem Territorium kann der erfolgversprechende Weg zur Verwirklichung der hier aufgezeigten politischen und gesellschaftlichen Prinzipien zur Umgestaltung Polens sein.

Auf diesem Weg muß das arbeitende Volk zugleich den Widerstand der Klassen und Gruppen brechen, die im alten Polen privilegiert waren und die ihre Privilegien zu erhalten wünschen. Demokratische Konzentration sollte daher Ausdruck der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die Okkupanten und zugleich des entschiedenen Kampfes gegen die Reaktion im eigenen Lande sein[35].

Eine geistig einheitlich ausgerichtete und politisch disziplinierte polnische Demokratie[36], die auf die Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind vorbereitet und entschlossen ist, alle Hindernisse der Reaktion im Inneren zu überwinden, muß siegen und wird eine neue Ära der Entwicklung Polens einleiten im brüderlichen Zusammenleben mit anderen freien Nationen.

---

[35] Diese programmatische Aussage zur Notwendigkeit der Bekämpfung der Reaktion im eigenen Lande, d.h. sowohl der rechten Gruppen im „Londoner Lager" als auch besonders der rechtsradikalen „Nationalen Streitkräfte" (NSZ), ist insofern wichtig, als in den folgenden Jahren der Vorwurf der Kooperation mit der Reaktion zu einem der Hauptangriffspunkte der polnischen Kommunisten auch gegen die WRN wurde.

[36] Diese stark nach „formierter Gesellschaft" klingende Formulierung wird nur verständlich vor dem Hintergrund der instabilen Demokratie der zweiten Republik, die dann in den autoritären Sanacja-Staat einmündete.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

ARBEITSGEMEINSCHAFT AUSSERUNIVERSITÄRER HISTORISCHER FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Gründungsverlautbarung

„Die Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland", die sich im vergangenen März in München konstituiert hat, ist aus der Erfahrung heraus erwachsen, daß heute ein ständiger Informationsaustausch über alles, was im Bereich der Geschichtswissenschaft gearbeitet, diskutiert und geplant wird, notwendiger denn je ist - eine Erfahrung, die für die Geschichtswissenschaft wie für alle anderen Wissenschaften gilt. Nur durch ausreichende Information kann eine effektive Koordination und Kooperation der Forschung ermöglicht werden. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es zunächst, die Zusammenarbeit der in ihr zusammengeschlossenen Institutionen zu intensivieren. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es aber auch, die Kontakte zu den übrigen historischen Forschungsstätten einschließlich der Universitätsinstitute zu vermehren. Die Arbeitsgemeinschaft verfolgt ihre Zwecke nicht nur durch einen ständigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Erörterung der materiellen und strukturellen Bedingungen institutionalisierter historischer Forschung, sondern auch die regelmäßige Diskussion aktueller, praktischer und theoretischer Probleme der Geschichtswissenschaft. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, betrachtet die Arbeitsgemeinschaft als ihre wissenschaftsorganisatorische Aufgabe. Daneben hat sie sich auch eine wissenschaftliche Aufgabe gesetzt. Sie soll darin bestehen, die Öffentlichkeit über die Arbeit der Geschichtswissenschaft zu unterrichten und die gemeinsamen Belange der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Forschungseinrichtungen zu vertreten. Derzeit ist die Fülle der Leistungen der historischen Forschung in der Öffentlichkeit nur unzureichend bekannt, überdies findet ihre mangelhafte finanzielle Ausrüstung kaum Beachtung. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft richtet sich unmittelbar auf diejenigen Fragen, die die Forschung angehen. Die Arbeitsgemeinschaft wird jedoch darüberhinaus für eine allgemeine Verbesserung der Bedingungen historischer Forschung eintreten.

Ihr zentrales Anliegen — Information, Koordination und Kooperation — will die Arbeitsgemeinschaft vor allem auf zwei Wegen verwirklichen. Zur Aussprache über die aktuellen Probleme der Geschichtswissenschaft unterhält sie besondere Arbeitskreise, deren Zusammensetzung nicht auf die Mitgliederorganisationen beschränkt ist. Gegenwärtig bestehen Arbeitskreise, für die Fragenkomplexe „Theorie der Geschichte" „Editionsprobleme des 20. Jahrhunderts", „Strukturprobleme der Forschungseinrichtungen". Weitere Arbeitskreise werden vorbereitet. Zur Ermöglichung eines ständigen Informationsaustausches wird die Arbeitsgemeinschaft ein „Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland" herausgeben. Ziel dieses Jahrbuches ist es vor allem, eine jeweils aktuelle Orientierungshilfe über die laufenden Arbeiten zu geben, die von geschichtswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, außeruniversitärer wie universitärer Art, getragen oder betreut werden. Die erste Erhebung ist bereits erfolgversprechend angelaufen. Das Jahrbuch wird ein wirksames Kommunikationsmittel für alle werden, die an der historischen Forschung in der Bundesrepublik teilhaben oder an ihr interessiert sind. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft steht für Einzelauskünfte jederzeit zur Verfügung.

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft ist auf die geschichtswissenschaftlichen Institutionen von überregionaler Bedeutung außerhalb der Universitäten beschränkt. Diese organisatorische Beschränkung bedeutet keine Abschließung gegenüber den Universitäten. Die Arbeitsgemeinschaft strebt vielmehr die Zusammenarbeit mit den historischen Forschungsstätten aller Disziplinen an den Universitäten an. Die „Arbeitskreise" sollen gerade auch in dieser Hinsicht als Kontaktstellen dienen. Ohne die Mitarbeit der Universitätsinstitute könnte das „Jahrbuch der historischen Forschung" seine Funktion nicht erfüllen. Die Arbeitsgemeinschaft wird daher der Geschichtswissenschaft ein Forum bieten, das auf der Grundlage umfassender Information die Voraussetzungen dafür herstellt, die Effektivität der Forschung zu steigern und die Diskussion über die aktuellen Probleme der Forschung voranzutreiben.

Die Arbeitsgemeinschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag zu dem Bemühen, in unserer Gesellschaft den Sinn für die aktuelle Bedeutung historischen Wissens und geschichtlichen Bewußtseins zu wahren und zu erneuern.

Die finanzielle Starthilfe für die Arbeitsgemeinschaft gab der „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft". Er sieht in ihr ein zukunftsweisendes Organisationsmodell für die Zusammenarbeit von Forschungsstätten mit ähnlichen Arbeitsbereichen. Der Stifterverband hat sich zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft entschlossen, weil sie seinem Bemühen um eine verstärkte Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften entgegenkommt.

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft und die Redaktion des „Jahrbuchs der historischen Forschung" sind unter folgender Anschrift zu erreichen: 8 München 22, Marstallplatz 8 (Tel. 22 82 71/263). Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist Professor Dr. Fritz Wagner (München), sein Stellvertreter ist Professor Dr. Wolfgang Zorn (München). Dem Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft gehören ferner Professor Dr. Helmut Beumann (Marburg), Professor Dr. Hermann Krause (München) und Professor Dr. Konrad Repgen (Bonn) an. Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft ist Georg Kalmer (München).

Der Arbeitsgemeinschaft sind bisher folgende Institutionen beigetreten:

Arbeitsgemeinschaft Historischer Kommissionen und Landesgeschichtlicher Institute; Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte e.V.; Bundesarchiv; Deutsche Kommission für die Bearbeitung der Regesta Imperii e. V.; Deutsches Historisches Institut in Rom; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte; Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg; Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft, Historische Sektion; Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung; Historische Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur (Mainz); Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Historische Kommission zu Berlin e. V.; Institut für vergleichende Städtegeschichte; Institut für Zeitgeschichte; Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern; Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte e.V.; Max-Planck-Institut für Geschichte; Militärgeschichtliches Forschungsamt; Monumenta Germaniæ Historica; Verein Deutscher Archivare; Verein Deutscher Ingenieure, Hauptgruppe Technikgeschichte; Verein zur Förderung des Britisch-Deutschen Historikerkreises e. V.; Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V.

München, im Juli 1972

Jahrgang 21 (1973), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1973_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte